

# **Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte. - 12.1961**

Landesgeschichtl. Vereinigung  
Berlin  
1961

JAHRBUCH  
FÜR BRANDENBURGISCHE  
LANDESGESCHICHTE

12. BAND

BERLIN 1961











JAHRBUCH  
FÜR BRANDENBURGISCHE  
LANDESGESCHICHTE

12. BAND

Herausgegeben

im Auftrage der Landesgeschichtlichen Vereinigung  
für die Mark Brandenburg e.V. (gegr. 1884)

von

KURT POMPLUN

BERLIN 1961



*Schriftleitung: Kurt Pomplun, Berlin-Grunewald, Kudowastr. 27 a / Tel.: 89 55 17*  
*Auslieferung: Fontane-Buchhandlung Dora Pohlmann, Berlin-Neukölln, Hermannstr. 54,*  
*Tel.: 62 63 00 / Druck: Paul Funk, Berlin W 30, Stauffenbergstr. 11-13, Tel.: 13 41 44*

# INHALT

<i>Dr. Lilli Moritz:</i>	
Die Geschichte des „Schoelerschlößchens“ zu Berlin-Wilmersdorf (mit 4 Abbildungen)	5
<i>Peter Rohrlach:</i>	
Die Sammlungen des Grauen Klosters in Berlin (mit 1 Abbildung)	29
<i>Arne Hengsbach:</i>	
Havel und Spree — Spandaus Lebensadern. Eine wirtschaftsgeschichtliche Betrachtung (mit 3 Abbildungen)	37
<i>Harry Methling:</i>	
Mittelraddampfer „Prinzessin Charlotte von Preußen“, das erste in Deutschland gebaute Dampfschiff (mit 1 Abbildung)	72
<i>Georg Hummel:</i>	
Der Berliner Maler Fritz Hummel. Leben und Werk (mit 3 Abbildungen)	75
<i>Richard Kieser:</i>	
Die Zauche erkaufte nach dem Dreißigjährigen Krieg den Frieden (mit 1 Abbildung)	85
<i>Hilde-Lore Schmidt:</i>	
Friderizianische Siedlungspolitik in der Mark Brandenburg (mit 4 Abbildungen)	100
<i>Werner Bastine:</i>	
Christian Konrad Sprengel, ein vergessener märkischer Botaniker (mit 2 Abbildungen)	121
<i>Professor Dr. Willy Hoppe:</i>	
Ernst v. Stubenrauch. Ein preußischer Landrat aus der Zeit Wilhelms II. (mit 2 Abbildungen)	132
<i>Bücherschau</i>	153
Berlin. Neun Kapitel seiner Geschichte (Pomplun)	
Schmidt, Chronik des Bezirkes Tiergarten von Berlin (Klünner)	
Mander, Berlin, the eagle and the bear (Dr. Regensburger)	
Schmollgen, Eisenwerth. Das Kloster Chorin und die askanische Architektur (Dr. Seeleke)	
Mielke, Das holländische Viertel in Potsdam (Dr. Möller)	
Kania - Möller, Karl Friedrich Schinkels Lebenswerk. Mark Brandenburg (Professor Dr. Karpa)	
Gottwaldt - Hahne, Briefwechsel zwischen Johann Abraham Peter Schulz und Johann Heinrich Voss (Küchler)	
Elliger, 150 Jahre theologische Fakultät Berlin (Themel)	
Büsch, Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche (Dr. Faden)	
Spruth, Die Hausmarke (Dr. Gebhardt)	
Engel, Historischer Atlas von Mecklenburg (Methling)	
<i>Gerhard Küchler:</i>	
Aus dem Leben der Vereinigung	163





Lilli Moritz:

## Die Geschichte des „Schoelerschlößchens“ zu Berlin-Wilmersdorf

*Unser leider zu früh verstorbenes Mitglied Fräulein Hildegart Marggraff, langjährige Leiterin des Wilmersdorfer Heimatarchivs, hatte sich der Mühe unterzogen, die im Amtsgericht Berlin-Charlottenburg befindlichen Grundakten durcharbeiten, um sie für eine Geschichte des Schoelerschlößchens auszuwerten. Das von ihr nachgelassene Manuskript bedurfte einer gründlichen Überarbeitung sowie der Vervollständigung. Frau Dr. Moritz übernahm lebenswürdigerweise diese Aufgabe. Die wechselvolle Geschichte des Schoelerhauses dürfte in nachfolgender Darstellung allgemeines Interesse finden.*

Am 11. November 1908 schreibt der Geheime Medizinalrat Professor Dr. Heinrich Schoeler einen Brief an das für ihn zuständige Königliche Amtsgericht II in Charlottenburg, Abt. Grundbuchamt, und bittet um Klärung der früheren Besitzverhältnisse und Rechte seines in Deutsch-Wilmersdorf gelegenen Grundstücks, Wilhelmsaue 124-128. Die Antwort auf dieses Schreiben ist nicht mehr erhalten; man weiß nicht, ist sie zufriedenstellend oder negativ ausgefallen. Die Grundbuchakten jedenfalls sind damals noch vollständig vorhanden gewesen ebenso wie heute, wo sie fast unberührt von Krieg und Zerstörung im Magazin des Charlottenburger Amtsgerichts schlummern. Aber es bedarf vieler Zeit und großer Sachkenntnis, um die verschnörkelten Schriften vergangener Jahrhunderte zu entziffern und die äußerst verwickelten Grundstücksverhältnisse bis in die Neuzeit hinein zu klären.

Auch hier steht am Beginn, wie so oft am Anfang einer Geschichte, menschliche Unzulänglichkeit, d. h. ein langwieriger Prozeß<sup>1</sup>, der vor dem für das „Dorf Willmersdorff bei Berlin“ zuständigen Amt Mühlenhof ausgetragen wird.

Um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts gibt es in Wilmersdorf ebenso wie in vielen andern Dörfern der Mark Brandenburg immer noch Bauern- und Kossätenhöfe, die seit der Zeit des Dreißigjährigen Krieges „wüst“, d. h. verlassen und unbebaut daliegen. Der junge König Friedrich II. hat nun die Sache energisch in die Hand genommen und befohlen, daß gerade diese wüsten Höfe zur Anlage von Maulbeerbauplantagen genützt würden, denn er will sich von der teuren Seideneinfuhr aus Frankreich unabhängig machen und in Preußen eine landeseigene Seidenindustrie aufziehen. Da Seidenraupen sich ausschließlich von Maulbeerlaub ernähren, so benötigt er Maulbeerbaumanpflanzungen in großem Stil und verspricht fleißigen Pflanzern großzügige Prämien.

In Wilmersdorf sind zwei Bewerber zur Stelle, die sich auf's heftigste Konkurrenz machen und sich befehlen, um die entsprechenden Grundstücke zu erhalten: der Amtsrat Sch we c h t e n, dem das königliche Vorwerk Wilmersdorf unterstellt ist, und der Ortsprediger Samuel Gottlieb F u h r -



mann, der gerne seine kärglichen Einnahmen mit Hilfe der Seidenraupenzucht aufbessern möchte.

Es beginnt nun ein heilloses Hin und Her zwischen Wilmersdorf und Berlin von Gesuchen, Gutachten und Beschwerden, aus dem schließlich 1751 der Pfarrer als Sieger hervorgeht. Er erhält die „Hofstelle des eingegangenen Frostens Bauerngut, Lichtens wüste Kossätenstelle“ und etwas später „Lichtens Nebenhof“ erb- und eigentümlich verschrieben mit der Auflage, Maulbeerplantagen anzulegen und ein Büdnerhaus zu bauen. Von amtswegen ist 1750 eine Skizze der Dorflage angefertigt worden, die eine Übersicht über die Bewohner des Dorfes und ihre Hofstellen vermittelt. Die Grundstücke Nr. X, XI und XIII sind unbebaut, Nr. X und XI werden als Koppeln genutzt. Sie sind auch auf älteren Plänen von 1685 und 1716 als unbebaut angegeben. In einem Bericht des Amtmanns Berendes aus dem Jahre 1731 heißt es: „in Wilmersdorff seyn drey wüste Coßäthen-Höfe, welche bey dortiges Vorwerck gelagert seyn, weil sich auch keine Annehmer dazu finden wollen“<sup>2</sup>.

Der Umfang der einzelnen Grundstücke beträgt: Nr. X, Hofstelle des eingegangenen Frostens: 1 Morgen 174 Quadratruten (1652 meldet zwar der Landreiter aus Wilmersdorf u. a.: „Frost zog aus Zehlendorf zu.“ Vielleicht verließ dieser Wilmersdorf bald wieder, ohne sich dort angesiedelt zu haben) — Nr. XI, Lichtens wüste Kossätenstelle: 2 Morgen 115 Quadratruten. — Nr. XIII, Lichtens Nebenhof: 1 Morgen 117 Quadratruten. (Über einen Kossäten namens *Lichte* ist nichts bekannt.) Also im ganzen ein recht ansehnlicher Besitz von etwa 6 Morgen und 46 Quadratruten, der dem Pfarrherrn zufällt. Außerdem wird ihm 1752 noch die sogenannte Kirchenuhe mit einem Büdnerhaus in Pacht überlassen mit der Verpflichtung, auch hier in der „Worthe“ (= Wöhrde, d. i. Bauergartenland) eine Plantage mit hundert Stück Maulbeerbäumen anzulegen. Am 7. März 1754 meldet sich Fuhrmann noch einmal in einem aufschlußreichen Brief<sup>3</sup> an den Amtsrat zum Wort:

*„Hochedelgebohrener Herr,  
Insonders Hochgeehrtester Herr Amts-Rath,  
Hochgeneigter Gönner!*

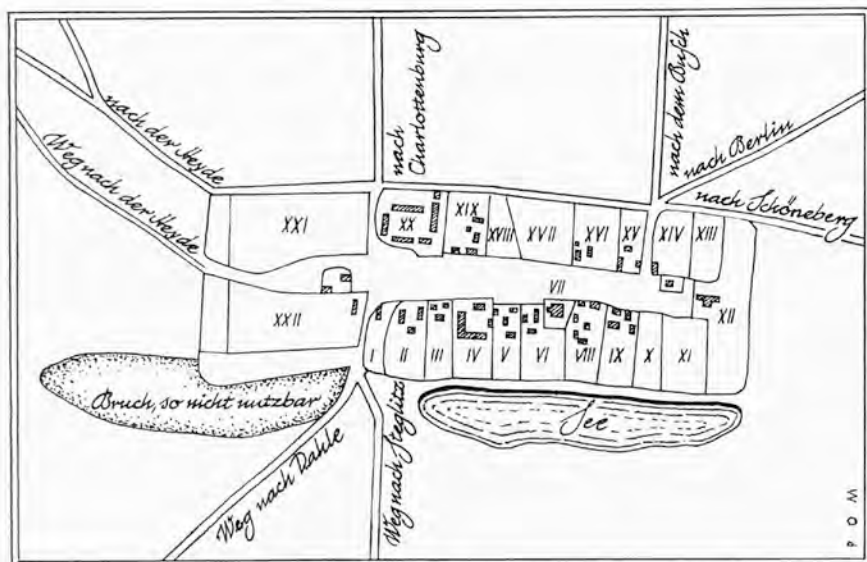
*Ew. HochEdelgebohrnen haben mir unter dem 5ten huius meine Holtz-Assignation zugefertigt, vermöge welcher ich das nötige Holtz zu Erbauung eines Stalles und zum Gehege gegen Erlegung des gewöhnlichen Stamm- und Pflantz-Geldes und gegen Drittentheilige Bezahlung des Holtz-Geldes aus der Grunewaldischen Heyde erhalten soll.*

*Wenn aber als ein neu Anbauender alles von Grunde auf neu anfertigen muß, Se. Königl. Majestät auch anderen neu Anbauenden das freye Holtz allergnädigst accordieren, und ich mich bereits bey A u f b a u u n g d e s H a u s e s völlig an Vermögen erschöpft habe, anbey Ew. Hochedelgeb. nicht unbekannt ist, wie weder ein Stücke Holtz von einem alten Hause oder Stalle mir bey meinem Bau zu Nutze machen kann, in dem seit mehr*

als 150 Jahren auf dem Ort, wo ich baue kein Gebäude gestanden, auch das Gehege in dem kläglichsten Zustande ist, daß mithin alles neu muß machen lassen, als ersuche Ew. HochEdelgeb. ich gantz gehorsamst bey einer hochlöbl. Churmärkischen Kriegs- und Domainen-Cammer dieserhalb Vorstellung zu thun, Mir das Assignirte Holtz frey vom Holtz-Gelde gnädig zu accordiren, weil mich sonst nicht im Stande sehe, alles, wie ich wünsche, in gehörige und gute Ordnung zu bringen. . . .

Ew. Hochedelgebohrner Meines besonders Hochgeehrtesten Herrn Amts-Rat und Großen Gönners gehorsamster und sein Gebet verpflichtester Diener S. G. Fuhrmann“.

Aus diesem Schreiben geht einwandfrei hervor, daß das neue Büdnerhaus spätestens 1753 errichtet sein muß. Nach einer damals angefertigten Bauzeichnung<sup>1</sup> war es ein einfacher Lehm-Fachwerkbau mit 2 Stuben, 4 Kammern, Küche und Gesindestube zu ebener Erde und einem großen Dachboden in den stattlichen Abmessungen von 53 Fuß Länge und 28 Fuß Breite (ca. 17 x 9 m).



Wilmersdorf anno 1750

Nr. 1 der Erbwindmüller Ziege. II der Schulze Brand. III der Bauer David Schmohl. IV Königliches Vorwerk. V der Bauer Michael Lutter. VI der Prediger. VII die Kirche und der Kirchhof. VIII der Bauer Kühne. IX der Bauer Gieseler. X Hofstelle des eingegangenen Frostens Bauerngut. XI Lichtens wüste Cossätenstelle (X und XI sind die Plätze, so der Fuhrmann sich aufgebaut). XII Cossäte George Kotze. XIII Lichtens Nebenhof zu XI also gehörig. XIV Cossäte Martin Goesch. XV Bauer Martin Blisse. XVI Bauer Joachim Hewald. XVII Daniel Klugs wüster Cossätenhof von Leineweber Grunow 1747 aufgebaut. XVIII der Küster. XIX Bauer Joachim Blisse. XX die Schäferei. XXI zwei wüste Cossätenhöfe sind beim Vorwerk angeschlagen. XXII drei wüste Cossätenhöfe sind zur Ziegelei gebraucht, sehr ausgegraben und nebst Nr. X und XI als Koppel angeschlagen.

Warum Pfarrer Fuhrmann dieses Fleckchen Erde, um das er so hart hat ringen müssen, schon nach wenigen Jahren wieder aufgegeben hat, ist aus den Akten nicht zu ersehen. Schwere Zeiten sind über das Land hereingebrochen. Die anfänglichen Mißerfolge des Siebenjährigen Krieges haben die Kassen erschöpft, und der Prediger der kleinen Dorfgemeinde mag dringend bare Mittel benötigen, zumal er noch sieben unversorgte Kinder sein eigen nennt. Vielleicht fühlt er sich auch den zunehmenden Strapazen der Arbeiten in den Maulbeerplantagen und bei der Seidenraupenzucht nicht mehr gewachsen. So wird am 10. Juli 1758 in Berlin ein Kaufvertrag abgeschlossen, mit dem Fuhrmann dem Königl. Preußischen Kriegsrat Meinhardt Christian R e i n c k e, seinem „hochverehrten Herrn Schwager“, sein Gut „nebst den auf dieser Stelle erbauten Wohnhause, Scheune, Stallung ...“ für 1200 Thaler verkauft. Der Käufer macht sich anheischig, die bereits angelegte Maulbeerplantage durch Anlegung „noch mehrerer Maulbeerhecken zu verbessern“ und will dem Verkäufer „die beständige Nutzung des Maulbeerlaubes zum Seidenbau und für ein leidliches vorzüglich überlassen, mithin Ihrer Königl. Majestät Willens Meynung in Ansehung des ihm vorgeschenkten Grundstücks vollkommen erfüllet wird.“ Fuhrmann behält nur noch die Kirchenhufe für sich, die ihm 1765 erb- und eigentümlich verschrieben wird. Nach seinem Tode 1769 zieht seine Witwe in das dortige kleine Büdnerhaus ein, das sie bis an ihr Lebensende († 1776) bewohnen wird.

Der Kgl. Kriegs-Rath R e i n c k e ist sicherlich ein einflußreicher Beamter. Vielleicht ist er schon zuvor seinem Schwager bei dem Erwerb der Grundstücke behilflich gewesen. Im Berliner Adreßkalender von 1758 wird er aufgeführt „wohnt auf der Friedrichstadt in der Mohrenstraße in seinem Hause“. Sonst weiß man weiter nichts von ihm. Auch er hat sich nicht lange an dem Wilmersdorfer Besitz erfreuen können. Er stirbt 1764, und ein neuer Kaufvertrag liegt bereits vom 7. September 1765 vor. Reinckes Sohn und Erbe überläßt dem „Kauf- und Handelsmann“ Cornelius Adrian Hesse den Wilmersdorfer „Kossäthen-Hof“ für einen Kaufpreis von 1450 Thalern zu „geruhigem und nützlichem Besitz“. Zugleich gestattet er Hesse, daß dieser sogleich „seine Bau-Materialien anfahren und in dem Garten beliebige Veränderungen vornehmen“ kann. Dies ist eine sehr interessante Bemerkung, die den Schluß zuläßt, daß jetzt — Ende des Jahres 1765 oder zu Beginn 1766 — der große Umbau vorgenommen wird, der aus dem einfachen Büdnerhaus, „so der Fuhrmann sich aufgebauth“, ein für damalige Verhältnisse stattliches und komfortables Landhaus werden läßt.

Die Fundamente und das Erdgeschoß bleiben in ihrem ursprünglichen Abmessungen bestehen, die sie auch heute noch zeigen. Darüber wird ein neues Stockwerk aufgesetzt. Die acht hohen Fenster erhalten eine einfach profilierte Umrahmung, die oben mit einem kräftigen Muschelornament bekrönt wird. Unmittelbar darüber setzt das gebrochene breite Ziegeldach auf, das



sich auf kleine zarte Doppelkonsolen stützt und drei Mansardenfenster aufweist. Das ganze Haus ist sehr schlicht aber in wohl abgewogenen Proportionen komponiert, unter dem hohen schützenden Dach ein breit gelagertes Landhaus, das Gastlichkeit verrät und zu frohen Festen einlädt. Der Architekt ist nicht bekannt.

Tritt man heute ein, so weist zur Rechten eine halbrunde, von einem Fruchtgehänge bekrönte Nische darauf hin, daß hier einmal ein Ofen gestanden hat. Ein reich geschnitztes Geländer schmückt die Treppe, die in das obere Geschoß führt. Die Zimmer sind niedrig, aber zum Teil recht geräumig, so daß sie für ländliche Repräsentationszwecke vollauf genügt haben dürften. Sonst ist nichts mehr von der ursprünglichen Einrichtung erhalten außer einem jetzt in der Wilmersdorfer Heimatschau aufgebauten schwarzen Ofen, dessen Kacheln das Monogramm König Friedrichs II. und den Gardestern mit der Devise „Semper talis“ (= Immer derselbe) zeigen, Schmuckformen, wie sie gern in der friderizianischen Zeit verwendet werden. Das Haus wird in den Quellen niemals als „Schloß“ oder „Schlößchen“ bezeichnet. Erst einer Zeit, in der man keine Schlösser mehr baut, wird es vorbehalten sein, ihm die Bezeichnung „Schlößchen“ zuzulegen.

Zur Erntezeit des Jahres 1766 wütet ein großer Brand in Wilmersdorf, dem fast die ganze Südseite des Dorfes zum Opfer fällt. Doch wird in der späteren Pfarrchronik des Pfarrers R i t t e r ausdrücklich erwähnt, daß das neu erbaute Landhaus am Ende der südlichen Dorfaue vom Brand verschont geblieben sei.

Über die persönlichen Verhältnisse des Kaufmanns Cornelius Adrian H e s s e<sup>5</sup> ist verhältnismäßig wenig bekannt. In der Liste der „namhaften Kaufleute“ von Berlin aus dem Jahre 1753 wird unter den „en gros und



Das  
Schoelerschlößchen  
um 1905

en détail“ handelnden Mitgliedern der „Tuch- und Seidenhandlung“ ein nur „Hesse“ genannter Kaufmann aufgeführt. 1763 erscheint eine Firma „Gebr. Hesse et Hintze“ unter den mit dem „patriotischen Kaufmann“ Gotzkowsky in Wechselbeziehungen stehenden Firmen. 1766 stehen Cornelius und Ludwig Hesse an der Spitze der zur Nutzholzhandlungs-Compagnie zusammentretenden Holzhändler. Vielleicht haben sie bei dem während des Siebenjährigen Krieges äußerst gewinnbringenden Holzhandel sehr viel verdient. Es ist daher möglich, daß der Käufer des Wilmersdorfer Landgutes entweder mit dem 1753 erwähnten Tuch- und Seidenhändler Hesse oder aber mit dem 1766 genannten Holzhändler Cornelius Hesse identisch ist, der jetzt einen Teil seines neu erworbenen Reichtums in dem Wilmersdorfer Grundstück angelegt haben könnte. Als ziemlich sicher möchte man aber annehmen, daß Cornelius Adrian Hesse der Vater jener beiden Brüder Paul und Cornelius Hesse ist, die unter der Firma „Gebr. Hesse“ als Wollfabrikanten um die Jahrhundertwende die weitaus größte Wollfabrik in Berlin mit annähernd 600 Webstühlen unterhalten, daneben noch eine namhafte Wechselhandlung betreiben und auch Baumwolle und Leinen herstellen lassen. Sie gehören mit zu den wohlhabendsten Kaufleuten und den besten bürgerlichen Kreisen der Hauptstadt an. Sie besitzen Grundstücke am Schiffbauerdamm, ein Haus in der Königstraße, ein Wohnhaus Unter den Linden, sowie ein Sommerhaus in Charlottenburg. An dem Wilmersdorfer Grundstück haben sie nach dem um 1781 erfolgten Tod ihres Vaters anscheinend das Interesse verloren, denn bereits 1783 ist ein anderer „in den völligen und nützlichen Besitz“ des „Gutes“ gesetzt worden. Der eigentliche Kaufkontrakt wird erst 1786 unterschrieben. Als Verkäufer zeichnen Cornelius Adrians vier Kinder, die er als Erben eingesetzt hat: 1. die Geheime Finanzrätin Maria Elisabeth Honig geb. Hesse „in Beistand ihres Gemahls des Herrn Geheimen Ober-Finanz-, Kriegs- und Domainen-Rath Johann August Honig“, 2. Herr Johann Paul Hesse, 3. Herr Philipp Cornelius Hesse, 4. Herr Carl Diederich Hesse (2., 4.: Gebr. Hesse). Der Wert des Grundstücks hat sich seit 1765 um mehr als das Dreifache erhöht: der Kaufpreis beträgt jetzt 5000 Taler. Sicher haben dazu die von Hesse errichteten und als „ansehnlich und massiv“ bezeichneten Wohn- und Nebengebäude sowie der neu angelegte Garten beigetragen. Der neue Besitzer ist der Berliner Kaufmann und Kattunfabrikant Johann George Sieburg (1722—1801). Die Verpflichtung, auf dem Grundstück eine Maulbeerplantage zu unterhalten und den Seidenbau zu betreiben, wird von ihm mit übernommen. Auf den Anspruch „der beständigen Nutzung des Maulbeerlaubes“ hatte Pfarrer Fuhrmann bereits 1766 gegen ein gewisses Abstandsgeld verzichtet.

Johann George Sieburg<sup>6</sup> ist seit Mitte des Jahrhunderts Besitzer einer Kattunfabrik am Quarré (dem heutigen Pariser Platz). Als einziger der zahlreichen Berliner Kattunfabrikanten bezieht er Baumwolle direkt aus den levantinischen Ländern und bezahlt sie nicht mit Geld, sondern mit

Waren, was für ihn vorteilhafter ist. Im Jahre 1777 übernimmt er noch eine große Baumwoll- und Leinenfabrik bei Kloster Zinna, die der König für Löbauer Weber hatte anlegen lassen, die aber nicht recht florierte. Sieburg bringt sie wieder in Schwung, unterhält dort 70 Webstühle und wird somit zum größten Baumwollfabrikanten des Landes. Er schickt seinen Sohn auf die weite und beschwerliche Reise nach England, um dort dem wohlgeheuten Geheimnis der Herstellung feinerer und besserer Garne, als man sie auf dem Kontinent kennt, auf die Spur zu kommen — ein damals nicht ganz ungefährliches Unterfangen. Dem Sohn gelingt es, eine dieser neuartigen Spinn- und Präpariermaschinen, sogar in Begleitung eines englischen Spinners, nach Berlin zu bringen. So richtet Sieburg eine ganz moderne Maschinenspinnerei mit Dampftrieb am Quarré ein, die, obwohl sie zunächst nicht wirtschaftlich arbeitet, von Nicolai<sup>7</sup> als Sehenswürdigkeit gepriesen wird. Schließlich treibt Sieburg noch Getreidehandel und macht Darlehensgeschäfte, so daß er in einer anonymen Schmähschrift gar als „einer der stadtkundigen Wucherer“ bezeichnet wird.

In Wilmersdorf sucht dieser hervorragende Geschäftsmann gewiß nicht nur ländliche Ruhe und Entspannung für sich und seine Familie, sondern sein beweglicher Geist und seine kaufmännische Fantasie wittern eine Möglichkeit, in dem kleinen Dorf vor den Toren Berlins die persönlichen Interessen mit geschäftlichen zu verbinden. Laut Allerhöchster Cabinettsorder vom 15. Mai 1788 hat er eine Unterstützung von 20 000 Talern erhalten „in der Voraussetzung, daß er sein Vorhaben, baumwollne Garne nach türkischer Art echt rot zu färben, wirklich vollkommen zur Ausführung bringen und diese Färberei ins große betreiben werde ...“ Dieses Darlehen solle ihm erb- und eigentümlich geschenkt werden: „1. wenn er seine Türkische Garnfärberei der kgl. Absicht gemäß so ins Große betreibe, daß er das im Jahre 1791 gefärbte und verkaufte Quantum türkischen Garns zu 2770 Pfund ... nicht nur nicht vermindert, sondern von Jahr zu Jahr vermehrt habe, 2. wenn er erweislich gemacht haben werde, diese Türkische Garnfärberei in der Art von dem 27. Mai 1788 zehn Jahre lang, also bis zum 27. Mai 1798 betrieben und erweitert zu haben ...“

Sieburg hält nun Umschau nach Land, auf dem er Krapppflanzen, die sogen. „Färberröte“, anbauen könne, um das verlangte „türkische Rot“ selbst herzustellen. Da das Wilmersdorfer Amtsvorwerk in jener Zeit wieder neu verpachtet werden soll, greift er sogleich zu und übernimmt es 1791 zunächst in Zeitpacht, ab 1794 in Erbpacht. Er läßt ein „ansehnliches, massives Wohnhaus“,<sup>8</sup> andere kleinere Gebäude und neben der Schäferei ein „massives Krapp-Fabriken-Haus von 142 Fuß Länge und 42 Fuß Tiefe“ errichten. Das Fabrikgebäude ist mit einem „Winkeldach versehen, hat 5 Behältnisse, sowie ein gehendes Werk zum Farbenmachen und einen Trockenofen“.

Der Wert der Fabrikanlage wird auf 4 809 Taler taxiert; bei der Teltowschen Kreis-Feuer-Societät ist sie mit 3 500 Talern versichert. Zum Anbau

der Krapppflanzen wirbt Sieburg „des Krappbau verständige Ausländer an, die vorwiegend aus dem Elsaß stammen“. Die Regierung stellt ihm für diese Arbeiter den Bau von drei massiven doppelten Familienwohnhäusern auf königliche Kosten in Aussicht. Da sich deren Ausführung aber immer wieder verzögert, so erwirbt er 1795/96 noch ein kleines „vor der Heide belegenes Büdnergut“ von 2 Morgen Größe, das aus einem Wohnhaus, Nebengebäuden und Wöhrden besteht. Dem bisherigen Eigentümer, dem Büdner Christian Bolze, werden dafür in Sieburgs Auftrag von dem Krappplanzer Anton Bayer 200 Taler bezahlt.

Sieburgs Unternehmungen gedeihen in der Folgezeit so vorzüglich, daß ihm 1798 die zehn Jahre zuvor zur Verfügung gestellten 20 000 Taler geschenkt werden, da er „die ihm damals gestellte Bedingung nicht nur erfüllt, sondern ein beträchtliches mehr, als er verbunden war, geleistet habe.“

Die biedern Wilmersdorfer Bauern werden sicher nicht schlecht gestaunt haben ob des ungewohnt regen Lebens, das jetzt auf dem Amtsvorwerk herrschte, auf dem bisher vorwiegend Schafzucht betrieben worden ist. Es existiert ein besonderes Aktenstück, das darüber berichtet, was der Kaufmann Sieburg als Erbpächter des Vorwerks an Verbesserungen im Dorfe selbst vornehmen lassen möchte. So schlägt er vor, das „Feuer-Leiter-Haus“ zu versetzen. Dem Prediger K u t z b a c h, der es daraufhin auf den Pfarrhof haben will, wird dies aber von der Behörde abgelehnt, weil die Auffahrt auf den Hof dadurch so verengt würde, daß kein gehörig beladener Erntewagen beim Einfahren passieren könne. Sieburg möchte der Dorfstraße ein reineres Aussehen verschaffen. Man solle an beiden Enden je einen Teich graben und darin das sich dort sammelnde Wasser auffangen, „so nicht allein für das Dorf, Vieh, sondern auch Feuers-Gefahr wegen von gutem Nutzen wäre.“ Die Feuerspritze möchte er in seine Fabrik verlegen und dafür in dem gegenwärtigen Spritzenhaus zwei Gemeindebacköfen errichten. Einige seiner Pläne werden später verwirklicht. In den Taufregistern der alten Wilmersdorfer Dorfkirche finden sich wiederholt Eintragungen, die auf freundschaftliche Beziehungen der Familie Sieburg zu Wilmersdorfern hinweisen.

Am 11. April 1801 stirbt Sieburg im Alter von 79 Jahren. Leider ist sein Bildnis, das sich früher im Märkischen Museum befand, durch Kriegseinwirkung verlorengegangen. Ein Musterbuch mit Proben seiner Berliner Kattunmanufaktur aus dem Jahre 1800, welches das ehemalige Schloßmuseum aufbewahrte, erlitt das gleiche Schicksal.<sup>9</sup>

Sein Sohn George Justus, dessen Sammlungen von Kupferstichen und Abgüssen antiker Kunstwerke von Nicolai<sup>10</sup> besonders erwähnt werden, ist stark verschuldet. Er darf weder die Berliner Fabrik, die seine Mutter noch bis 1815 weiterführt, noch das Wilmersdorfer Werk übernehmen.

Das gesamte Vorwerksgelände wird 1802 aufgegeben und das Erbpachtrecht an den Kaufmann und Großgrundbesitzer Baron v. E c k a r d s t e i n



verkauft. Bald danach werden wohl auch die Baulichkeiten der Krappfabrik abgerissen. Zwar erwähnt Joseph Mercy in seinem 1803 anonym erschienenen satirischen Buch „Berlinische Nächte“ noch ausdrücklich die „Fabrik des Kaufmanns S.“, die die nächtlichen Wallfahrer liegen sehen, wenn sie nach Wilmersdorf pilgern, um sich dort bei frischer Schafmilch zu belustigen. Mit dieser Fabrik kann nur Sieburgs Krappfärberei gemeint sein. Mercy rühmt dann weiter die „bekannte Gastfreiheit in dem Hause der schönen Mutter noch schönerer Töchter, der Witwe S. Gibt die Witwe S. ein ländliches Fest zur Schau? Ihr Haus ist der Wohnsitz stiller Freuden einer in sich glücklichen Familie.“ Auch diese Sätze dürften sich auf Frau Sieburg und ihr schönes Landhaus an der Aue beziehen. Ihre Töchter Sophie Justine Friederike v. Berg und Marie Philippine Amalie v. Scholten sind beide mit adligen Offizieren verheiratet.

Aber auch das reizende Landhaus am Wilmersdorfer See ist bereits 1803 in anderen Händen. Der Kaufkontrakt ist vom 6. Mai 1802 datiert und nennt einen bekannten Berliner Bankier, Etienne B e n e c k e, als neuen Besitzer. Er hat 8 000 Taler für das Grundstück zu zahlen. Zugleich übernimmt er auch alle vorhandenen Möbel und das Gartengerät. Madame Sieburg hat sich nur sämtliche Betten, Bettstellen, Porzellan, Gläser, Küchengerät, sowie zwei Kommoden ausbedungen. Auch die Bezahlung des Gärtners und die auf den Garten zur Unterhaltung desselben anfallenden Ausgaben gehen zu Lasten des Käufers. Der § 4 des Vertrages lautet: „Da aber auf diesem Grundstück lt. Erbverschreibung der Königl. Churmärkischen Cammer vom 15 ten März 1752 die Cultur einer Maulbeerbaum-Plantage und Seidenbaues haftet, diese aber schon seit 30 und mehreren Jahren nicht exerciret sind, so leisten die resp. Verkäufer dagegen die Gewähr und übernehmen die Ausführung, das Grundstück von dieser Last auf Ihre Kosten zu befreien, wenn der Herr Käufer wegen solcher Plantage und Seidenbau in Anspruch genommen werden sollte.“

Dies ist das letzte Mal, daß die Pflicht zur Haltung von Maulbeerbäumen im Zusammenhang mit diesem Grundstück in den Akten erwähnt wird. Die von Friedrich dem Großen mit so großer Energie ins Leben gerufene preußische Seidenraupenzucht hat sich im Laufe der Jahre doch nicht als wirtschaftlich erwiesen. Kattun hat über Seide gesiegt.

Etienne Benecke<sup>11</sup> besitzt zusammen mit seinem Bruder Christian ein 1792 gegründetes Waren-, Speditions-, Geld- und Wechselgeschäft in Berlin, das 1795 in ein Bank- und Kommissionsgeschäft umgewandelt wird und unter dem Namen Gebr. Benecke in der Spandauer Straße 22 seinen Sitz hat. Durch geschickte Transaktionen gelangt das Bankhaus Gebr. Benecke schon früh zu großem Ansehen. 1798 wird noch ein zweites Haus in Hamburg gegründet, dessen Leitung Christian Benecke übernimmt.

Etienne und seine junge Frau Eleonore Dorothea, geb. Rudelius, die einer reichen Frankfurter (O.) Kaufmannsfamilie entstammt und ein ansehn-

liches Vermögen mit eingebracht hat, bringen sicher während der Sommermonate neues fröhliches Leben in das Wilmersdorfer Landhaus mit ihren drei kleinen Jungen: Johann-Wilhelm, Carl und Etienne, zu denen sich 1803 noch ein vierter, Louis-Ferdinand, gesellt. Aber das Glück der Eheleute dauert nur wenige Jahre. Bereits 1806 stirbt Etienne. Für seine vier minderjährigen Söhne führt ein junger Verwandter, Wilhelm Christian Benecke, ein äußerst befähigter und wendiger Geschäftsmann, die Handlung weiter. Die Vormundschaft übernimmt der älteste Bruder ihres Vaters Nicolaus Benecke.

Frau Eleonore Dorothea widmet sich liebevoll der Erziehung der vier heranwachsenden Kinder. 1807 wird ein junger Hauslehrer engagiert, der später einmal schreibt, er habe „zehn schöne Lebensjahre in dem engen Kreis seines glücklichen eigenen Wirkens“ bei dieser Familie verbracht.<sup>12</sup> Es ist der nachmals bekannt gewordene Historiker Daniel Erdmann P r e u s s (1785—1868), der schon in jungen Jahren auf literarischem Gebiet von sich reden macht. 1812/13 erscheint das von ihm herausgegebene Werk: „Blüten aus guten Deutschen Schriftstellern, gesammelt zu Denkprüchen, auch als Stoff und Anlaß zu weiterem Nachdenken“. Die Vorrede dazu ist datiert: „Wilmersdorf, im Juni 1812“. Auf dem Vorsatzblatt steht: „Den beiden hochverehrten würdigen Großmüttern meiner guten Schüler hochachtungsvoll zugeeignet vom Sammler.“

Man hat bisher angenommen, die eine dieser Großmütter sei die bekannte Madame Du Titre gewesen. Aber offensichtlich liegt hier eine Verwechslung vor.

Wilhelm Christian Benecke hatte 1808 die jüngere Tochter von Madame Du Titre, Marie Louise, geheiratet. 1829, zwei Jahre nach dem Tode seiner Schwiegermutter, erhält er den erblichen Adel und nennt sich nach seiner schönen schlesischen Besitzung mit der mittelalterlichen Burg Gröditzberg (Kreis Goldberg) Baron Benecke v. Gröditzberg. In den dicken Grundbuchakten über das Wilmersdorfer Landhaus taucht nirgends sein Name auf. Ab 1807 wird als einzige Besitzerin nur die Witwe Benecke, Eleonore Dorothea, geb. Rudelius, genannt.

So dürfte sich auch die bekannte Anekdote über Madame Du Titre, die in Wilmersdorf zu einer glänzenden Gesellschaft ihres Schwiegersohns vorfahrende Gäste angehalten habe, um ihnen zu sagen, daß sie nicht mit eingeladen sei, keinesfalls hier abgespielt haben; vorausgesetzt, daß diese Geschichte überhaupt auf einer wahren Begebenheit beruht, und nicht wie so viele andere Madame Du Titre-Anekdoten ins Reich der Fabel verwiesen werden muß.

Bis zum Jahre 1816 ist aus den Akten nichts Neues über das Wilmersdorfer Landhaus und seine Bewohner zu entnehmen. Zweifellos führt Frau Eleonore Dorothea das Leben einer wohlhabenden Dame der Berliner Gesellschaft: im Winter in der Spandauer Straße — im Sommer auf dem

Lande im idyllischen Wilmersdorf am See. Haus und Garten, der im englischen Geschmack angelegt ist und u. a. ein Treibhaus und eine Kegelbahn aufzuweisen hat, sind aufs beste eingerichtet und gepflegt; es werden dort ebenso wie zu Sieburgs Zeiten fröhliche ländliche Feste gefeiert.

Aber es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. So liest man, daß zwischen der Witwe Benecke und ihrem Nachbarn Johann Christian Peters sowohl hinsichtlich der Grundstücksgrenze als auch der Traufgerechtigkeit Streitigkeiten entstanden sind. Peters ist der Inhaber eines ehemaligen königlichen Lashofes — auf dem Plan von 1750 noch dem Kossäten Georg Kotze gehörig —, der seitdem durch Krieg sowie Krankheit und frühen Tod der Inhaber immer wieder die Besitzer gewechselt hat. Dieser Hof liegt zwischen der ehemaligen „Lichtenschen Kossätenstelle“ und „Lichtens Nebenhof“, also mitten im Beneckeschen Besitz. Peters sitzt erst seit zwei Jahren auf dem nicht sehr ertragreichen Grundstück. Er ist früher einmal Kastellan beim Prinzen Ferdinand von Preußen gewesen und bezieht daher noch eine kleine Pension.

Obgleich Peters und Frau Benecke sich bald wieder vertragen und 1816 einen Vergleich abschließen, scheint Peters die Lust an der Wilmersdorfer Landwirtschaft verloren zu haben. Er verkauft seinen Hof im Herbst 1819 an Frau Benecke, deren Grundstück nun schön abgerundet ist und das ganze östliche Ende der Dorfaue umschließt.

Inzwischen sind die Brüder Johann Wilhelm und Etienne Benecke großjährig geworden und übernehmen die Leitung des väterlichen Bankhauses. Christian Wilhelm Benecke, der bislang die Verwaltung innegehabt hat, ohne aber gesetzlicher Teilhaber zu sein, scheidet aus. Bei der nun folgenden finanziellen Auseinandersetzung kommt es zu heftigen Vorwürfen gegen die bisherige Geschäftsführung. Fast ohne Mittel hatte Christian Wilhelm sein Amt übernommen. Aber in den zwölf Jahren seiner Banktätigkeit ist er ein reicher Mann geworden, während auf die jungen noch unerfahrenen Inhaber große geschäftliche Schwierigkeiten warten. Dabei ist das Haus Benecke in der Spandauer Straße, dem jetzt Johann Wilhelm und seine schöne Frau Mathilde vorstehen, zu einem gesellschaftlichen Mittelpunkt ersten Ranges geworden, dessen großzügige Gastlichkeit immer wieder gerühmt wird. Darüber berichten die Tagebücher des Tuch- und Seidenbandfabrikanten und späteren Stadtverordneten Carl Knoblauch (1793—1859)<sup>13</sup>, der mit den jungen Beneckes in herzlicher Freundschaft verbunden ist und sie auch häufig im Wilmersdorfer Landhaus besucht. Da heißt es z. B. am 1. Pfingstfeiertag des Jahres 1821<sup>14</sup>: „... am Nachmittag macht man einen Besuch in Wilmersdorf bei der Familie Benecke ...“. Am 23. Mai 1825 schreibt Knoblauch<sup>15</sup>: „Mit ... und Beneckes nach Pichelsdorf, Spaziergang in der Umgebung. Mit ihnen zum Mittagessen nach Wilmersdorf gefahren. Den Nachmittag und Abend bis 3/4 11 dort geblieben. Es wurde viel geturnt und auf dem See umhergefahren. Beim

Krickettspiel flog mir der Ball gegen die Stirn. Essigwasser, auf die getroffene Stelle gelegt, half auf das Vollständigste. Kegelspiel und geschaukelt. Abends musiziert. Es ist ein das tiefste Gemüt aufregender Anblick, die beiden jungen Damen (Frau Benecke und ihre Cousine Fräulein v. Winterfeldt) so gut, so schön, so lebensfroh und teilnehmend, so hochmusikalisch am Flügel spielen und singen zu hören, und doch ihren Gestalten und Zügen anzusehen, daß sie an einem Brustübel leiden. Frau Benecke geht demnächst nach Ems.“

Schon aus diesen kurzen Notizen ist zu ersehen, daß die jungen Beneckes zur Berliner „jeunesse d'orée“ gehören. Man spielt bei ihnen das eben erst über den Kanal gekommene teure englische Krickettspiel, man teilt die Begeisterung für das neuartige von Jahn propagierte Turnen. Aber auch die Wissenschaft und die schönen Künste kommen zu ihrem Recht, und so nimmt es nicht Wunder, daß Knoblauch im Beneckeschen Hause mit den bekanntesten Künstlern und Gelehrten des romantischen Berlins in nähere Berührung kommt.

Neue Schatten sind inzwischen heraufgezogen. Eine heimtückische Krankheit — ein schweres Halsleiden — bedroht das Leben der alten Frau Benecke. Schon 1829 hatte sie ihr Testament aufgesetzt, das in seiner Liebe und Fürsorge für ihre Kinder ergreifend zu lesen ist. Bezüglich Wilmersdorf heißt es darin: „Das auf meinen Namen eingetragene in Wilmersdorf bei Berlin belegene Landgut hat stets einen Wert der besonderen Vorliebe für mich gehabt, und ich wünsche sehr, daß dasselbige so lange als möglich bei der Familie verbleibe und nicht in fremde Hände komme . . .“. Nach ihrem am 21. April 1825 erfolgten Tod wird vier Wochen später ein Erbbreuß errichtet, nach dem die Brüder Benecke, der Bankier Johann Wilhelm, der Bankier Etienne und der Gutsbesitzer Carl, ihrem jüngsten Bruder, dem Theologiestudenten Louis Ferdinand, 1. das Berliner Wohnhaus Spandauer Straße 22, 2. das im Dorfe Wilmersdorf am Ende des Dorfes nach Schoeneberg zu belegene Gartengrundstück mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden sowie 3. das ebenfalls in Wilmersdorf belegene Kossätentgut mit Zubehör als Anteil vom mütterlichen Erbe überlassen. Der Wert der Wilmersdorfer Grundstücke wird im ganzen mit 10 000 Talern beziffert. Ende Januar des folgenden Jahres findet in der Spandauer Straße ein glänzender Ball<sup>16</sup> statt, zu dem Alles, was in der bürgerlichen Welt Berlins Rang und Namen besitzt, erscheint. Man bedauert nur, daß die berühmte Henriette S o n t a g abgesagt hat, da sie von ihrer Mitwirkung in der Oper „Cosi fan tutte“ zu sehr „fatiguit“ sei.

Am 30. Januar 1826, abends um 8 Uhr, begibt sich einer mündlichen Anfrage entsprechend der Deputierte des Stadtgerichts, Justizrat L a n g e r h a n s, persönlich in die Spandauer Straße, um noch einmal die Erbauseinandersetzung darzulegen. Am nächsten Tage überrascht eine Sensationsnachricht die Berliner Geschäftswelt: das Bankhaus Gebr. Benecke ist in Konkurs geraten und wird geschlossen.



Erschüttert schreibt Carl Knoblauch unter dem 31. Januar 1826 in sein Tagebuch: „Leider bestätigt sich das Gerücht vom Fallissement von Benecke; ich kann fast gar nicht arbeiten, so bewegt mich diese Hiobspost. Wie ein Traum kommt es mir vor, wenn ich an den glänzenden Ball denke.“

Es kommt zu einem langwierigen Prozeß, da die beiden Inhaber wegen „fahrlässigen Bankerotts“ angeklagt sind. Noch vor Abschluß des Prozesses stirbt Johann Wilhelm. Etienne wird zu dreijähriger Festungshaft in Schweidnitz verurteilt. Nach deren Verbüßung wandert er nach Mexiko aus. Dort kommt er wieder zu Wohlstand und ordnet in seinem Testament die vollständige Befriedigung aller seiner Gläubiger an. Nach seinem Tode im Jahre 1868 werden dann die noch mehrere hunderttausend Taler betragenden Forderungen bis auf den letzten Pfennig getilgt.

„Mit dem ‚Fallissement‘ des Bankhauses Benecke erlischt nicht nur eine angesehene Firma, die Jahrzehnte hindurch das vollste Vertrauen der Berliner Geschäftswelt genossen hat, es findet auch ein glänzender Verkehrskreis ein Ende, der im Gesellschaftsleben der Hauptstadt eine Rolle gespielt hat. Das Aktenstück Benecke im alten Knoblauch-Archiv in Verbindung mit den Tagebuchaufzeichnungen C. Knoblauchs gibt ein tragisches Bild von der Vergänglichkeit menschlichen Glücks.“<sup>17</sup>

Und was wird aus den Wilmersdorfer Grundstücken — aus dem „reizen- den Landhaus am See“? Bereits am 17. Februar 1826, noch nicht drei Wochen nach dem großen Ball, verkauft der junge Louis Ferdinand Benecke sein ganzes Erbteil „in Bausch und Bogen“ für 10 000 Taler an den königlichen Professor Dr. B e t h m a n n - H o l l w e g, um auch diese Summe der Konsursmasse zuzuschlagen, ohne aber dadurch den Untergang des Hauses aufhalten zu können.

So geht Frau Eleonore Dorotheas letzter Wunsch nicht in Erfüllung, wie es diesem Besitz überhaupt nie beschieden ist, länger als zwei Generationen hindurch in einer Familie zu bleiben.

Dem neuen Besitzer, dem jungen Professor Dr. Moritz August Bethmann-Hollweg (1795—1877)<sup>18</sup>, einem Lieblingsschüler des berühmten Rechtslehrers S a v i g n y, sagt man eine glänzende wissenschaftliche Zukunft voraus. Mit 24 Jahren hat er sich bereits habilitiert und erhält 1823 eine ordentliche Professur für Zivilrecht und Zivilprozeß an der neu gegründeten Berliner Universität. Aber bald darauf erreicht ihn ein Ruf aus Bonn, dem er 1829 Folge leistet. So verkauft er schleunigst mit einem Verlust von 2000 Talern seine Wilmersdorfer Grundstücke<sup>19</sup>, die nach nur zwei Jahren schon wieder einen neuen Besitzer erhalten.

Mit Wilhelm Zacharias F r i e b e (1781—1840)<sup>20</sup> übernimmt nochmals ein bekannter Berliner Bankier den Besitz. Er stammt aus einer alten angesehenen jüdischen Familie. Sein Urgroßvater war der bekannte Hofjuwelier und Münzentrepreneur Friedrichs des Großen, Nathan Veitel Heine E p h r a i m (1703-1775), der das herrliche Rokokopalais am Mühlendamm

besaß, das leider 1935 dem Moloch Verkehr geopfert wurde. Friebe selbst besitzt das Haus Behrenstraße 39.

Bei der Finanzierung der von Napoleon den Kur- und Neumärkischen Ständen auferlegten Kontributionen hat sich Friebe ebenso wie das Bankhaus Gebr. Benecke maßgeblich beteiligt. Von 1820 bis 1823 sitzt er im Ältestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft und wird 1835 Stadtverordneter. Neben finanzieller Geschicklichkeit eignete Friebe echtes soziales Empfinden und feines Kunstverständnis. 1824 wird er Schatzmeister des von Wilhelm v. Humboldt ins Leben gerufenen „Vereins der Kunstfreunde im Preussischen Staate“. Doch sieht er sich „durch Kränklichkeit genötigt“, dieses Amt bald wieder niederzulegen, das dann Carl Knoblauch übernimmt.

In Wilmersdorf sucht Friebe wohl weniger laute Fröhlichkeit und rauschende ländliche Feste als vielmehr Erholung und Entspannung vom anstrengenden Geschäftsleben. Nachdem er zuvor zusammen mit seinen Kindern aus erster Ehe zum Christentum übergetreten ist, heiratet er 1817 Caroline Wach, die selbst aus einem kunstsinnigen Hause stammt und deren Geschwister, der Maler Wilhelm Wach und die Schriftstellerin Henriette Paalzow, geb. Wach, die geistigen Akzente des Friebeschen Bekanntenkreises bilden.

Wilhelm Wach (1787—1845) ist in Berlin als Porträtist ebenso geschätzt wie als Historienmaler. Bei Hofe nimmt er eine bevorzugte Stellung ein; fast alle preussischen Prinzessinnen lassen sich von ihm malen. Oft weilt er in Tegel bei den Humboldts zu Besuch, die er schon von seinem römischen Aufenthalt im Jahre 1817 her kennt. Als Caroline v. Humboldt 1829 stirbt, fertigt Wach aus dem Gedächtnis eine Zeichnung der Verewigten an, über die Wilhelm an seine Tochter Gabriele schreibt<sup>21</sup>: „Sie ist wundervoll und rührend durch die große sprechende Ähnlichkeit ... und den seelenvollen Ausdruck ... Wirklich konnte nur Wach eine so gelungene Zeichnung von der seligen Mutter machen...“ Beliebt und viel besucht sind Wachs kunsthistorische Vorträge, die er in seiner Eigenschaft als Akademieprofessor hält. 1840 wird er zum Vizedirektor der Kunstakademie ernannt.

Henriette Wach (1792—1846)<sup>22</sup>, die jüngste der drei Geschwister, hatte 1816 den Major Paalzow geheiratet, sich jedoch nach fünfjähriger Ehe wieder von diesem getrennt und war dann in ihr Berliner Elternhaus zurückgekehrt. Erst nach dem Tode der Eltern veröffentlicht sie mit 48 Jahren ihren ersten historischen Roman „Godwie Castle“, der bald zu einem der gelesensten Bücher jener Zeit gehört. Ihr Ruhm steht damals dem ihres Bruders kaum nach. Auch am Hof sind ihre Romane eine beliebte Lektüre. Beide Friebes sind große Gartenfreunde, die Beneckeschen Gartenanlagen in Wilmersdorf werden von ihnen noch erweitert und verschönert. Mit dem ihnen gegenüber wohnenden Legationsrat Sasse (1793—1863) verbindet sie gutnachbarliche Freundschaft, die durch die gartenkünstlerischen Interes-

sen beider Familien immer neue Nahrung erhält. Auf die Unruhe, die jene dramatischen Ereignisse in der Familie Benecke auch für das Wilmersdorfer Landhaus mit sich gebracht haben, folgt jetzt eine Zeit friedlicher biedermeierlicher Idylle. Selbst in dieser gartenfreudigen Zeit haben die beiden großen Wilmersdorfer Gärten bald den Ruf von Sehenswürdigkeiten erlangt.

Henriette Paalzow gibt in wenigen Sätzen eine lebendige Schilderung des Friebeschen Gartenparadieses. In ihren Romanen wird man allerdings vergeblich nach einer Beschreibung suchen, die einen Niederschlag ihrer Wilmersdorfer Eindrücke darstellen könnte. Aber in den Briefen an den Verleger heißt es: „Von Juni bis Juli (1845) wohnte ich bei meiner Schwester in Wilmersdorf, eine Meile von Berlin, wo sie ein Landhaus mit einem Garten besitzt, der von höchster Kultur zeugt und die herrlichsten Gewächse aller Länder zeigt ...“

Ein Jahr vor ihrem Tode weilt sie als Schwerleidende noch einmal in Wilmersdorf und schreibt darüber: „Bis zum 23. Oktober 1846 blieb ich wieder in Wilmersdorf, im Genusse eines selten schönen Herbstes unter grünen Bäumen bei herrlichem Rasen zur Erquickung des Auges und der vollen Weinfestons, die ihre Schätze reifen lassen.“

In den Veröffentlichungen des „Vereins zur Beförderung des Gartenbaus in den Kgl. Preussischen Staaten“ aus den fünfziger und sechziger Jahren werden wiederholt die Wilmersdorfer Gärten gerühmt. Da heißt es z. B. 1851: „Herr Pilder, der Obergärtner der Frau Bankier Friebe in Wilmersdorf, übergab einige Exemplare der sogen. Rheinischen Schwarzwurzel ...“. 1852: „Herr Hofgärtner G. Fintelman berichtete über die Gärten der Frau Bankier Friebe und des Herrn Legationsrat Sasse. In beiden zeichneten sich die wunderschönen Papyrusgruppen aus. Die Stengel hatten in dem Garten des zuletzt genannten Herrn eine Höhe von 10 Fuß. Nicht weniger verdienten die Arvideengruppen bei Frau Friebe um so mehr die volle Beachtung, als besonders die Caladien sich eines solchen üppigen Wuchses erfreuten, wie wir ihn nie in den Gewächshäusern gesehen. Allerdings ist auch dieser Sommer für die Kultur exotischer Pflanzen im Freien besonders günstig. Bei Herrn Sasse bleiben auch im Winter mehrere südliche, besonders japanische und chinesische Gehölze im Freien, wo diese sonst nicht gesehen werden. Auf gleiche Weise verdient auch die prächtige Feigenwand der Frau Friebe eine Erwähnung.“ 1854: „Herr Professor Koch teilte Einiges über die Gärten von Herrn Sasse und Frau Friebe mit ... Der Garten Friebe zeichnet sich durch seine malerischen Gruppen und schönen Rasenplätze aus, denen Herr Kunstgärtner Pilder zu jeder Jahreszeit einen neuen Reiz zu verleihen weiß. Von besonderer Schönheit sind daselbst die Baum- oder Drachenlilien.“

Über die Freundschaft der beiden Gartenbesitzer und wie diese ein Ende fand, berichtete Frau Klipfel, eine Tochter Sasses, als sie viele Jahr später besuchsweise nach Wilmersdorf kam<sup>23</sup>: „An unser Grundstück stoßend lag

das Friebesche Besitztum . . . Mein Vater und meine Mutter hatten sich mit dem alten Herrn Friebe angefreundet. Meiner Mutter Witz und Geist zerstörte manche trübe Stunde des alten Herrn Friebe. Auch mein Vater mit seinem Geist erlebte sehr den geselligen Kreis, in dem der Maler Professor Wach und die Schriftstellerin Paalzow ebenso liebenswürdig wie anregend lebten . . . Herr Friebe starb, Madame Friebe behielt ihren Sommersitz . . . Daß bei zwei so leidenschaftlichen Charakteren wie bei meinem Vater und Madame Friebe auch Differenzen kamen, konnte nicht ausbleiben . . . Bald war der Bruch nicht mehr zu vermeiden. Und mein Vater, leidenschaftlich wie er war, brach im Herbst 1853 mit furchtbaren Schmerzen und inneren Kämpfen . . . mit dem Wilmersdorfer Aufenthalt. Unsere herrlichen, immergrünen Bäume, genug, alles von Wert, kam nach Sanssouci . . . Mit Tränen schieden wir von der Scholle, auf der wir so glücklich mit unseren Eltern gelebt hatten. — Nachdem wir fort waren, wer hatte noch Interesse für die Schöpfung des lieben Vaters? Die herrlichen Tannen wurden ausgerodet — als ein gefährlicher Schlupfwinkel für Diebe. So blieb nichts von dem einst so paradiesischen Platz, den mein Vater mit feinstem Geschmack und edelstem Verständnis gestiftet hatte.“

Auch dem Friebeschen Haus stattet Frau Klipfel noch einen Besuch ab. Ein Gärtner, der ihren Vater noch gekannt hat, öffnet die Tür. Er führt sie zu mancher Pflanze, die einst noch von ihm herübergebracht worden war. Dann betritt sie das Haus: „Es war alles unverändert. Die Boiserie an den Wänden, das rosa Kabinett mit den kleinen Rokokotischen, das Eßzimmer mit seinem Spiegel aus hundert Stückchen, alles genau so als ob nicht eine Welt von Jahren darüber hingegangen sei.“

Seit dem 14. April 1857 ist im Zuge einer Erbauseinandersetzung Friebes jüngste Tochter, die Baronin Mathilde v. Thielmann, alleinige Besitzerin des „im Teltowschen Kreise im Dorfe Wilmersdorf belegenen folio 128 Nummer 28 des Hypothekenbuches von Wilmersdorf eingetragenen Grundstücks“ sowie des „ebendasselbst belegenen, in demselben Hypothekenbuch Nr. 32 folio 144 verzeichneten Kossätengutes“. Sie hat dafür 12 000 Taler zu bezahlen.

Ihr Mann, der Rittmeister a. D. Freiherr Franz v. Thielmann, ist der Sohn des Kavalleriegenerals Adolf v. Thielmann, der, ursprünglich ein großer Verehrer Napoleons, 1812 vom König von Sachsen in den Freiherrenstand erhoben worden war, dann aber während der Freiheitskriege auf Seiten der Verbündeten sich besonders ausgezeichnet hatte. Der Sohn hatte als junger Dragoneroffizier Friebes mittlere Tochter Bertha geheiratet und sich nach deren frühem Tod mit ihrer ebenfalls jung verwitweten Schwester Mathilde vermählt. Ein Sohn aus dieser zweiten Ehe, Max Guido Franz v. Thielmann, wird später deutscher Botschafter in Washington und 1897 Staatssekretär im Reichsschatzamt. Sicherlich verbringt er einen großen Teil seiner Jugend auf dem Lande in Wilmersdorf, wo seine Eltern lange Jahre hindurch wohnen. Der alte Freiherr ist durch sein freundliches Wesen bei den



Dorfbewohnern sehr beliebt. Er nimmt an ihrem einfachen bäuerlichen Leben warmen Anteil, fährt gern auf ihren holprigen Leiterwagen mit und plaudert mit ihnen über die ländlichen Verhältnisse. Als ehemaliger Rittmeister ist er ein passionierter Reiter. Seinem eingegangenen Reitpferd läßt er im Park einen schmucklosen Gedenkstein setzen mit der Inschrift:

„Hier liegt ein treues Tier begraben.  
Könnst' ich ein Pferd zum Freunde haben,  
Läg' hier mein treuester Freund begraben.“

Nach seinem Tode 1868 werden Haus und Park, die für Frau Mathilde zu beschwerlich und für den Sohn und angehenden Diplomaten nicht mehr ganz zeitgemäß sein mögen, an August Wilhelm Kahlbaum, den Besitzer einer bekannten Spirituosenfabrik in Berlin, Münzstraße 19, für 22 000 Taler verkauft. Kahlbaum hat dafür einen Besitz bei Zürich, den er nach seiner Frau „Elisienhof“ genannt hat, aufgegeben, um wie es heißt, seinem Vater, dem alten Destillateur aus der Mauerstraße, die für diesen immer beschwerlicher werdende Sommerreise in die Schweiz zu ersparen. Nun nennt er das Wilmersdorfer Besitztum ebenfalls „Elisienhof“.

Die Firma Kahlbaum besteht noch heute. Doch ist die ausführliche Firmen- und Familiengeschichte, der vielleicht noch Einiges über das Leben im Wilmersdorfer Landhaus zu entnehmen wäre, in den Nachkriegswirren verloren gegangen, so daß über Kahlbaum und seine Frau Elise, geb. Schultz, nicht viel in Erfahrung zu bringen ist. Nur einmal wird in den Wilmersdorfer Blättern<sup>21</sup> von einem großen Tag für ihn berichtet. Da kommt an einem schönen Maientage des Jahres 1875 der alte Kaiser Wilhelm persönlich die Wilmersdorfer Dorfstraße entlang gefahren, nicht hoch offiziell, sondern im schlichten Zweispänner ohne Begleitung, so daß die Wilmersdorfer kaum etwas von dem hohen Besuch merken. Der Wagen hält vor der Villa Kahlbaum — das alte Landhaus wird jetzt als „Villa“ bezeichnet —, wo den Monarchen der Polizeipräsident v. Madai empfängt und ihm den Kommerzienrat Kahlbaum vorstellt. Der Kaiser ist eigens nach Wilmersdorf gekommen, um eine neue monströse Marmorbank in Augenschein zu nehmen, die der reiche Fabrikant von dem Bildhauer Franz d. Ä. anfertigen ließ, um auch seinerseits den Sieger von 1870/71 zu ehren. Der Kaiser spricht liebenswürdig die pflichtgemäße Anerkennung aus. Aber ob es ihm im Grunde seiner Seele vielleicht doch widerstrebt, sich an die marmornen Köpfe seiner Feldherren anzulehnen? Jedenfalls ist die ursprünglich für den Park von Babelsberg bestimmte Bank so lange wie Kahlbaum lebte bei ihm geblieben. Erst sein Nachfolger übergibt sie den Behörden, die sie 1903 im Berliner Tiergarten bei der Luiseninsel aufstellen. 1936 wurde sie wegen ihrer Häßlichkeit entfernt.

Einige Jahre nach dem 1884 erfolgten Tode ihres Mannes trennt sich Frau Kahlbaum von „Elisienhof“. Der Kaufvertrag wird am 26. September 1893 aufgesetzt und spiegelt so recht die großen Veränderungen wider, die inzwischen auch im Dorf Wilmersdorf vor sich gegangen sind. Da wird

nicht mehr vor dem Amt Mühlenhof oder vor dem Kgl. Kreisgericht verhandelt, sondern das Kgl. Amtsgericht in Charlottenburg hat deren juristische Funktionen übernommen. Jetzt ist nicht mehr von „Büdnestelle“ und „Kossätengut“ die Rede, es wird nur noch nüchtern von zwei Grundstücken gesprochen. Diese sind übrigens bei Kahlbaums Einzug im Jahre 1869 neu vermessen worden und ihr Umfang wird nun mit 12 Morgen und 95 Quadratruten bzw. 316 Ar und 9 qm angegeben. So ist es ein recht umfangreicher Besitz, den der neue Eigentümer, der Professor an der Berliner Universität, Doktor der Medizin Heinrich Schoeler, wohnhaft zu Berlin, Alexanderufer 1, übernimmt. Das Grundstück ist jetzt mehr als doppelt so groß, als es einst von Pfarrer Fuhrmann angelegt worden war. Auch der Kaufpreis ist gegen früher sehr erheblich angestiegen. 575 000 Goldmark hat Schoeler zu zahlen. Damals werden auch Pläne angefertigt, die u. a. über die innere Aufteilung des Landhauses Aufschluß geben, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß seit Hesses Zeiten im Innern des Hauses sicher mannigfaltige bauliche Veränderungen vorgenommen wurden. Im Jahre 1893 enthält das Erdgeschoß sechs heizbare und ein nicht heizbares Zimmer, der erste Stock drei heizbare und vier nicht heizbare Zimmer, das Dachgeschoß ein heizbares und ein nicht heizbares Zimmer, sowie drei nicht heizbare Kammern und Bodenraum. Außerdem befinden sich auf dem Grundstück ein Pferdestall für vier Pferde, ein Remisengebäude, ein Hühnerstall, zwei Gewächshäuser mit Glasdach, ein Kegelhaus und ein kleines Maschinenhaus. Der Käufer wird darauf hingewiesen, daß die „Straße Wilhelmsaue“ über sein Grundstück hindurch geführt werden wird und daß er die entsprechenden Parzellen auf Abruf wird abgeben müssen. Der Fluchtlinienplan der neuen Straße hat bereits am 3. November 1890 die ortspolizeiliche Zustimmung erhalten. Was den See anlangt, so schwebt derzeit noch ein Verfahren zur Ablösung der Fischereiberechtigung. Man sieht, Wilmersdorf mit etwa 14 000 Einwohnern schlägt mit Riesenschritten den Weg vom Dorf zur Stadt ein. Was bislang ländliche Abgeschiedenheit weit draußen vor den Toren der Hauptstadt bedeutete, wird jetzt bestenfalls freundlichen Vorstadtcharakter erhalten, ehe es später völlig in dem Gebilde Großberlin aufgehen wird.

Professor Schoeler (1844—1918), ist ein gebürtiger Balte.<sup>25</sup> Aus einer kinderreichen Familie stammend, kommt er als fast mittelloser junger Mann nach Deutschland, um hier Medizin zu studieren. Nach Beendigung des Studiums habilitiert er sich 1874 an der Berliner Universität als Privatdozent für Augenheilkunde, wird 1879 zum außerordentlichen Professor ernannt und übernimmt die Augenklinik Karlstraße seines ehemaligen Lehrers Prof. Ewers. Bald verbreitet sich Schoelers Ruf als der eines geschickten Augenoperators und verschafft ihm eine große Praxis. Da er als Balte der russischen Sprache mächtig ist, finden sich viele wohlhabende Russen, die damals überall in Westeuropa anzutreffen sind, als Patienten ein. So ist bald der finanzielle Untergrund für den Erwerb des Wilmersdorfer

*Oberflur im  
Schoelerschloßchen  
am 1900*



Landhauses gelegt, das er mit seiner Familie das ganze Jahr über bewohnt<sup>26</sup>. Im Hause läßt er baulich nur wenig verändern. Von Verwandten und Freunden — zum ersten Male liegen jetzt Berichte noch lebender Zeitgenossen vor — wird es viel gerühmt wegen der schönen alten Möbel, die in den niedrigen Zimmern eine Atmosphäre altmodischer Behaglichkeit entstehen lassen, die nicht durch technische Neuerungen wie elektrisches Licht, Telefon oder gar Zentralheizung, beeinträchtigt werden darf.

Nach alter Gepflogenheit wird auch im Schoelerschen Hause Gastlichkeit in hervorragender Weise geübt. Die köstlichen Blumensträuße, die sich Verwandte und Freunde aus dem großen gepflegten Park mit in ihre Stadtwohnungen nehmen dürfen, sind noch heute unvergessen. Dem Garten gehört die besondere Liebe des Geheimrats. Hier sucht er Erholung nach der anstrengenden klinischen Tätigkeit. Hier hegt und pflegt er die schönen alten Bäume, Ahorne, Kastanien und Platanen, die vielleicht noch von Sieburg oder Benecke gepflanzt worden sind, und in deren Schutz sogar eine Champignonzucht gedeiht. Wenn er die schattige Kastanienallee bis zum See hinunterschlendert, kommen ihm die besten Gedanken für seine wissenschaftliche Arbeiten.

Es tut ihm jedes Mal weh, wenn er ein Stück seines Gartenparadieses abgibt.<sup>27</sup> Einen besonderen Kummer bereitet ihm die bereits erwähnte Durchlegung der Wilhelmsaue bis zur damaligen Kaiserallee (heutige Bundesallee), die im Enteignungsverfahren seinen Besitz um ein Beträchtliches schmälert.<sup>28</sup> Und der geliebte See, dem die Verlandung droht, wird bald zugeschüttet werden.

Mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges wird es stiller im Haus. Dem allmählich immer fühlbarer werdenden Mangel an Spinnstoffen sucht der nunmehr Siebzigjährige Abhilfe zu schaffen, indem er Versuche mit Flockengewächsen ausführt. Andere Experimente gelten der Herstellung einer absolut schwarzen Farbe. Bis ins hohe Alter ist er rastlos tätig. Im März 1918 fällt der einzige Sohn, nachdem zuvor schon der Schwiegersohn im Felde geblieben ist. Damit ist die Lebenskraft des alten Vaters gebrochen. Am 24. November 1918 folgt er den beiden jungen Männern in den Tod nach. Schoelers Tod bedeutet für das Landhaus in der Wilhelmsaue das Ende einer steten Entwicklung vom einfachen Büdnerhaus zu einer Heimstatt kultivierten Altberliner Bürgertums. Es findet sich niemand mehr, dem die Pflege der Tradition des alten Landhauses und seines herrlichen Parks noch so am Herzen liegen würde wie dem alten Geheimrat Schoeler. Haus und Garten werden in der Inflationszeit zu einem bloßen Spekulationsobjekt.

Mister Henry J. Erny wohnt in New York, 315, Fourth Avenue. Er hat durch einen Beauftragten in Berlin das Grundstück Wilhelmsaue 124-128 für sich erwerben lassen. Vielleicht hat er es nie gesehen und wird es auch nie zu Gesicht bekommen, aber er will sein Geld sicher in Grundbesitz anlegen, und so kommt am 18. Oktober 1921 ein Kaufvertrag zustande, dem zufolge er den Schoelerschen Testamentsvollstreckern eine bare Million auszahlen läßt. Doch was bedeutet schon in jener Inflationszeit eine Million Mark in Papierscheinen?<sup>29</sup> Mr. Erny hat ein glänzendes Geschäft gemacht; denn als er nach der Stabilisierung der deutschen Währung das Grundstück 1927 wieder verkaufen läßt, erhält er von der Käuferin, der Grundstückswerwertungsges. „Cassandra“ GmbH., 275 000 Reichsmark auf den Tisch gezahlt.

In den sechs Jahren, in denen Erny als Eigentümer des Grundstücks aufgeführt wird, hat er, abgesehen von den notwendigen Reparaturen an den Gebäuden, nichts machen lassen. Auch die „Cassandra“ läßt alles beim alten. Das Haus wird inzwischen wieder bewohnt, und der alte Park an der Wilhelmsaue bewahrt „noch eine Zeit lang den melancholischen Zauber von Gärten, die ihre Besitzer überleben.“

1929 kommen die Dinge wieder in Fluß. Die „Cassandra“ verkauft das Schoelersche Grundstück — in den Akten tauchen jetzt zum ersten Male die Bezeichnungen „Barockschlößchen“ und „Schoelerpark“ auf — an die Heimstätten-Siedlung Berlin-Wilmersdorf gemeinn. A.G., deren Aktienkapital nahezu ausschließlich im Besitz der Stadt Berlin



ist. Nun kann endlich auch an der Wilhelmsaue mit dem längst geplanten Bau von kleinen Wohnungen begonnen werden; denn die Not ist groß. Seit 1914 ist nicht mehr genügend gebaut worden, überall herrscht Wohnungsmangel.

Wohl auf Druck der Wilmersdorfer Bevölkerung hin, die ihr „Schoererschloßchen“ ins Herz geschlossen hat<sup>30</sup>, besinnt man sich im letzten Augenblick und bemüht sich, das Haus und einen Teil des wertvollen Baumbestandes vor Spitzhacke und Axt zu retten. So bietet das Bezirksamt Wilmersdorf der Heimstätten-Siedlung an, ihm im Tauschwege Haus und Mittelteil des Parks — im ganzen 5290 qm — eigentümlich zu überlassen und dafür einen Streifen des benachbarten städtischen Grundstücks sowie das ursprünglich für den Bau eines Lyzeums vorgesehene Grundstück Zähringer Straße 39-40 für die Bebauung anzunehmen. Der Tauschvertrag kommt zustande und wird am 1. November 1929 vollzogen.

Im Juli 1930 wird mit dem Bau von 300 Kleinwohnungen in sechzehn mehrgeschossigen Wohngebäuden nach den Plänen des Architekten Reg. Baumstr. a. D. Fritz Buck begonnen. Da das Gelände am ehemaligen See sumpfig ist, müssen die Häuser an dieser Stelle auf einer Pfahlfundierung errichtet werden.

Das Schoerelhaus selbst wird nicht wieder vermietet. Es wird dem Bezirksjugendamt übergeben, mit großen eisernen Öfen und später mit Zentralheizung versehen, um für die verschiedensten öffentlichen Zwecke benutzt zu werden. In bunter Reihenfolge werden Räume zur Verfügung gestellt, so im Winter 1932 für Arbeits- und Nähstuben im Rahmen der damaligen Winterhilfe und für einen Segelflugverein zum Basteln von Flugzeugmodellen. Im Oktober 1933 werden drei Räume als Jugendheim des Vereins für das Deutschtum im Ausland eingerichtet. Schließlich wird 1934 aus dem sogen. „Barockschloßchen“ ein Heim der Hitlerjugend. Da zur gleichen Zeit der Schmargendorfer Lehrer J ä n i c h e n mehrere Räume im Erdgeschoß und im ersten Stock mit seiner mit sehr viel Liebe zusammengetragenen H e i m a t s c h a u beziehen soll, erweisen sich die vorhandenen Räumlichkeiten als nicht ausreichend und man entschließt sich 1935 zu einer Aufstockung des Gebäudes. Zwar bemüht man sich beim Aufbau, im historischen Rahmen zu bleiben und übernimmt die alten Proportionen nebst den Rokokoornamenten. Aber als der Umbau fertig ist, wirkt das Haus irgendwie unharmonisch, gestelzt, verstädtert. Ein zierlicher Empirebalkon am Ostgiebel ist ins oberste Geschoß versetzt worden und schwebt jetzt unmotiviert und unzugänglich über einer hohen kahlen Wandfläche. Im November 1936 wird die Wilmersdorfer Heimatschau in drei Räumen des Erdgeschosses eröffnet.

Im zweiten Weltkrieg fallen Bomben auf das Dach, und die Hälfte des neuerbauten Obergeschosses brennt wieder ab, aber das alte Haus bleibt in seinen Grundfesten erhalten. Als der Hausmeister im letzten Kriegsjahre die Räume der Heimatschau betritt, da traut er kaum seinen Augen. Die

Wände sind kahl und die Vitrinen leer. Heimlich haben die Hitlerjungen auf „höheren Befehl“ alle Ausstellungsgegenstände wahllos ausgeräumt und in einem kleinen dunklen Kellerraum zusammengepfercht. Lehrer Jänichen steht im Feld — niemand kann sich mehr zurechtfinden.

In den ersten Tagen nach der Kapitulation im Mai 1945 geht auch im Schoelerschlößchen alles drunter und drüber. Von dem Inhalt des kleinen dunklen Kellerraums, von der ehemaligen Heimatschau, bleiben nur noch wenige Stücke erhalten, die dann den Grundstock für eine neue Sammlung bilden werden. Auch der schöne Goldschmuck des Hans und der Eva v. Willmersdorff aus der Gruft der Schmargendorfer Kirche, der hier eine Heimstatt gefunden hatte, ist damals, wie man befürchten muß, für immer verloren gegangen. Lehrer Jänichen ist aus dem Krieg nicht mehr zurückgekehrt.

Allmählich treten wieder geordnete Verhältnisse ein. Da Kindertagesstätten dringend benötigt werden, zieht 1946 eine solche recht und schlecht in das notdürftig hergestellte Schoelerhaus ein. Wo einst Pfarrer Fuhrmann Maulbeerbäume pflanzte, wo Frau Sieburg ländliche Feste feierte und die junge Frau Benecke romantische Lieder sang, wo Henriette Paalzow ihr Auge an den üppigen Weinranken erquickte, und August Wilhelm Kahlbaum dem alten Kaiser Wilhelm seine prächtige Marmorbank vorführte, wo der Geheimrat Schoeler seine Werke über die Augenheilkunde schrieb, da trippeln jetzt kleine Kinderfüße die enge Treppe mit dem kunstvollen Geländer auf und ab, lustiges Kindergeschrei ertönt aus den niedrigen, einst so elegant eingerichteten Räumen und im Park wird Ringelreihen gespielt. Auf den jungen Kindergärtnerinnen lastet jedoch die stete Verantwortung, daß auf der schmalen Treppe und in den unzureichenden Garderoberäumen nichts passiert, und daß andererseits das zweihundert Jahre alte Gebäude, das unter Denkmalschutz steht, keine Beschädigung erleidet. So bleibt zu hoffen, daß auch die jetzige Einquartierung des Schoelerschlößchens keine dauernde sein möge. Die wieder erstandene Heimatschau, die bereits unter Raummangel leidet, würde hier eine ihr gemäße Unterkunft finden.

Ringsum blicken die hohen, großstädtischen Häuserblocks auf das alte Landhaus und den Parktorso herab, in dem nur noch die schöne doppelreihige Lindenallee und einige Baumriesen dem, der zu hören vermag, von den vergangenen Zeiten erzählen.

# Anmerkungen:

- <sup>1</sup> Vgl. den Aufsatz „Wilmersdorf vor 150 Jahren“ (Wilmersdorfer Blätter, III., 1900, S. 51-54). Leider war es nicht möglich, die Originalakten einzusehen, die sich früher im Geh. Staatsarchiv in Berlin-Dahlem befanden. Sie sind wahrscheinlich 1945 verloren gegangen.
- <sup>2</sup> Pr. Br. Rep. 7, Amt Berlin-Mühlendorf A Tit. II Nr. 4 (Brandenburg. Landeshauptarchiv, Potsdam).
- <sup>3</sup> Ebenda.
- <sup>4</sup> Ehemals in den Mühlenhofakten, vgl. Anmerkung 1; erwähnt bei Willy Frommholz: „Vom ‚wüsten Cossäthenhof‘ zum Volkspark“ (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 25. 7. 1933).
- <sup>5</sup> Über die Familie Hesse vgl. Hugo Rachel und Paul Wallich, Berliner Großkaufleute und Kapitalisten, Bd. 2, Berlin 1938, S. 273 ff.
- <sup>6</sup> Über J. G. Sieburg vgl. Rachel-Wallich, Bd. 2, S. 276 ff.
- <sup>7</sup> Ch. F. Nicolai, Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam ..., 3. Aufl., 1786, S. 524 u. 923.
- <sup>8</sup> Abbildung vom Aufriß des Wohnhauses (nach einer Zeichnung in den ehem. Mühlenhofakten) in der Wilmersdorfer Heimatschau, Emser Straße 50/52.
- <sup>9</sup> Erwähnt in „Märkisches Provinzial-Museum. Kulturgeschichtliche Erwerbungen“, 7., Berlin 1933, S. 20.
- <sup>10</sup> Nicolai, Berlin und Potsdam, S. 849.
- <sup>11</sup> Geburtsort und Geburtsdaten der beiden Brüder werden nicht genannt. Ihre Mutter Susanne B., geb. Richard, ist eine Französin. Sie selbst gehören der französischen Kolonie an. — Über das Bankhaus Benecke vgl. Rachel-Wallich, Bd. 3, S. 60 ff.
- <sup>12</sup> H. Kügler, Madame du Titre, eine fröhliche Berlinererin aus Biedermeier-Tagen (Sonderdruck aus den Berlinischen Blättern für Geschichte u. Heimatkunde), Berlin 1937, S. 48.
- <sup>13</sup> R. Knoblauch, 175 Jahre Knoblauchsches Haus (Zeitschr. d. V. f. d. Geschichte Berlins, 52.-59., 1935-1942).
- <sup>14</sup> Ebda., 1942, S. 28.
- <sup>15</sup> Ebda., 1936, S. 126.
- <sup>16</sup> Ebda., 1942, S. 34.
- <sup>17</sup> Ebda., 1942, S. 35.
- <sup>18</sup> Onkel des späteren Reichskanzlers, er wurde 1840 geadelt.
- <sup>19</sup> Das Haus Spandauer Straße 22 hatte Bethmann-Hollweg bereits 1826 für 38 000 Taler an das Generalpostamt verkauft.
- <sup>20</sup> Über Friebe vgl. Rachel-Wallich, Bd. 3, S. 112 ff.
- <sup>21</sup> Gabriele v. Bülow, hrsg. von Anna v. Sydow, 17. Aufl., 1917, S. 250.

Das  
Schoelerschloßchen,  
Wilhelmsaue 126,  
im heutigen  
Zustand. Feder-  
zeichnung von  
Hans Hartmann



- <sup>22</sup> Vgl. „Ein Schriftsteller-Leben“, Briefe der Verfasserin von Godwie-Castle an ihren Verleger, Breslau 1855 — Der dreibändige Roman „Godwie-Castle“ erschien zuerst anonym, Breslau 1836.
- <sup>23</sup> Legationsrat Sasse in Wilmersdorf (Wilmersdorfer Blätter, I., 1898, S. 23-25).
- <sup>24</sup> Die Siegesbank in Wilmersdorf (Wilmersdorfer Blätter, I., 1898, S. 11-13) — Vgl. auch: Rave-Wirth, Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin, Bezirk Tiergarten, Berlin 1955, S. 207.
- <sup>25</sup> Geb. 5. 8. 1844 zu Fellin in Livland. — Die Livländische Straße in Wilmersdorf soll einer Anregung Schoelers ihren Namen verdanken. — Lebensbeschreibung und Bild von Schoeler in der Deutschen mediz. Wochenschrift, 44., S. 1451.
- <sup>26</sup> 1883 heiratet Schoeler Fräulein Marie Schroeder. Der Ehe entsproßen ein Sohn und eine Tochter.
- <sup>27</sup> 1895 überläßt Schoeler 1937 qm Land kosten-, lasten- und rentenfrei der Gemeinde Wilmersdorf — 1899 verkauft er 2199 qm, an der Badenschen Straße gelegenes Parzellenland, an den Dir. A. Gradenwitz und 1902 155,3 Quadratrueten an den Kaufmann Michael.
- <sup>28</sup> Ursprünglich plante man sogar, die Wilhelmsaue auch nach Westen bis zur damaligen Ringbahnstraße (der heutigen Rudolstädter Straße) durchzulegen, jedoch ging man von diesem Plan wieder ab wegen der Erweiterung des städtischen Friedhofs an der Berliner Straße.
- <sup>29</sup> Entspricht nach der Umrechnungstabelle des Aufwertungsgesetzes vom 16. 7. 1925 einem Wert von 32 000 RM.
- <sup>30</sup> Vgl. das Schreiben des Bezirksbürgermeisters Dr. Franke und des Stadtbaurats Grüder an die Bezirksverordnetenversammlung vom 4. 11. 1929 (bei den Akten des Amtes für Vermessung Berlin-Wilmersdorf).

Alle sonstigen im Text erwähnten Kaufverträge usw. befinden sich im Amtsgericht Berlin-Charlottenburg bei den Grundakten von Wilmersdorf Blatt 28 und Blatt 32.

Peter Rohrlach:

## Die Sammlungen des Grauen Klosters in Berlin

Die Geschichte der Sammlungen verliert sich im quellenarmen 17. Jahrhundert, auch genaue Forschungen konnten hier nur Bausteine hergeben, aus denen sich aber kein Gebäude aufführen läßt. Die Bezeichnung „Sammlungen des Grauen Klosters“ ist überdies erst nach 1945 entstanden, als Rauminot und schwerste Verluste zu einer Zusammenfassung des Besitzes zwangen, die erst mit der Unterbringung des Erhaltenen in den Räumen des ehemaligen Marstalls abgeschlossen werden konnte.

Voraussetzung einer gedeihlichen Entwicklung für ein Gymnasium ist eine wohlfundierte Bibliothek, deren Bestände aus allen Wissensgebieten das für den Schulbetrieb Wichtigste enthalten sollte. Die Bibliothek ist auch als „geistige Mitte der Schule“ bezeichnet worden, von deren Reichtum die Schulgemeinschaft ergriffen werden möchte. Bedenkt man, daß die alten Gelehrtenschulen ihre großen Bibliotheken meist auf ihre Gründung zurückführen können, so will es uns wundern, daß hier das Graue Kloster einen anderen Weg gegangen ist. Die Erklärung hierfür muß sich auf verschiedene Ursachen stützen. Im ersten Jahrhundert war das ständige Wechseln der Rektoren und Lehrer die Ursache für manches Übel, das Ausschauen nach einer guten Pfründe im Pfarrdienst oder bei adligen Familien als Hauslehrer hinderte ein Verwurzen der Lehrer in der Schule, infolgedessen war deren Interesse an einem Ausbau der Anstalt recht gering. Hinzu kamen die schon damals gut versehenen Kirchenbibliotheken von St. Nikolai und St. Marien, die von den Lehrern, die meist noch nebenher ein kirchliches Amt ausübten, häufig benutzt worden sind. Die Neigung, ein eigenes Bücherkabinett einzurichten, war entsprechend gering. Wesentlich aber hemmte der starke Betrieb von Privatstunden das Wachsen einer größeren Schulbibliothek. Durch diese Stunden ergab sich für den Lehrer zwangsläufig die Notwendigkeit, sich mit einem eigenen Apparat zu versehen, der meist auch aus den Einkünften der Privatstunden angeschafft wurde, da die öffentliche Bezahlung dazu nicht ausgereicht hätte. Die im 17. und 18. Jahrhundert immer stärker zu beobachtende Neigung, den Lehrbetrieb von der Schule in das Haus des Lehrers zu verlegen, war einer gesunden Entwicklung der schuleigenen Sammlungen nicht günstig. Auch die bei den Lehrern entstehenden und zum Teil kostbaren Sammlungen gelangten in dieser Zeit nur ganz selten nach dem Tode der Besitzer in die Schule, weil dieser zum Erwerb die Mittel fehlten. Wichtige Privatbibliotheken wurden oft genug auf Auktionen verschleudert oder von den Erben achtlos verteilt. Der wesentlichste Grund aber für die so ungewöhnliche Entwicklung im Kloster mag man in dem Fehlen einer größeren Büchersammlung der Franziskaner sehen, auf der man hätte aufbauen können. Zwar ist immer wieder davon gesprochen worden, die Bücherschätze der Franziskaner seien nach der Aufhebung des Klosters in das Schloß und somit in die spätere Königliche



Bibliothek gelangt, aber ein Beweis für diese Behauptung hat sich nicht erbringen lassen. Nach dem Gesamtbild des Bettelordens, das wir in seiner Berliner Zeit zu zeichnen vermochten, ist es auch ganz unwahrscheinlich, daß größere Bücherbestände vorhanden gewesen sind. Eine wichtige Voraussetzung, die besonders bei den mitteldeutschen Landesschulen gegeben war, entfiel somit in Berlin.

Erst unter dem Rektorat des hochverdienten Magisters Gottfried Weber (1668—1698) wurde der Grund zu einer Bibliothek gelegt. Allerdings bediente man sich recht eigenartiger Methoden, wohl in Anlehnung an die Praxis der Berliner Kirchenbibliotheken, die durch Strafgelder vermehrt wurden. So entdeckten wir einen alten Akzessionskatalog des Klosters, in dem nach Namen und Betrag Schüler aufgeführt werden, die wegen Verfehlungen eine Strafe zu zahlen hatten. Aus diesen Einkünften wurden die ersten Bücher angeschafft, dazu traten Spenden der Lehrer. Es ist gelungen, diesen ältesten Abschnitt der Bibliotheksgeschichte aufzuhellen, es ist sogar der größte Teil dieser kleinen Büchersammlung noch heute vorhanden: er ist also nicht bei dem Brand der Schule 1714 zugrunde gegangen, wie früher behauptet wurde. Es handelt sich um theologische und sprachwissenschaftliche Werke, deren Wert gering ist. Auch scheint die Begeisterung bald wieder erloschen zu sein, denn die zur Verfügung stehenden Mittel werden immer geringer.

Bedeutsam wurde erst die großherzige Schenkung des Berliner Bürgermeisters Johann Tiefenbach, der durch Verwandtschaft mit vielen bedeutenden Gelehrten Brandenburgs verbunden war und aus deren Besitz viele Kostbarkeiten übernommen hatte, darunter die Bibliothek des kaiserlichen Hofpfalzgrafen Johann Scheyring in Magdeburg. Anläßlich der Wiedererrichtung des 1714 abgebrannten Flügels an der Neuen Friedrichstraße schenkte Tiefenbach einen großen Teil seiner Bibliothek der Schule und legte damit den Grundstein der Sammlungen. Soweit ein Überblick über das Geschenk heute noch möglich ist, ergibt sich ein erstaunlich reicher Bestand, der der Schule zufiel. Die Historie war mit berühmten Florentiner und Venetianer Drucken vertreten, unter den klassischen Autoren fielen erlesene Baseler Drucke des Froben und des Episcopus auf und in der theologischen Abteilung konnte eine der größten deutschen Sammlungen an Personalschriften und Leichenpredigten eingestellt werden. Allmählich erwachte das Interesse an der Pflege der schulischen Sammlungen. Das für das Kloster so bedeutsame 18. Jahrhundert sollte hier entscheidend werden.

Die einzigartige Stellung der Bibliothek wird Sigismund Streit verdankt, der sich in seiner Stiftung ausführlich mit der Frage des Wachstums und der Finanzierung dieses Instituts auseinandergesetzt hat. Diese ganz unorthodoxen Ansichten haben sich als fruchtbar erwiesen. Streit setzte in seiner Stiftung große Beträge für Anschaffung, Unterhaltung und Pflege der Bibliothek ein, ebenso für die Besoldung der Bibliothekare aus. Überdies stiftete er seine eigene große Sammlung der Anstalt mit der inter-

essanten Auflage, durch eine Kommission alles aussondern und vernichten zu lassen, was nicht in die Bibliothek des Klosters gehöre, darunter verstand Streit wohl seine umfangreiche Sammlung zu Fragen des Handels, der Messen und der Kaufmannschaft, die aber aus Pietät nicht vernichtet worden ist, sondern bis 1945 in der Bibliothek vorhanden war. Die Kataloge der Streitschen Privatsammlung wurden 1952 wiederentdeckt, sie vermitteln uns ein Bild dieser von einem Laien zusammengetragenen Bibliothek. Vieles zeigt, daß der Erwerber nicht den Überblick gehabt hat, eine gehaltvolle Sammlung zu schaffen, aber man soll nicht den ehrlichen Willen übersehen und das Bemühen, auch mit diesem Teil seiner Stiftung dem Schulbetrieb in Berlin nützlich zu sein. Es ist verständlich, daß die klassischen Autoren zum meist fehlen, dafür hat Streit die Geschichte mit großem Interesse gepflegt, wie die erlesene Sammlung zu Fragen der Geschichte Venedigs zeigt, die erhalten geblieben ist. Wichtiger als die Überlassung seiner eigenen Bestände war die feste Regelung für die Zukunft. Streits Bestreben, alle Fragen abschließend zu regeln, hat sich auch hier allerdings oft hemmend ausgewirkt, so z. B. die Bestimmung, daß die Bibliothek von zwei Lehrern zu leiten war, die jährlich abgelöst wurden; daraus sind viele Unzuträglichkeiten und Reibereien entstanden. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß bei dieser Folge die Bevorzugung eines Fachgebietes bei der Anschaffung vermieden wurde, wie es später bei dem oft lebenslangen Bibliothekariat und der fast unabhängigen Stellung des Bibliothekars vielfach vorgekommen ist. Man hat sehr behutsam im Laufe des 19. Jahrhunderts verschiedene Bestimmungen Streits aufgehoben und so dem Bibliothekar größere Freiheiten gegeben. Der Etat der Bibliothek wurde jeweils durch das Direktorium für das laufende Jahr festgesetzt und war bis zum Zerfall der Vermögensgrundlage in der Inflation geradezu fürstlich, dazu wurden auch noch Sonderbewilligungen erteilt. Nur daraus erklärt es sich, daß große Fortsetzungswerke, die viel Geld kosteten, vom Kloster angeschafft werden konnten. Streit hatte dem Direktorium auferlegt, Bücher, die nicht mehr für den Lehrbetrieb benötigt würden, auszuschneiden und zu vernichten. Glücklicherweise wurde ein solcher Zuschnitt auf eine reine Gebrauchsbibliothek nicht eingehalten, sondern seit Ausgang des 18. Jahrhunderts in einem gesunden Verhältnis Nützliches und Notwendiges gesammelt. Blieb auch die Streitsche Stiftung die Grundlage für die kommenden Jahrhunderte, so darf man doch nicht den Zugang aus anderen Stiftungen und Nachlässen vergessen. Der Opfersinn der Klosteraner und Freunde des Klosters hat unentwegt neue Schätze den schon vorhandenen zugefügt. Wir möchten nur das Vermächtnis des bekannten Berliner Buchhändlers Friedrich Nicolai erwähnen, der seine kostbaren griechischen und lateinischen Autoren (über 1000 Bände) testamentarisch dem Kloster vermachte. Diese Abteilung wurde Mitte des 19. Jahrhunderts noch durch eine Schenkung, die Bibliotheca Laurentiana (aus dem Nachlaß des Klosterlehrers Lorenz), verstärkt, so daß noch heute die Klosterbibliothek von jedem klas-

sischen Autor die wichtigsten Ausgaben des 16. bis 19. Jahrhunderts besitzt. Dieser Zuwachs dauerte fort bis in die Gegenwart: Arnold Reimann schenkte der Bibliothek seine bedeutende historische Bibliothek, Reinold Kern seine gesamten pädagogischen und wissenschaftlichen Werke, und der ehemalige Schüler Julius Kurth seine Sammlungen zur ostasiatischen Kunst, ganz zu schweigen von den fast zahllosen Einzelvermächtnissen.

Opfersinn und bedeutende finanzielle Mittel aus Etat und Stiftungen sowie eine kluge Anschaffungspolitik der Bibliothekare trugen in knapp 150 Jahren eine Sammlung zusammen, die mit rund 50 000 Bänden gegen 1940 zu den größten und wichtigsten deutschen Schulbibliotheken rechnete, die gewiß ihren Schwerpunkt in den Geisteswissenschaften hatte, aber doch auch die Naturwissenschaft pflegte.

Einige Spezialsammlungen sollen wenigstens kurz erwähnt werden. Genannt wurde schon die Personalschriftensammlung, die mit ihren rund 5000 Leichenpredigten, Hochzeits- und Gelegenheitsgedichten aus dem 16.-18. Jahrhundert in den letzten Jahren durch einen Spezialkatalog für die immer noch rege Benutzung erschlossen werden konnte.

Aus dem Nachlaß des Geh. Regierungsrates von Regemann gelangte eine wertvolle Kartensammlung von rund 6000 Stück in den Besitz der Anstalt, die noch der Bearbeitung harret.

Aus der Zeit des Direktors B e l l e r m a n n (1804-1828) stammt die Litteratura gymnasii, eine Sammlung der Veröffentlichungen der Klosterlehrer seit der Gründung der Anstalt. Diese bedeutende Sammlung legt Zeugnis ab von der wissenschaftlichen Glanzzeit des Klosters, besonders im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert.

Diese glückliche Entwicklung, geleitet von Männern, die wie Hermann Nohl, Reinold Kern und Wilhelm Lieben in selbstloser Weise ihr Leben der Sache widmeten, wurde durch den Krieg jäh abgebrochen. Wilhelm Lieben danken wir es, daß 1943 wenigstens die Kostbarkeiten der Bibliothek und des Archivs in Wallensteins Schloß Friedland bei Reichenberg verlagert werden konnten. Rund 7000 Bände, vornehmlich aus den Abteilungen Geschichte und Klassische Autoren, wurden in einem Turmraum verpackt, wo sie die Brandkatastrophe überdauert haben. Der größte Teil aber, nahezu 35 000 Bände, ist in dem Flammenmeer 1945 untergegangen. Unter schwierigsten Bedingungen konnten die geretteten Teile seit 1949 im neuen Domizil in der Niederwallstraße wiederaufgestellt werden; denn sämtliche Kataloge und Hilfsmittel waren verlagert oder vernichtet. Aus den Trümmern anderer Schulbibliotheken, die aufgelöst wurden, war sogar eine bescheidene Ergänzung des Bestandes möglich. Zu den glücklichsten Ereignissen nach der Katastrophe darf aber gezählt werden, daß im Oktober 1952 die verlagerten Bestände unversehrt zurückkehren konnten. Sie wurden vom Bibliothekar in die Obhut der Schule genommen und fanden zunächst im Ermelerhaus in der Breiten Straße eine Heimat. 1952/1953 konnten alle noch geretteten Teile der Sammlungen vereinigt werden und

im Juni 1953 durch das Entgegenkommen des Direktors der Berliner Stadtbibliothek in deren Räumen großzügig wiederaufgestellt werden.

Nach Abschluß der Katalogisierung und Sichtung des Erhaltenen, die einem Stab unermüdlicher Helfer verdankt wird, ergibt sich, daß von der Bibliothek die wertvollsten Teile gerettet sind. Der Bestand kann auf 15 000 Bände geschätzt werden, wobei die Abteilungen Klassische Autoren, Geschichte, deutsche Literatur und Theologie besonders stark vertreten sind. Die Spezialsammlungen sind vollständig erhalten geblieben.

Sigismund Streit verdankt das Kloster eine für eine Schule ungewöhnliche Sammlung, nämlich die Gemäldegalerie. Der rasch zu Vermögen gekommene stolze Kaufmann der Republik Venedig schmückte sein weitläufiges Haus am Canale grande mit Gemälden der Meister des 18. Jahrhunderts. Der größte Teil der Sammlung scheint im Auftragswege entstanden zu sein. Bei den Wohltäterfesten wollte er im großen Hörsaal diese Gemälde vor den Augen der Schüler wissen, die in deutscher, italienischer und französischer Sprache die Verdienste und Leistungen der Republik Venedig preisen sollten. Im Verlaufe der Korrespondenz mit den Rektoren des Klosters ließ Streit erkennen, daß ihm auch an einer Stiftung der Bilder gelegen sei. Er ließ getrennt Gelder für einen zu bauenden „Bildersaal“ anweisen, verfaßte zu jedem Bilde eine ausführliche kulturhistorische Beschreibung und brachte nach Beachtung aller Sicherungsmaßnahmen den Transport 1760 auf die Reise; er trennte sich also noch zu Lebzeiten von seinem Kunsbesitz. Man kann sich vorstellen, mit welch gemischten Gefühlen die Rektoren des räumlich beengten Klosters dieses Geschenk entgegen genommen haben. In den ersten Jahrzehnten klingt diese Sorge oft durch die Protokolle der Direktorenkonferenzen, auch wirkte sich verheerend Streits Verfügung aus, wonach der Bibliothekar die Sorge für die Bilder übernehmen sollte. Dieser zeigte sich der Aufgabe nicht gewachsen, die Sammlung geriet in Verfall, wurde nicht sachgemäß gewartet und führte schließlich ein Dasein am Rande des schulischen Lebens. Auch die Größe der Aufgabe mag die Verantwortlichen geschreckt haben; denn zu den etwa 50 Bildern, die aus dem Besitz von Streit stammten, waren im Laufe der Zeit noch die Sammlung von Regemann mit Stücken aus der niederländischen Schule des 17. Jahrhunderts und der deutschen Romantik getreten. Überdies wurde seit W i p p e l (1759-1766) jeweils ein Bild des Direktors der Galerie zugefügt, so daß bei Kriegsausbruch weit über 100 Kunstwerke vorhanden waren, die erst seit Eintritt von Stud.-Rat Stutterheim in das Kollegium sachgemäß betreut wurden. Haben die Bilder der Direktoren ihren Wert vor allem für die Schulgeschichte, so gibt es doch in der Streitschen Sammlung erlesene Stücke, die erst mit der allgemeinen Wiederentdeckung der venezianischen Maler des 18. Jahrhunderts heller ins Licht gerückt worden sind, darunter besonders die Ansichten Venedigs von der Hand Canalettos und die großen Bilder Amigonis. Bei der Verlagerung der Sammlung in die Münze (1943) traten große Schäden durch Wassereinbruch

auf, die in den folgenden Jahren noch vergrößert wurden. Über die Hälfte der Galerie ging im Kloster unter, glücklicherweise sind fast alle wertvollen Bilder gerettet worden. Nach einer jahrelangen Odyssee, während der die Schäden sich vergrößerten, gelang es endlich, Mittel zu erhalten, um die gesamte Galerie zu restaurieren. Herr Böhm von den Ehemals Staatlichen Museen hat mit großem Erfolg sich dieser schwierigen Arbeit unterzogen. Nun erstrahlen wieder die Veduten Venedigs in einem Glanz, der seit langer Zeit erloschen war. Viele Klosteraner haben sich inzwischen im Dahlemer Museum davon überzeugen können, daß es gelungen ist, diesen kostbaren Besitz zu sichern. Es bleibt der Wunsch, diese ihrer Entstehung nach einzigartige Sammlung wieder in eigenen Räumen ausstellen zu können.

Dürfen wir glücklich sein, große Teile der Gemälde gerettet zu haben, so müssen wir den fast vollständigen Verlust der besonders uns Klosteranern teuren Plastiken beklagen. Was erhalten war, ist der Zerstörung nach dem Kriege anheimgefallen, so zerschossen Lausbuben mit Katapulten das Relief von Gilli am Kapitelhaus, das 1874 enthüllt wurde und die Gründung der Anstalt durch Kurfürst Johann Georg von Brandenburg 1574 darstellte. Die Königsplastiken von Rauch und Schadow ebenso wie die Reliefs der Aula sind zugrunde gegangen. Nur die Büste des unvergessenen Hans Georg Meyer von Adele Paasch, der Gattin des Stifters dieses Stückes, Geh. Medizinalrates Dr. med. Richard Paasch, blieb erhalten und fand ihre Aufstellung in der Bibliothek, dazu trat als Neuerwerbung eine Büste des Klosteraners und Berliner Kirchenrechtslehrers Paul Hinschius.

Auch die Kupferstichsammlung und sämtliche Einrichtungsstücke des Zeichensaales, darunter das preisgekrönte Modell Rauchs für sein Reiterstandbild Friedrichs des Großen Unter den Linden wurden ein Raub der Flammen.

Aber möchte uns nach dieser Verlustliste versöhnen, daß das Archiv der Anstalt unversehrt erhalten blieb, weil es ausgelagert wurde und die Abiturientenakten seit 1838 hier in Berlin sicher verwahrt waren. Die bedeutenden Unterlagen zur Geschichte der Schule, besonders aber die Akten der Stiftungen und der Briefwechsel Streits mit den Rektoren der Schule werden dem künftigen Historiographen des Klosters noch viele Fingerzeige geben. Da der größte Teil der Hilfsmittel verloren war, mußte der Bestand neu verzeichnet werden, wobei manches Stück zu Tage gefördert wurde, das man verloren glaubte, so das Goldene Klosteralbum mit den Fotos der Wohltäter und Stifter sowie wichtige Unterlagen zu der baugeschichtlichen Entwicklung des Klosters.

Einige seltene Musikdrucke und -handschriften blieben uns, aber zu beklagen bleibt der Verlust fast der ganzen Musiksammlung, besonders der Sängergefahrtslieder und -manuskripte. Dies ist unersetzlich und besonders schmerzlich, weil die Geschichte des Liedes am Kloster nicht geschrieben worden ist und nach dem Verlust aller Unterlagen auch nicht mehr wird geschrieben werden können.



Wir haben nicht alles erwähnt und uns nur auf die wesentlichen Gruppen beschränkt. Es möchte nicht der Eindruck entstehen, daß nur die Geisteswissenschaften gepflegt worden sind. Im Gegenteil sind seit Frisch die Naturwissenschaften am Kloster immer aufmerksam im Lehrplan eingegliedert worden. Von Frisch wissen wir, daß er bereits einen kleinen zoologischen Garten — wohl den ersten in einer Schule der Mark — im Kloster hatte. Seit dieser Zeit sind auch umfangreiche naturwissenschaftliche Sammlungen angelegt worden, die von Streit durch große Bestände an Mineralien, ausgestopften Vögeln und physikalischen Geräten vermehrt wurden. Fast ohne Unterbrechung erhielt auch diese Sammlung Zugang von kleineren und größeren Vermächtnissen. Aber auch von diesen reichen Hilfsmitteln für Unterricht und Forschung blieb uns fast nichts erhalten. Hier darf erwähnt werden, daß die Direktoren immer in weiser Selbstbescheidung darauf geachtet haben, daß im Kloster nicht Sammlungen verblieben, die damit der Forschung entzogen waren, so wurde die große Münzsammlung Peter Adlers an das Münzkabinett und eine Sammlung von Vögeln an das Naturkundemuseum abgegeben.

Es mag manchen bedrücken, was alles unterging, wenn man an die gefüllten Keller und Böden denkt, in denen das gelagert war, was in Jahrhunderten

Kan Berlin  
In diesem Land forthin  
Sich mit vielen Dingen  
Höher als vorher **O** schwingen!  
So so sagt man wie von seinem Kom Diegl/  
Daß Sie sich auch so hoch erheben will/  
Als Copressen übersteigen/  
Bücher/ so zur Eed sich neigen.  
**\*\*\*\*\***  
Ia/ die weil des Bären Bild/ Füllet ihren Wappen Schild/  
Als ein Zeichen/ das zugleich Viel der Edlen in dem Reich/  
Auch viel hoch/ und große Fürsten/ Häuser führen/  
Wird die Gleichniß auch dem Bären wol gebühren/  
Wie sich dessen Kraft über andre Thier erhebt/  
Daß das stärkste Kind von denselben Klauen hebt/  
Vier der Bär auch geht auf zweien Füßen/  
Da viel andre Thier vier brauchen müssen/  
Wie er seine Brust erhebt/  
Wann er wie die Menschen steht/  
So hebt sich Berlin empor  
Unter aller Städte Thor.  
Wien nun jeder Stand der Stadt  
Theil an diesem Bären hat/  
Welcher nicht ein einzig Glied  
Ohne starke Nerven sieht/  
So verbleibt das eine Theil/  
Welches als ein volle Eul/  
Den Körper richtig trägt  
Wann er den Gang so reg/  
Dem Leber/ Stand/  
Dessen Knie  
Spät und früh  
durch die Sand  
Ohn Verdruß  
Waden mus/  
Auch damit  
Seinen Feind/  
Thers meunt/  
Zu Boden tritt.  
**\*\*\*\*\***  
An den Hüften  
Leben müssen.

Buchstabenbild des Berliner Wappenbären vom Titelblatt eines Schulspiels des Grauen Klosters aus dem Jahre 1700

ten organisch der Schule zugewachsen war. Aus diesem Riesenbesitz sind uns nur noch Trümmer geblieben. Wir dürfen uns aber damit trösten, mit diesem, was uns blieb, gut umgegangen zu sein. Nachdem das Erhaltene vereinigt war, gaben sich viele Gelegenheiten, in Form von Ausstellungen, Vorträgen und Publikationen einen weiteren Kreis mit diesen Schätzen vertraut zu machen. Bisher mußte sich alle Tätigkeit auf das Bewahren richten. Hoffen wir, daß auch wieder die Zeit kommt, in der das noch Vorhandene sinnvoll ergänzt werden kann.

## Havel und Spree — Spandaus Lebensadern

### *Eine wirtschaftsgeschichtliche Betrachtung*

Havel und Spree haben Entwicklung und Wachstum Spandaus stark beeinflußt, die Flüsse haben die Landschaft um Spandau, die topographische Lage der Stadt mitgeformt und die natürlichen Voraussetzungen für die Besiedlung mit geschaffen; auch in späteren Jahrhunderten haben die beiden Ströme, bald schwächer, bald stärker erkennbar, auf die Entwicklung der Stadt an ihren Ufern eingewirkt. Hier soll nun versucht werden, die Bedeutung von Havel und Spree für die Entfaltung von Wirtschaft und Verkehr in und bei Spandau an Hand einzelner Beispiele zu zeigen. Für weiter zurückliegende Zeiten sind die Quellen allerdings dürftig und lückenhaft, erst seit etwa 250 Jahren können die Einwirkungen, die die Flüsse auf das Spandauer Gewerbe, auf seine Industrie und seinen Verkehr ausgeübt haben und die Entfaltung besonderer Funktionen, die sich aus der Lage der Stadt an den beiden Wasserstraßen ergeben, deutlicher beobachtet werden.

Eine ausgesprochene Schifferstadt war Spandau im 18. Jahrhundert nicht. Die Berufsstatistiken aus den Jahren 1723 und 1731 führen nur einen „Kahnbauer“ auf, 1766 waren es zwei Schiffsbauer, die für die Kämmerei zwei Schiffe bauten; Dilschmann<sup>1</sup> erwähnt 1785 drei Schiffsbauemeister, auch die Spandauer Statistik von 1795 gibt „3 Kahn- oder Schiffbauer“ an, ebenso Bratring<sup>2</sup> 1805 drei Schiffbauer. Die Spandauer Schiffbauer gehörten in den 60er Jahren des 18. Jahrhunderts zur Potsdamer Schiffbauerinnung, später scheinen sie dem Berliner Gewerk angehört zu haben<sup>3</sup>. Bei diesen Zahlen über die Besetzung des Gewerbes muß aber berücksichtigt werden, daß in anderen märkischen Städten — von Berlin abgesehen — das Schiffbauergewerbe nicht viel stärker vertreten war. Bratring nennt 1801 in Brandenburg a.H. 4, in Potsdam und Rathenow je 3, in Frankfurt a.O. und Liebenwalde je 2, in Köpenick und Zehdenick je 1 Schiffbauer.

Der Beruf der Schiffer tritt im 18. Jahrhundert in Spandau kaum hervor. Die vom Magistrat aufgestellten Berufsstatistiken erwähnen die Schiffer überhaupt nicht, Bratring nennt für Spandau 12 Schiffer, eine im Vergleich zu anderen Städten — Brandenburg hatte 52 Schiffer, 69 Schiffsknechte und 15 Kahnführer, Potsdam 30 Schiffer, 71 Schiffsknechte und 13 Kahnführer usw. — allerdings geringe Zahl. Sie deutet an, daß Spandau trotz seiner Lage an zwei schiffbaren Flüssen wenig eigenen Schiffsverkehr hatte.

Bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert nahm Spandau eine Zwitterstellung ein. Die Stadt hatte ihr eigenes Umland, dessen Umfang und Grenzen im wesentlichen durch das Königliche Amt Spandau, dem mehrere Dörfer gehörten und das in anderen Orten Einkünfte und Gerechtigkeiten

besaß, daneben auch durch den Bereich des Spandauer Krugverlages oder etwa durch die Grenzen der kirchlichen Inspektion bestimmt wurden. Spandau war so Mittelpunkt der ländlichen Umgebung: die Stadt-Land-Beziehungen erstreckten sich über ein Gebiet, das im Umkreis von 15 bis 20 Kilometern im Norden, Westen und Süden von der Stadt lag. Andererseits lag aber die Stadt schon im Einflußbereich Berlins. Dilschmann sagt 1785<sup>1</sup> „... Wegen der Nähe der Hauptstadt des Landes ist leicht zu erachten, daß kein größerer Handel getrieben wird. ...“ Die Nähe Berlins war einem in Spandau ansässigen Fernhandel, der sich der Schifffahrt bedienen konnte, abträglich. Der von Dilschmann erwähnte Versand von Spandauer Bier in Schiffsloadungen nach Stendal, Breslau und Hamburg kann kaum als Beleg für einen ständigen und regen von Spandau ausgehenden Schiffsverkehr gewertet werden.

In anderer Beziehung war Spandau aber durchaus eng mit seinen Wasserstraßen verbunden. Es war ein wichtiger Ort für den Salzumschlag. Im Jahre 1721 pachtete die königliche Salzverwaltung vom Spandauer Magistrat ein Ufergrundstück an der Havel vor dem Klostertore, „so zum Saltz-Tonnen Holz Magazin abgeheget“. Hier wurde das zur Faßherstellung notwendige Stabholz gelagert und verarbeitet, daher erhielt der Platz den noch heute gebräuchlichen Namen „Stabholzgarten“, wobei „Garten“ im Sprachgebrauch jener Zeit so viel wie „Lagerplatz“ bedeutete. 1749 wurde das Stabholzlager für die Salztonnen an das östliche Ufer der Oberhavel, nördlich des „Plans“ verlegt. Der von Schulze genannte „Salztonnen Holz Schreiber“<sup>2</sup> wird diesem Holz- und Packgefäßlager vorgestanden haben. Im Jahre 1833 inserierte das „Komptoir der Königl. Salzschiifahrt“ den Verkauf von zur Salztonnenverfertigung unbrauchbarem Wrackstabholz auf dem Salzhofe, und Karten aus der Zeit um 1840 zeigen den „Königl. Stab Holz Platz“ dort, wo sich heute die Tanklager der Shell befinden.

Dieses Holzlager bestand aber nicht für sich allein, es war vielmehr nur Bestandteil des „Salzhofes“, auch als „Salzniederlage“ und später als „Salzmagazin“ bezeichnet. Der Salzhof, der nordwestlich von Haselhorst belegen, der Gegend bis heute den Namen gegeben hat, ist sicher nicht viel später als das Holzlager entstanden, er schloß sich südlich an dieses an. Hier fand in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts der Umschlag der Salzschiifahrt statt. „... alles Salz, was von Schoenebeck oder Halle kömmt, und nach der Uckermark, Pommern und weiter gehet, wird hier aus den Elbkähnen ausgeladen und hernach in Oderkähnen weiter geschafft.“<sup>3</sup> Der Standort für diesen Salzumschlag und das hierzu erforderliche Lager für die zum Transport benötigten Packgefäße war durch die Beschaffenheit der Wasserstraßen bedingt. Nördlich von Spandau verschmälerte sich die Oberhavel, so daß die Elbkähne diese Teile des Flusses und den Finowkanal nicht mehr passieren konnten. Zwar nicht unbedingt an der Stelle des Salzhofes, aber doch irgendwo im weiteren Umkreise lag der letzte Ort,

wo von den Elbkähnen, die etwa 2000 Zentner Last beförderten, das Ladegut auf die kleineren Havel- und Oderkähne mit einer Aufnahmefähigkeit von etwa 800 bis 900 Zentnern umgeladen werden mußte<sup>7</sup>.

Nicht nur für die Salzschiffahrt war Spandau ein wichtiger Stützpunkt, auch für die Flößerei und den mit ihr in Zusammenhang stehenden Holzhandel und die Holzlagerung spielte Spandau eine große Rolle. Aus den letzten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts stammt eine von Büsching<sup>8</sup> mitgeteilte undatierte Eingabe Spandauer Bürger in Accise-Sachen. Aus ihr geht hervor, daß in Spandau in der Zeit um 1680 bereits ein Holzhandel betrieben wurde, leider erfahren wir nichts Näheres über den Umfang des Handels mit „Holzwaren“, auch nichts über den Transport. Um 1700 haben bereits zahlreiche Transporte von Floßholz Schleuse und Zoll Spandau passiert. So wurde in Mecklenburg geschlagenes Holz havelabwärts durch Spandau und weiter talwärts zur Elbe und auf dieser bis nach Hamburg gefloßt.<sup>9</sup>

Aus dem 1956 von Erich v. Lehe herausgegebenen Hamburger Schuldbuch von 1288 bis 1311 wissen wir, daß schon damals große Mengen an Getreide und Holz aus der Mark auf dem Wasserwege nach Hamburg ausgeführt worden sind. Mit märkischem Eichenholz, so meint v. Lehe, sei Hamburg nach seinem Stadtbrande wieder aufgebaut worden.

Genauer sind wir über die Verhältnisse im späteren 18. Jahrhundert unterrichtet. Für die Königliche Nutz- und Brennholzadministration war Spandau ein Stützpunkt. Dilschmann erwähnt „an der Havel eine Brennholz-Niederlage“ neben 2 Kolonistenhäusern an der Neuendorfer Straße. Schulze<sup>10</sup> verzeichnet in dieser Gegend: „der Amts Schaf Stall, der Holz Markt und drey neue colonisten Häuser“. Beide Chronisten meinen den gleichen Platz, er lag ungefähr am Ende der heutigen Schäferstraße und etwas südlich vom heutigen Strandbad Oberhavel. Dieser Holzplatz wurde wenigstens 60 Jahre lang von der Brennholz-Compagnie, später der Königlichen Brennholz-Administration genutzt. An Stättgeld bzw. Pacht für den Holzplatz „hinter dem Hammelstall“ zahlten die genannten Institutionen jährlich 10 Rtl. Pacht an die Bürgerkasse, wie sich aus den Etats 1762-1820 ergibt. 1822 verkaufte die Königliche Regierung in Potsdam die Wohnung des ehemaligen Holzverwalters auf Abbruch. Die gleichfalls zum Vermögen der Bürgerkasse gehörende Bürgerablage, im Stadtwald, am Ufer der Oberhavel gelegen, wurde, wie sich aus dem Etat ergibt, in den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts ebenfalls zum „Aufsetzen“, also Lagern von Holz genutzt. Eine Notiz in den „Chronologischen Nachrichten“ des Bürgermeisters Froehner aus dem Jahre 1828 ergänzt die kurzen Angaben der Bürgerkassenrechnungen: „Die Bürgerablage ... die früher bei Versendungen großer Quantitäten Holz, die zu Wasser abgingen, benutzt wurde, seit vielen Jahren aber nicht benutzt worden ist, da eine Absendung großer Quantitäten Holz weder erfolgt ist, noch zu erwar-



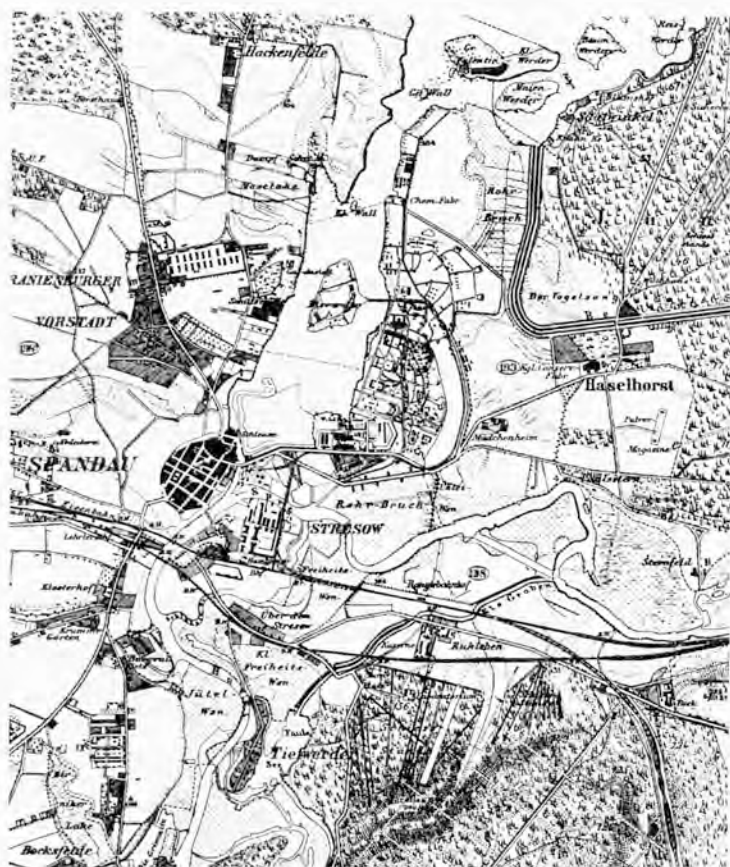
ten steht, ist teilweise in diesem Jahre mit 4½ Wispeln Kiehnäpfel besät . . .“

Eine Brennholzniederlage und einen „Holzmarkt“ am Ostufer der Oberhavel erwähnt Schulze<sup>11</sup> zusammen mit der Stabholzniederlage. Ein kleinerer Holzplatz bestand ferner auf dem Spandauer Ufer der Oberhavel und zwar in der Gegend der heutigen Triftstraße. Hier befand sich von 1703 bis 1813 das Schützenhaus der Spandauer Schützengilde. Das bei der Belagerung Spandaus wüst gewordene Grundstück wurde im Jahre 1820 von der Gilde veräußert. In einer Verkaufsanzeige wird erwähnt, daß auf dem „Raume“ des alten Schützenkrugs „seit 100 Jahren ein Holzplatz befindlich gewesen, indem derselbe dicht an der Havel zum Aus- und Einladen belegen ist. . . .“<sup>12</sup>

Bedeutsamer als diese Plätze aber war das Lager der Bau- und Nutzholzadministration am Pichelswerder und auf dem Stößensee. „Die Königliche Hauptnutzholzadministration handelt mit eichenem Schiffsholze, Stabholze und kiehnenen Balken. Ihre vornehmsten Niederlagen sind in Spandau und Havelberg . . .“ teilt Leonhardi<sup>13</sup> mit. Dilschmann<sup>14</sup> gibt einige Einzelheiten: „Ob gleich die Königliche Nutz-Holz-Niederlage, welche ehemals einer Compagnie Kaufleute gehörte, auf dem Pichelsdorffschen Werder belegen ist, wo zugleich einige Holzwärter, die darauf Acht geben, wohnen; so befindet sich doch das Niederlags- oder Rechnungs-Comtoir in der Stadt Spandow, und zwar in der Wohnung des angestellten Ober-Buchhalters, bey welchem sich der Unter-Buchhalter oder Controlleur Vor- und Nachmittags zu gewissen Stunden einfindet und mit demselben gemeinschaftlich arbeitet.“ An anderer Stelle<sup>15</sup> erwähnt Dilschmann „verschiedene andere Beschäftigungen auf dem Wasser als das Verbinden des Holzes, welches als Kaufmannsguth nach Hamburg gehet, weshalb auch ein Oberbuchhalter nebst einem Controlleur und andere Unterbediente bey der Königlichen Nutzholz-Niederlage hier angesetzt sind.“ Nach Bassewitz<sup>16</sup> wurde dieses Handelsinstitut 1766 von Privatkaufleuten errichtet und später für königliche Rechnung geführt. Für den Betrieb der Nutzholzniederlage am Pichelswerder wurde im Jahre 1791 „zur Rechten von Pichelsdorff, etwas abseits“, in der Nähe des späteren Etablissements Bocksfelde eine Windschneidemühle, die vorher in Swinemünde gestanden hatte, errichtet; sie besaß 27 Sägen, und ihr Aufbau kostete an 10 000 Tlr. Diese dem königlichen Amt Spandau gehörende Windmühle hat allerdings nicht lange ihrer Zweckbestimmung gedient; schon um 1798 wurde sie verkauft und in eine Lohmühle umgewandelt, hat aber als solche auch nicht lange bestanden; 1810 war sie bereits wieder beseitigt.<sup>17</sup>

Nach einem Zeitungsbericht aus dem Jahre 1884<sup>18</sup> lag um 1800 auf und an der Halbinsel Pichelswerder viel Nutz- und Floßholz, das dem Staate gehörte: „Am Ufer auf der Pichelsdorfer Seite war das kleine Nutzholz, als Böttcher-, Stellmacherholz aufgestapelt, der Stößensee, dagegen war bis

auf eine enge Durchfahrt und einen kleinen Raum vor jedem Fischwehr dicht mit Floßholz belegt. Wo jetzt die Lokale sind, befanden sich früher das Bureau, Wohnung für den Verbandsmeister, Wohnung für den Wrackmeister und Gebäude für Handwerkszeuge und Geräte.“ Auch eine Schmiede, in der die Nägel und Krammen zur Befestigung der Flöße hergestellt wurden, befand sich außer den vier „Wärtergrundstücken“ auf Pichelswerder<sup>19</sup>. Im Jahre 1815 wurde die Nutz- und Bauholzadministration aufgelöst<sup>20</sup>. Die Holzvorräte sollen nach dem oben angeführten Zeitungsaufsatz bereits im Jahre 1806 in Privathand übergegangen seien, die Grundstücke für den Holzumschlag wurden nach 1816 ebenfalls vom Fiskus verkauft. So bestanden bei Spandau in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mindestens drei größere, an der Havel belegene Holzlager. Die seenartigen Erweiterungen der Havel nördlich und südlich der Stadt und ihre Ufer waren für Lagerung von Holz und Floßholz beson-



Spandau und  
Umgebung im  
Meßtischblatt  
von 1890

ders geeignet. Hinzu kommt, daß gerade bei Spandau verschiedene Wasserstraßen, auf denen der Holztransport stattfand, zusammentreffen.

Das Brennholz aus den großen Wäldern nördlich und nordwestlich von Spandau konnte hier gesammelt und dann zu den Konsumorten Berlin und Potsdam weiter transportiert werden. Aus dem „Edikt wegen des künftigen Brennholz-Verkaufs in den Königl. Residenzien Berlin und Potsdam“ aus dem Jahre 1766<sup>21</sup> geht hervor, daß Brennholz zu Schiff transportiert wurde; speziell über Spandau heißt es da übrigens: „Die bisher in Spandau von dem durchgehenden Holze abgeworfene Kloben, nemlich von einer Gelle 5 und von einem Kahn 2 Kloben müssen nach wie vor daselbst zum Behuf der Vestung abgegeben werden.“ Auch Berghaus<sup>22</sup> berichtet über den Transport von Brennholz in Schuten.

Ebenso wie das Brennholz wurde auch das Bauholz bei Spandau gesammelt. Es wird sich hierbei z.T. um das in den benachbarten Wäldern geschlagene Holz gehandelt haben, das zunächst auf dem Stößensee liegen konnte, um dann für den Weitertransport zusammengestellt zu werden. Aber auch aus der Neu- und Uckermark stammende Hölzer, die auf der Oberhavel und dem Finowkanal zu Tag gefloßt wurden, mußten Spandau passieren, sie konnten hier gelagert und je nach Bedarf zu neuen Einheiten verbunden werden. Die Anlegung derartiger Floßholzlager in geschützten Buchten, wie hier am Pichelswerder, wurde erforderlich, weil im Winter, wenn die Wasserstraßen zufroren, das auf dem Transport befindliche Floßholz eingelagert werden mußte. In den Sommermonaten vom 11. Juni bis zum 11. September war das Flößen auf Wasserwegen mit Schleusen ebenfalls untersagt, um den bei Niedrigwasser ohnehin behinderten Schiffsverkehr nicht noch mehr zu hemmen, also mußten auch in der warmen Jahreszeit Plätze für das von der Weiterbeförderung ausgeschlossene Floßholz zur Verfügung stehen.

Von Spandau aus konnte das Floßholz spreeaufwärts nach Berlin gebracht werden, das nach Hamburg bestimmte Holz konnte auf zwei Wasserwegen weiter gefloßt werden, einmal auf Unterhavel und Elbe, daneben aber auch — günstige Wasserstände vorausgesetzt — auf dem Niederneudorfer Kanal und dem Havelländischen Hauptgraben, der bei Rathenow wieder in die Unterhavel einmündete und den Weg erheblich abkürzte.

Im 19. Jahrhundert nahm die Bedeutung Spandaus als Umschlagplatz für Floßholz erheblich zu. Die Holzlagerung fand nun aber auf der Oberhavel statt. Etwa im Jahre 1823 wurde die ehemals an den Fiskus verpachtete Holzablage am „Hammel“ oder „Schafstall“ von der Stadt selbst betrieben. Auf dem Platze — er hatte eine Wasserfront von etwa 112 Metern — wurde nun das für den Bedarf der Stadt selbst bestimmte Holz aus dem Stadtwalde aufgestellt, daneben stapelten auch Händler gegen Entrichtung von Stättegeld ihr Holz auf dem Platz, außerdem aber lagerten sie es auch auf der Havel vor dem Ablagegrundstück. Es ergaben sich aber

bald wegen der mit Floßholz bedeckten Wasserflächen Unzuträglichkeiten mit den auf der Oberhavel fischereiberechtigten Dammer Fischern; das veranlaßte den Magistrat, die Ablage Schafstall zu verpachten und es dem Pächter zu überlassen, sich mit den Ansprüchen der Fischer auseinanderzusetzen. Die „Chronologischen Nachrichten“ des Bürgermeisters Fröhner führen für das Jahr 1832 dazu aus: „Angeführt wird noch: daß seit Jahrhunderten die Anlegung von Floßholz ungestört auf der Oberhavel statt gefunden hat, daß diese Anlegung auch zum Betrieb des Holzhandels notwendig ist, indem hier die Wasserwege nach Hamburg und Berlin sich scheiden, und der Holzhändler, wenn er in Betreffs des Verkaufs der Hölzer noch nicht sich bestimmt hat, einen Fleck haben muß, wo er diese einstweilen anlegen kann, endlich aber auch, da er in den Sommermonaten das Floßholz nicht sofort durchschleusen kann, vielmehr hinter den Fahrzeuge zurückstehen muß, ihm notwendiger Weise nicht das Lagern verwehrt werden kann. . . .“

Seit 1832 wurde der „Schafstall“ in Zeitpacht gegeben, die Pächter waren häufig Zimmermeister, Regimenter und Holzhändler. Im Jahre 1890 wurde die alte Ablage bei einer Erweiterung der südlich angrenzenden Gasanstalt in deren Gelände einbezogen. Weitere Wasserflächen der Oberhavel, so die „Krienicke“ zwischen der Insel Eiswerder und der Zitadelle verpachtete der Domänenfiskus mindestens seit den 40er Jahren an Holzhändler, z.T. aus Berlin. Die Floßholzlagerungen verhinderten sogar die Errichtung einer von den städtischen Körperschaften im Jahre 1863 beschlossenen Badeanstalt etwa in der Gegend des heutigen Wröhmännerparks, denn die königliche Regierung verweigerte die Genehmigung wegen der dem Schneidemühlenbesitzer Körner erteilten Erlaubnis zur „Aufstellung“ von Floßhölzern<sup>23</sup>. Auch bei Hakenfelde, an der Maselake, lagerte vor 1900 viel Floßholz, weite Flächen waren von dem Holze bedeckt, das in der Franckeschen Sägemühle verarbeitet werden sollte.

Aus Zeitungsnotizen<sup>24</sup> erfahren wir einige Einzelheiten über das Floßholz-lager nördlich der Zitadelle. Im Frühjahr 1884 wurde es stark geräumt. „Ein großer Teil der stärksten Stämme ist bereits fortgeschafft worden und findet zu den Hafenbauten in Hamburg Verwendung. Durch den havel-ländischen Hauptgraben bringen zur Zeit 12 Flößer 120 Plätze oder Flöße, die vom hiesigen Lager geholt wurden“.

Auch später — so noch 1901 — ging von Spandau Floßholz für die Hafenbauten nach Hamburg. Im Oktober 1884 herrschte ebenfalls reges Leben auf dem Floßholz-lager, vor Beginn des Winters wollten Schneidemühlenbesitzer und Zimmermeister ihren Bedarf decken, daher wurden hier täglich Flöße verbunden und nach ihren Bestimmungsorten gebracht. Das Holz stammte vielfach aus Polen, später nach Einführung des Holz-zolles kam es oft aus der Warthegegend. Spandau war also, das ergibt sich aus all dem, ein wichtiger Kommissionsplatz: „Es waren angesehene Fir-

men, welche dieses Kommissionsgeschäft betrieben, und Spandau war als Stapelplatz für die aus dem Osten kommenden Hölzer weithin bekannt.“ Seit der Jahrhundertwende ging allerdings das Floßholzgeschäft am Ort beträchtlich zurück, einmal, weil sich der Handel verlagerte, dann aber auch, weil die Floßholzplätze störten. Das Hakenfelder Floßholzlager wurde 1907 aufgelöst, weil das Wasser vor den neu gebildeten Industriegrundstücken freibleiben sollte. Auch der Umbau der Spandauer Schleuse im Jahre 1910 und das Eingehen einiger Schneidemühlen in der gleichen Zeit haben zur Verringerung und Aufhebung der Plätze für Floßhölzer beigetragen.

Die Oberhavel mit ihren für die Lagerung von Floßholz geeigneten Buchten und Ufern hatte die Niederlassung des Holzhandels in Spandau gefördert. Die einmal angelegten Floßholzlager wirkten dann aber ihrerseits als standortbildender Faktor auf die verschiedenen holzverarbeitenden Gewerbe.

Neben den Floßholzlagern hat auch die Schifffahrt, die Spandau passierte, einen gewissen Einfluß auf den Aufstieg des holzverarbeitenden Gewerbes genommen. Wie wir eingangs sahen, betrieben einige Schiffbauer in Spandau ihr Handwerk. Sie saßen vornehmlich auf dem Stresow. Dilschmann und Schulze berichten vom Stresow<sup>25</sup>: „Seine Einwohner nähren sich vom Gartenbau, der Viehzucht, der Schifffahrt u. Schiffbauerey“. Zech-Günther<sup>26</sup> erwähnen, daß bei einem im Jahre 1846 wegen des Baues der Hamburger Eisenbahn abgetragenen Hause „viele und lange Jahre ein bedeutender Schiffsbauplatz“ bestand. Ein weiterer lag oberhalb der Charlottenbrücke, er war bereits um 1795 in Betrieb, mag aber noch älter sein. An ihn erinnert noch der Straßename „Schiffbauerdamm“.

Die nächste Umgebung der Altstadt bot die günstigsten Standortbedingungen für Schiffbauten und -reparaturen. Am Stresow und an der Oberhavel gab es überall Grundstücke mit flachen Ufern, wo die Schiffskörper leicht zu Wasser gebracht oder an Land gezogen werden konnten. Einen Schiffsbauplatz legte der Schiffsbaumeister Christoph Schultze im Jahre 1812 auf einer Wiese an der Spreemündung, vor dem Berliner Tor, an, 1825 siedelte er nach dem Stresow auf den erwähnten Platz an der Charlottenbrücke über, während er auf dem Grundstück an der Spree 1834 einen Kalkofen errichtete.

Der Schiffsbaumeister Bernhardt richtete 1831 auf dem ehemaligen Magistratsbleichplatz seine Schiffswerft ein, die sich längs der Havel von der Triftstraße nach Süden bis an den heutigen Wröhmännerpark heran erstreckte. Noch weiter nördlich, in Höhe der Schanzenstraße, betrieb seit 1858 der Schiffsbaumeister Fuhrmann sein Gewerbe.

Die Zimmermeister ließen sich vorzugsweise an der Oberhavel nieder, teilweise auch die Holzhändler. Auf dem heute von der Körnerstraße durchzogenen Gelände, dem Bernhardtschen Schiffsbauplatz benachbart, bestand



seit 1818 ein Zimmerplatz; 1832 legte der Eigentümer, Zimmermeister Siecke, einen etwa 5 m breiten und 50 m langen Floßholzgraben durch den südlichen Teil des Magistratsbleichplatzes, um von der Havel auch Bauholz auf seinen Platz führen zu können<sup>27</sup>. Siecke empfing auch geschnittenes Holz und Bretter per Kahn. Nördlich der Triftstraße lag das erwähnte frühere Schützenhausgrundstück, auf dem sein Erwerber, ein Holzhändler, seinen Platz hatte. Noch weiter nördlich daran anschließend hatte der Zimmermeister Brettschneider im Jahre 1830 ein Kämmereigrundstück, auf dem sich bis 1813 eine Maulbeerplantage befunden hatte, in Erbpacht genommen; hier ist heute der SSV-Sportplatz. Seit den 50er Jahren entstanden dann an der jetzt größtenteils eingezogenen Parkstraße, nördlich der Eiswerderstraße, zwei Zimmerplätze und eine Holzhandlung mit zwei eigenen Sägewerken in Westpreußen. Stromauf lag dann noch die bereits behandelte Anlage „Schafstall“, und in Hakenfelde befand sich die renommierte Franckesche Dampfschneidemühle. David Francke hatte 1831 das Spandauer Bürgerrecht erworben und mit einem Holzhandel begonnen.

Um 1830 war bereits eine etwa 300 m lange zusammenhängende Uferstrecke an der Oberhavel mit holzverarbeitenden oder Holzhandel treibenden Unternehmen besetzt.

Etwa dreißig Jahre später hatten — einige Grundstücke ausgenommen — die Betriebe der Schiffbauer, Zimmermeister und Holzhändler auf einer Länge von etwa 1500 Metern und in einer Tiefe von etwa 100 bis 150 Metern die Ufer der Oberhavel zwischen den Wröhmännerwiesen und Hakenfelde inne. Natürlich wechselten im Laufe der Jahrzehnte Nutzung und Eigentümer der Grundstücke, aber bis um 1890 blieb die Struktur dieses Uferstreifens doch im wesentlichen erhalten.

Am Havelufer südlich der Altstadt hat die gewerbliche Entwicklung später eingesetzt und zunächst auch weniger ausgeprägte Züge angenommen. Der städtische Stabholzgarten war in Zeitpacht getan, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts scheint er aber weniger gewerblich als landwirtschaftlich genutzt worden zu sein. Von 1848 bis 1877 diente er dann dem Pächter Sturm als Lagerplatz für Brennholz, das zu Schiff antransportiert und hier in Haufen aufgesetzt wurde; ein Unterpächter, der den Holzhof bewachte, betrieb nebenher eine kleine Schiffbauerei auf dem Platze. Eine Häufung von Unternehmen der Holzbranche konnte an der Unterhavel nicht entstehen; in erster Linie, weil hier die Möglichkeit zur Lagerung von Floßholz nicht in dem Umfange wie an der Oberhavel gegeben war.

Der Gedanke liegt an sich nahe, daß die sogenannten Rayonbeschränkungen die die wirtschaftliche und bauliche Entwicklung Spandaus ganz entscheidend beeinflussten, als nachhaltig einwirkender Faktor auch die Nutzung der Ufergrundstücke gehemmt haben. Gerade das Havelufer zwischen Altstadt und Burgwall lag damals im ersten Festungsrayon, in dem nur

sogenannte Not- und Wächterhütten in leichter Bauweise und auch diese nur mit Genehmigung der Kommandantur errichtet werden durften. Die Eigentümer mußten sich überdies verpflichten, bei etwa drohender Kriegsgefahr ihre Häuser abzureißen, damit das Vorfeld der Festung im Ernstfalle frei lag und unter Beschuß genommen werden konnte. Selbst das Aufstellen des Brennholzes auf dem Stabholzgarten mußte von der Kommandantur ausdrücklich genehmigt werden. Derartige Erschwernisse haben aber gerade auf die holzverarbeitenden Betriebe verhältnismäßig wenig nachteilig eingewirkt. Auch große Teile der von den Holzbranchen an der Oberhavel genutzten Grundstücke lagen im ersten Rayon und die Schiffbauer und Zimmermeister konnten sich mit den dort zugelassenen leichten Holzschuppen und Buden begnügen. Unternehmer, die massive Baulichkeiten benötigten, konnten infolge der Baubeschränkungen die Ufer in unmittelbarer Stadtnähe nicht ausnutzen.

Für die zur Holzbearbeitung so wichtigen Sägemühlen bestanden allerdings lange Zeit sehr ungünstige Standortbedingungen. Spandau besaß im 18. Jahrhundert eine große Anzahl von Wassermühlen, die den verschiedensten Zwecken dienten, darunter auch eine Schneidemühle. Alle Mühlen nutzten den Havelstau an der Schleuse; an einigen Stellen lagen sie so dicht beieinander, daß die eine vom Betrieb oder Stillstand der anderen abhängig war. An den seenartigen Erweiterungen der Havel und an ihrem damals noch stark gekrümmten Unterlauf mit seinen alljährlich überschwemmten flachen Uferwiesen konnten keine weiteren Sägewerke angelegt werden. Die einzige Schneidemühle am Kolk konnte schon um 1800 den Bedarf nicht ganz decken. Der Erbpächter dieser Mühle, Körner, war daher, um gegebenenfalls die Aufträge der Nutzholzadministration erfüllen zu können, nach dem Erbpachtvertrag von 1811<sup>28</sup> verpflichtet, dem Bau- und Nutzholzmagazin zu Berlin „bei der Concurrenz von Privat-Hölzern“ den Vorzug und zwar ohne Aufschlag zu geben. Der Mangel an weiteren mit Wasserkraft betriebenen Verarbeitungsstätten war auch die Ursache dafür gewesen, daß die schon erwähnte Windschneidemühle bei Pichelsdorf für die Nutzholzadministration errichtet wurde. Wenn sie auch nur kurze Zeit in Betrieb war, so kann sie doch als Vorläufer all der vielen von der Wasserkraft unabhängigen Schneidemühlen bezeichnet werden, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden und nun bereits eine neue Energiequelle, die Dampfkraft, nutzten.

Bei einigen dieser neuen Dampfschneidemühlen war die Nähe der Floßholzplätze an der Oberhavel oder die Möglichkeit, hier Holzvorräte aufstellen zu können, für die Standortwahl maßgebend, während bei anderen, die sich an der Unterspreewälder Niederließen, die größere Nähe zum Konsumplatz Berlin mitgesprochen haben mag. Die Dampfschneidemühlen entstanden in Spandauer Gebiet in zwei Perioden.

Die 1845 eingerichtete Dampfschneidemühle von Schultze in Paulstern bei

Haselhorst an der Unterspree war nicht nur die älteste dieser Spandauer Mühlen, sondern zugleich auch der erste Betrieb in Spandau überhaupt, der sich der Dampfkraft bediente. Diese Schneidemühle, neben der noch eine Gipsmühle bestand, arbeitete bis in die 70er Jahre. Der Schultzeschen Mühle in Paulstern folgte sechs Jahre später, 1851, die Plath'sche Dampfschneidemühle, die einzige an der Unterhavel, am Burgwallgraben kurz vor seiner Mündung in die Havel, an der günstigsten Stelle, die es hier gab. Das Grundstück hatte stadtnahe Lage, befand sich aber schon im zweiten Rayon, in dem die Baubeschränkungen nicht mehr so einschneidend wie im ersten waren und festere Baulichkeiten gestatteten. Vor allem aber stand für den Antransport der Hölzer zu Wasser der Burgwallgraben zur Verfügung. Die schon erwähnte Dampfschneidemühle vom Francke wurde 1853 in Hakenfelde errichtet, auch die bereits vorhandene alte Körnersche Schneidemühle am Kolk ging zur Dampfkraft über.

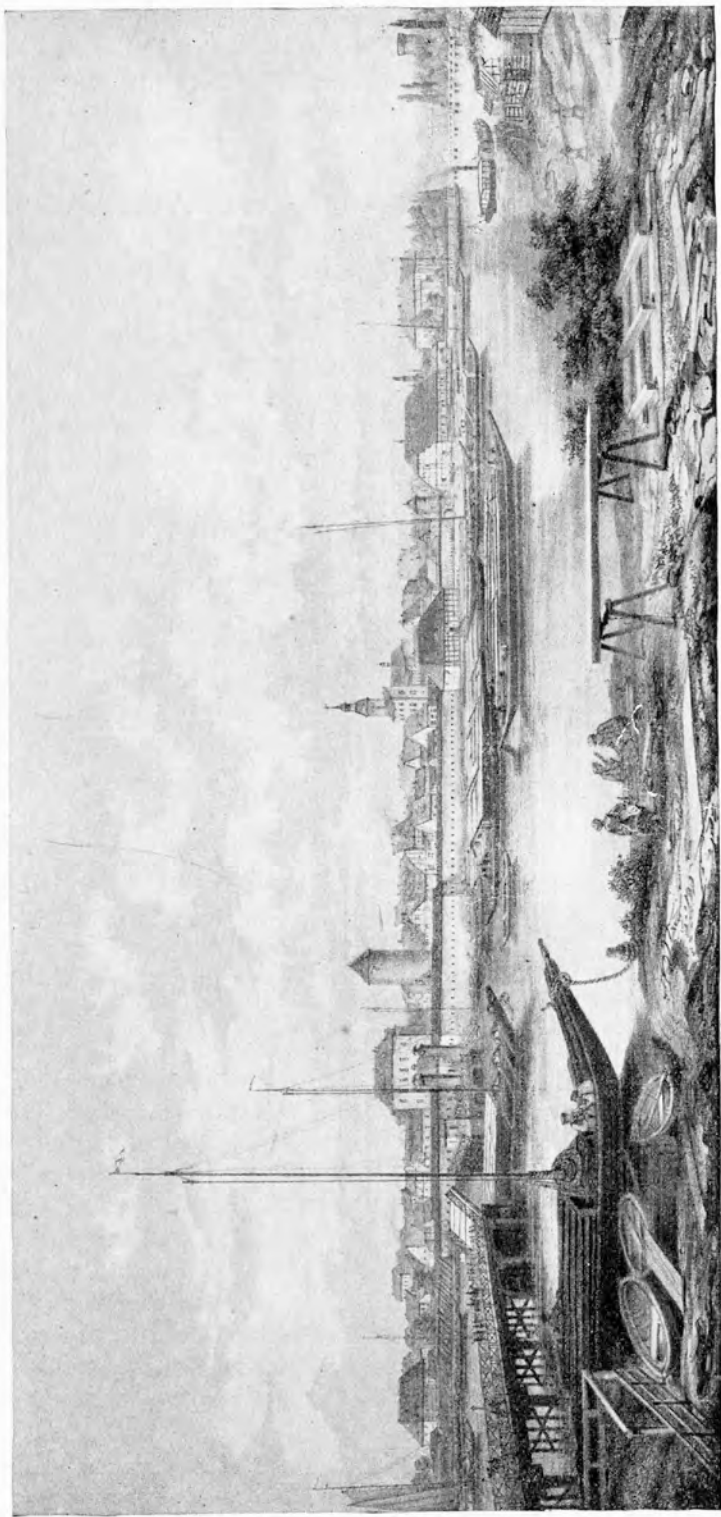
Etwa zwei Jahrzehnte später, zur Gründerzeit, folgten weitere Dampfschneidemühlen. Nach Aufhebung des staatlichen Salzmonopols im Jahre 1867 verkaufte der Steuerfiskus 1869 den entbehrlich gewordenen Salzhof, zu dem damals drei Salzmagazine und ein kleiner Hafen oder Einschnitt im Ufer gehörten. 1871 wurde auf dem Grundstück eine Dampfschneidemühle errichtet, die bis 1889 bestand. Auf dem Brettschneiderschen Zimmerplatz entstand im Jahre 1873 ebenfalls eine Schneidemühle, und 1874 folgte an der Faulen Spree bei Sternfeld, südlich von Siemensstadt, noch ein weiteres Werk dieser Art; es war eines der größten Sägewerke Preußens, das die „Zentralbank für Bauten“, eine jener Aktiengesellschaften aus der Gründerzeit, hier mit modernen Maschinen und einer großen Kapazität errichtete. Zeitungsberichten<sup>29</sup> zufolge sollen für die — übrigens sehr bald schadhaft gewordenen — Anlagen anderthalb Millionen Mark aufgewendet worden sein; 102 Arbeiter waren zur Bedienung des Werkes bei voller Tätigkeit erforderlich. Um die Anlagen voll ausnutzen zu können, mußten große Mengen von Holz herangeschafft werden. Der Antransport war aber von vornherein trotz der Lage an der Spree, nur wenige Kilometer unterhalb Berlins, recht umständlich. Das aus Polen stammende Holz konnte auf der damals noch unregulierten, windungsreichen Spree nur unter Schwierigkeiten nach Sternfeld gebracht werden. Die an sich günstige Lage brachte keine Frachtkostenvorteile. Hinzu kam, daß in den Jahren nach dem großen „Krach“, die großen Mengen des hier bearbeiteten Bauholzes kaum abzusetzen waren. Nach nur anderthalbjähriger Tätigkeit stellte das Werk 1876 seinen Betrieb für immer ein, und die Aktiengesellschaft ging in Konkurs.

Auf dem ehemaligen Salzhof wurde nicht nur Holz geschnitten, sondern zeitweilig auch verarbeitet, so wurden hier einmal Barackenlazarette hergestellt, außerdem bestand 1880/82 eine Sargfabrik. Die Mühlen von Sternfeld und vom Salzhof, die damals noch völlig einsam und abseits vom Ver-

kehr lagen, hatten für das Betriebspersonal sogenannte Familienhäuser errichtet, langgestreckte, drei- bzw. viergeschossige Ziegelrohbauten. Diese 1872/73<sup>30</sup> entstandenen Bauten sind die einzigen Zeugen jenes längst vergangenen „Mühlenzeitalters“. Die Spandauer Sägewerke arbeiteten für den örtlichen Bedarf, der infolge der ständigen Bauten der Militärverwaltung — Fabriken, Magazine, Festungswerke, Kasernen- und Wohnhausbauten — sehr beträchtlich war. Aber auch der Bedarf des privaten Wohnungsbaus war in Spandau stark; in den Vorstädten, die größtenteils in dem Rayon lagen, durften ja nur leichte Holzbauten oder Fachwerkhäuser errichtet werden. Neben dem lokalen Absatzgebiet kam vor allem das benachbarte Berlin als Abnehmer des in Spandau bearbeiteten Holzes in Frage; die Errichtung von drei Sägewerken in den Gründerjahren unterstreicht diese Feststellung. Der nach 1870 erheblich gestiegene Bedarf an Balken, Dielen für die Neubauten in Berlin hatte vor allem die „Zentralbank für Bauten“ zu ihrer Fehlplanung in Sternfeld veranlaßt; auch die Fabrikation von Särge konnte nur bei einem Absatzgebiet in einer Großstadt gewinnbringend sein.

Natürlich hat die verhältnismäßig starke Konzentration von Unternehmen der Holzbranche auch auf die Sozialstruktur der Stadt mitbestimmend eingewirkt. Am 28. Dezember 1838 beschlossen die Spandauer Stadtverordneten als Nebenbeschäftigung des Bürgermeisters den Holzhandel und die Übernahme von Agenturen für Versicherungen auszuschließen. Vermutlich befürchtete man, daß bei derlei Beschäftigungen Interessenkollisionen eintreten könnten. Als der Berlin-Spandauer Schiffschleusenkanal in den Jahren 1848/49 im Notstandsprogramm gebaut wurde, bat der Spandauer Magistrat das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, auch Spandauer Arbeitslose einzustellen. „... Es besteht nämlich die Mehrzahl unserer Arbeiter aus Maurer-, Zimmer-, Schiffbauergesellen und Holzflößern, welche fast sämtlich verheiratet sind: Die beiden letzteren Klassen haben bei dem seit der Anlage der Berlin-Hamburger Eisenbahn gänzlich darnieder liegenden Schiffsverkehr fast keine Gelegenheit, in ihrer Profession Beschäftigung zu finden...“ Diese Darstellung von dem Einfluß der Berlin-Hamburger Eisenbahn auf Schiffbau und Holztransport war stark überspitzt; die Eingabe zeigt aber, daß die ortsansässige Arbeiterschaft hauptsächlich in den Holzverarbeitenden Gewerbebezügen tätig war. Diese Gruppe der wirtschaftlich unselbständigen Arbeitskräfte spielte allerdings, obwohl sie in der vorindustriellen Zeit die stärkste war, neben den anderen Gruppen der Ackerbürger, Gärtner, Handwerker, der bei dem Militär- und Justizdienststellen beschäftigten Beamten im Sozialaufbau der Stadt keine ausschlaggebende Rolle.

Zehn Jahre später, 1858, hatte die Konzentration der „Königlichen Institute“, d.h. der militärfiskalischen Fabriken (Gewehr-, Pulverfabrik, Geschützgießerei usw.) in Spandau schon begonnen. Als Büchsenmacher,



*Spandau nach einer Lithographie aus der Zeit um 1850. Links die Charlottenbrücke mit den beiden Pfeilern des Charlottenburger Tors. Die Wasserfront der Altstadt hat noch den mittelalterlichen Mauerring. Ganz rechts der Juliusurm. Im Vordergrund der Schulzesche Schiffbauplatz am Schiffbauerdamm auf dem Stresow.*



Gewehr-, Pulver- und Geschützarbeiter, Zeugdiener usw. waren damals etwa 4—500 in Spandau Ansässige beschäftigt; an zweiter Stelle folgten etwa 100 Zimmerleute und Brettschneider, ca. 40 Schiffbauer und 18 Flößer, die in etwa 10—12 Betrieben beschäftigt waren. Wieder zehn Jahre später, 1868, betrug die Zahl der Zimmerleute, Brettschneider und Schiffbauer ungefähr ebensoviel, die Zahl der Betriebe etwa 12; die Anzahl der Betriebe und der Beschäftigten hatte absolut nicht abgenommen, aber im Verhältnis zu den Militärfabriken, die ständig an Ausdehnung und Beschäftigtenzahl zunahmen, trat die Bedeutung des Holz verarbeitenden Gewerbes mehr und mehr zurück. Von all den verschiedenen Betrieben, die bis in die Gründerjahre hinein entstanden, mögen es nun Holzgeschäfte, Zimmermeistereien, Schneidemühlen oder Schiffsbauereien sein, hat sich keiner bis heute erhalten. Es waren meist mittlere Betriebe, die etwa 10, allenfalls auch 20 Mann beschäftigten; derartige Unternehmen, größtenteils in Familienbesitz, mußten wegen Kapitalmangels, schwindender Wettbewerbsfähigkeit oder aus Gründen, die in der Person des Besitzers lagen — etwa Alter oder Tod — aufgegeben werden. Andererseits trugen auch strukturelle Änderungen der Absatzbedingungen, z.B. der Übergang von hölzernen zu eisernen Konstruktionen mit dazu bei, daß alte Firmen ihre Tätigkeit einstellten. Einige Firmen lösten sich um 1890, andere um 1910 auf. Die Betriebsgrundstücke, die einst vor der Stadt gelegen hatten, waren in der Neustadt nun von Wohnvierteln umgeben. Jene konnten jetzt mit größerem Gewinn parzelliert werden. Als letztes Unternehmen stellte 1938 das Francke'sche Säge- und Furnierholzwerk seinen Betrieb ein; es mußte dem Luftfahrtgerätekwerk, das an seiner Stelle errichtet wurde, weichen.

Die heute in Spandau — vor allem in Hakenfelde — ansässigen holzverarbeitenden Betriebe können also an eine Jahrhunderte alte Tradition anknüpfen. Die günstige Lage an der Oberhavel, die Verkehrsverhältnisse, die gestatteten, Holz zu Schiff oder mit der Eisenbahn zu empfangen, die Absatzmöglichkeiten im nahen Berlin und der Grundstücksmarkt, der interessierten Betrieben hier geeignete Werks- und Lagergrundstücke anbieten konnte, haben den Zuzug neuer Firmen in Spandau gefördert.

Eines besonderen Gewerbes, das ebenfalls in enger Verbindung mit dem Wasser stand, sei hier noch gedacht: des Rohrhandels. Er war in dem Spandau benachbarten Fischerdorf Tiefwerder ansässig. Die zahlreichen Buchten und Seen mit ihren Schilfgürteln in der näheren und weiteren Umgebung Spandaus gaben einigen Fischern in Tiefwerder Gelegenheit, das Rohr zu ernten und zu verkaufen. Im Jahre 1874 betrieben 4 Fischereigutsbesitzer in Tiefwerder den Rohrhandel. Um 1880, zu seiner Blütezeit, bezogen die Rohrhändler das Rohr nicht nur aus der näheren Umgebung, sondern in Kahnladungen auch von den mecklenburgischen Seen, aus dem Oderbruch und von den Seen der unteren Havel. Eine Kahnladung wurde damals mit etwa 2500 Mark bezahlt. Das im Herbst und Winter geschnit-

tene Rohr wurde in Tiefwerder geschält und dann verkauft. Abnehmer waren hauptsächlich wohl Berliner Bauunternehmer und Maurermeister, die das Rohr als Putzträger verwendeten. Mit fortschreitender Kanalisierung der Wasserläufe und der damit verbundenen Zerstörung oder Verkleinerung des Schilfbestandes ging der Handel mit Rohr um 1900 immer stärker zurück, um schließlich ganz aufzuhören.

Havel und Spree haben aber nicht nur die Entwicklung des Spandauer Holzhandels und der holzverarbeitenden Gewerbe begünstigt, auch in anderer Weise haben beide Ströme das Wirtschaftsleben der Stadt beeinflusst und angeregt. Wie bereits eingangs erwähnt, hatte Spandau einen lebhaften Durchgangsverkehr auf Spree und Havel, der im 19. Jahrhundert immer stärker wurde. Spandau war Schleusenort, ein längerer Aufenthalt vor der Schleuse blieb unvermeidlich. Eine im Jahre 1842 erlassene Verordnung der Königlichen Regierung in Potsdam regelte z.B. die Durchschleusung für die unterhalb der Spandauer Schleuse liegenden Schiffe. Berghaus<sup>31</sup> errechnete den Jahresdurchschnitt der die Spandauer Schleuse in den Jahren 1841 bis 1845 passierenden Schiffe mit 26761, den der Holzflöße mit 49750. Schätzungsweise mögen damals je Betriebstag im Durchschnitt etwa 80 Schiffe abgefertigt worden sein. Wann das Nachtschleusen in Spandau eingeführt wurde, ist nicht mehr festzustellen, 1872 werden Gebührensätze für das Nachtschleusen in Spandau erwähnt. Nach den 1865 und 1872 erlassenen Regulativen wurde in Spandau an den ersten Feiertagen der großen Feste und am Karfreitag nicht geschleust, an Sonn- und Feiertagen nicht zwischen 8 und 12 Uhr vormittags.

Bis zur Eröffnung des Spandauer Schiffahrtskanals im Jahre 1859 kam es häufiger vor, daß die auf Durchschleusung wartenden Schiffe bis nach Pichelsdorf „im Rang lagen“, es vergingen dann bis zu 14 Tagen, die die Schiffer auf der Spandauer Havel verbringen mußten, bis sie allmählich bis zur Spandauer Schleuse vorgerückt waren. Daneben gaben Niedrigwasser und Untiefen der damals noch unkanalisierten und unbegradigten Wasserstraßen oft Anlaß zu Stauungen im Schiffsverkehr. Ein Bericht, der am 23. August 1876 in der Vossischen Zeitung<sup>32</sup> erschien, mag hier für viele ähnlich lautende stehen: „Es ist wohl nicht nöthig, ausführlicher zu beschreiben, welch ein reger Verkehr auf der Unterspree zwischen Spandau, Charlottenburg und Berlin stattfindet; die Thatsache, daß jeden Tag zwischen Spandau und Charlottenburg allein mindestens 200 bis 500 Kähne zu zählen sind, spricht zur Genüge. Die Unterspree mit ihren überaus vielen und nicht unbedeutenden Krümmungen ist den Schiffen eine keineswegs angenehme und bequeme Fahrstraße bei regelrechtem Wasserstande, d.h. im Frühjahr; den größten Nachtheil aber, nicht allein den Schiffen, sondern auch jedem mit der Schifffahrt in Verbindung stehenden Geschäftsmanne bringt der jetzt die Unterspree beherrschende tröstlose Zustand. Mit Anfang der warmen und trockenen Jahreszeit beschränkt sich das eigentliche

Fahrwasser der Unterspree auf höchstens nur 2 Spreekahnbreiten, von Juli ab bis Herbst hinein, ist davon gar keine Rede mehr. Die Kähne können alsdann kaum mehr als halbe Ladung aufnehmen und müssen noch auf das Sorgsamste vermeiden, nicht aufzubrummen, den Strom des Wassers zu verlassen ... Bei einer Fahrt nach Spandau im Monat Juni begegneten wir 15 Kähnen, welche festsäßen und von denen erst viele nach stundenlangem schweren Bemühen wieder flott gemacht werden konnten. Damals war aber immer noch so viel Wasser vorhanden, daß rechts und links Passage möglich war, jetzt ist der Verkehr schon seit vier Tagen gänzlich gesperrt und zwar dadurch, daß unterhalb der Hamburger und Lehrter Eisenbahnbrücke bei Charlottenburg ein beladener, von Spandau kommender Steinkahn festsitzt, ein von Berlin hinunterfahrender leerer Kahn mit höchstens 18 Zoll Tiefgang wollte links vorbeifahren und blieb ebenfalls sitzen. ...“ Erst in den Jahren 1883/85 wurde die Unterspree kanalisiert und dabei der Ruhlebener Durchstich, der den für die Schifffahrt so unbequemen Spreeknick bei Paulstern abschnitt, geschaffen.

Der Schiffsverkehr auf der Unterhavel wurde im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts noch zusätzlich durch weitere Hemmnisse in Spandau behindert. Bekanntlich war Spandau Festungsstadt, den militärischen Interessen hatten sich alle anderen unterzuordnen, so durften die Hamburger und die Lehrter Eisenbahn, die 1846 und 1871 eröffnet wurden, die Havel mit ihren Brücken nur in einer sehr geringen Höhenlage über dem Wasserspiegel überqueren. Die lichte Durchfahrtshöhe unter den Brückenkonstruktionen betrug bei höheren Wasserständen etwa 2 Meter. Schiffe konnten unter diesen tiefliegenden Brücken auch bei gelegten Masten kaum hindurchfahren. Um den Schiffsverkehr zu ermöglichen, waren die Eisenbahnbrücken als Drehbrücken gebaut, die in den Zeiten, zu denen keine Züge verkehrten, geöffnet wurden. Solange nur die Hamburger Bahn bestand und sich die Verkehrsdichte auf etwa 5 bis 6 Zugpaare pro Tag beschränkte, kam es noch nicht zu Schiffsansammlungen und Stauungen vor der Brücke. Nachdem aber die Lehrter Bahn hinzugekommen war, die in einem Abstand von nur etwa 160 Metern südlich der Hamburger Bahn ebenfalls die Havel kreuzte, und seitdem sich nach 1871 die Zugfolgen im Personen- und Güterverkehr immer mehr verdichteten, blieben den Schiffen immer weniger Öffnungszeiten. Es stauten sich daher häufiger die Schiffsfahrzeuge in langen Reihen vor den geschlossenen Eisenbahnbrücken. Nach einem Zeitungsbericht<sup>33</sup> lagen z.B. im August 1875 über 400 Fahrzeuge bis hinein in den Gatower See und warteten auf Durchfahrt; 1888 lagen einmal 500 Fahrzeuge vor den Brücken fest, die etwa 10 Tage benötigten, um von Pichelsdorf zur Spree zu gelangen<sup>34</sup>.

Diese aus den verschiedenen Gründen entstandenen Wartezeiten hatten zur Folge, daß die Schifffahrt Treibenden ihren zwangsläufigen Aufenthalt in Spandau dazu benutzten, bei den hiesigen Materialwarenhändlern, Schuh-

machern, Seilern usw. ihre Besorgungen zu machen, ihre Vorräte zu ergänzen usw. Der Umsatz, den die Spandauer Geschäftsleute, die Handwerker und nicht zuletzt auch die Schankbetriebe hatten, muß für die beschränkten Verhältnisse Spandaus beträchtlich gewesen sein. Bis in die 70er Jahre hinein gab es Geschäfte, deren Kundschaft überwiegend aus Schifffern bestand. Seit etwa 1875 kam aber der Schleppdampferverkehr mehr und mehr in Aufnahme, und ungefähr zur gleichen Zeit begann die Wasserstraßenverwaltung, durch Strom- und Uferbauten die Schiffbarkeit der Flüsse erheblich zu verbessern. Der Aufenthalt der Schiffe in und bei Spandau konnte mit fortschreitender Verbesserung der Transportmittel und -wege seit etwa 1880 immer mehr verkürzt werden, sofern nicht gerade die geschlossenen Eisenbahnbrücken die Durchfahrt verzögerten. Für die durch Spandau fahrenden Schiffe bestand nun weniger Gelegenheit und Veranlassung, sich am Ort mit Proviant und sonstigen Bedarfsgegenständen einzudecken. Das wurde von den Geschäftsleuten, deren Umsatz fühlbar zurückging, lebhaft beklagt.

Wann Spandau diese Stellung als Einkaufsort für die auf der Durchfahrt befindlichen Schiffer erhielt, ist bei der Dürftigkeit der Quellen nicht mehr festzustellen. Auf jeden Fall war diese Entwicklung zur Einkaufsstadt um 1840 weit fortgeschritten. Im Protokollbuch der Stadtverordnetenversammlung ist unter dem 7. März 1844 vermerkt: „Da die Idee in Anregung gebracht worden, zur Verbesserung des Schifffahrtsverkehrs die Spree mit dem Tegeler See durch einen Durchstich ev. Kanal zu verbinden, wodurch für die Stadt ein unermesslicher Schaden entsteht, so hat wohlhlöbl. Magistrat die Absicht, die ganze Angelegenheit der Königl. Regierung vorzutragen und ersucht daher anliegenden Protest nach gut Befinden zu vollziehen.“ Magistrat und Stadtverordnete befürchteten also, daß durch eine Ablenkung der Schifffahrt eine Schädigung der Gewerbe und Handel treibenden Mitbürger eintrete. Die Sorge, daß der Schiffsverkehr von Spandau weggezogen werden könnte, spricht auch aus dem Verwaltungsbericht des Magistrats aus dem Jahre 1858: „Die Stadt hat von Alters her ihre Haupterwerbsquellen außer im Ackerbau namentlich im Handel und Schiffsverkehr gefunden. Der letztere hat in diesem Jahre eine seltene Höhe erreicht. Welchen Einfluß der kürzlich eröffnete Berlin-Spandauer Schifffahrtskanal haben wird, läßt sich zur Zeit noch nicht genügend übersehen, wiewohl eine Abnahme des Verkehrs befürchtet wird.“ Tatsächlich lenkte der Kanal den von der unteren Oder und aus dem Finowkanal kommenden und nach Berlin zielenden Verkehr von Spandau ab. Für das Jahr 1867/68 berichtet der Magistrat: „Der Schifffahrtsverkehr, soweit er die Stadt berührt, ist nicht mehr von der Bedeutung, welche er vor der Errichtung des Berlin-Spandower Schifffahrtskanals gehabt hat, giebt aber gleichwohl noch für viele Einwohner eine Erwerbsquelle ab.“ Tatsächlich passierten in den Jahren um 1870 nur mehr jeweils etwa 10 000 Kähne Spandau im Jahre.

Trotzdem blieb bis zum Beginn der achtziger Jahre die Schifffahrt weiterhin mitbestimmend für das Spandauer Geschäftsleben.

Die Zahl der Schiffer hatte seit Beginn des 19. Jahrhunderts zugenommen, 1858 waren etwa 20 Schiffseigner und über 40 Schiffer in Spandau ansässig. 1868 wurden 69 Schiffer zur Gewerbesteuer veranlagt. Aber ein nennenswerter Schiffsverkehr, der Spandau als Ausgangs- oder Zielort gehabt hätte, war nicht vorhanden, auch ein Umschlag fand kaum statt. Mahl- und schlachtsteuerpflichtige Gegenstände wurden unterhalb der Schleuse am Kolk gelöscht. Da diese Ausladestelle durch die starke Strömung der Havel „bei der Freischleuse so verkleinert und verflacht“ wurde, daß Schiffe dort nicht mehr anlegen konnten, wurde 1848 von der Stadt ein Hafen angelegt und zwar vor dem Oranienburger Tor in der Mündung des damaligen Glacisgrabens. Bei einer Veränderung der Festungswerke wurde dieser Hafen im Jahre 1858 ein kleines Stück weiter nordwärts verlegt<sup>35</sup>. Er war eigentlich nur ein Einschnitt, der etwa 60 Meter landeinwärts ging und an der Mündung etwa 60, an seinem Ende etwa 15 m breit war. Selbst zur Zeit seiner Anlegung war er sehr beschränkt und konnte bestenfalls drei — nach damaligen Verhältnissen — größere Schiffe aufnehmen. Er diente zunächst vorwiegend der Versorgung der Stadt mit Brennmaterial. Bis in die achtziger Jahre lagen hier die Torfkähne, die aus der Ruppiner Gegend den damals noch allgemein als Brennstoff verwendeten Torf brachten; er wurde hier oft vom Kahn aus verkauft, und so nahm der kleine Hafen im Laufe der Zeit den Namen „Torfgraben“ an. Auch Obstkähne legten später hier an. Reste dieses ältesten Spandauer Hafens, der 1911, nach Fertigstellung des Schleusenneubaus für den Verkehr gesperrt wurde, befinden sich noch heute in den Anlagen des Wröhmännerparkes. Die Militärfabriken, die größtenteils an Spree und Havel lagen, hatten ihre eigenen Lösch- und Ladeeinrichtungen. Vor 1852, als die Gewehrfabrik noch getrennte Fertigungsstätten in Potsdam und in Spandau hatte, bestand zwischen beiden Betrieben eine Art Werkverkehr zu Schiff. Das in Spandau hergestellte Pulver wurde teilweise mit Pulverschiffen, die unter schwarzer Flagge fuhrten, und für die besondere Sicherheitsmaßnahmen galten, befördert.

Warum konnte sich trotz der günstigen Lage an zwei schiffbaren Flüssen kein auf Spandau gerichteter Schiffsverkehr entwickeln? Spandau war Festungs- und Garnisonstadt und Sitz der staatlichen Rüstungsfabriken. Vom Beginn der Zusammenziehung der militärfiskalischen Betriebe in den 50er Jahren bis fast zum Ende des Jahrhunderts hat diese vom Staat der Stadt auferlegte Sonderfunktion die wirtschaftliche und soziale Struktur der Stadt geformt. Spandau wurde zur Wohnstätte für die Hunderte und Tausende von Arbeitern, die in den staatlichen Betrieben Beschäftigung fanden.

Dieser Funktion hatten sich alle anderen unterzuordnen. Je nach den militärischen Erfordernissen und den jeweiligen Fortschritten der Waffentechnik



dehnten sich die militärfiskalischen Fabriken aus, und die Zahl der Beschäftigten stieg sprunghaft<sup>393</sup>. Wenn aber die Fertigungsprogramme abgewickelt waren, folgten Einschränkungen in den einzelnen Betrieben und Entlassung zahlreicher Arbeitskräfte. So wechselten Zeiten der Vollbeschäftigung und der Arbeitslosigkeit, davon abhängig Perioden der Wohnungsnot und des Überangebots an Wohnungen.

Für eine Niederlassung der Privatindustrie bot das für damalige Verhältnisse doch noch recht abseits gelegene Spandau mit seinen Baubeschränkungen und -verboten in den stadtnahe gelegenen und leidlich erschlossenen Rayons, mit seinem eigenen, unausgeglichene Arbeits- und Wohnungsmarkt und der abweichenden Lohn- und Sozialpolitik der militärfiskalischen Betriebe bis etwa 1890 noch keinen Anreiz. Die ortsansässigen Gewerbe- und Handelsunternehmen aber vermochten sich in der Festungs-, Garnisons- und Arbeiterwohnstadt im wesentlichen nur in dem Rahmen zu entfalten, den der Bedarf der kaufschwachen Arbeiterbevölkerung und der militärischen Dienststellen absteckte. Schon der Rückgang der Schifferkundschaft konnte ja das Geschäftsleben nachteilig beeinflussen. Ein Großhandel bestand wegen der Nähe Berlins kaum. Die Voraussetzungen für eine eigene Spandauer Schifffahrt waren also unter diesen wirtschaftlichen Gesichtspunkten recht bescheiden, so daß sich erst ziemlich spät ein Wandel anbahnte.

Trotz dieser vielen Erschwernisse konnte sich aber seit den 70er Jahren aus kleinen Anfängen heraus und zwar auch ohne örtliche Industrie so etwas wie ein Schifffahrtstütz- und mittelpunkt in Spandau entfalten; verschiedene Faktoren begünstigten diese Entwicklung, die dem lokalen Wirtschaftsleben neue Züge verlieh.

Der zwischen Klosterstraße und Havel gelegene Teil des ersten Rayons entwickelte sich, seitdem sich die Stadt 1872 auch nach Süden hin auszudehnen begonnen hatte, bald zu einem Gewerbestreifen, ähnlich dem, der an der Oberhavel bereits bestand. Er lag stadt- und bahnnah, wurde durch die Klosterstraße hinreichend erschlossen, außerdem aber zog sich dieser Streifen unterhalb der dem Schiffsverkehr so hinderlichen Eisenbahnbrücken entlang. Das bot den Vorteil, daß Schiffe hier ohne die langen und unwirtschaftlichen Wartezeiten vor den Brücken löschen und laden konnten.

Vor allem nach der Eröffnung der Lehrter Eisenbahn im Jahre 1871 war auch der Spandauer „Lehrter Bahnhof“, vom Havelufer nur etwa 500 Meter entfernt, gut zu erreichen. Für gewisse Gewerbebezüge waren auch die Baubeschränkungen, die hier nur sogenannte Wächterhütten und Schuppen in leichter Holzbauweise bis zu 7 Meter Firsthöhe gestatteten, kein Hindernis, die standortmäßigen Vorteile der Ufergrundstücke auszunutzen. Holz- und Kohlenplätze, aber auch Speditionsfirmen konnten sich hier, wo ein Umschlag von der Bahn auf das Schiff und umgekehrt nicht allzu schwer war, niederlassen.

Schon im Jahre 1875 lagen zwischen Klosterstraße und Havel wenigstens drei Kohlen- und Lagerplätze, 1878 richtete der „Großgrundbesitzer“ dieser Gegend, der Amtmann Schultze, auf einer seiner Wiesen am Ziegelhof eine Schiffsentladestelle ein. Mit dem Aufkommen der Schleppschiffahrt gewann dieser Uferstrich immer mehr an Bedeutung, im Jahre 1886 lagen vor dem Wagner'schen Kohlenplatz dicht unterhalb der Eisenbahnbrücken bis zu 12 Personen- und Schleppdampfer, die hier Kohle aufnahmen oder in der benachbarten „Maschinenbauanstalt“ von Knarr, die sich inzwischen ebenfalls hier niedergelassen hatte, Reparaturen an den Dampfkesseln usw. vornehmen ließen. Auf dem benachbarten Burgwall wurde seit 1889 für einige Zeit eine Zillenschlächtereierie betrieben, in der morsch gewordene Lastkähne abgewrackt wurden. Seit 1890 etwa begannen sich auch Dampfschiffsbesitzer und -reeder am Ziegelhof anzusiedeln. Um 1900 waren es etwa 12; 1905 werden 18 selbständige Spandauer Dampfschiffeigentümer und Reeder erwähnt, die etwa 28 Dampfer besaßen, und 1913 hatten 30 in Spandau beheimatete Reeder und Schiffseigner 45 Schleppdampfer in Betrieb. Sie hatten ihre Liegeplätze zum überwiegenden Teile an der etwa 500 Meter langen Uferstraße südlich der Eisenbahnbrücke; einige Dampfschiffeigner hatten außerdem noch Kohlenplätze, wo die Dampfer bunkern konnten; in den anliegenden Restaurationen verkehrten die Schiffer und hatten dort ihre Meldestellen. Der bedeutendste dieser Spandauer Reeder hatte 1905 sieben eigene Schleppdampfer, die auf der Hamburger Linie verkehrten; auf dem Burgwall entstand schließlich um 1900 eine Schiffsreparaturanstalt und Werft.

In der 1911 gegründeten Spandauer Dampfergenossenschaft schlossen sich etwa 100 Mitglieder, die nicht nur in Spandau, sondern auch in anderen an den märkischen Wasserstraßen gelegenen Orten wohnten, zusammen; 1915 hatte diese Genossenschaft ungefähr 200 Dampfer. In der Hauptsache fuhren die Spandauer Schleppschiffer auf Unterhavel und Elbe bis nach Hamburg. Daß ihr Verkehr nicht unbedeutend war, beweist die Tatsache, daß ein Hafenteil in Hamburg die Bezeichnung „Spandauer Ufer“ erhielt. In den letzten Jahren vor Ausbruch des ersten Weltkrieges schleppten bis zu 20 Spandauer Schiffer aber auch auf der Oder zwischen Stettin und Breslau. So hatte sich aus kleinen Anfängen schließlich am Spandauer Ziegelhof ein Schiffsfahrtsviertel mit Speditionsgeschäften, Reparaturanstalten, Bunkerstationen, Sammelstellen usw. konzentriert. Die Koppelstellen an der Oberhavel waren dem gegenüber bedeutungslos.

Als am Ziegelhof und Burgwall die Schleppschiffahrt aufblühte, entwickelte sich Spandau auch schließlich zur Hafenstadt. Seit etwa 1890 bis 1909 bestand lediglich eine 50 bis 60 m lange Ausladestelle oberhalb der Lehrter Eisenbahnbrücke, zu der ein Stichgleis vom Lehrter Bahnhof führte. Diese räumlich so beschränkte Stelle entbehrte zudem jeglicher Ladegeräte, erst im Jahre 1907 wurde von einem Spediteur ein Dampfkran aufgestellt. Solange kein großes Bedürfnis für einen Umschlag bestand, mochte diese an-

spruchslose Anlage, an der jeweils nur ein Schiff löschen oder laden konnte, genügen. Als aber das Umschlaggeschäft nur wenig zunahm, war die ursprüngliche Ladestelle stets blockiert. Hauptbenutzer war seit den 90er Jahren während der Saison im Herbst die Nauener Zuckerfabrik, die 1889 ihren Betrieb aufnahm und Anschluß an die Berlin-Hamburger Bahn hatte. Mit dem Schiff wurden die Zuckerrüben nach Spandau transportiert und hier auf die Bahn umgeladen, umgekehrt wurde der in der Nauener Fabrik hergestellte Rohzucker mit der Bahn nach Spandau gebracht und hier auf Schiffe, die ihn nach Hamburg brachten, umgeschlagen. Daneben wurde auch Rohzucker aus den östlichen Provinzen mit der Bahn bis Spandau befördert und von hier weiter mit dem Schiff transportiert. Besonders die große Zuckerfabrik in Kruschwitz, Provinz Posen, sandte zeitweise bedeutende Posten Rohzucker über die Spandauer Umschlagstelle nach Tangermünde und Hamburg. Noch wichtiger war der Kohlenumschlag. Hierbei handelte es sich vorwiegend um englische Gaskohle, die per Schiff von Hamburg kam und hier auf die Bahn umgeladen wurde. Empfänger waren die Gasanstalten der verschiedenen Vorortgemeinden Berlins, die ohne Wasseranschluß waren. Andere Güter als Kohle und Zucker wurden in Spandau nur in geringerem Umfange umgeladen.

In dem Bestreben, sich aus der allzuengen Bindung an die militärfiskalischen Fabriken zu lösen, strebten die städtischen Körperschaften seit den 90er Jahren danach, die Privatindustrie nach Spandau zu ziehen, um Arbeitsmarkt und örtliche Wirtschaft unabhängiger, ausgeglichener und krisenfester zu machen. Verschiedene Projekte wurden ausgearbeitet, um eine Ansiedlung der Industrie, die nun schon an Grundstücken in Spandau Interesse zeigte, am Ort zu begünstigen. Durch von der Staatsbahn abzweigende Güteranschlußbahnen sollte das noch jungfräuliche Gebiet in den Außenbezirken der städtischen Feldmark erschlossen und industrieller Nutzung zugeführt werden. Eine dieser projektierten Güterbahnen sollte die westlichen und südlichen Randgebiete der Stadt durchschneiden und in der Gegend des Grimnitzsees oder der Scharfen Lanke enden, um hier einen Umschlag auf die Wasserstraßen zu ermöglichen. Dieser seit 1899 in den städtischen Gremien immer wieder erörterte Plan einer südlichen Güterbahn kam allerdings nicht über das Stadium allgemeiner Betrachtungen und Vorprojektierungen hinaus, für die Verwirklichung des aufwendigen Vorhabens fehlten vor allem die finanziellen Voraussetzungen.

Immerhin zeigen derartige Planungen, daß die Absicht bestand, auf Spandauer Gebiet einen neuen Hafen anzulegen. Sehr bald sollte dann auch ein Hafenprojekt, wenn auch an anderer Stelle, verwirklicht werden. Vom Wasserbaufiskus dazu angeregt und finanziell durch einen Zuschuß von 600 000 Mark unterstützt, baute Spandau in den Jahren 1906-13 in Zusammenhang mit Stromregulierungsarbeiten seinen Hafen, den heutigen Südhafen, aus, dessen erster Teil 1909 dem Verkehr übergeben werden konnte. Ausgangssituation für den Hafenbau war die Notwendigkeit, im

Interesse der Schifffahrt die scharfe Krümmung, die die Havel unterhalb des Burgwalles nach Osten machte, mit einem Durchstich zu begradigen. Die zwischen der neuen Wasserstraße und dem Altarm entstandene neue Insel wurde aufgehöhht, die Ufer am alten und neuen Wasserlauf mit Kai-mauern befestigt, ferner wurde eine Hafenbahn, die das Hafengelände mit der Staatsbahn in Ruhleben verband, gebaut und das ausgedehnte Gelände im Umkreis des Hafens durch mehrere neue Verbindungsstraßen und die Schulenburgbrücke sowohl an die Wilhelmstadt als auch an den Stadtteil am Stresow angeschlossen. Diese Anlagen kosteten die Stadt einschließlich der nicht unbedeutenden Aufwendungen für Grunderwerb und Bahnbau über 6 Millionen Mark. Den städtischen Körperschaften schwebte vor, durch Errichtung einer derartigen Gemeindeanstalt Industriefirmen für eine Niederlassung auf dem ausgedehnten Hafengelände zu interessieren. Für derartige Zwecke standen genügend Baustellen, die zu Lagerzwecken oder zu Fertigungszwecken verpachtet oder veräußert werden konnten, zur Verfügung. Aber bevor sich die Hoffnungen, die die Spandauer Stadtväter in das Gedeihen des neuen Hafens gesetzt hatten, hätten erfüllen können, brach der erste Weltkrieg aus, der eine Entwicklung in der gewünschten Richtung verhinderte. Die Eingemeindung Spandaus in Berlin und die Neuordnung des Großberliner Hafenwesens schufen dann vollends ganz neue Situationen. So spielte der Südhafen lediglich für den Umschlag der englischen Gaskohle — in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg waren es jeweils etwa 140 bis 160 000 Tonnen — und Zuckerrüben (1913: 5400 Tonnen) sowie Rohzucker (1913: 6400 Tonnen) eine Rolle.

Außer diesem Hafen legte die Stadt im Jahre 1912 durch Umgestaltung eines früheren Festungsgrabens an seiner Mündung in der Havel den kleinen Nordhafen an, der indes nie zu größerer Bedeutung gelangte.

Der Bau der Spandauer Häfen fällt in eine Zeit, in der zahlreiche an Wasserstraßen gelegene Gemeinden eine aktive Hafenpolitik betrieben und unter Aufwendung von vielen Millionen Mark große Anlagen mit Hafenbahnen und sonstigen Einrichtungen schufen.

Die gleichen Tendenzen herrschten auch im Großberliner Gebiet zu jener Zeit. Hier regten sowohl der Bau des Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin, der die Verbindung Berlins mit dem nahe gelegenen Ostseehafen erleichtern sollte, als auch der 1901-06 entstandene Teltowkanal die Gemeinden an, selbst Häfen zu bauen. Schon 1905 plante Berlin einen Westhafen an der Beusselstraße, mit dessen Bau 1914 begonnen wurde, 1913 wurde der Berliner Osthafen dem Verkehr übergeben, Neukölln schuf sich 1912 eigene Hafenanlagen, Tegel eröffnete 1908 seinen Hafen am Tegeler See in Verbindung mit der vom Kreise Niederbarnim geschaffenen Industriebahn Tegel—Friedrichsfelde, auch Velten legte sich 1911 einen eigenen Hafen an. Daneben standen Planungen, die nicht verwirklicht wurden. Spandaus östliche Nachbarstadt Charlottenburg projektierte bei seiner alten Exclave, der Lietzower Insel an der Unterspreewäld bei Sternfeld, in den

Jahren nach 1910 ebenfalls einen größeren Hafen und zwar etwa in Höhe des heutigen Kraftwerks Ernst Reuter, die Ausführung war in Verbindung mit einer Spreebegradigung gedacht. Der Ausbruch des ersten Weltkrieges verhinderte die Weiterentwicklung des Projektes.

Das Bestreben Spandaus, seine günstige Lage und etwaige Frachtkostenvorteile für aus Hamburg kommende oder nach dort gehende Schiffsgüter, die schon — vor Berlin — in Spandau ausgeladen oder umgeschlagen werden konnten, zu nutzen, ist bei der scharfen Konkurrenz der umliegenden Gemeinden, die ebenfalls eine aktive Hafenpolitik betrieben, verständlich. Die Vielzahl von Möglichkeiten, die sich den Industriefirmen im Umkreis von Berlin für eine Niederlassung auf günstig erschlossenen Grundstücken an den Wasserstraßen boten, verminderte natürlich erheblich die Aussichten Spandaus darauf, daß nun gerade hier die in Frage kommenden Unternehmen Fuß faßten. Viele Firmen zogen es vor, nach Tempelhof oder Neukölln zu ziehen, die Spandau gegenüber u. a. den Vorteil der größeren Nähe Berlins voraus hatten. Wegen der zahlreichen neuen Häfen verteilte sich der Umschlag im Großberliner Gebiet mehr und mehr. So gingen die in Spandau für die Berliner Gasanstalten umgeschlagenen Mengen an englischer Gaskohle 1913 nach Eröffnung des Berliner Osthafens um rund 30 000 Tonnen zurück. Grundsätzlich hatte aber der Spandauer Magistrat die besonderen Funktionen seines neuen Hafens richtig erkannt, als er im Verwaltungsbericht für die Jahre 1906-10 sagte: „Jedenfalls ist die Lage des Spandauer Hafens als Einfallstor von Berlin für die Hamburger Waren eine derart günstige, daß an einer gedeihlichen Entwicklung des Unternehmens nicht zu zweifeln ist.“

Wiederholt schon wurde das Bestreben Spandaus, durch Maßnahmen auf dem Gebiete des Verkehrs Privatindustrie heranzuziehen, erwähnt. Für eine Übersiedlung privater Betriebe mußte aber erst die Zeit reif sein. Bis in die achtziger Jahre hinein standen Wassergrundstücke nicht unbedingt bei der Standortwahl im Vordergrund des Interesses. Viele Industriebetriebe bevorzugten, wenn die allzu eng gewordenen Stammgrundstücke in der Berliner Innenstadt eine Ausweitung der Werkstätten nicht mehr zuließen, neue Grundstücke in der Nähe von Eisenbahnlinien, so am Wedding und in Moabit. Bis in jene Jahre um 1880 bot ja auch der Eisenbahntransport gegenüber dem Schiffstransport mancherlei Vorteile. Solange die Wasserstraßen nur mangelhaft reguliert waren und die Schleppschifffahrt sich noch nicht allgemein durchgesetzt hatte, war die Eisenbahn, wenn auch nicht billiger, aber doch schneller und zuverlässiger, als das segelnde oder getreidelte Lastschiff. Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß nicht alle Güter für eine Beförderung zu Schiff geeignet waren.

In den neunziger Jahren ging der Schleppverkehr auf den inzwischen kanalisierten Wasserstraßen schneller und reibungsloser vonstatten, auch die Schiffe wurden mit der Zeit größer. Noch ein anderes kommt hinzu: Die ausdehnungsbedürftigen Industriefirmen erwarben nun auch völlig un-



erschlossene Terrains. Die Nachteile, die derart abgelegene Grundstücke ohne Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen boten, wurden durch die Vorteile aufgewogen, wenn preisgünstige zusammenhängende Komplexe, die noch nicht durch Fluchtlinien projektierte Straßen in ihrer baulichen Nutzung beschränkt waren, erworben werden konnten. Derartige Grundstücke aber lagen nur in den Randzonen Berlins. Eine Voraussetzung war allerdings für viele Betriebe entscheidend. Eisenbahnlinien mit Anschlußmöglichkeiten, Verkehrsstraßen und Versorgungsleitungen mußten in erträglicher Entfernung vorhanden sein, so daß, wenn auch nicht sofort, aber doch in absehbarer Zeit der Anschluß des Werksgeländes an das Verkehrs- und Versorgungsnetz gegeben war. Für große Betriebe mit einer hohen Beschäftigtenzahl waren diese Voraussetzungen natürlich wichtiger, als für kleinere, die erheblich geringere Ansprüche an verkehrsgünstige Lage zu stellen brauchten.

Im Spandauer Umland ließen sich außerhalb der Rayons an der Unterspree, also auf der Berlin zugewandten Seite, verschiedene Unternehmen nieder. Den Anfang machte die Firma Motard, die Stearinkerzen herstellte und ihre Fabrikation von der Berliner Innenstadt 1888 und 1891 nach den alten, unbenutzt daliegenden Sägewerksgrundstücken in Paulstern und Sternfeld verlegte. Diese Grundstücke lagen völlig einsam im Spreetal und waren nur auf außerordentlich schlechten Wegen zu erreichen. Für die Firma war es günstig, daß sich ein Teil der Belegschaft in dem vorhandenen Familienhaus unterbringen ließ. Als Transportmittel hatte sie einen eigenen Dampfer, der viele Jahre zwischen den Fabriken und der kleinen Ladestelle an der Lehrter Eisenbahn verkehrte. Da diese chemische Fabrik Gerüche verbreitete und Abwässer ableiten mußte, war für sie die abseitige Lage an der Spree durchaus willkommen.

Im Jahre 1897 begann die Firma Siemens & Halske die Spandauer Nonnenwiesen an der Unterspree gegenüber von Fürstenbrunn zu erwerben; 1899 wurde als erstes Werk ein Kabelwerk in Betrieb genommen. Dieser Keimzelle der späteren Siemensstadt folgten dann seit 1905 das Wernerwerk und zahlreiche weitere Fertigungsstätten der Elektrotechnik. Die Gegend war genau so unerschlossen, wie die benachbarten Motardschen Besitzungen. Bevor im Jahre 1908 der notwendige Gleisanschluß von den Siemenswerken an die Staatsbahn hergestellt war, bediente sich die Firma eines Trajektschiffes, das den Verkehr von dem beim Kabelwerk angelegten Stichkanal nach dem Bahnhof Jungfernheide vermittelte. Eine alte Werksbeschreibung sagt: „Bis zur Herstellung des Anschlusses (an die Staatsbahn) wird der Eisenbahnverkehr durch eine Dampffähre vermittelt, welche den Transport von Eisenbahnwagen zwischen dem Grundstück und einem Ausziehgleis des Güterbahnhofs Westend besorgt. Als Fähre dient ein kleiner, besonders für diesen Zweck erbauter Dampfer, welcher im Stande ist, zwei Waggons gleichzeitig überzusetzen . . .“ Der Dampfer legte eine Strecke von etwa 2 Kilometern Länge zwischen dem Stichkanal der Fabrik und dem

Gleisanschluß der Staatsbahn zurück. Nach der Fertigstellung geeigneter Bahn- und Straßenverbindungen trat der Schiffsverkehr allerdings mehr in den Hintergrund. In der „Pionierzeit“ aber war die Spree tatsächlich die Lebensader für die Fabriken.

Beim Bau des Hohenzollernkanals 1910/11 wurde der scharf abknickende Teilabschnitt des Spandauer Schiffahrtskanals bei Haselhorst — der Kanal wurde seinerseits aus fortifikatorischen Gründen so geführt, er sollte in beiden Richtungen von einer Lünette am Knick beherrscht werden — durch einen gradlinig verlaufenden Durchstich ersetzt. Auf die neu entstandene Insel Gartenfeld siedelte im Jahre 1912 das Kabelwerk von seinem bisherigen Standort an der Unterspree über. Der Antransport von Kohlen und der Abtransport der Kabelrollen zu Schiff war in zurückliegender Zeit bedeutend.

An der Unterspree unterhalb Ruhlebens bis zur Mündung in die Havel lagen zu beiden Seiten militärfiskalische Fabriken. Sie dehnten sich seit den 50er Jahren von der Gegend der Spreemündung allmählich stromaufwärts. Die auf aufgehöhtem Wiesenland aufgeführten Werke mit ihren Hallen in gelbem und rotem Bachsteinbau, vielen, teilweise altertümlichen Schornsteinen sowie die militärfiskalische Eisenbahnbrücke prägten das Bild der Landschaft an der Spreemündung. Zweimal erfuhren diese großen Industriekomplexe eine erhebliche Ausdehnung auf dem Südufer der Spree, während des ersten Weltkrieges und zur Zeit der Aufrüstung vor dem zweiten Weltkriege. Seit 1938 wurden bis Ruhleben hin große Bauten, u. a. ein neues Stahl- und Walzwerk, errichtet, die 1947 zum größten Teil der Demontage verfielen.

Beim Bau der ersten Fabriken nach 1850 mag der Schutz, den die unweit gelegene Zitadelle sowie die Spandauer Garnison gegen äußere und innere Vorkommnisse gewähren konnte, mitgesprochen haben. Nachdem hier eine



*Das Kabelwerk der Siemens u. Halske A.G. an der Spree nahe Fürstenbrunn im Jahre 1900*

größere Ballung von Fertigungsstätten entstanden war, lag es später nahe, neue Werke in der Nachbarschaft der bestehenden anzusiedeln, da bereits Versorgungsanlagen, Verkehrseinrichtungen und Arbeitskräfte vorhanden waren. Im übrigen bot die Uferlage nicht nur den Vorzug des Anschlusses an den Schiffsverkehr, sondern es konnten auch die beträchtlichen Mengen von Kühl- und Betriebswasser der Spree entnommen bzw. die anfallenden Ab- und Kondenswasser wieder dem Wasserlauf zugeführt werden.

Auch das Kraftwerk der Hochbahngesellschaft, das 1909-11 an der Unterspree bei Ruhleben errichtet und bis 1949 betrieben wurde, und das Kraftwerk Ernst Reuter müssen in diesem Zusammenhang genannt werden. Der Standort für das Hochbahnkraftwerk ergab sich, weil hier, unweit der Endstation der westlichen Linie auf dem Gelände der eben aufgelösten Domäne Ruhleben, genügend freie Flächen zur Verfügung standen. Die Möglichkeit der Kühlwasserentnahme und des Empfanges der benötigten Kohlenmengen zu Schiff war ebenfalls gegeben. Seit 1953 beherbergt das stillgelegte Elektrizitätswerk eine Papierfabrik, die für ihren starken Wasserbedarf gleich den alten Turbinenkanal des ehemaligen Kraftwerkes benutzen kann. Für das 1928-31 errichtete „Kraftwerk West“, jetzt „Ernst Reuter“, waren die standortmäßigen Voraussetzungen auf den Spreewiesen bei Siemensstadt ähnlich gelagert. Hier waren geeignete, z. T. schon in städtischer Hand befindliche Grundstücke vorhanden, die einen leidlich tragfähigen Baugrund aufwiesen, ferner lag das Kraftwerk auch nahe der Stadt, was wirtschaftlich günstig war, das Kühlwasser konnte der Spree entnommen werden, und ein Bahnanschluß sowie ein Werkshafen für den Antransport der Kohle ließen sich schaffen.

Bis in die letzte Zeit hinein sind an der Unterspree industrielle Unternehmungen entstanden: 1953 an der alten Spree eine Ziegelei, die Tone aus Westdeutschland auf dem Wasserwege empfängt; 1958 eine große Schiffswerft der Deutschen Industrie-Werke auf dem Gelände der ehemaligen Heereswerkstätten; 1959 auf der Sophieninsel bei Ruhleben ein Kalksandsteinwerk. Zwei Teppichfabriken, die allerdings keinen Wasseranschluß benötigen, sind zur Zeit bei Haselhorst am Nordufer der Spree im Bau. Auch weitere Versorgungsbetriebe haben sich neben den Kraftwerken an der Spree angesiedelt, so das Wasserwerk Jungfernheide, das seit 1896 besteht und gerade in letzter Zeit an der Spree bedeutend erweitert wurde, und das Klärwerk Ruhleben mit seinen acht über 30 m hohen Faultürmen, die weithin im Spreetal zu erkennen sind. So sind die Ufer der Unterspree zwischen Siemensstadt und Spandau in den letzten 75 Jahren fast vollständig mit Industriebetrieben und Versorgungswerken besetzt worden, nur die Strecke zwischen Fürstenbrunn und Ruhleben, wo die Diluvialhochfläche des Teltows stellenweise bis nahe an den Fluß herantritt und die Eisenbahn hart am Ufer entlang führt, ist freigebieben.

Die Spandauer Havel hat auf lange Strecken hin ebenfalls als standortbildender Faktor gewirkt. Wie die Ufer der Unterspree, so war auch das

Ostufer der Havel zwischen dem Salzhof und der Zitadelle sowie die Insel Eiswerder mit militärischen Fabriken und Werkstätten besetzt. Etwa auf zwei Kilometer Länge zogen sich verschiedene Werke, wiederum mit zahlreichen Schornsteinen, am Ufer entlang. Sozusagen am Fuße der Zitadelle waren diese Spandauer Fabriken entstanden, die Keimzellen der späteren so gewaltig ausgedehnten Werkskomplexe; bereits 1722 wurde die Gewehrfabrik angelegt, 1829 etablierte sich das Feuerwerkslaboratorium auf dem Eiswerder und 1838 wurde die Pulverfabrik von Berlin nach Spandau verlegt. Bei der Standortwahl hat in vielen Fällen allerdings nicht die Havel in ihrer Eigenschaft als Verkehrsstraße den Ausschlag gegeben, vielmehr stand hier die Ausnutzung der Wasserkraft als Energiequelle im Vordergrund. Das ohnehin aufgestaute Wasser der Oberhavel trieb, in Gerinne abgeleitet, Schleif- und Bohrmühlen und ein Hammerwerk der Gewehrfabrik. Auch die Anlagen der Pulverfabrik wurden durch mehrere Wasserräder angetrieben, später wurde die Wasserkraft zum Betrieb von Turbinen genutzt. Noch ein anderer Gesichtspunkt mag bei der Planung der Fabrikanlagen an der Oberhavel im 19. Jahrhundert mitgesprochen haben: auch hier konnte, wie an der Unterspree die Zitadelle Schutz bieten bei äußeren und inneren Spannungen. Der alte Salzhof muß in diesem Zusammenhang wiederum erwähnt werden. Er wurde 1889 von der Firma Griesheim erworben und nun zu einer chemischen Fabrik umgebaut, die Salpeter- und Schwefelsäure herstellte und in erster Linie als Zulieferbetrieb für die benachbarte Pulverfabrik arbeitete.

Auf dem Spandauer Ufer, in der Neustadt, war um 1875 zwischen den Holzplätzen eine Brauerei gegründet worden. Sie wurde im Jahre 1897 von der Patzenhofer-Brauerei erworben und dann erheblich vergrößert. Beim Ankauf spielte auch der Gedanke eine Rolle, daß von diesem Spandauer Platz aus der Bierexport billiger und bequemer als von anderen Stellen in der Umgegend Berlins aus geschehen konnte. Das Bier wurde nicht nur mit der Bahn versandt, sondern auch mit dem Schiff. Die Bierdampfer der Brauerei belieferten die am Wasser gelegenen Ausflugslokale der Ober- und Unterhavel, seit 1904 brachten sie das für den Export bestimmte Bier auch nach Hamburg und 1911 nach Stettin.

In dem nördlich an die Neustadt anschließenden Hakenfelde bahnte sich eine eigenartige Entwicklung an. Die Grundrentengesellschaft, eine Terraingesellschaft, die Ende der neunziger Jahre mit bestem Erfolg Oberschöne-weide erschlossen hatte, erwarb 1900 mehr als 50 Hektar zusammenhängende Grundstücksflächen auf dem Gelände der Maselakewiesen zwischen der Streitstraße und der Havel von der Stadt und anderen Eigentümern. Die Gesellschaft machte das Gelände baureif, legte Straßen und Kanalisation an, stellte einen Stichkanal her und durchzog das ganze Terrain mit Gütergleisen, die Anschluß an die Staatsbahn hatten. Doch fanden die Parzellen in diesem ersten ganz bewußt geplanten und gestalteten Industriegebiet Spandaus lange Zeit kaum Käufer, nur einige kleinere Unterneh-

mungen erwarben Teilflächen. Erst in den zwanziger Jahren konnte die Gesellschaft ihren Grundbesitz veräußern. 1929 errichteten z. B. die Märkischen Kabelwerke auf dem Hakenfelder Industriegelände eine große Fabrik, auch die Holzverarbeitenden Betriebe ließen sich zum Teil auf dem Grundrententerrain nieder. Warum das Gelände trotz Versorgungs- und Verkehrsanlagen, Straßenbahnverbindung und trotz der vorteilhaften Lage an dem seinerzeit vorgesehenen Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin lange Zeit verhältnismäßig unbeachtet blieb, ist schwer zu begründen. Für große Firmen mit einem sehr hohen Bedarf an Grundstücksflächen mögen die an sich gut erschlossenen, aber durch Straßenzüge aufgeteilten und begrenzten Parzellen zu klein gewesen sein, andere Betriebe, die einen geringeren Raumbedarf hatten, fanden bei dem großen Angebot von erschlossenem Industriegebiet im Bereich Groß-Berlin beispielsweise am Teltowkanal, ihren Wünschen zusägender Grundstücke. Auch die Höhe der Spandauer Kommunalsteuern und schließlich die Grundstückspreise, in denen ja auch die hohen Erschließungskosten, die die Terraingesellschaft für Straßen- und Bahnbauten, Erdarbeiten usw. aufzuwenden hatte, aufgefangen werden sollten, mögen mit dazu beigetragen haben, daß das Spandauer Industriegebiet in Hakenfelde trotz seiner Vorzüge zunächst so wenig Interesse fand.

Die weit gespannten Hoffnungen, die Spandau im Jahre 1913 hegte, als es die nördlich von Hakenfelde an die Havel grenzenden Partien des Stadtwaldes an ein großes — nicht genanntes — Industrieunternehmen verkaufen wollte, gingen ebenfalls nicht in Erfüllung. Die Industrie sparte Spandau aus und ging noch weiter havelaufwärts. Die AEG siedelte sich z. B. in Henningsdorf an, wo sie seit 1910/11 ihre Lokomotivfabrik und andere Werke errichtete, andere Firmen gingen nach Velten.

Längs der Unterhavel waren die für eine Ansiedlung der Industrie erforderlichen Voraussetzungen ungünstiger. Unterhalb der Altstadt lag am Westufer das schon geschilderte „Schiffahrtszentrum“, gegenüber am Ostufer reichten die Stresowbefestigungen bis an die Havel, etwas unterhalb wurde der Südhafen angelegt. Für gewerbliche und industrielle Nutzungen kamen also nur Ufergrundstücke in Frage, die erheblich weiter südlich lagen. Das Wiesenland am Ostufer südlich Tiefwerders schied ohnehin aus, weil es als Überschwemmungsgebiet für das Hochwasser der Havel diente und, von mehreren offenen und verlandenden kleineren Wasserläufen durchzogen, wenig geeigneten Baugrund bot. So blieb lediglich das westliche Ufer nördlich von Pichelsdorf an der Götelstraße übrig. Obwohl hier jeglicher Eisenbahnanschluß fehlte, bestand für diese Gegend, wie mehrere Anfragen von Interessenten in den Jahren um 1900 beweisen, ein gewisses Interesse. Tatsächlich wurde auch im Jahre 1898 eine Streichholzfabrik — 1960 abgetragen — auf einem Ufergrundstück an der Götelstraße gebaut. Auch die städtische Kläranlage und kleine Handwerksbetriebe ließen sich zur gleichen Zeit hier nieder. Ebenfalls in den 90er Jahren erwarb ein Ber-



liner das frühere Gut „Bocksfelde“ an der Scharfen Lanke, wohl auch in der Absicht, zu gegebener Zeit Parzellen für industrielle Nutzung veräußern zu können. Das war gar nicht so abwegig, denn das benachbarte Pichelsdorf war damals Sitz einiger größerer Betriebe. Der Rentier Julius Busse aus Berlin, sozusagen der Vertreter der „Gründerzeit“ in Pichelsdorf, hatte 1877 eine Brauerei eröffnet, die später in den Besitz der Radeberger Exportbierbrauerei überging. Verschiedentlich wurde die Pichelsdorfer Abteilung erheblich vergrößert, und so nahm das bebaute Brauereigrundstück schließlich ein Areal von über 30 000 qm ein. Diese wohlrenommierte Großbrauerei schickte seit den 90er Jahren ihre Biere per Schiff nach Berlin, weil bis zur Fertigstellung der Heerstraße der Landweg von Pichelsdorf aus für Pferdefuhrwerke sehr lang und beschwerlich war. Der Brauerei benachbart lag das Werft- und Betriebsgrundstück der Berliner Krangesellschaft, die 1882 für kurze Zeit die Kettenschleppschiffahrt von Pichelsdorf bis Berlin betrieb, später eine Anzahl Schleppdampfer hatte und bis etwa 1905 bestand.

Als einziger Zeuge gewerblichen Lebens aus jener Zeit besteht in Pichelsdorf noch die 1882 von Charlottenburg nach dort verlegte Porzellanfabrik, heute die Porzellanmanufaktur von W. Haldenwanger. In der Hauptsache mag für die Niederlassung dieser Unternehmen gerade in Pichelsdorf maßgebend gewesen sein, daß hier zufällig größere verfügbare Grundstücke am Wasser vorhanden waren. Für eine Anzahl anderer Betriebe jedoch ergab sich die Ansiedlung in Pichelsdorf geradezu zwangsläufig. Um 1900 wurde die Unterhavel vom Wassersport entdeckt. An der Scharfen Lanke und an anderen Stellen entstanden Bootshäuser der Segler- und Rudervereine, ihnen folgten im Laufe der Zeit mehrere Segelnähereien, Masten- und Spierenbauereien, Boots- und Yachtwerften, die Neubauten oder Reparaturen von Sportbooten ausführten.

Aber auch auf das Havelufer unterhalb von Pichelsdorf griff die Industrie über. Bei Weinmeisterhorn ließ sich 1898 die Berliner Firma Wens & Co. nieder, die Wasserbaugeräte herstellte und eine Werft anlegte. Aus dieser ist die heutige Lankwerft entstanden. Derartige Betriebe waren naturgemäß an Wasserläufe gebunden und hatten in abseits gelegenen Gegenden auch keine Beanstandungen wegen Geräuschbelästigungen, wie sie in der Kesselschmiede oder beim Nieten entstanden, zu befürchten. Die Zufahrt zu dieser Werft vom Lande her ist allerdings bis heute unbefriedigend geblieben. Eine chemische Fabrik sollte im Jahre 1900 bei Weinmeisterhorn angelegt werden, die Grundstücke waren bereits gekauft und ein massives Bollwerk längs der Havel errichtet, dann jedoch wurde der Bau der Fabrik zurückgestellt, er unterblieb schließlich.

Für gewisse kleinere Betriebe, z. B. mit Sonderfertigungen, die auf gute Straßen und Eisenbahnverbindungen nicht in so starkem Maße angewiesen waren, spielte die abseitige Lage an der Unterhavel keine so ausschlaggebende Rolle; im Laufe der Zeit hätten sich vermutlich auch noch andere

Unternehmungen in dieser Gegend angesiedelt, wenn nicht die Bauordnungen ein weiteres Vordringen der Industrie verhindert hätten. Für Pichelsdorf wurde im Jahre 1907 die landhausmäßige Bebauung ausgewiesen, und selbst das so industriefreundliche Spandau sah sich veranlaßt, in seiner Bauordnung vom Jahre 1911 für die Ufer des Grimnitzsees und der Scharfen Lanke ein Fabrikverbot auszusprechen. Um das Jahr 1910 tauchten schon die Gedanken auf, an gewissen Stellen die so reizvollen Uferpartien der Unterhavel südlich Spandaus mit ihren Ausblicken auf den Fluß und den gegenüberliegenden Grunewald für die Allgemeinheit freizuhalten und nicht ausschließlich mit Landhäusern zu bebauen<sup>37</sup>. Immer mehr trat der ordnende Plan des Städtebauers hervor und drängte die bisherige Übung, ohne Rücksicht auf Erhaltung von Naturschönheiten lediglich unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlichen Nutzens und der Zweckmäßigkeit Grundstücke zu verwerten, zurück.

Jahrzehntelang war man am Weinmeisterhorn recht unbekümmert mit dem Grund und Boden umgegangen, man hatte ihn im engsten Sinne des Wortes als Ware angesehen und große Teile der Gatower Berge abgetragen und als Füllboden für alle möglichen Zwecke und Bauvorhaben an anderen Stellen verwendet. Schon im Jahre 1872 wurden erhebliche Bodenmengen aus den Gatower Bergen abgeschachtet und in Kahnladungen nach Berlin gebracht. Hier wurden mit dem Gatower Sand die Schöneberger Wiesen für das spätere Hansaviertel aufgehöhht. Derartige Bodenentnahmen für die verschiedensten Objekte fanden bis zum Jahre 1903 noch wiederholt statt. Diese „Nutzung“ wurde durch die unmittelbar am Fuße der steil abfallenden Grundmoräne vorüberführenden Havel sehr gefördert. Das Massengut Sand konnte zu Schiff billig wegbefördert werden. Eine derartige Verwertung des Bodens leitet über zu jenen Unternehmungen, die im 19. Jahrhundert zwischen Spandau und Kladow bestanden und teilweise ebenfalls die Bodenschätze dieser Gegend ausbeuteten, hauptsächlich waren es Ziegeleien und ähnliche Betriebe, die den hier vorkommenden Lehm verarbeiteten.

Noch auf Spandauer Gebiet, an der Scharfen Lanke, hatte der Spandauer Maurermeister Abraham Bocksfeld eine große Besitzung, auf der er etwa seit den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Ziegelei und einen Kalkofen betrieb. Spätestens beim Tode Bocksfelds im Jahre 1852 — aus seinem Familiennamen hat sich übrigens die Lagebezeichnung Bocksfelde entwickelt — wurde der Betrieb der Ziegelei wieder eingestellt, das Gut wurde dann jahrzehntelang landwirtschaftlich genutzt.

Für Gatow erwähnt bereits Bratring 1805 eine Ziegelei, und im 18. Jahrhundert bestand in Gatow eine Kalkbrennerei des Spandauer Bürgers Schulz<sup>38</sup>. Im Jahre 1830 sollte die „Ziegel- und Kalkbrennerei zu Gatow, dicht an der Havel gelegen, welche  $\frac{1}{2}$  Meile von Spandow,  $2\frac{1}{2}$  Meile von Potsdam entfernt ist, ... schuldenhalber öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden ...“ 1843 wurde das Gatower Ziegeleigrundstück, von

dem der „von der Ziegelei und Töpferei jährlich zu erzielende Ertrag“ auf 1375 Thlr. abgeschätzt war, abermals subhastiert, auch 1863/64 wird noch eine Ziegelei in Gatow erwähnt. Nachweisbar ist ferner in den Jahren von 1854 bis 64 eine „Ofenfabrik“ in Gatow, deren Eigentümer innerhalb kurzer Zeit häufig wechselten. Diese „Fabrik“ zeigte einmal „Ofen mit den feinsten Schmelzglasuren und den modernsten Verzierungen in den verschiedensten Tönen, auch Veltener“ an; Ofenkacheln, von bestem Veltener Tone werden ein andermal angepriesen. Eine andere Gatower „Ofenfabrik“, die Hey'sche, entstand in den 70er Jahren und blieb ebenfalls nicht lange am Leben. Ein letzter Nachzügler in der Reihe der Gatower „Fabriken“ war das Kalksandsteinwerk oberhalb von Gatow. Es wurde 1903 errichtet und ging 1908 wieder ein. Hier wurde Sand der Gatower Berge an Ort und Stelle zu Kalksandsteinen verarbeitet. Zunächst florierte das Unternehmen, das anfangs gegen 80 Mann beschäftigte, dann ging es in Konkurs, wozu wohl auch das Überangebot von derartigen Steinen beigetragen haben mag. Nur eine tiefe Schlucht im Berghang erinnert noch heute an die Sandausschachtungen dieser Fabrik.

In Kladow waren ebenfalls einige Ziegeleien. Die älteste Nachricht bringen Zech-Günther<sup>109</sup>. Danach erstreckte sich die Fischereiberechtigung des Amtes Spandau bis „zum sogenannten roten Stein zu Cladow, nämlich bis zu der Gegend hin, wo ehemals eine Ziegeleischeune gestanden ...“ Bratring erwähnt für Kladow um 1800 keine Ziegelei mehr; man kann also das Bestehen dieser Ziegelei wenigstens in das 18. Jahrhundert zurückrücken. Die größte und bedeutenste Ziegelei der ganzen Gegend war die, die 1846 der Spandauer Zimmermeister Brettschneider am Havelufer beim Schwemmhorn anlegte. Brettschneider schaffte mit drei eigenen Kähnen Ton aus einer ihm ebenfalls gehörenden Tongrube aus Ketzin heran, außerdem hatte er das Recht, von Grundstücken Kladower und Glienicker Bauern Ziegelerde zu entnehmen. Nach dem Tode Brettschneiders kaufte ein gewisser Lüdike die Ziegelei; sie hatte 1878 drei Brennöfen. Um 1905 wurde der Betrieb stillgelegt. Auf dieser Ziegelei arbeiteten nach Auskunft alter Kladower auch Lipper Ziegelstreicher. Die hier gewonnenen Steine wurden bis nach Berlin geliefert. Am Quastenhorn, oberhalb der Lüdike'schen, ebenfalls am Ufer, lag die Schütz'sche Ziegelei, sie wurde etwa 1863 angelegt, war aber in den 90er Jahren schon verfallen; in ihr wurden Steine aus dem bei Kladow gegrabenen Lehm gebrannt. Die Groß-Glienicker Ziegelei, die von 1853 bis etwa 1907 bestand, beförderte ihre Steine durch einen Graben zum Sakrower See und von da zur Havel, oder Kladower Bauern fuhren die Ziegel zur Ablage an der Havel, von wo sie mit dem Schiff nach Berlin gingen. Der Vollständigkeit halber sei schließlich noch eine Stärkefabrik erwähnt, die in den Gründerjahren in Neu-Kladow betrieben wurde und die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Umgebung verarbeitet haben wird, sie hatte keine lange Lebensdauer<sup>110</sup>. Diese Stärkefabrik hatte einen hohen Schornstein, der in Form einer korinthischen Säule ausgebildet war. Auch

die Lüdickesche Ziegelei, die Heysche Ofenfabrik und das Kalksandsteinwerk hatten hohe Fabrikschornsteine, mit denen sie sich aus der ländlichen Umgebung hervorhoben und als Blickfänger das Bild beherrschten. In den Jahren um 1910 wurden diese Zeugen gewerblichen Lebens von den Spandauer Pionieren gesprengt. Heute künden nur noch in wenigen Fällen einige kleine Nebengebäude von der einstigen Zweckbestimmung der Grundstücke. Auch diese Betriebe lagen in einem Gebiet, das durch Straßen nur sehr mangelhaft, durch Eisenbahnen überhaupt nicht erschlossen war. Ein längerer Transport der schweren Rohstoffe und der ebenso schweren Fertigfabrikate war auf der stellenweise steilen Lehmchaussee gar nicht denkbar. Diese Unternehmen, die teils den einheimischen Rohstoff Lehm, teils auswärtige Rohmaterialien, Tone aus Velten und Ketzin oder Kalksteine aus Rüdersdorf verarbeiteten, waren mit ihren Standorten unbedingt auf die Havel angewiesen, nur auf ihr war ein Zu- und Abtransport möglich. Die Havel war also ähnlich wie dann die Unterspree der einzige Verkehrsweg. Diese Ziegeleien, Töpfereien und Kalkbrennereien sind ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen wieder eingegangen. Es waren kleine Betriebe, teilweise aus falscher Spekulation gegründet. Sie deckten den örtlichen Bedarf und fanden in einigen Fällen noch bis Berlin hin einen gewissen Absatz. Dem scharfen Konkurrenzdruck rationell arbeitender größerer Werke mit einem reichhaltigen Sortiment und besseren Qualitäten, aber auch höheren Ansprüchen der Kundschaft waren diese Unternehmungen — vielleicht mit Ausnahme der Lüdickeschen Ziegelei — nicht gewachsen. Ob die Erschöpfung der örtlichen Lehmvorkommen etwa das Eingehen der Firmen beschleunigt hat, bleibt ungewiß.

Nicht nur in weiter zurückliegenden Zeiten haben Havel und Spree als Standortfaktoren im Spandauer Bereich gewirkt, auch noch in letzter Zeit machen sich die Kräfte, die von den Wasserstraßen ausgehen, bemerkbar. Die Lagerung von Mineralölen erforderte bei dem starken, ständig steigenden Bedarf an Treibstoffen und Heizölen immer mehr Raum und Spandau ist in den letztvergangenen Jahrzehnten in zunehmendem Maße zu einer Art Stapelplatz für derartige Waren geworden. Schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts war Berlin ein wichtiger Konsumort für Petroleum. Das feuergefährliche Gut konnte natürlich in größeren Mengen nicht inmitten der eng bebauten und dicht bevölkerten Stadt gelagert, sondern mußte an der äußeren Peripherie des Stadtgebiets untergebracht werden. Um 1870 bestand bereits am Spandauer Schifffahrtskanal bei Moabit ein Petroleumlager, von dem aus die von Hamburg per Schiff und Bahn herangeführte Ware verteilt wurde. Dieses Lager war nicht nur in der äußeren Randzone der damaligen Stadt untergebracht, sondern es lag auch auf der dem Bezugsort Hamburg zugekehrten Seite im Nordwesten Berlins. Das Lager kam, wenn man so sagen darf, Hamburg entgegen. Ein anderes Petroleumlager errichtete die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft ebenfalls am Spandauer Schifffahrtskanal, westlich von Plötzensee, im Jahre

1892. Von hier aus wurde seinerzeit ein großer Teil des damaligen Berliner Gebiets beliefert, auch dieses Lager befand sich im äußersten Nordwesten auf der Hamburg zugewendeten Seite Berlins. Diese Hamburg zugekehrten Standorte sind aus zwei Gründen entstanden, einmal wollte man die gefährlichen Ladungen nicht durch die Stadt hindurch bringen, zum anderen die Transportkosten niedrig halten, so blieb nur der Westen Berlins für Lagerungen übrig; da aber bot sich weder bei Spandau noch an den unwegsamen Ufern der Unterhavel, aber auch nicht an der Unterspree bei Charlottenburg ein recht geeigneter Standort, diesen gab vielmehr das Gelände am Spandauer Schiffahrtskanal mit Wasseranschluß, einsamer Lage für die Unterbringung der vorsichtig zu behandelnden Ware, dabei aber doch mit guter Verbindung für die Fuhrwerke zur Stadt über die Saatwinkler Chaussee.

Nach dem Aufkommen der Automobile und der dadurch bedingten Steigerung des Benzinbedarfs entstanden noch mehrere derartige Lagerstätten bei Berlin auch in anderen Stadtteilen, z. B. am Rummelsburger See und am Teltowkanal, hauptsächlich aber konzentrierte sich die Mineralöllagerung weiterhin im Nordwesten. Auf dem abseits gelegenen Grundstück des alten Salzhofes wurde 1926/27 ein großes Tanklager der Rhenania-Ossag, jetzt Shell A.G., angelegt. Nachdem 1919 die chemische Fabrik demontiert und ausgeschlachtet war, stand der Salzhof leer, für eine Öllagerung war er insofern gut geeignet, weil er außer dem notwendigen Wasser- auch Bahnanschluß besaß. Von diesem Großlager aus wurden weite Teile Berlins und der Mark Brandenburg mit Kraftstoffen versorgt. Weitere Tankanlagen, wenn auch nicht in den Ausmaßen wie im Salzhof, entstanden seit Ende der zwanziger Jahre im Spandauer Südhafen und auf dem Hakenfelder Industriegebiet. Bis in die jüngste Zeit wurden immer wieder gerade auf dem Südhafen neue Tanks für Mineralöle errichtet, so daß dieser Hafen allmählich die Funktionen eines Ölhafens übernimmt. Der Wunsch, den der Spandauer Magistrat vor 50 Jahren geäußert hatte, daß der Südhafen zum Eingangstor für Hamburger Waren werden möge, hat sich also, soweit es sich um Öle handelt, erfüllt. Auch an der Unterspree, am Ruhlebener Altarm auf den Grundstücken der früheren Rüstungsfabriken, wurde seit 1954 ein größeres Tanklager errichtet. Alle diese seit den letzten 35 Jahren in Spandau entstandenen Tankanlagen liegen ausnahmslos am Wasser, verfügen aber auch alle nebenher noch über Bahnanschluß.

So haben Havel und Spree als Standortfaktoren in den letzten drei Jahrhunderten in mannigfaltiger Weise auf die wirtschaftliche Entwicklung Spandaus eingewirkt. Es war Lagerplatz für Floßholz, Standort der Sägewerke, es hatte die Funktion einer Schiffahrtsstadt, zuerst als Einkaufsort der durchreisenden Schiffer, dann als Sitz der Schleppschifffahrt, schließlich wurde die Stadt Umschlaghafen hauptsächlich für Hamburger Güter und Mittelpunkt der Öllagerung.

Auch die Ansiedlung der Industrie, gleich ob es sich um die jahrhunderte-



alte Rüstungsindustrie oder um die seit der Jahrhundertwende zuziehende Privatindustrie handelt, wurde durch die Flüsse begünstigt, zuerst war die Havel nur Kraftstoffquelle, später Verkehrsweg.

Eine Einschränkung muß allerdings gemacht werden, der Eisenbahnanschluß wurde bei der Wahl des Standortes in Spandau für noch wesentlich angesehen als die Lage am Fluß. Die Industriegebiete an der Unterspree, an der Oberhavel, nördlich von Haselhorst und in Hakenfelde sind an das Eisenbahnnetz angeschlossen. Fern von der Havel entstanden seit 1899 in Klosterfelde und seit 1912 in Staaken größere Industrieansiedlungen, die in ihrem Standort ausschließlich von der Eisenbahn bestimmt wurden. Die günstige Lage an den Wasserstraßen mit ihrer Verbindung nach Hamburg, Stettin und Mitteldeutschland wurde durchaus anerkannt, sie wurde aber in vielen Fällen als erwünschte Ergänzung zur Eisenbahnverbindung angesehen, nicht zuletzt auch deswegen, weil diese unabhängig von den Jahreszeiten und ihren Auswirkungen auf die Schifffahrt immer zur Verfügung stand.

Als Festungs- und Garnisonstadt, als Stadt der Rüstungsindustrie und als Arsenal ist Spandau hinreichend bekannt geworden. Diese überregionalen Funktionen treten ganz stark hervor, die übrigen Funktionen, wie die der Uferstadt, blieben mehr im Hintergrund verdeckt. Sie dürfen aber nicht übersehen werden, denn sie haben wesentlich mit dazu beigetragen, das allzu starre und einseitige Gefüge der Militärstadt aufzulockern, das städtische Leben stärker zu differenzieren und dem Stadtindividuum weitere Wesenszüge zu verleihen.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> J. L. Dilschmann, *Diplomatische Geschichte der Stadt und Festung Spandow*, Berlin 1785, S. 416.
- <sup>2</sup> F. W. A. Bratring, *Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg*, Bd. 2, Berlin 1805, S. 86.
- <sup>3</sup> Mitteilungen des Vereins f. d. Gesch. Potsdam, N.F. Bd. VI, H. 2, S. 131/32.
- <sup>4</sup> Dilschmann, S. 416.
- <sup>5</sup> D. F. Schulze, *Zur Beschreibung und Geschichte von Spandow*, hrsg. v. O. Redke, Spandau 1913, Bd. I S. 539.
- <sup>6</sup> Dilschmann, S. 372; genau so auch Schulze I, S. 40.
- <sup>7</sup> Bratring, Bd. I, S. 183.
- <sup>8</sup> A. F. Büsching, *Beschreibung seiner Reise von Berlin nach Kyritz*, Leipzig 1780, S. 482.
- <sup>9</sup> F. Solinger, *Holzhandel und Waldwirtschaft des Herzogs Adolf Friedrich II. (Mecklenburg-Strelitzer Geschichtsblätter Jg. 4. 1928, S. 121 ff.)*.
- <sup>10</sup> Dilschmann, S. 329 — Schulze I, S. 36.
- <sup>11</sup> Schulze I, S. 40; vgl. auch Dilschmann S. 328 und *Geogr.-Statist. Topograph. Lexicon von Obersachsen*, 1800 ff., Bd. 7, S. 665.
- <sup>12</sup> F. Koeltze, *Geschichte der Schützengilde Spandau*, 1934, S. 59.
- <sup>13</sup> Leonhardi, *Erdbeschreibung der Preuß. Monarchie*, Bd. III, 2, 1794, S. 236.
- <sup>14</sup> Dilschmann, S. 372.
- <sup>15</sup> Dilschmann, S. 415.
- <sup>16</sup> M. F. Bassewitz, *Die Kurmark Brandenburg 1806*, Leipzig 1847, S. 111.
- <sup>17</sup> Schulze I, S. 32, II, S. 467.
- <sup>18</sup> *Anzeiger für das Havelland* v. 3. 7. 1884.
- <sup>19</sup> Fontanes *Führer durch die Umgegend Berlins*, Tl. IV, Berlin 1894, S. 36.

- <sup>20</sup> M. F. Bassewitz, Die Kurmark Brandenburg während der Jahre 1809/10, Bd. III, Leipzig 1860, S. 661.
- <sup>21</sup> Mylius, Corpus Constit., IV, S. 479.
- <sup>22</sup> H. Berghaus, Landbuch der Mark Brandenburg, Bd. II, Brandenburg 1855, S. 193.
- <sup>23</sup> Protokollbuch d. Stadtverordnetenversammlung vom 5. 4. 1866.
- <sup>24</sup> Anzeiger für das Havelland vom 28. 2. 1884, 31. 10. 1884, 20. 11. 1901, 31. 7. 1907.
- <sup>25</sup> Dilschmann, S. 328 — Schulze I, S. 27.
- <sup>26</sup> Zech und Günther, Geschichtliche Beschreibung der Stadt Spandau, Spandau 1847, Tl. II, S. 107.
- <sup>27</sup> Acta betreffend den der Kämmerei gehörigen Bleichplatz vor dem Oranienburger Tor.
- <sup>28</sup> Zech-Günther I, S. 146.
- <sup>29</sup> Anzeiger für das Havelland vom 2. 4. 1880 und 21. 1. 1881.
- <sup>30</sup> Nach mündlicher Überlieferung sollen in dem Familienhaus beim Salzhof bereits kriegsgefangenen Franzosen untergebracht worden sein, wenn das auch unwahrscheinlich ist, so deutet die Sage doch an, daß das Haus kurz nach Beendigung des Krieges von 1870/71 aufgeführt wurde.
- <sup>31</sup> Berghaus II, S. 203.
- <sup>32</sup> Zitiert nach dem Anzeiger f. d. Havelland vom 30. 8. 1876.
- <sup>33</sup> Anzeiger f. d. Havelland vom 20. 8. 1875.
- <sup>34</sup> Anzeiger f. d. Havelland vom 4. 5. 1888.
- <sup>35</sup> Lagerbuch von 1897.
- <sup>36</sup> 1875: 4690, 1881: 2943, 1890: 11993, 1896: 7629 Beschäftigte.
- <sup>37</sup> Eberhard-Möhring-Petersen, Groß-Berlin, Berlin 1910, S. 44.
- <sup>38</sup> Über das Rüdersdorfer Kalkstein-Gebirge, Berlin 1830, S. 55.
- <sup>39</sup> Zech-Günther I, S. 153.
- <sup>40</sup> Diese Fabrik auch erwähnt bei J. Guthmann, Goldene Frucht, Tübingen 1955, S. 111.

Harry Methling:

## Mittelraddampfer „Prinzessin Charlotte von Preußen“, das erste in Deutschland gebaute Dampfschiff

Mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts entstand dem Segelschiff ein Konkurrent, der freilich noch einige Zeit gebrauchte, um zur Bedeutung zu kommen, das Dampfschiff.

Die Entwicklung des Dampfschiffs gerade in seinen Anfängen gehört mit zu den interessantesten Kapiteln der Technik- und Verkehrsgeschichte. Einen überaus wichtigen Beitrag hierzu bietet das umfangreiche Werk von Hans Szymanski, „Die Anfänge der Dampfschiffahrt in Niedersachsen und in den angrenzenden Gebieten von 1817 bis 1867.“ (Schriften der Wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens E. V. Neue Folge, Band 67, Hannover 1958). Die Arbeit ist für unser Gebiet insofern beachtenswert, als sie auch die ersten deutschen Dampfschiffe seit 1816 und somit die damals auf der Werft bei Pichelsdorf an der Havel gebauten Dampfer behandelt. Dies ist um so begrüßenswerter, als die bisherige spärliche Literatur hierüber dürftig und unzuverlässig ist.

Die erste erfolgreiche Dampfschiffahrt führte Robert Fulton mit seinem Raddampfer „Clermont“ 1807 auf dem Hudson aus. In England folgte 1812 der Raddampfer „Comet“ auf der Clyde. Von hier gelangte die Dampfschiffahrt auf den europäischen Kontinent. Der aus England kommende und dort erbaute Raddampfer „The Lady of the Lake“ begann am 29. Juni 1816 mit dem regelmäßigen Fahrtendienst auf der Unterelbe zwischen Hamburg und Cuxhaven. Eigentümer war Peter Kincaid aus Glasgow, dem vom Hamburger Senat ein Privileg für die Dampfschiffahrt zwischen Hamburg und Cuxhaven erteilt worden war. Kincaid hatte auch das hamburgische Bürgerrecht erworben, weshalb, wie H. Szymanski darlegt, „das Schiff zweifellos unter der Flagge Hamburgs fuhr, so daß die regelmäßige Dampfschiffahrt auf einem deutschen Strom zuerst auf der Niederelbe zur Einführung gelangte, wenn auch nur etwa ein Jahr lang.“

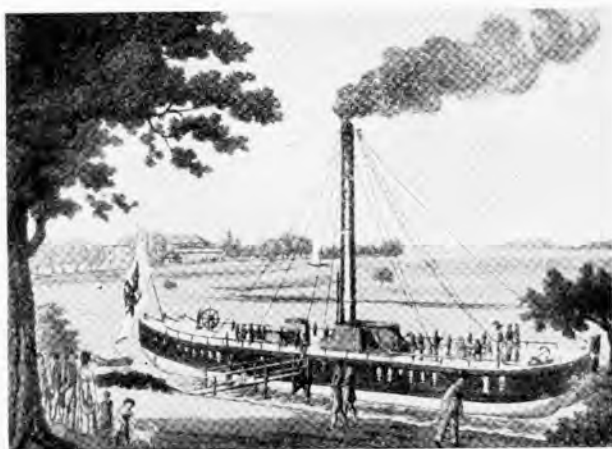
Schon am 12. Oktober 1815 hatten die Engländer John Humphreys und dessen Sohn John Barnett Humphreys mit Unterstützung des Ministeriums der Finanzen ein Privileg für die Dampfschiffahrt im ganzen Umfang des Königreichs Preußen erlangt. In Pichelsdorf bei Spandau begann am 29. Juni 1816 der Bau des ersten Dampfschiffes „Prinzessin Charlotte von Preußen“, und schon am 14. September lief das Schiff vom Stapel. Es war ein Mittelraddampfer und hatte nicht einen Kiel, sondern zwei, die parallel dem Mittelrad angeordnet waren. Der Dampfer war daher — entgegen anderen Behauptungen — kein aus zwei Schiffskörpern bestehendes Doppelschiff. Mittschiffs lag der das Deck überragende Radkasten vor dem langen Schorn-

stein. Die Antriebsmaschine kam aus England von der berühmten Maschinenfabrik Boulton, Watt & Co. in Soho. Sie leistete 14 PS und gab dem Schiff eine Geschwindigkeit von 7,5 km/St. Unter dem Vor- und Achterdeck lagen die gut eingerichteten Kajüten, die durch Seitenfenster Licht erhielten; auch eine Restauration war vorhanden. Das Schiff hat zeitweilig bis 300 Fahrgäste an Bord genommen. Die Probefahrt fand am 2. Oktober 1816 statt; die Eröffnungsfahrt von Spandau zur Pfaueninsel folgte am 27. Oktober. Auch König Friedrich Wilhelm III. widmete dem Schiff seine Aufmerksamkeit und machte mit ihm am 2. November eine Havelfahrt. Mit den regelmäßigen Fahrten im Jahre 1817 wurde vermutlich am 8. Juni begonnen und zwar auf der Strecke von den Zelten im Berliner Tiergarten ausgehend nach Charlottenburg. Auch Passagierfahrten zwischen Berlin, Potsdam und Spandau sind gemacht worden, offenbar nur bis zum 15. Oktober 1818. Weitere Nachrichten fehlen; angeblich ist das Schiff 1824 verkauft und abgewrackt worden.

Mit dem Bau eines zweiten Schiffes, wahrscheinlich eines Seitenraddampfers, auf der „Dampfbootbaustelle“ J. B. Humphreys bei Pichelsdorf wurde im Herbst 1816 begonnen. Es lief am 15. März 1817 vom Stapel und erhielt den Namen „Der Kurier“. Am 5. April verließ es Pichelsdorf und kam drei Tage später in Hamburg an, wo es das erste Dampfschiff auf der Oberelbe war und das zweite, das nach Hamburg kam. Zu einer Wiederholung der Fahrt verließ „Der Kurier“ Berlin am 24. April und traf am 28. April in Hamburg ein.

Für die Dampfschiffahrt auf der Weser lief am 30. Dezember 1816 auf der Werft von Johann Lange in Grohn bei Vegesack der Raddampfer „Die Weser“ vom Stapel. Die Antriebsmaschine lieferten Boulton, Watt & Co in Soho. Nach der Fertigstellung begannen am 20. Mai 1817 die regelmäßigen Fahrten auf der Strecke Bremen-Brake.

Die „Prinzessin Charlotte“ auf der Spree bei den Zelten. Kupferstich nach einer Zeichnung von Calau 1816



In der einschlägigen Literatur taucht immer wieder die Behauptung auf, „Die Weser“ sei das erste deutsche Dampfschiff gewesen. Szymanski ist der Entstehung dieser Legende mit aller Gründlichkeit nachgegangen und hat erwiesen, daß in den ersten Jahren nach Erbauung des Schiffes hiervon nie die Rede war. Erst der als Verfasser statistischer und nationalökonomischer Bücher bekannt gewordene F. W. Freiherr von Reden stellte in seinem 1845 in Berlin erschienenen Werk „Deutsches Dampfschiff-Buch“ diese irrige Behauptung auf, und von hier hat sie weite Verbreitung gefunden. „Die Weser“ steht unter den drei ersten in Deutschland für die privilegierte Dampfschiffahrt gebauten Raddampfer an letzter Stelle. Das Prädikat, das erste in Deutschland gebaute Dampfschiff zu sein, kommt der „Prinzessin Charlotte von Preußen“ zu.

Als drittes Schiff entstand auf der Werft von Pichelsdorf das Dampfschiff „Stadt Magdeburg“, das nach seiner Probefahrt am 22. November 1817 Anfang April 1818 zuerst nach Hamburg fuhr. Auf der Werft von J. B. Humphreys in der Berliner Vorstadt von Potsdam wurden dann erbaut „Friedrich Wilhelm III.“ (Stapellauf am 3. August 1818) und „Fürst Blücher“ (Oktober 1819).

Für den Schiffahrtsbetrieb wurde im Mai 1817 die „Patentirte Dampfschiffahrts-Gesellschaft“ in Berlin gegründet, die erste Aktiengesellschaft für Dampfschiffe in Deutschland. In Hamburg hatte sie von 1817 bis 1821 unter der Bezeichnung „John B. Humphreys Expedition der Berliner und Magdeburger Dampfschiffahrt“ eine Niederlassung. Der wirtschaftliche Erfolg ist freilich ausgeblieben. Anscheinend ist der Dampfschiffsbetrieb 1821 oder 1822 zum Erliegen gekommen; die Auflösung folgte erst später. „Fürst Blücher“ und „Stadt Magdeburg“ kamen 1824 in Hamburg zum Verkauf; „Der Kurier“ und „Friedrich Wilhelm III.“ wurden abgewrackt.



Georg Hummel:

## Der Berliner Maler Fritz Hummel Leben und Werk

Am 15. April 1828 wurde dem Professor Johann Erdmann Hummel, Maler und Akademielehrer in Berlin, auch Mitglied des Senats der Akademie der Künste, ein Sohn geboren, dem er den Namen Fritz, eigentlich Johann Friedrich, gab. Das Glück, noch im Alter eine Familie gründen zu können, strahlte in die Kunst des bereits Neunundfünfzigjährigen hinein. Mehrfach malte er seine Kinder in Bildern, die seine tiefe Liebe zu ihnen bekunden. In das bekannte Gemälde der Granitschale im Lustgarten vor Schinkels Museumsbau stellt er sie dem Schöpfer der Schale, dem Baukondukteur Cantian, gegenüber. Wir sehen dort den kleinen Fritz neben seinem zwei Jahre älteren Bruder Erdmann stehen, der ihm die Spiegelungen auf der glänzend geschliffenen Schale erläutert. Der Lustgarten wird neben dem Kastanienwäldchen hinter der Universität der Spielplatz der beiden Brüder und ihrer Freunde gewesen sein.

Die Schulzeit verbrachte Fritz Hummel im Köllnischen Gymnasium. Wegen einer im fünften Lebensjahr aufgetretenen starken Schwerhörigkeit verließ er es frühzeitig und ging nach einer längeren privaten Schulung im Elternhaus als Schüler seines Vaters in dessen Lehratelier. Der aufgeweckte und bildungshungrige Jüngling hat dann auch während seiner Lehrzeit seine Bildung mit Fleiß und vielseitigen Interessen erfolgreich abgerundet.

Wie Fritz aussah, als er beim Vater studierte, zeigt das Bildnis, das dieser im Jahre 1844 von ihm gemalt hat. Bedeckt mit dem modischen Künstlerbarett, schaut er zum Himmel empor, der dem Sechszehnjährigen noch voller Geigen hängt<sup>1</sup>. Es ist eine Pose, die man in Erdmann Hummels früheren Bildnissen nirgends findet, sondern die eher dem Bildnisideal der Jungen, also auch des Sohnes Fritz nahekommmt.

In jener Zeit hatte sich der Lehrsaal des alten Hummel in der Akademie, der drei Jahrzehnte vorher so außerordentlich stark besucht worden war, mehr und mehr geleert. Die Kunst ging andere Wege als die, welche der „Perspektiv-Hummel“ gegangen war. Einer von denen, die das neue Ideal verkörperten, war Carl Joseph Begas. Sein Genrebild „Mohrenwäsche“ hatte in der Akademieausstellung beim Publikum großes Aufsehen erregt und ihn zu einem der beliebtesten Maler Berlins gemacht. Zu ihm zog es den jungen Hummel, und er wechselte vom Lehrsaal seines Vaters zu Begas' Atelier hinüber. Was ihn hier vor allem angeregt hatte, war die solide Malkultur seines Lehrers. Er erlernte bei ihm die Genremalerei, die neben der geschichtliche Ereignisse darstellenden „Historienmalerei“ in Blüte stand. Der Genremaler war so etwas wie ein Novellist der Palette, der das Bedürfnis

der damaligen Ausstellungsbesucher, sich auf der Leinwand erzählen zu lassen, was sie rührte oder zum Lachen reizte, befriedigte. Ein solcher Maler zu werden, war auch der Wunsch des Begasschülers Hummel. Schon als Knabe war er im Haus Begas in der Straße „Auf dem Karlsbade“ ein- und ausgegangen und hatte mit den Söhnen des Malers, in erster Linie mit Oskar, Freundschaft geschlossen. Die gemeinsame Lehrzeit mit diesem vertiefte noch die Freundschaft zwischen den beiden gleichstrebenden jungen Menschen, die auch später in ihrer künstlerischen Arbeit ähnliche Wege gehen sollten.

Als im Revolutionsjahr 1848 Studenten und Künstler zum Schutz des königlichen Schlosses aufmarschierten, nahm auch der durch seine Schwerhörigkeit zum Militärdienst untaugliche Fritz Hummel, der inzwischen zwanzig Jahre alt geworden war, die Waffe in die Hand. Im hohen Alter hat er Erinnerungen an das oft etwas tolle Treiben der studentischen Jugend der Universität und der Akademie in den Räumen des Schlosses niedergeschrieben. Mit dem ihm eigenen Humor berichtet er eine kleine Begebenheit, die ein bezeichnendes Licht auf dieses Soldaten-„Spiel“ — so nennt Hummel es — wirft. Als der die Posten inspizierende Tiermaler E y b e l ihn tadelt, weil er über die vorgeschriebene Grenze seines Postenbereichs von zwölf Schritten hinausgegangen sei, macht er zum Gegenbeweis zwölf riesige Schritte, die ihn bis an ein Fenster führen. Dort schaut nämlich ein hübsches Mädchen heraus, das sein Herz gefangen und deren Unterhaltung ihm den Dienst versüßt hat.

Einer der beliebtesten Maler der Zeit war Eduard B e n d e m a n n , das Haupt der Düsseldorfer Malerschule. Um 1850 wirkte er als Akademie-lehrer in Dresden. Sein Schüler zu sein, gab Ansehen. So zog es auch den hochstrebenden Fritz Hummel zu ihm in die Elbestadt, wo er von Ostern 1850 ab drei Monate blieb. Erfreulich scheint das Verhältnis des Schülers zu seinem Lehrer nicht gewesen zu sein, und Vater Hummel hielt es für angebracht, seinen Sohn in einem Brief eindringlich zu mahnen, sich mit Bendemann gut zu stellen. Stärker als dessen Persönlichkeit haben den jungen Kunststudenten die Kostbarkeiten der Dresdener Galerie angezogen. Mit Begeisterung fertigt er dort Kopien an, nicht aber von dem von seinem Vater so gepriesenen „göttlichen“ Raffael, dessen Sixtinische Madonna ihn nicht so gefangen nimmt wie die großen Vorbilder seiner eigenen Generation: Tizian und Correggio. Er malt Tizians Zinsgroschen und einen Ausschnitt aus Correggios Heiliger Nacht. Als kostbare Schätze bringt er sie nach Berlin mit, wo sie bis ins hohe Alter seine Wohnung zierten.

Schon früh keimte im jungen Hummel ein Widerstand gegen die Kunst-auffassung des 59 Jahre, also zwei Menschenalter, älteren Vaters, der aber ihr liebevolles Verhältnis zueinander in keiner Weise getrübt hat. Begreiflich ist es, daß sein Fritz von den Konstruktionen des „Perspektiv-Hummels“ nichts wissen wollte und die Richtigkeit der Perspektive in seinen Bildern



Fritz Hummel, Selbstbildnis  
um 1850 (Öl auf Leinwand)

lieber seinem Gefühl als dem Lineal und Zirkel überließ. Ebenso versteht man auch den Vater, den diese Einstellung des Sohnes betrübte.

Ein beredtes Zeugnis für die gegensätzlichen Kunstauffassungen von Vater und Sohn besitzen wir noch heute in einem Brief Erdmanns an den Dresdener Kunststudenten, in dem es heißt:

*„Das eigentliche Zeichnen, was Dir fehlt, wirst Du doch nicht bei Bendenmann erlernen können, das heißt worauf es ankommt. Ich verstehe darunter Schönheit der Formen oder Charakter in den verschiedenen Individuen, sowohl Götter als Menschen, auch Gewänder mitinbegriffen, diese sind allein in den Studien der Antiken, der Griechen zu erlernen. Auch in den Kompositionen sind die Griechen unübertrefflich, aber es erfordert großen Fleiß, sie zu studieren und nur allein durch das Nachzeichnen ist es möglich, als Maler die Bedeutsamkeit dieser einzigen Werke kennen zu lernen und sich zu eigen zu machen.“*

Der Maler, der sich nicht gescheut hat, Gestalten der alten Kunst, die er einst in seinen Skizzenbüchern abgezeichnet hatte, treu nachgebildet in die Kompositionen seiner mythologischen Darstellungen aufzunehmen, mußte so sprechen. Aber die Wirkung seiner Worte auf den Sohn scheint gering gewesen zu sein. Denn nicht eines der in Dresden befindlichen antiken Bildwerke hat den Weg in sein Skizzenbuch gefunden.

Auch die klassizistische Kompositionsweise des Vaters konnte nicht die des jungen Hummel sein in einer Zeit, als die späte Romantik blühte, und andererseits die Genre- und Historienmalerei ihre Form- und Gedankenwelt,

ohne den Umweg über die Antike zu machen, der unmittelbaren Wirklichkeit entnahm.

Das erste Gemälde, das der junge Hummel, damals noch Student in Dresden, in der Berliner Akademieausstellung zeigte, war eine „Trauernde Mutter“. Es folgte eine Maskenballszene, „Eine Testamentsaufnahme“ und „Nach dem Diner“ (Zwei Diener machen sich an die Reste einer reichbesetzten Tafel). Wir sehen, Hummel hat alle Register der modischen Genre-malerei gezogen und in diesen Bildern sowohl Rührung wie Heiterkeit zu erzeugen sich bemüht. In der Testamentsaufnahme wird er wohl — wir kennen das Bild nicht — eine Kritik menschlicher Laster im Hogarth'schen Sinn zu geben gewagt haben. Daneben malte Hummel, der sich auch „Historienmaler“ nannte, im Jahre 1854 für den Kasseler Oberbürgermeister Nebelthau eine Paradeszene des kurhessischen Militärs vor dem Kurfürsten<sup>2</sup>, und ungefähr um dieselbe Zeit eine „Szene aus dem dänischen Feldzug“. Auch eine religiöse Darstellung fällt in diese Zeit: „Die drei Marien am Grabe Christi“. Das Bild, dessen Entstehung gewiß dem Eindruck der Dresdener Galeriegemälde auf den Künstler zuzuschreiben ist, stellte er im Jahre 1852 in der Akademie aus. Es ist bedauerlich, daß der Verbleib aller dieser Gemälde heute nicht zu ermitteln ist.

Gemälde, die ein Prinz von Schöneich-Carolath von Hummel kaufte, aber nicht nur sie, sondern auch die liebenswerte Persönlichkeit des Malers bewogen jenen, Hummel im Jahre 1858 als Reisebegleiter nach Frankreich und Spanien mitzunehmen. Die Reise brachte dem Maler eine Fülle von Anregungen. Wenn dieser in seinen Briefen auch begeisterte Landschaftsschilderungen gab, so galt das Interesse des Genre- und Historienmalers doch in erster Linie dem Volksleben. Sein Bleistift suchte auf den Straßen oder wo immer er hinkam originelle Typen im Skizzenbuch festzuhalten. Aber er fand auch Gelegenheit genug zu malen. Schon auf der Hinreise schrieb er aus Narbonne an seine Braut: „Mein Malkasten ist schon sehr aktiv gewesen.“ Eine Frucht der Reise war das Gemälde „Szene vor dem Portal einer gotischen Kirche in Spanien“. Man darf annehmen, daß das Bild, dessen Verbleib heute leider auch nicht mehr zu ermitteln war, genrehafte Züge aufweist.

Die Zeit, in der diese Gemälde entstanden, brachte Hummel schwere Schicksalsschläge. Schon im Jahre 1844, in demselben, in dem auf dem Bildnis von der Hand des Vaters der sechzehnjährige Kunststudent so hochgemut dreinschaut, war seine einzige Schwester Marie, erst einundzwanzig Jahre alt, gestorben. Der Vater beschloß sein arbeitsreiches Leben als Dreiundachtzigjähriger im Jahre 1852, die Mutter verließ ihn drei Jahre später, sein Bruder Erdmann im Jahre 1854. Dieser war nach einer mehrjährigen Leutnantszeit in einem schlesischen Infanterieregiment nach Rußland gegangen und fiel im Krimkrieg als russischer Offizier bei der Verteidigung des Malakowturms vor Sewastopol. Seinen Verlust hat Fritz Hummel bis

ins Alter nicht verwinden können. Hatte er doch seit den frühesten Kindheitstagen in engster brüderlicher Verbundenheit mit ihm gestanden.

Es soll hier nicht verschwiegen bleiben, daß auch Erdmann ein talentierter Zeichner war. Er liebte es, Szenen aus dem Soldatenleben mit Bleistift, Buntstift oder als Aquarell festzuhalten, wobei er auch ein hervorragendes Formengedächtnis bei Wiedergabe von Pferden bewies. Fritzens Freund, der Maler Riefstahl, besaß von seiner Hand ein Aquarell, einen Husaren zu Pferde darstellend, ein Blatt, das er sehr liebte. Als er es einmal seiner Mutter zur sorgfältigen Aufbewahrung sandte, schrieb er dazu: „Ein reizendes Blatt von einem Bekannten, Leutnant Hummel, der bei der Verteidigung des Malakow gefallen ist.“

Über alle Schicksalsschläge tröstete den Künstler die Liebe zu der schönen und geistvollen Anna Dietrich, der Tochter des Kustos am Botanischen Garten in Berlin, Dr. Albert Dietrich. Im Jahre 1853 verlobte er sich mit ihr. Als sich aber bald darauf bei ihr eine schwere rheumatische Erkrankung einstellte, die ihre Glieder zu lähmen begann, legte Anna ihrem Verlobten die Lösung des Verlöbnisses nahe. Der getreue Fritz lehnte es aber ab und heiratete sie 1860. Doch verschlimmerte sich ihr Zustand in den nächsten Jahren derartig, daß sie, die nach Riefstahls Worten „ein Triumph des Geistes über den Körper“ gewesen war, schon 1869 ihrem Leiden erlag. Die Treue, die Hummel sechzehn Jahre lang seiner hoffnungslos kranken Anna hielt, entsprach seinem vornehmen Charakter. Der Charme der jungen Braut, dem der Fünfundzwanzigjährige erlegen war, strahlt aus dem noch heute in der Familie erhaltenen Bildnis, das er von ihr gemalt hat. Ihr setzte Hummels Freund, der Bildhauer Julius Franz, auf dem alten Schöneberger Kirchhof in der Hauptstraße ein Grabmal, das noch heute erhalten ist.

Durch seine Eheschließung war Hummel in verwandschaftliche Beziehung zu einem Mann getreten, der ihm nicht nur manche Anregung, sondern auch materielle Hilfe bringen sollte. Es war der Onkel seiner Frau Anna, ein Major von Hallerstei n, damals Direktor des preußischen Seekadetteninstituts in der Matthäikirchstraße. Als Neffe der beiden Hallersteins, die jahrelang in Berlin gelebt hatten, des Architekten und Gillyschülers

*Hauskonzert  
bei Hallersteins. Feder-  
zeichnung (aus einem  
Skizzenbuch) von  
Fritz Hummel um 1865*





Carl und des Kupferstechers und Miniaturmalers Christoph war er in einer geistig gehobenen Atmosphäre aufgewachsen. Er war nicht nur ein anerkannter Militärpädagoge, sondern auch Mathematiker und Verfasser eines jahrzehntelang in den Kadettenhäusern in Gebrauch gewesenen mathematischen Lehrbuchs, und schließlich auch ein nicht unbegabter Cellospieler und Maler. Der Bemühung dieses durch seine Vielseitigkeit merkwürdigen Mannes verdankte Hummel die Anstellung als Zeichenlehrer in dem Seekadetteninstitut. Daß sie seinem künstlerischen Werdegang eine neue Richtung gegeben hat, wird aus Folgendem ersichtlich.

Als im Jahre 1861 vor der holländischen Küste ein Sturm das Kadettenschulschiff „Amazonen“ und mit ihm seine früheren Schüler in die Tiefe gerissen hatte, malte Hummel für Angehörige der Verunglückten deren Bildnisse, etwa zehn an der Zahl. Die Anerkennung, die man ihnen zollte, bestärkte den Maler in seinem Entschluß, von der Genremalerei ganz zur Bildnismalerei überzugehen.

In diesen Kadettenbildern zeigte sich eine besondere Fähigkeit Hummels, die sich auch sonst bewährt hat: ein starkes Formengedächtnis, das ihn instand gesetzt hat, die Gesichtszüge Verstorbener in der Erinnerung festzuhalten und auf der Leinwand überzeugend und treu wiederzugeben. Man wurde damals auf den Kadettenmaler aufmerksam, und er erhielt zahlreiche Bildnisaufträge. Die Kritik lobte an seinen Bildnissen die Schärfe der Charakteristik.

Schon in der Zeit, als er mit Vorliebe Genre- und Historienbilder malte, war in seinem Atelier manches Bildnis entstanden. Mehrfach brachten ihm Bildaufträge anregende Reisen. 1857 ließ ihn der industriegewaltige Graf Henckel von Donnersmarck nach Schlesien kommen, und etwa zur selben Zeit der Fürst Pückler nach Muskau. Für beide malte Hummel eine Reihe von Familienbildnissen. Aber erst nach den Kadettenbildnissen begannen sich die Aufträge zu häufen. Es war eine sehr arbeitsreiche Zeit für ihn, die ihm neben Anerkennung und Lob die Befreiung von finanziellen Sorgen brachte. Bis nach 1890 konnte sich der Künstler dieses Zustandes voll erfreuen. Es entstand damals auch eine Reihe repräsentativer Bildnisse größeren Formats. Für das Johanniter-Ordensschloß Sonnenburg in der Neumark malte er zwei Bildnisse von Ordensmitgliedern. 1871 entstand ein Bildnis des Grafen Wrangel in russischer Generalsuniform für ein zaristisches Offizierskasino. Manches Schnurrige wußte Hummel von dem Umgang mit diesem Mann zu erzählen. Zwei Briefe des mit Nonchalance kokettierenden Kavalleristen an ihn sind noch erhalten. Groß ist die Zahl der Bildnisse, die der Maler nach dem Kriege 1870/71 für Berliner Offizierskasinis gemalt hat. Es waren meist solche der Regimentskommandeure, aber auch Bildnisse der drei Kaiser, von denen Wilhelm I. und II. ihm gesessen haben.

Im Jahre 1870 reiste Hummel nach Rom. Lebhaft erinnerte er sich dort der Erzählungen seines Vaters von den Kunstschatzen der ewigen Stadt und dem

*Fritz Hummel,  
Bildnis einer Albanerin,  
Rom 1870 (Öl auf Leinwand)*



fröhlichen Leben und Treiben der jungen deutschen Künstler vor 75 Jahren. Allerdings wurde sein erster Eindruck in Rom von dem Schmutz und der Ungepflegtheit der Straßen bestimmt. „Ich würde hier nicht für alle Schätze der Erde leben können“, schrieb er nach Haus. Als ihm dann aber seine römischen Freunde, vor allem Riefstahl, die Kunstschatze der Stadt gezeigt hatten, da wurde Rom für ihn „die schönste Stadt von Europa“. Auch Venedig und Florenz, vor allem aber Neapel, begeisterten den Italienpilger. Mit Interesse beobachtete Hummel das südliche Volksleben. Frucht seines Schauens war aber nicht wie zwölf Jahre früher in Spanien eine genrehafte Szene aus dem Straßenleben, sondern ein Bildnis, das Brustbild der schönen Giovannina Margutta, einer Albanerin in ihrer Volkstracht. Wenn auch die Berührung mit der klassischen Malerei Italiens keinen nachhaltigen Einfluß auf Hummels Kunst hatte, so kann man doch vor diesem Gemälde eine unmittelbare Einwirkung des italienischen Cinquecento feststellen, die sich in den wärmeren Farben deutlich macht.

Im Jahre 1873 heiratete Hummel die Cousine seiner ersten Frau, Adelheid Rohr, eine Frau, die durch ihren auf das praktische Leben gerichteten Sinn eine wertvolle Stütze für den durch die Schwerhörigkeit gehemmten Ehemann wurde. Sie stammte wie auch die erste Frau von Vorfahren ab, die in der Mark Brandenburg lebten und zwar in der Gegend von Fürstenwalde, vor allem aber in Berlin und den heute eingemeindeten Dörfern Reinickendorf, Friedrichshagen und Schöneiche. Die Ehe war eine sehr glückliche. Adelheid schenkte ihrem Fritz fünf Kinder, von denen zwei früh starben. Die Freude des Vaters, der bei der Geburt des ältesten

Sohnes bereits im 48. Lebensjahr stand, war groß, und mit Liebe malte er seine Kinder immer wieder.

Von den sechziger Jahren bis zu seinem Tode wohnte Fritz Hummel im eigenen Hause in der Potsdamer Straße (Nr. 98, jetzt 123). Die „Stadt“ begann, wie es im Sprachgebrauch des Berliners noch um 1900 hieß, erst am Potsdamer Tor. Hier draußen war man noch in ländlicher Umgebung, und Hummel konnte seinen Blick über freies Feld an mehreren Windmühlen vorbei bis zur Berlin-Potsdamer Eisenbahn schweifen lassen.

Nicht weit entfernt lag das Dorf Schöneberg mit den behaglichen kleinen Häuschen und dem Barockkirchlein auf dem „schönen Berg“. Kein Wunder, daß es die Vorstädter der Potsdamer Chaussee, die schon damals den Namen Potsdamer Straße erhalten hatte, dorthin zog, und sie sich mit den Einwohnern des Dorfes verbunden fühlten. Dittner, der Besitzer des „Schwarzen Adlers“, sah seine Freunde Hummel und Franz oft bei sich, wo sie zusammen kegelten oder bei fröhlicher Plauderei manche Stunde zubrachten.

An seine Wohnung im 2. Stock hatte er sich ein Atelier anbauen lassen. Ein Dachgarten über dem Hinterhaus und eine offene Galerie an der Seitenfront waren eine für Berlin ungewöhnliche Anlage. Sie erlaubten in den Sommermonaten dem Künstler und seiner Familie Entspannung in frischer Luft. Heute ist das große Atelierfenster verschwunden, das Atelier selbst in Zimmer aufgeteilt. In den nicht großen Zimmern herrschte Frohsinn. Viele Freunde und Verehrer des Malers gingen hier ein und aus und genossen die geistig und menschlich erfrischende Atmosphäre des Hauses Hummel, wozu in erster Linie die temperamentvoll sprudelnde Unterhaltungsgabe des Hausherrn beitrug. Trotz seiner Schwerhörigkeit spielte er mit Eifer Flöte und Klarinette und wirkte sogar im Orchester des damals blühenden Offizier-Musikvereins mit. Bei seinen Hauskonzerten sang oft die Frau seines Freundes, des Direktors des Königlichen Schauspielhauses Arthur Deetz, Marie, geborene Brand, eine gefeierte Bühnensängerin und eine der ersten Darstellerinnen der Elsa im Lohengrin und der Elisabeth im Tannhäuser. In den drei Wohnzimmern hatte er über den Türen Supraporten angebracht, die je nach Bedeutung des Raumes gestaltet waren. Nur zwei von ihnen sind noch erhalten. Sie gehören dem Angermuseum in Erfurt. Das eine Bild stellt Hummel mit Freunden bei einer Whistpartie in demselben Eßzimmer dar, in dem es sich befand. Auf dem zweiten Bild sehen wir den vom Mond beleuchteten Gendarmenmarkt, auf dem zwei Zechbrüder heimschwanken. Angebracht über der Ausgangstür zum Flur, war es wohl eine witzige Anspielung auf die alkoholischen Genüsse im Hause Hummel.

Von den zahlreichen Bildnissen, die der Maler in den achtziger und neunziger Jahren gemalt hat, seien vermerkt das im Jahr 1874 in der Ausstellung gezeigte des Malers Eduard Magnus, eines Schülers Erdmann Hummels, und das des Historikers Leopold von Ranke, ein Kniestück,

das sich noch heute in der Staatsbibliothek Unter den Linden befindet. Der große Gelehrte sitzt hier in einer repräsentativen Haltung, geschmückt mit der Friedensklasse des Pour-le-mérite und dem Schwarzen Adlerorden, ein Fürst des deutschen Geisteslebens. Auch das Bildnis seines Freundes Arthur Deetz ist damals entstanden. Leicht zugänglich ist das in der Schöneberger Heimatschau ausgestellte lebensgroße Porträt der Frau Marie Levinstein, das um 1880 gemalt wurde.

An dieser Stelle müssen wir einige Worte über die Situation der damaligen Berliner Bildnismalerei einfügen. Hummel gehörte nicht zu denen, die man als Modemaler bezeichnen kann. Der in der Gründerzeit zu Wohlstand gekommene Industrielle oder Finanzmann liebte es, sein von Karl Gussow oder dessen Schüler Gustav Richter gemaltes Bildnis in den Salon zu hängen. Was diese beiden Maler bei ihm so beliebt machte, war neben der photographisch präzisen glatten Malweise die schmeichelnde Wiedergabe der selbstbewußten Herren und Damen der Haute volée. Der Liebling der letzteren war Richter, der es verstand, ihren Gesichtern einen „sentimentalen, schwärmerischen Anflug“ zu geben. Die Lobhymnen Adolf Rosenbergs<sup>3</sup> auf diese beiden Maler werden uns heute verständlich, wenn wir ihnen die Verurteilung eines anderen Malers gegenüberstellen, der für ihn „ein trostloser Realist“ ist, „der durch seinen fanatischen Kultus des Häßlichen und Schmutzigen mehr Entsetzen als Erstaunen erregt“. Dieser Mann war Max Liebermann. Wie stand Hummel zu Gussow und Richter einerseits und zu Liebermann andererseits? Der zweiunddreißigjährige, in Paris gebildete Liebermann, der später Haupt des deutschen Impressionismus werden sollte, war für ihn ein Revolutionär der Malerei, dessen Ziele dem mehr als Fünfzigjährigen unverständlich sein mußten. Was ihn von Gussow und Richter trennte, war, daß er sich von Schmeicheleien jeder Art in seinen Bildnissen fernhielt, und daß er seine Modelle mit pastoseren Pinselstrichen auf die Leinwand brachte als jene. Gewissenhaft suchte er das Wesentliche des Menschen, den er malen wollte, zu ergründen, bevor er die Palette in die Hand nahm.

Nach Rosenbergs Worten haben die zahlreichen Berliner Maler, die neben anderem auch die Bildnismalerei betrieben, diese „nur als milchende Kuh betrachtet, die sie mit Butter versorgt“. „Unter den wenigen wirklich berufenen“, so schreibt er weiter, „welche über die bloße getreue Wiedergabe des Modells, über die kolorierte Photographie der Wirklichkeit hinausstreben und das Bildnis von echt künstlerischen Gesichtspunkten behandeln, nennen wir in erster Linie Biermann, Bülow, Hummel und Paul Spangenberg“. Von Hummel heißt es dann: Er „verbindet in seinen männlichen Porträts eine große Schärfe der Charakteristik mit einer kühlen vornehmen an Holbein erinnernden Färbung.“

Rückschauend könnte man in der Entwicklung von Hummels Koloristik drei Phasen unterscheiden. Die erste ist die, welche Rosenberg als kühl und vornehm bezeichnet, und die ihn an den großen Baseler Meister erin-

nert. Die letzte zeichnet sich durch eine reichere Palette und wärmere Farbtöne aus. Zwischen beiden Phasen hat sich der Maler — und das wird man als die zweite Phase bezeichnen können — in den sechziger Jahren, kurze Zeit und nur in wenigen seiner Arbeiten, dem modischen „Galerieton“ verschrieben, der sich von der holländischen Malerei des 17. Jahrhunderts herleitete. In drei noch heute nachweisbaren Gemälden unseres Malers läßt sich der Weg, den er gegangen ist, gut verfolgen: dem Brautbild seiner ersten Frau Anna (um 1853), dem Selbstbildnis von 1861 und dem von 1887. 1881 erfreute den Künstler die Ernennung zum Professor. Die folgenden Jahre brachten ihm aber wieder schmerzliche Verluste. Seine treuesten Freunde, Riefstahl, Franz und Oskar Begas starben bald nacheinander. Hummel überlebte sie um etwa 20 Jahre.

In dem Jahrzehnt, in dem ihn seine Weggenossen in der Kunst verließen, begann eine jüngere Generation sich gegenüber der älteren, zu der auch unser Maler gehörte, durchzusetzen. Als er im Jahre 1899 die erste Sezessionsausstellung am Kurfürstendamm besuchte, erregte der Impressionismus eines Liebermann und Slevogt das gleiche Kopfschütteln des Einundsiebzigjährigen wie der Idealismus eines Ludwig von Hofmann.

In den Jahren um 1900 ließ Hummels Sehkraft allmählich nach. Aber er sträubte sich dagegen, Pinsel und Palette beiseite zu legen, bis schließlich am 30. November 1905 der Tod sie ihm sanft aus der Hand nahm. Auf dem alten Schöneberger Kirchhof wurde er 36 Jahre nach seiner ersten Frau Anna an ihrer Seite beigesetzt.

Fritz Hummel gehörte nicht zu den Glücklichen, die von der Kritik besonders hell bestrahlt ihren Weg gehen konnten. Dennoch fanden seine zahlreichen Gemälde, von denen er viele in der Akademie und beim Verein Berliner Künstler ausgestellt hat, in weiten Kreisen ihre verdiente Anerkennung. Man könnte sagen, daß er so etwas wie eine Gemeinde besaß, die ihm, dem Maler, ergeben war. Sie war nicht klein. Das Band, das sie zusammenhielt und an den Gestalter ihrer Bildnisse band, war neben der Hochachtung vor dem Künstler auch die vor dem Menschen Hummel. Die ehrliche saubere Gesinnung in seinem künstlerischen Streben und die Vornehmheit und Güte seines Herzens waren die Hauptwesenszüge dieses Mannes. Das hat sein Freund H e i d e k a m p f zum Ausdruck gebracht, als er nach Hummels Tode seiner Witwe schrieb: „Wie danke ich Gott, daß er mir diesen Mann auf meinen Lebensweg gestellt hat.“

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Abgebildet bei Käte Gläser, Das Bildnis im Berliner Biedermeier, Berlin 1932, Tafel 5, und bei Georg Hummel, Der Maler Johann Erdmann Hummel, Leben und Werk, Leipzig 1954, Tafel 83.

<sup>2</sup> Als Besiz des Landesmuseums in Kassel ein Opfer des Bombenkrieges geworden.

<sup>3</sup> A. Rosenberg, Die Berliner Malerschule 1819-1879. Studien und Kritiken, Berlin 1879.



## Die Zauche erkaufte nach dem Dreißigjährigen Krieg den Frieden

In den ersten Maitagen 1945 kamen die sowjetischen Soldaten auch in die Dörfer des Rochow-Winkels südlich von Brandenburg a. Havel, so nach Reckahn. Sie quartierten sich in dem schönen Schloß ein, das um 1720 gebaut wurde, in seiner räumlichen Gliederung und mit dem großen Gartensaal ein stattlicher Vertreter ersten modernen, französischen Bauens in der Landschaft, und ließen es sich sehr gut darin sein. Die Familie von Rochow, der Besitzer, wohnte im alten Schloß, 1605 von einem Wittenberger Maurermeister erbaut, damals als Renaissance-Steinbau in der Zauche erster Vertreter auch neuen Bauens. Die fremden Gäste brauchten bald mehr Platz und räumten also die Zimmer aus. Die Akten des reichhaltigen Gutsarchivs, vornehmlich Akten des 17. und 18. Jahrhunderts, wurden auf den Hof geworfen und verschwanden dort durch Feuer, Nässe, Diebstahl usw. bis auf den kleinen Rest, der später in das neuerrichtete Landesarchiv Potsdam gerettet wurde. Wahrscheinlich fiel der daumendicke, in Schweinsleder gebundene Folioband, den Plünderern besonders auf. Er verschwand sofort, denn niemand konnte sich bei Nachfrage später seiner erinnern.

Mit diesem grünlich schweinsledernen Folioband ist eine landesgeschichtliche Quelle verlorengegangen, an deren Bedeutung nur noch die Landreiterberichte heranreichen, jene Verzeichnisse der wehrfähigen Mannschaft in den brandenburgischen Dörfern, die der Große Kurfürst 1652 zusammenstellen ließ. Sie sind uns aus einigen Landschaften erhalten geblieben. Den Landreiterbericht des Zauchischen Kreises schloß der Landreiter in Beelitz, Andreas Dierberg, Ende März 1652 ab. Der Bericht unseres Dierberg ist wertvoll, weil er 4 Jahre nach dem Krieg die männliche Bevölkerung in den Dörfern mit ihrem Alter, z. T. auch nach dem Geburtsort verzeichnet. Es ist eine genaue Übersicht über Bauern, Kossäten, Budenleute in den Dörfern und in den „Städtlein“ Ziesar, Werder und Saarmund. Aber dieser grüne Folioband von 1648/49 hatte größeren Wert. In ihm waren nicht nur die Bewohner des Dorfes festgehalten, sondern auch das Gesinde auf dem Hof, der Acker unter dem Pflug, die Zahl der Schafe in den Schäfereien usw. Im ganzen also eine ungefähre Übersicht über die wirtschaftliche Lage in den Dörfern bei Kriegsende.

Diese Akte, in der landrätlichen Registratur durch den festen Einband hervorgehoben, enthielt die Abrechnung über die Beteiligung der damaligen Bewohner des Zauchischen Kreises an den 5 Mill. Talern Kriegskosten, die bei Friedensschluß den Schweden bewilligt worden waren. Unter dem Titel „Geldeinnahme zu den Königlich-Schwedischen Satisfaktionsgeldern 1. Termins in anno 1648“ war sie ein Zeugnis des verwaltungspraktischen Könnens seines Verfassers, des

Daniel Heinrich v. Rochow, der anschließend 14 Jahre lang Kreiskommissar des Zauchischen Kreises war. Sein Vater Tobias war als Kreiskommissar, als Landrat, bis 1633 im Amt gewesen. Verheiratet mit der Tochter des kursächsischen Standesherrn Hans Löser aus Pretzsch a. d. Elbe, hatte er den Besitz aus seiner schweren Verschuldung gelöst, 1605 das Schloß gebaut, dazu die Plane reguliert und Bauernhöfe verlegt, kurzum einen Rittersitz geschaffen, der in der Reihe der angesehenen schloßgesessenen Geschlechtersitze vorweg rangierte, in einer Zeit, in der das nahe Golzow, bis dahin eigentlich der Sitz der Rochows, schwerstem Verfall ausgesetzt war. Der kinderlosen kurzen Ehe folgte die zweite Ehe 1604 mit der Witwe Bernhards v. d. Schulenburg, Maria v. Quitzow, die ihm zu den mitgebrachten 8 Kindern noch 5 Kinder schenkte, darunter als einzigen Sohn unseren Kreiskommissar Daniel Heinrich v. Rochow. Er studierte wie sein Vater und wie mancher Rochow jener Zeit in dem nahen Wittenberg und hatte dann 14 Jahre lang das Amt, das in den letzten Kriegsjahren und in den Jahren des mühseligen Aufbaues so schwer zu führen war. Trotz der hohen Auszahlungen an seine Geschwister konnte er den Besitz weiterhin sichern und ausbauen; aber 1662 starb er allzu früh mit 50 Jahren.

Unsere landesgeschichtliche Quelle ist zu der Zeit (oder vielleicht auch nach dem Tode des Enkels, der später auch Landrat des Zauchischen Kreises war) mit den landrätlichen Akten nicht mitgegangen, sondern Teil des Gutsarchivs Reckahn geblieben.

Vergegenwärtigen wir uns zuvor die Ausdehnung des Zauchischen Kreises, kurz der Zauche. Der Kreiskommissar verwaltete damals nicht nur die historisch-geographisch eindeutige Kernlandschaft zwischen Plane und Nuthe, Havel und Brücker Niederung, sondern hatte seit der Säkularisation auch das Land Ziesar zu bereisen, dazu noch die Exklaven Klein-Briesen, Bosdorf mit Assau, das Ländchen Bärwalde und Leitzkau mit Ladeburg. Im ganzen eine unglückliche Verwaltungseinheit, weit auseinandergezogen zwischen den Toren von Magdeburg und Potsdam. Friedrich II. hat dann auch 1772 das Land Ziesar abgetrennt und weiterhin vom nahen Magdeburg verwalten lassen, dafür den Luckenwaldeschen Kreis dem Zauchischen Kreis zugeschlagen.

Dieses weite Gebiet, in seinem Boden und in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sehr verschieden, sollte also auch seinen Beitrag zu den Kriegskosten an die Krone Schwedens zahlen und nahm darum teil an größerem geschichtlichen Geschehen.

## Der Friedensschluß

Die Friedensverhandlungen seit 1644 brachten nach und nach Einigung hinsichtlich der territorialen Veränderungen, aber der endgültige Friedensschluß scheiterte an der Frage der Kriegskostenentschädigung an Schwe-



und schlug zunächst 10 $\frac{1}{2}$  Millionen Taler vor. Adler Salvius hielt nur 3 bis 4 Millionen Taler für erreichbar. In Eger spürte Erskine bei der schwedischen Generalität auch die Friedenssehnsucht und die Skepsis wegen seines Vorschlages. Umsomehr überraschte er dann in Osnabrück mit der Forderung: Sold für 10 Monate = 20 Millionen Taler.

Er bezifferte die schwedische Armee auf 110 Regimenter, 469 Kompanien zu Pferd, 483 zu Fuß und rechnete für jeden Soldaten jährlich 148 $\frac{1}{2}$  Taler Unterhalt, rund 10 Groschen pro Tag. (Gustav Adolf war zuerst mit 40 bis 45 Talern ausgekommen; brauchte 1632 zwar 52 Taler, aber im ganzen weit weniger als die anderen Heere, denn er hielt auf regelmäßige Soldzahlung und bestrafte jeden Raub.) Die Reichsstände lehnten diese übertriebene Forderung des schwedischen Kriegsrates ab. Ja, es schien das Unglaubliche Wirklichkeit zu werden: Alle deutschen Fürsten, evangelische, katholische, der Kaiser erwogen, bei Zuspitzung der Verhandlungen den Reichsfeind gemeinsam aus dem Land zu werfen. Sie wußten, daß manches Regiment nur 100 Mann, die ganze Armee höchstens 69 000 Mann zählte. Dazu kam der Troß: 170 000 Frauen, Kinder, Händler usw., so daß ein Heerzug dem Treck eines ganzen Volkes glich. Jeder Tag verschlang 100 000 Taler Unterhaltskosten.

Karl-Gustav von der Pfalz, der schwedische Oberbefehlshaber, lenkte ein und nahm den kurbrandenburgischen Vorschlag von 5 Millionen an. Bei so kraftvoller Einigkeit des Reiches mußten die Offiziere mit einer Niederlage, also mit Verlust aller persönlich verauslagten Gelder rechnen. Diese waren hoch, obwohl man gegen Kriegsende kaum noch gegen Sold sondern nur auf Beute warb. Am 10. Juli 1648 einigten sich beide Teile auf 1,8 Mill. sofortige Zahlung zur Entlassung der Gemeinen und 1,2 Mill. in Schuldscheinen zur weiteren Abwicklung. Die 4. Million sollte 1650, 1651 die 5. Million gezahlt werden. Nebenher waren noch die großen Geschenke an Generale und Diplomaten aufzubringen: General Horn sollte 60 000 Taler, Torstenson und Wrangel sollten je 40 000, der Kanzler Oxenstierna 30 000, ein Generalleutnant 7 500 Taler usw. haben.

Am 24. 7. wurden die Abmachungen durch Handschlag für gültig erklärt, am 14. Oktober 1648 wurde der Friede mit Schweden in Osnabrück unterzeichnet. Die Urkunden wurden erst Februar 1649 ausgetauscht. Der Frieden war mit großen Opfern erkaufte, vom verarmten deutschen Volk nun auch noch mit der Aufbringung der Kriegskosten an Schweden, von Schweden mit der Auflösung seiner großen Armee.

### Der Frieden kommt

Schweden löste seine Verpflichtungen entgegen dem Mißtrauen der Stände ein. Es schaffte März 1649 den ganzen Troß ab, entließ im Sommer  $\frac{1}{3}$  des Heeres, setzte den größten Teil der nationalschwedischen Truppen, ca. 19 000 Mann in die nordische Heimat über, entließ den Rest im Winter,

und so war August 1650 ganz Deutschland von Schweden frei. Die Räumung lief von Süden nach Norden.

Die Entlassung der Truppen verlief nicht glatt, der Krieg war auch ein lohnendes Handwerk gewesen. Bei den weimarischen Truppen gab es Gemeine, die in langen Jahren 15—20 000 Taler „gespart“ hatten. Nach einer Meuterei des auch abzumusternden Regiments Isaacson im Anhaltischen bot eine Soldatenfrau dem Obrist 900 Taler für das Leben ihres Mannes, eine ganze Schürze voll, der Wert von 30 bis 40 guten Pferden. Die Offiziere waren in Gesamtheit eine gewaltige finanzielle Macht, die Generale waren reich geworden: Aldringer hatte auf italienischen Banken 800 000 Taler, Baner hinterließ trotz verschwenderischen Lebens auf hannoverschen Banken 1 Mill. Taler. Arnim hatte beim Abschied vom Kaiser noch 264 000 Gulden aus dem polnischen Feldzug zu fordern. Königsmarck, der einzige Deutsche, der im Schwedenheer über den Rang eines Obristen zum General aufstieg, war ein Virtuose im Raub: Er schleppte in vielen Wagen ein Vermögen mit sich, das später 130 000 Taler jährliche Rente abwarf. Doch sehnten sich die Soldaten auch, die Früchte des Friedens zu genießen, sehnten sich nach Heim und Herd. In Würzburg weigerten sich Deutsche, vornehmlich die alten weimarischen Truppenteile, die ein ausgeprägtes Nationalbewußtsein bewahrt hatten, sich weiter für Schweden etwa in Polen zu schlagen. Andere meuterten, als ihre Obristen sie in französische Dienste verhandeln wollten. Die Gemeinen wurden mit dreimonatigem Sold abgedankt, der Reiter mit 33 Talern, der Musketier mit 12 Talern monatlich. Ein Leutnant bekam bei der Reiterei 340 Taler, beim Fußvolk 102 Taler, der Obrist selber 1200 oder 550 Taler.

Aber auch die Reichsstände erfüllten nach anfänglichem Mißtrauen in Schwedens Ernsthaftigkeit ihre Verpflichtungen. Das deutsche Volk bewies seinen ungebrochenen Lebenswillen, mit ihm der Bauer der Mark, der Zauche und brachte trotz aller Not die Kriegskosten an Schweden z.T. schnell auf. Die oberdeutschen Stände borgten z.T. bei schweizerischen Städten gegen 6 % Zinsen.

Der junge Brandenburger Kurfürst beauftragte seine Räte in Berlin noch vor Unterzeichnung des Friedens von Cleve aus, die Aufbringung der Schwedengelder märkischen Anteils = 94 000 Taler vorzubereiten, damit sie gleich nach Friedensschluß greifbar wären. Einen Tag nach Eintreffen dieser Post, am 11. Oktober, luden die Räte die Kommissare der einzelnen Kreise, also die Landräte mit anderen Bevollmächtigten der Landschaft usw. zum 27. Oktober nach Berlin ein. Zu Kriegsanfang wurden in jedem Kreis ein bis drei Kommissare zur Überwachung der Truppeneinzüge und Aufbringen der Kontribution eingesetzt. Im Norden der Zauche Herr von Pfuhl in Neulangerwisch, im Süden Christoph von Erxleben in Niebel, im Westen Tobias v. Rochow in Reckahn. Die Überschneidung ihrer nicht festgelegten Bezirke brachte mit sich, daß schließlich nur noch einer der



Verantwortliche sein konnte, eben der Kommissar. Die Kommissare sollten spätestens am 26. 10. in ihren Berliner Quartieren sein.

Der Ruf des Kurfürsten wendete sich in einer Dringlichkeit an die vaterländische Gesinnung, der an den Aufschwung nationalen Denkens im Frühjahr 1813 erinnert. Wer „über dem persönlichen Wohl das bonum publicum vergäße“, wäre „kein getreuer und friedliebender Patriot“. Und in den Worten „Daß unsere Lande wieder wachsen und blühen mögen“, spürt man den leidenschaftlichen Aufbauwillen des jungen Landesherrn. Er führte schon Unterhandlungen mit dem schwedischen General Königsmarck wegen einer Anleihe von 90 000 Talern, die Mark wäre außerstande, das Geld so schnell herbeizuschaffen. Er wollte die Ämter Ruppín und Wittstock verpfänden. Aber das Land dachte anders darüber und wollte aus eigener Kraft das Geld aufbringen.

### Der Aufbringungsmodus wird festgestellt

Also reiste der Kommissar des Zauchischen Kreises nach Berlin, der kluge und gewandte Daniel Heinrich v. Rochow in Reckahn. Er war erst am 20. Juli zum Kommissar ernannt worden, nachdem er längere Zeit schon dem kurz vorher verstorbenen Kommissar Hans-Albrecht von Schlabrendorff in Gollwitz beigeordnet gewesen. Sein Vater Tobias von Rochow war der erste Kommissar der Zauche gewesen, verstorben 1638. Die Stände stellten in fünftägigen Verhandlungen den Anteil jedes Kreises an den 94 000 Talern Schwedengeldern fest. Die Neumark sollte 18 900 Taler, Altmark und Prignitz 12 300, Havelland 2 500, Teltow 1 847 Taler aufbringen. Die größtenteils sandige Zauche wurde am geringsten veranlagt mit 1 084 Talern, Beeskow-Storkow wurde nicht herangezogen, die Uckermark, die am schwersten gelitten hatte, vorerst nur mit  $\frac{1}{5}$  ihrer Quote. Die Räte und die Stände hielten eine Anleihe bei Königsmarck für überflüssig. Sie glaubten an die eigene Kraft der Mark, berichteten so auch dem Kurfürsten, obwohl sein neuerlicher Befehl auf 100 000 Taler ausging.

Der Kommissar berief gleich nach seiner Rückkehr die Stände der Zauche zu einem Kreistag. Der Musketier Jürgen Nietzke von der Garnisonkompanie von Schlabrendorff in Brandenburg a. H. trug die Einladung durch den Kreis. Also fanden sich Ritterschaft und Amtleute von Lehnín, Ziesar, Saarmund am 16. November zu dem wichtigen Tag in Brandenburg-Neustadt ein. Hier sollten die Aufbringung der Gelder an die schwedische Soldateska, „so noch im Kreise befindlich“, die Sätze der Aufbringung im Einzelnen erörtert, sollten die Gesandten für den nächsten Landtag in Berlin bestimmt werden. So kamen die Rochows aus Golzow und Plessow, die Brösickes aus Cammer, die Oppens aus Nichel und Schlalach, kamen aus dem Land Ziesar die Wulffens, die Lattorffs usw. Es fehlten aber die Münchhausen aus dem entfernten Leitzkau, die von Leipziger aus dem Ländchen Bärwalde und noch mancher andere, denn die Straßen waren noch unsicher.

Der Kreistag fertigte einen Voranschlag, der alles erfaßte, was irgendwie Grundlage eines Beitrages sein konnte. Jeder adlige Hof zahlte 3—6 Tl., die besäte Ackerhufe mußte 1 Tl. bringen. Die Neusiedler, die noch in den steuerfreien Jahren waren, hatten für ihre Hufe nur  $\frac{1}{2}$  Tl. zu zahlen. Sie hatten aber insgesamt nur 87 Hufen in Betrieb, 4,8 % der gesamt bäuerlichen Feldmark des Kreises. Das Städtlein Werder zahlte 80 Tl., Saarmund 25 Tl. Die Schäfer, die bei dem vielen Brachland ihre Herden sehr stark vergrößert hatten und wohlhabend, ja reich geworden waren, zahlten für je 100 Schafe 2—5 Tl., Müller und Fischer 2 Tl., Krüger 1—2 Tl. Das Gesinde mußte sich in die detaillierte Taxe fügen, von 2 Groschen für die Mittelmagd bis zum halben Taler für den Großknecht. Tagelöhner sollten  $\frac{1}{8}$  bis 1 Tl. bringen, die Küster von ihrem Handwerk  $\frac{1}{2}$  Tl. Wegen des geistlichen Amtes waren sie wie die Pfarrer frei. Das Geld mußte zur Hälfte in Reichstalern, zur anderen Hälfte in Dukaten à 2 Tl. gezahlt werden. Das war vollwertige Münze. Sonst müßte für jeden Taler 1 Groschen Aufgeld gezahlt werden. Weil das gute, vollgewichtige Silbergeld knapp war, haben nachher alle Dörfer Aufgeld zahlen müssen. Zum Landtag nach Berlin wurden der Obrist Hans v. Rochow-Plessow und der Obristwachtmeister Georg-Wilhelm v. Rochow-Golzow abgeordnet. Der erste hatte in Padua drei Jahre studiert, war dann in Paris, Poitiers und Brüssel gewesen, der zweite Rochow beherrschte die französische und die lateinische Sprache, hatte in Straßburg studiert und war vor drei Jahren mit Frau und Kindern nach Golzow übersiedelt, dem Stammsitz der nur mit Aufbietung aller Kräfte wieder herzustellen war. Sein Sohn hat nachher ab 1665 den ersten steinernen Schloßbau nach dem großen Kriege in Golzow errichten können. Das Schloß brannte 1945 mit seinen großen Schätzen an Kunstmöbeln usw. ab, mit einem überaus reichen Archiv, mit den eingelagerten Kunstmöbeln aus Potsdamer Haushalten und vor allem mit den hier deponierten Fahnen aus dem Berliner Zeughaus. Der Kreistag kostete 24 Tl. Tagegeld = 1 gutes Pferd. Abraham v. Oppen auf Nichel erlegte als erster seine 3 Tl. gleich auf dem Kreistag.

Der Beschluß des Kreistages wurde anschließend im Kreis herumgetragen. Er ging zuerst zum Amtmann nach Lehnin wegen seiner 20 Amtsdörfer, dann nach Saarmund, war am 20. in Bergholz, wanderte schnell durch die südlichen Kreisdörfer und erreichte am 25. November Grebs bei Brandenburg. Der Musketier Hans Klucke fuhr als „Einspänniger“ im Lande Ziesar mit dem Beschluß herum und mußte zugleich das Vieh der Schäfer genau zählen. Zur gleichen Zeit hatten 2 Knechte des Landreiters Schmedicke in Beelitz wegen der gleichen Aufgabe die unerfreuliche, bisweilen handgreifliche Auseinandersetzung mit den Schäfern im Hauptkreis. Die Schäfer wollten sich drücken. Der Musketier Peter Mittler mußte dem Amtsboten in Lehnin das Büchlein bringen, das extra in Brandenburg gefertigt worden war, damit die Pfarrer besonders eintrügen „was sie zu der allgemeinen Not beisteuern wollen“. Doch mußte der Kommissar ein Jahr später bei der

Rechnungslegung feststellen, daß die Pfarrer sich „bisher zu nichts verstehen wollen.“ Die Kriegsnot hatte vor den Pfarrhäusern nicht Halt gemacht. Den Pfarrern Melchior in Golzow, Dittmann in Phoeben, Stralius in Krahne und Schlichtig in Großkreutz brannte das Haus nieder. Die beiden ersten wohnten zur Miete, Schlichtig baute aus eigenen Mitteln neu und klagte sich 1648, nach 20 Jahren noch, mit Patron und Gemeinde um die Erstattung der Baukosten. Die anderen Pfarrhäuser waren baufällig, die verarmten Gemeinden sparten mit der Reparatur. Pfarrer Näteland in Netzen hatte auf Wohnhaus und Scheune nur noch Reste von einem Dach, so daß er nicht eine Getreidegarbe unterbringen konnte. Pastor Rottstock in Jeserig hatte armutshalber nicht einmal ein Gespann zum Ackern seiner zwei Hufen. Die Einkünfte von den Höfen fehlten seit Jahren, die Bauern waren davongelaufen. Die kirchliche Haltung der Wenigen im Dorf war Gleichgültigkeit, ihr Sinn ging nur auf das eigene armselige Leben.

Der Landeinnnehmer Andreas Nenndorf, also der Kreiskämmerer, ließ sich vom Schulzen zu Wust auch zum Landtag 19. 11. — 2. 12. nach Berlin fahren. Wust bei Brandenburg war damals das einzige der nicht kurfürstlichen Dörfer, das neben Götz, Rietz, Tremsdorf, Schiaß seine Feldmark schon restlos beackerte, dessen Höfe fast alle besetzt waren. Beide logierten im „Goldenen Löwen“ in Kölln.

#### Die Schwedengelder werden aufgebracht

Inzwischen brachte die Zauche Tag um Tag das Geld auf. Bis zum 26. Nov. konnte es unmöglich zusammen sein. Aber nur 3 Wochen später, am 17./18. Dez. brachte der Brandenburger Fuhrmann Johann Nietert den Einnnehmer mit 1184 Talern zum Landrentmeister Berchelman nach Berlin, mit mehr als der zum ersten Termin geforderten Summe! Der Musketier Nietzke war Geleitschutz für diesen Transport. Bis zum eigentlichen Termin hatten nur gezahlt Frau v. Barnewitz in Neuendorf, die Dörfer Rieben, Pernitz, Zauchwitz, Deutschbork. Vom 27. bis 30. Nov. zahlten 17 Dörfer. Vom 29. 11. bis 6. 12. holten die Amtsboten das Geld aus den Dörfern der Ämter Lehnin, Saarmund und Ziesar zusammen. Nach dem 18. Dez., bis zum 19. Sept. des nächsten Jahres haben nur noch vereinzelt Adlige, Meier, Schäfer, Hirten und die Pastoren für ihr Gesinde den Rest bringen müssen. Die Amtsdörfer Lehnin brachten im ganzen 604 Tl., die von Ziesar 314 Tl., die von Saarmund 165 Tl. auf. Aus den adligen Dörfern gingen 1233 Tl. ein, zusammen 2322 Tl. (Schwedengelder ersten und zweiten Termins.) Darauf wurden 400 Tl. für die Verpflegung der schwedischen Regimenter im Kreis Mai—Juli 1648 angerechnet. Der Kommissar bekam hieraus auf seine ausstehende Kommissarbesoldung 50 Tl. Und dem Obristen Hans v. Rochow-Plessow wurden 100 Tl. als Präsent verehrt „weil er seiner eigenen Geschäfte ungeachtet dem Zauchischen Kreise

große Willfährigkeit erwiesen“. Er sollte auch zum schwedischen Oberkommandierenden gesandt werden, daß dieser die Mark verschone, wenn die Hauptmasse des Heeres nach Norddeutschland verlegt werden würde.

Die arme Zauche hatte, beflügelt durch das märchenhafte Wort Frieden, Großes geleistet! In der Darstellung dieser Leistung im folgenden wird als Beispiel nur die eigentliche Zauche betrachtet, die Kernlandschaft zwischen Nuthe, Nieplitz, Plane und Havel, ohne Amt Ziesar. Die Aufbringung der Schwedengelder wäre bei friedensmäßigem Zustand nicht so schwer gewesen. Das Soll war nach dem Friedensstandard veranlagt. Jetzt aber lag die Last auf schmaleren Schultern, wurde nicht mehr getragen von 1800 Bauernhufen, sondern nur von 853 Hufen, die „besamt“ = besät waren: 46 %. Völlig tot lagen die Felder von Körzin, Neulangerwisch, der Gemeinde Nichel (das Gut war bewohnt), von Michendorf, Michelsdorf. In Krahe und Reckahn hatten nur die Tagelöhner etwas ausgesät, in Kleinbriesen nutzte Herr v. Thümen den wenigen Kossätenacker. Auf 13 Feldmarken war der Acker bis zu 90 % ungenutzt, auf 20 Feldmarken bis 70 %, auf 13 Feldmarken bis 50 %, auf acht Feldmarken nur noch bis zu 30 %. Von 757 Bauern- und Kossätenstellen in den Dörfern der Ritterschaft und des Amtes Saarmund waren nur 211 Stellen besetzt, 28 %. Die Landschaft war menschenarm geworden. Der Wald griff nach den Feldmarken und bezog sie in sein schweigendes Reich ein. Der Mensch hinderte ihn nicht. In Seddin versuchte sich seit kurzem Drewes Albrecht auf einem großen Bauernhof ganz allein in dem verfallenen Dorf. Aber nahe der Handelsstraße, die südlich vom Dorf nach Leipzig und Süddeutschland führte, wußte er sich wenigstens dem Strom des Lebens nahe. In Ferch jedoch, ehemals Dorf mit 9 Bauernhöfen, trotzte des Kossäten Brose Schumann Witwe allein der Einsamkeit. Ferne der Welt, denn die mittelalterliche Straße nach Berlin über Brück-Lienewitz war eingeschlafen. Ringsum nur dunkle meilenlange Heide, vor sich die geheimnisvolle Weite und Ruhe des Schwielow-Sees, in der Nähe nur den Pachtmüller auf der Wassermühle. Und in Deutsch-Bork hatte allein Balzer Otto aller Not seit dem schweren Kriegsjahr 1627 standgehalten, auch dem Pestjahr 1631. Sein kleiner Viehstand reichte wenigstens hin, seine wenigen Morgen zu ackern. Er brauchte nicht wie die Bauern von Räsdorf und Wendisch-Bork seinen Acker mit dem Spaten umzubrechen. Wie seltsam aber die abendliche Heimkehr vom Feld in das Dorf, in dem die 12 anderen Gehöfte mit toten Fensterhöhlen dalagen, verfallen, Gras, Brennesseln und Busch darüber hinwachsend. Als gespenstische Gesellschaft allein die Erinnerung an das Schicksal der 12 Familien ... Erschütternde Zeugnisse bäuerlicher Tapferkeit, bäuerlichen Glaubens! Nachher hat bis 1687 der Wald nur langsam 22 Feldmarken von den 71 des behandelten Gebietes ganz freigegeben. Als in diesem Jahr das Kontributionsregister die wirtschaftliche Lage in den Dörfern neu aufnahm, waren 35 Feldmarken noch bis zu  $\frac{1}{3}$  bewachsen und 13 Feldmarken gar zur Hälfte und mehr noch vom Wald überdeckt.

1648 lagen in den adligen Dörfern 58,2 % der bäuerlichen Felder wüst, im Amt Saarmund 57,7 %, im Amt Lehnin aber nur 43,5 %. Ebenso war in den ritterschaftlichen Dörfern auch die Sesshaftigkeit geringer als in den Amtsdörfern. Jedoch darf die Sesshaftigkeit in diesen Dörfern auch vor dem Krieg nicht zu hoch angeschlagen werden. Eine stärkere Verbundenheit der Familie mit ihrer Scholle brachte erst das 18. Jahrh. In den neun Dörfern der alten Vogtei Beelitz: Rieben, Niebel, Nichel, Deutsch- und Wendisch-Bork, Brachwitz, Zauchwitz, Buchholz, Neuendorf befanden sich 175 Höfe. In den Schadenrechnungen von 1627/28 werden davon nur 145 namentlich genannt. Von ihnen haben nur 23 Familien den Krieg in ihren Dörfern überdauert = 16 %. In 14 Lehniner Amtsdörfern, vornehmlich in der fruchtbaren Havelniederung aber haben bis 1652 auf 209 Hofstellen 57 Familien durchgehalten = 26,8 %. Im Süden hatte sich in Niebel, Nichel und Rieben keine Familie gehalten. Am besten bestand Wendisch-Bork, von 15 Familien hielten 6 durch, wahrscheinlich durch die Fürsorge der Grundherrschaft Brandt v. Lindau. Auch Brachwitz hielt mit  $\frac{1}{4}$  der Familiennamen von 1627 durch. In den Amtsdörfern Lehnins hielt Schmergow mit mehr als der Hälfte alter Familien die Spitze. Ihm folgten die Orte des Töplitzer Werders, Töplitz und Leest, dank ihrer durch die Havel geschützten Lage. Auch die Kossätendörfer Nahmitz, Damelang und Radel fallen durch die überm Durchschnitt liegende Sesshaftigkeit auf. Auffallend aber ist der Verbleib der Familien, wenn auch nicht im eigenen Dorf, so doch innerhalb des kurfürstlichen Besitzes. Hier sind die Bauern von selbst in das andere Amtsdorf gegangen, oder der Amtmann hat als kluger Wirtschaftler die Tüchtigen oder die Unternehmungsfrohen auf lohnendere Hofstellen gesetzt. Die Amtsdörfer bewiesen den Vorsprung in den besetzten Stellen auch noch 1687. In diesem Jahr waren im Amt Saarmund nur noch 9,5 % Hofstellen wüst, im Amt Lehnin 24,1 %, in den ritterschaftlichen Dörfern aber 30,5 %.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die lokale oder landschaftliche Gebundenheit der Familiennamen hingewiesen für die Zeit vor dem großen Kriege, ehe die Bevölkerung über größere Räume verstreut wurde. Im Norden der Zauche tragen die Familien (s. die Amtsregister Lehnin 1605 und die Schadenlisten 1627/28) Bochow, Kemnitz, Fresdorf, Deetz, Leest, Geserick, Rietz, Rottstock, Petzin, die Namen von benachbarten Dörfern oder Zauchedörfern. In den Dörfern der südlichen Zauche gilt dasselbe von den Baitz, den verbreiteten Hasseloffs (Hasselobs), Rottstocks, Kerzen dorfs, Dalichows, Senst und Rietz.

Die wirtschaftliche Kraft des Adels war durch den Ausfall der Einkünfte aus den Dörfern und durch die Verwüstung erschüttert. Von den Gliedern der Familie von Leipziger im Ländchen Bärwalde konnte einer nur die Hälfte seiner Schwedengelder bezahlen, den anderen wurde wegen ihrer großen Armut die Hälfte erlassen. Noch konnte der Adel nicht wie im 18. Jahrhundert in dem in Anfängen steckenden Heer seine Existenz haben



oder in einer ebenfalls erst beginnenden moderneren Verwaltung. Zwar war der Gutsbetrieb der Ritterschaft nach Umfang der steuerfreien Hufen, lebendem und totem Inventar im vorhergehenden Jahrhundert gewachsen. Bis 1540 waren in der Zauche 127 Hufen freiwilligt, der Kern der Gutsfeldmark in den Rittersitzen. 1540—75 wurden nur in den Ämtern Hufen freiwilligt, ein Ausbau z.T. des säkularisierten Klosterbesitzes zu Domänen. Von 1575 bis 1624 wurden dagegen 179½ Hufen freiwilligt. Jetzt waren die Gutsbetriebe gewachsen. In den nächsten 75 Jahren jedoch ist der Gutsbetrieb um freiwilligte Hufen kaum vergrößert worden. Fortan war für den staatlichen Bauernschutz des 18. Jahrhunderts das Jahr 1624 das Stichjahr hinsichtlich des Solls der Bauern- und Kossätenstellen.

Die Anlage der Gutshäuser war noch die des größeren Bauernhauses: Flur mit Steinfußboden, rechts und links je 2 Stuben mit Kammer bzw. Küche mit Speisekammer, im ersten Stock der obligate Festraum, der Saal mit drei Fenstern und zwei Stuben mit Kammern. Der Fachwerkbau war die Norm. Das moderne Bauen setzte in Golzow erst 20 Jahre nach dem Krieg ein, wurde großartig fortgeführt einige Jahrzehnte später in Reckahn, Plessow, Großkreutz.

Die vorgenannte Vergrößerung der Gutsbetriebe 1575 und folgend hatte in den ersten Jahrzehnten um 1600, in der Wirtschaftskrise und einer sich straffenden Geldwirtschaft andererseits manchen Adligen nicht vor schwerer Verschuldung bewahren können. Die Liste in der Darstellung „Berliner Großkaufleute und Kapitalisten“ von Hugo Rachel ist nur ein kleiner Ausschnitt. Nachher mußten einzelne Kommissare sogar für die Gelder gerade stehen, die sie für die Ritterschaft aufgenommen hatten, um die Kontribution zu bezahlen. Auch unser Daniel Heinrich v. Rochow ist, obwohl dem alternden Gustav-Albrecht v. Schlabrendorff nur beigeordnet gewesen, belangt worden. Dieser ganzen wirtschaftlichen Lage des Adels entsprechend überraschen denn auch bei den Erbauseinandersetzungen in dieser Zeit die Fachwerkgutshäuser durch ihren baufälligen Zustand. In Stücken waren 1614 die Gebäude so schlecht, weil 18 Jahre nichts an ihnen getan war. Sie wären am besten niederzureißen. In Schlalach war 1639 das kleine Fachwerkgutshaus „sehr eingewohnt und eingesunken“, weil die Schwellhölzer verfault waren.

Also erlag der Kleinadel in der Zauche bald nach dem Krieg, sonderlich in den schweren 60er Jahren, dem planmäßigen Einbruch des kapitalkräftigen Kurfürsten in den alten Besitz. Er muß seinen verschuldeten Besitz verkaufen. Es schwanden die Schlabrendorffs 1662 als erste aus Bergholz und Elsholz. Dann folgten die Oppen aus Schlalach, Nichel und Deutsch-Bork, die Pfuhs aus Neulangerwisch, die Erxleben aus Niebel. Die Flanse tauschten das schwer belastete Wittbrietzen gegen Groß-Ziethen, die Gröbens gaben Buchholz ab, und als letztes tauschte der Kurfürst 1722 Rieben gegen Rahnsdorf und Münchehofe im Barnim. Die Stadt Beelitz mußte ihr Seddin

auch hergeben. Das Ergebnis: Das Amt Saarmund, eine gute Einnahmequelle des Staates, war abgerundet.

Von den 211 Hofwirten, die der Frieden in der Zauche antraf, saßen 61 = 29 % noch in den Freijahren, in denen sie keine Abgaben zu leisten brauchten. Bis auf wenige Ausnahmen hatten sie ganz klein angefangen, auf ein bis eineinhalb Hufen und wie die Kossäten fast ohne Gesinde gewirtschaftet. In dem wohlhabenden Schmerzke, das seinen Absatz in der nahen Stadt Brandenburg und im Domkapitel, als seinem Grundherrn, auch einen wohlwollenden Gläubiger bei restlichen Steuern hatte, kam 1 Kopf Gesinde schon auf  $\frac{1}{3}$  Hufe. Auch in Saarmund, das aus dem Durchgangsverkehr reichen Nutzen zog, war ebensoviel Gesinde, hier hatten sogar die Büdner Personal. In vier völlig wüsten Dörfern, auch noch in elf anderen Dörfern gab es kein Gesinde. In manchen Dörfern kam ein Kopf Gesinde erst auf 8 bis 15 Hufen. Viel günstiger standen sich die Dörfer mit besserem Absatz oder die Dörfer auf gutem Boden. In den Pfarrhäusern dienten durchweg ein bis zwei Mägde und Knechte, denn die Pfarrer lebten im wesentlichen von ihrer Landwirtschaft in der Größe eines Bauernhofes von durchschnittlich vier Hufen. Auch aus der Verbreitung der Lohnstufen des Gesindes ergibt sich die verschiedene Leistungsfähigkeit der Dörfer. Die mittleren und die leichten Böden bevorzugten mittlere und Kleinknechte. Dagegen leisteten sich große Bauernhöfe in guten Dörfern schon besondere „kleine“ Häuschen für den verheirateten Großknecht, gestatteten ihm ein bis zwei Kühe und eigene Aussaat. In Schönefeld und in Wust hatten sogar je ein Bauer zwei solcher Paare im Dienst.

Die Küster konnten sich als Handwerksmeister manchmal eine Magd leisten. Die geringe Zahl der Handwerksmeister ist ein weiteres Zeichen der darniederliegenden Wirtschaft. In den 67 bewohnten Zauchedörfern hatten erst 13 Schmiede ihr Brot, 17 Müller (oder nur Kostknechte), fünf Schneider, zwei Leineweber, zwei Stellmacher. Diese Zahlen erhöhten sich nur wenig durch die Küster, die auch Handwerker waren, vornehmlich Leineweber.

Im ganzen bietet sich also in dieser Abrechnung der Schwedengelder das Bild einer Wirtschaft, die zwar bestimmt war durch den überwiegend leichten bis mittelschweren Boden, die aber infolge Einzelinitiative oder besonderer Umstände hier und da doch nicht so einheitlich war. Es soll hier auf eine Darstellung der wirtschaftlichen Situation der Zauche in der Reihe der anderen kurbrandenburgischen Landschaften oder deutschen Länder verzichtet werden. Doch muß immer wieder der gängigen Totalvorstellung vom Dreißigjährigen Krieg begegnet werden, als seien 30 Jahre Krieg gleichmäßig schwer Jahr um Jahr über jedes deutsche Land gezogen. 1635 bezeugten z. B. die kurmärkischen Stände nach den Protokollen des Geheimen Rats, „daß 1635 das Land in einem Zustand gewesen, den es in 80 und mehr Jahren nicht wieder aufzuweisen hatte“, eben nach der Besserung 1633-35. 1635/36 verheerten die Schweden das Land, 1637 war es

wieder feindfrei. 1638 begann die große Leidenszeit. Frühjahr 1643 kamen wieder bessere Verhältnisse und bis 1645 nahm die städtische Bevölkerung zu. 1646/47 fiel das Land wieder zurück auf den Stand von 1643. Der große Krieg hat auch in der Zauche keine Wüstung geschaffen. Er reinigte dagegen die Landschaft von den Hofstellen, die sich in der zunehmenden Geldwirtschaft und in der schweren wirtschaftlichen Krise der Jahrzehnte vor dem Krieg als nicht mehr lebensfähig erwiesen hatten. Das bestätigten auch die Ermittlungen der „wüsten Stellen“ hundert Jahre später im Zusammenhang mit dem friderizianischen Bauernschutz und dem beabsichtigten Retablisement auf der Basis der Register von 1624.

### Die Schweden ziehen ab

Um die Zeit, da die Zauche ihre Schwedengelder aufbrachte, kamen die schwedischen Truppenteile schon in Bewegung und bevölkerten die Landstraßen. Der Kommissar wurde zu einer Tagung aller Kommissare nach Berlin beordert. Er konnte jedoch nicht abkommen, weil er die Durchzüge schwedischer Regimenter begleiten mußte. Er war Tag und Nacht unterwegs, die Heerhaufen durch oder möglichst um den Kreis herum zu leiten, die Einquartierung selbst zu überwachen und die Offiziere mit honorigem Frühstück und Geschenken hinwegzukomplimentieren. Der Kreiseinnehmer wollte sich mit einigen Restgeldern vom Bäcker Brösicke aus Brandenburg-Neustadt nach Berlin fahren lassen. In Lehnin begegnete er aber dem Regiment des schwedischen Obristen Sabel, das von Saarmund nach der Prignitz verlegt wurde. Da kehrte er schleunigst mit seinen Geldern nach der Stadt zurück. Der Kommissar geleitete Sabel, ließ ihn in Rietz und Schmerzke logieren und nötigte ihn mit zwei anderen Offizieren zum Frühstück nach Reckahn, um in Güte mit dem gefährlichen Volk auseinanderzukommen. Kaum war er zurück, mußte er von Reckahn aus dem Regiment Krause entgegenreiten, es vier Tage begleiten. In den gleichen Tagen mußte der Obrist aus Plessow, kaum von Berlin zurückgekehrt, nach Beelitz reisen. Die Verpflegung der dort liegenden Kompagnie Staar machte Schwierigkeiten. Von dort ging sofort weiter nach Ziesar, um die gleichen Schwierigkeiten wegen der Kompagnie Lindlöft zu beheben. Ihr wurde für Januar die halbe Verpflegung auf Landschaftskosten zugesichert.

Nun war Frieden, waren nicht mehr die übermütigen Soldaten Herr des Landes, sondern Bauern und Bürger. Als im Dezember der Kapitän Silberschmidt mit 205 Soldaten nach Norden unterwegs war, zogen die Prignitzer Bauern ihm entgegen und zwangen ihn, seinen Marsch durch das Havelland aufzugeben, wie ihn der Kommissar v. Klöden vorgesehen hatte. Er mußte nach Havelberg marschieren, immer von den Bauernhaufen begleitet, die ihn bedrohten und beschimpften. Die Kompagnie Staar verließ Beelitz im Oktober 1649, ging bei Berlin über die Spree und zog nach Bernau. Es waren die letzten Schweden in der Zauche. Am 23. Oktober

1649 teilte der Kurfürst von Rees aus den Schweden mit, er könne die nächste kurbrandenburgische Rate zahlen, aber dafür sollten die im Januar eingelegten Truppen aus der Mark verschwinden. Wenig später marschierte also der General Wittenberg, schon unter seinem „höchsten persönlichen Bedauern“, mit 1500 Mann schnell durch die Mark. 6000 Zentner Munition hatte er in Dessau auf Schiffe verladen lassen. Im August 1650 erhielt Schweden seine letzten Gelder. Nun verschwanden auch die letzten Garnisonen in Gardelegen, Driesen und Löcknitz: die Mark war schwedenfrei.

Schweden hat von den 5 Millionen Talern ca.  $2\frac{3}{4}$  Millionen allein gebraucht, um dringliche Schulforderungen abzudecken, Dotationen zu zahlen usw. Der Hauptfaktor der Armee hatte noch 100 000 Tl. zu fordern, der Gesandte Adler Salvius angeblich 250 000 Tl. Der Rest von ca. 2 Millionen ist auch nicht ganz übers Meer gegangen, so daß also der Hauptteil der 5 Millionen in Deutschland verblieb. Ein interessantes Kuriosum ist, daß 1893 ein Lübecker im Nachlaß seiner Vorfahren eine Schulforderung des Lübecker Kaufmanns Jakob Criens fand. Sie stammte von 1636. Sie wurde von Schweden anerkannt, und der Besitzer erhielt 68 500 Tl. mit 250jährigen Zinsen.

Noch drängt sich die Frage nach der verhältnismäßigen Größe dieses letzten Friedensopfers einer leidenden Landschaft auf. Vergleicht man die jährliche Belastung der Hufe, die Schwartz für die Neumark mit jährlich durchschnittlich 3 Tl. 11 Groschen errechnete, allein an Kontribution, so scheint der Taler pro besäte Hufe nicht hoch. Doch mußte ja die für jedes Dorf nach Anzahl des Hufensolls errechnete Kontribution von den besetzten Höfen für die wüsten Höfe mit aufgebracht werden, bis die 30er Jahre alle Ordnung erschütterten. Also war die tatsächliche Last höher. Ein Taler war zu der Zeit ein Zwanzigstel eines guten Pferdes, und Pferde waren wie heute hoch im Preis, also ist ein Taler dem heutigen Wert von 60,— DM gleichzusetzen. So zahlte der Bauer mit zwei bis drei Hufen (durchschnittliche Hofgröße in der Zauche) neben den anderen Lasten innerhalb eines Jahres auch noch ca. 300,— DM. Dazu trug er praktisch auch noch die Abgabe seines Gesindes, um es bloß zu halten, denn es war ebenso knapp wie übermütig.

Dieser sehr einfache Versuch, die Größe des letzten Opfers für den Frieden zu veranschaulichen, läßt die Frage nach der wirklichen Leistungsfähigkeit des Bauern, des Kossäten, des Knechtes offen, wirft auch die Fragen nach den einzelnen Phasen des Niederganges mit den erfolgreichen wenn auch kurzlebigen Versuchen des Wiederaufbaues auf, nach der Intensität des Aufbaues schon in den letzten drei bis vier Jahren. Es ist möglich, anhand der verschiedensten Register den Niedergang und den teilweise quälenden Aufbau bis etwa 1700 zu verfolgen. Von dem ausgezeichneten Erbreger des Amtes Saarmund von 1576 an, nach Besitzern und Leistungen sehr detailliert, von dem ebenso guten Erbreger des Amtes Lehnin von 1605 an über die eingehenden Kontributionsregister der Ämter Lehnin und Saar-

mund, der Vogtei Beelitz von 1627/28, über die Angaben der hier behandelten Quelle und den Landreiterbericht von 1652 hinweg bis zu dem sehr eingehenden Kontributionsregister des Zauchischen Kreises von 1687 läßt sich der Niedergang und der Aufbau der Landschaft in Kleinarbeit nachweisen. Dieser Nachweis geht aber über den Rahmen dieses Berichts hinaus.

Als weiterer Vergleich kann die Zahlung der Grund- und Gebäudesteuer dienen, die in den Hufen- und Giebelschoßlisten des Ständischen Archivs in Potsdam festgehalten sind. Der alte Satz dieser Grundsteuer, pro Hufe 10 Groschen, wurde schon in der Wirtschaftskrise vor dem Kriege 1610/11 auf einen Gulden = 18 Groschen erhöht. Nach vorübergehendem Sinken bis 1625 auf wieder 12 Groschen war der Satz bis zu der allgemeinen Schuldenregulierung von 1675/76 wieder ein Gulden. Er sank erst dann endgültig auf zwölf Groschen. Die Gebäudesteuer für ein in baulichen Würden befindliches Gehöft, der Giebelschoß kletterte von 1605 = 12 Groschen auch auf einen Gulden, 1620 gar auf einen Tl. = 24 Groschen und blieb dann bei 1 Gulden auch über 1675/76 hinaus bestehen. Das Aufkommen dieser Steuer, das die Listen in 5jährigen Perioden festhalten, ist ein ebenso gutes Zeugnis für die Entwicklung pro Jahrfünft wie die Fortschreibung der Rückstände. Die Veranlagung sank von 2900 Gulden im Jahre 1620/21 auf nur 210 Gulden zwanzig Jahre später. Es stieg 1645/46 auf 730 Gulden, 1670/71 auf 1440 Gulden und wurde 1675/76 auf 440 Gulden normalisiert. In der gleichen Zeit schrieb der Einnahmer alle neuen Rückstände den alten zu. Die neuen Rückstände betrugen 1615/16 nur 143 Gulden, verdreifachten sich zwischen 1625 und 1631 von 1037 Gulden auf 3399 Gulden, hielten sich auf dieser Höhe und sanken erst 1650/51 wieder. Der Sekretär schrieb getreulich die Gesamtrückstände bis 1670/71 auf. Sie erreichten die schwindelnde Höhe von 129 100 Gulden, aber fünf Jahre später wurde der Schlußstrich unter diese sinnlose Fortschreibung durch 60 Jahre hindurch gezogen, man fing neu an.

Rückschauend ergibt sich: Eine brandenburgische Landschaft, die von der Natur nicht bevorzugt war, erhob sich trotz zerrütteter Wirtschaft zu einem weiteren Opfer, um den Frieden zu gewinnen. Ein Beweis für den Lebenswillen und das Vertrauen des Landmanns in seine Kraft, eine bessere Zukunft zu gestalten.



## Friderizianische Siedlungspolitik in der Mark Brandenburg

„Kurz, die Mark war einer verlassenen Wüste gleich, in welcher man kaum die Fußstapfen der vorigen Bewohner und des ehemaligen Wohlstandes sah.“<sup>1</sup> Dieses Urteil gibt Borgstede über den Zustand der Mark Brandenburg nach dem Dreißigjährigen Kriege. Beim Regierungsantritt Friedrichs des Großen war allerdings infolge der Aufbaumaßnahmen seiner Vorfahren schon eine wesentliche Besserung eingetreten. Dennoch zeichnete sich die Mark Brandenburg — und überhaupt Preußen — noch immer durch eine besonders dünne Besiedlung aus, namentlich im Hinblick auf andere europäische Staaten. Dazu ganz kurz einige Zahlen. Mehr als den dritten Teil des preußischen Staatsgebietes nahm die Mark Brandenburg ein, d. h. 638 Quadratmeilen (das entspricht ca. 36 000 qkm). Dieses Territorium zerfiel in die Kurmark mit 432 Quadratmeilen<sup>2</sup> und die Neumark mit 206 Quadratmeilen<sup>3</sup>. Für die Kurmark ergab sich eine Bevölkerungsdichte von 1101 Personen<sup>4</sup> pro Quadratmeile, für die Neumark eine solche von 1070 Personen<sup>5</sup> pro Quadratmeile. Um nur ungefähr den bevölkerungsmäßigen Rückstand zu verdeutlichen, sei zum Vergleich die Bevölkerungsdichte Österreichs mit 1900 Menschen und die Frankreichs mit sogar 2550 Menschen pro Quadratmeile genannt<sup>6</sup>.

Bei den Ursachen dieser spärlichen Besiedlung handelt es sich um einen Prozeß, der bereits im Ausgang des Mittelalters seinen Anfang nahm und durch das Zusammenwirken einer Anzahl von Faktoren das Ergebnis der Bevölkerungsarmut zeitigte. Nachdem die Periode der ersten deutschen Ostkolonisation ihren Höhepunkt überschritten hatte, zeigte sich, daß schon Ende des 14. Jahrhunderts eine Anzahl von Dörfern in der Mark Brandenburg wieder verlassen war, z. T. ein Bevölkerungsrückgang von 20 %. Gründe für das Eingehen der Dörfer mögen u. a. Überkolonisierung und Fehlsiedlungen gewesen sein, die ihre Bewohner nicht ernähren konnten<sup>7</sup>.

Weit umfassendere Ursachen waren jedoch die Pest und Seuchen, die in besonders verheerendem Umfang im 14. Jahrhundert wüteten und sich bis ins 15. Jahrhundert erstreckten, so daß es in ganz Deutschland in dieser Zeit kaum ein pestloses Jahr gab. Hinzu kamen wiederholte schlechte Ernten, die Hungersnöte und Hungertyphus hervorriefen. Wilhelm Abels Urteil über ihre Wirkungen lautet, daß die „Hungersnöte und Seuchen mehr Opfer forderten, als selbst die wildeste Soldateska erschlagen haben kann.“<sup>8</sup> Damit lehnt Abel die Kriegstheorie als stärksten Entvölkerungsfaktor ab, obwohl gerade in der Mark Brandenburg das Fehdewesen auch erheblich zur Dezimierung der Menschen beitrug.

Das seiner Bebauer beraubte Land begann also wieder wüst zu werden. Die allmählich sich entwickelnde Geldwirtschaft zwang nun den Ritter als Grundherren, von den Bauern nicht nur Natural-, sondern auch Geldabgaben zu verlangen. Konnte der Bauer sie nicht aufbringen, entzog er sich ihnen durch Abwanderung in die Stadt, so daß die Landflucht eine weitere Gefährdung des Dorfbestandes war. Daher vollzog sich eine soziale Veränderung: um sich die Einkünfte zu sichern, wurde die Bauernschaft vom Ritter an die Scholle gebunden und geriet mehr und mehr in Hörigkeit zu ihrem Grundherren, der im Laufe der Zeit systematisch versuchte, seinen Landbesitz auf Kosten des bäuerlichen Landes zu vergrößern. So nennt Schmoller das 17. Jahrhundert „die blühende Zeit des Bauernlegens“<sup>49</sup>. Der Dreißigjährige Krieg brachte ebenfalls erhebliche Bevölkerungsverluste. Es erwies sich als nötig, den Vorgang der außerordentlichen Entvölkerung der Mark Brandenburg, das Wüstwerden und die Veränderung der ländlichen Besitzverhältnisse über vier Jahrhunderte zu verfolgen, um zu zeigen, daß Friedrich der Große eben noch Auswirkungen und Schäden von vier Jahrhunderten zu mildern oder zu heilen hatte — trotz vorangegangener Aufbauperioden seiner Vorfahren — denn es lag ihm daran, Preußen zu einem kräftigen Staat zu machen.

Das wirtschaftspolitische System des 17. und 18. Jahrhunderts, der sogenannte Merkantilismus, gab vor allem drei Ratschläge für die Mehrung des allgemeinen Wohlstandes und der wirtschaftlichen und politischen Macht eines Staates:

1. *Schaffung einer aktiven Handelsbilanz.* Diese sollte dadurch erreicht werden, daß man die Ausfuhr von Rohstoffen jeder Art verbot, jedoch den Export von Fertigwaren zum Teil durch Prämien unterstützte. Auf der anderen Seite belegte man unerwünschte Einfuhrgüter mit hohen Zöllen. Im Sinne des Merkantilismus setzte man Reichtum mit dem Besitz von Gold und Edelmetallen gleich und wollte durch diese Verbots- und Zollpolitik verhindern, daß diese Metalle ins Ausland abflössen.

2. *Förderung des Gewerbefleißes.* Auch der Aufbau der Industrie unterlag staatlichen Eingriffen und wurde den gewünschten Vorstellungen untergeordnet, die der Staat im Gesamtinteresse der Volkswirtschaft als Wegbereiterin zur nationalen Macht und Wohlhabenheit für zweckmäßig erachtete. Bei der als besonders förderungswürdig angesehenen Textilindustrie half man Handwerkern und Unternehmern durch staatliche Prämien, um die für nützlich und notwendig befundenen Anlagen voranzutreiben. Diese Hinwendung zum Gewerbe und zur Industrie bedingte jedoch in Anlehnung an die importfeindlichen merkantilistischen Gedanken eine Agrarpolitik, die ihrerseits dazu beitragen sollte, dem Staat mit seinen Bewohnern erst die Grundlage der Schaffenskraft durch Sicherstellung der Ernährung zu erbringen. Diesen Anforderungen konnte am besten ein leistungsfähiger Bauernstand auf gut genutztem eigenen Boden nachkommen.

Der König, den freiheitlichen Gedanken der Aufklärung zugeneigt, verachtete wohl die Unfreiheit der Bauern, aber er konnte die eingesessenen Bauern nicht mit einem Zuge befreien und dadurch dem Adel, der sein Offizierskorps bildete, die Arbeitskräfte auf den Gütern entziehen.

3. *Vermehrung der Bevölkerung.* Auch darin sah der Merkantilismus ein Hauptanliegen. Um also seine übrigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen erfolgreich durchführen zu können, schenkte der König innerhalb seiner Wirtschaftspolitik der Bevölkerungspolitik besondere Aufmerksamkeit. Diese populationistischen Tendenzen wurden in den Lehren des Merkantilismus stark betont, denn eine zahlreiche Bevölkerung kam ja dem Machtstreben der absoluten Fürsten in zweierlei Hinsicht entgegen: sie versprach wirtschaftliche sowie militärische Überlegenheit.

„Menschen halte vor den größten Reichtum!“ Dieser Ausspruch Friedrich Wilhelms I. war das Leitbild und überhaupt die Basis des wirtschaftspolitischen Schaffens Friedrichs des Großen. Er konnte den jahrhundertelangen bevölkerungsmäßigen Rückstand nicht durch zufällig Einwanderungswillige ausgleichen, sondern er mußte die sogenannte „Peuplierung“ systematisch vorantreiben. Sein Ziel ging über die bloße Anfüllung des Landes mit Menschen hinaus, indem er die „Be“-völkerungspolitik auf die Stufe der Siedlungspolitik erhob. Die Siedlungspolitik ließ sein wirtschaftliches Förderungsprogramm erst zu voller Wirkung gelangen und verwuchs mit ihm wie die Siedler selbst mit dem Lande. Zwar plante der König seine Wirtschaftspolitik für den ganzen preußischen Staat, jedoch die Siedlungspolitik in der Mark Brandenburg zeichnet sich besonders durch den räumlichen Umfang aus, den dieses Gebiet innerhalb Preußens einnahm, so daß gerade hier die Siedlungsmethoden in ihrer Systematik und Wirksamkeit gemäß den Forderungen des Merkantilismus klar hervortreten.

## Das Siedlerproblem

### 1. *Gründe für die Auswanderung und Herkunft der Siedler nach Gebieten.*

Um die Siedlungsarbeiten zentral von einer Stelle aus systematisch zu leiten und zugleich die der Siedlungspolitik benachbarten Gebiete damit zu verbinden, gründete der König 1740 — vier Wochen nach seinem Regierungsantritt — das sogenannte 5. Departement innerhalb seiner Verwaltung und ordnete ihm die Siedlungsangelegenheiten bei. Bereits im Dezember 1740 erging die Weisung „über Herbeiziehung so vieler Fremder von allerhand Conditionen, Charakter und Gattungen als sich nur thun lassen will.“<sup>10</sup> So wurden von dort aus die Werbeaktionen veranlaßt, die man in Form von Edikten und Patenten im übrigen Deutschland durch die preußischen Gesandten verbreiten ließ. Der König ging also bereits bei den Vorarbeiten zur Besiedlung systematisch vor.

Die Arten der Publizierung waren sehr vielfältig und geschickt. In Frankfurt/M. und Hamburg wurden direkt ständige Werbestationen unterhalten;

im übrigen bediente man sich noch der Werbeagenten und der Anzeigen in einer fremden unabhängigen Zeitung. Später ließ man den preußischen Besatzungsoffizieren in Sachsen Zusammenstellungen mit den Vergünstigungen für die Einwandernden zugehen mit der Anweisung, sie zu verteilen. Eine familiäre und scheinbar private Methode war es, die bereits angesiedelten Kolonisten Briefe in ihre alte Heimat schreiben zu lassen und die Daheimgebliebenen zum Kommen zu ermuntern.

Nun waren allerdings die Lebensverhältnisse in den nicht-preußischen Staaten auch besonders dazu angetan, die Auswanderung zu fördern, und zwar gerade nach Preußen, das sich vor allem durch die dort herrschende Toleranz in Glaubensdingen seit langem auszeichnete. Durch die Toleranzedikte Friedrichs des Großen wurden protestantische Böhmen, Österreicher und Pfälzer herbeigerufen sowie Deutsche aus Polen, die in ihrer Heimat um ihres Glaubens willen verfolgt wurden. Sachsen hatte noch an den Zerstörungen der schlesischen Kriege zu leiden. Hinzu kam hier noch die Einführung des Gesindezwangsdienstes, der die soziale Lage der ländlichen Bevölkerung verschlechterte und sie das freiheitliche Preußen aufsuchen ließ. Auch ganz örtlich beschränkte Katastrophen, wie z. B. Brände, wurden von den preußischen Werbern sofort zum Ansatzpunkt der Werbung gemacht und die Geschädigten ermuntert, den ohnehin nötigen Wiederaufbau ihrer Existenz unter viel günstigeren Bedingungen in Preußen vorzunehmen. Für Mecklenburg war „das um die Mitte des 18. Jahrhunderts in großem Umfange betriebene Bauernlegen“<sup>11</sup> die Hauptursache des Auswanderns, während sich die Einwanderer aus Württemberg dem Menschenhandel entziehen wollten, der mit der männlichen Bevölkerung getrieben wurde, indem man sie als Soldaten nach Amerika verkaufte. Außer den eben erwähnten Ländern waren es noch viele kleine Fürstentümer und Ländchen — auch die Schweiz —, aus denen Kolonisten nach Preußen kamen. So hat Kaplick z. B. für die Mark Brandenburg 40 verschiedene Herkunftsorte gezählt<sup>12</sup>, die sich z. T. in den märkischen Landkarten widerspiegeln, wenn man im Warthe- und Netzebruch Ortsnamen wie Neu-Soest, Neu-Mecklenburg oder im Oderbruch Vevais und Beauregard findet.

## 2. *Bewährung der Siedler*

Es ist bisher gezeigt worden, daß man sich in Preußen alle nur erdenkliche Mühe gab, eine große Anzahl von Siedlern ins Land zu ziehen. Zuerst wurden jeweils die örtlichen Besiedlungspläne ausgearbeitet, und dann mußten z. T. mehrere hundert Familien gewonnen werden, denn der König prüfte anhand von Tabellen sehr genau, ob die Familienzahl erreicht wurde. Da zudem den Werbeagenten Kopfgeld für die Angeworbenen gezahlt wurde, mußte es die bedenkliche Folge haben, daß man auf Quantität der Siedler mehr Wert legte als auf ihre beruflichen und menschlichen Qualitäten.

Der König wollte diesem Übel vorbeugen und empfahl landwirtschaftliche Eignungsprüfungen, desgleichen Spinnprüfungen, wenn er Facharbeiter für

Qualitätsspinnen suchte. Aber derartige Prüfungen ließen sich bei der großen Anzahl der Einwanderer nicht durchführen. Nach Möglichkeit sollten auch vollkommen mittellose Einwanderer nicht aufgenommen werden. Doch dabei mußte man berücksichtigen, daß Armut nicht immer ein Zeichen früherer Untüchtigkeit war. Gerade die Böhmen kamen besonders ärmlich in Preußen an und führten an, „oft hätte man ihnen nur fünf Gulden mitzunehmen erlaubt, so daß sie zunächst nur das Leben und den Glauben hätten retten können.“<sup>13</sup> Sofern man die Kolonisten bei der Auswanderung nicht behindert hatte, brachten sie durchaus Hausrat, Vieh und Bargeld mit, z. T. über 200 Taler pro Familie, für damalige Zeiten eine recht beträchtliche Summe. Er sollte jedoch nicht der Eindruck entstehen, als ob in Preußen nun alles erlaubt sei, und der König schärfte in einem Nachsatz einem Werbeagenten ein: „So viel es in der Welt möglich ist, bitte, gute Leute zu nehmen und ihnen gleich anfänglich zu sagen, daß sie sich hier im Lande ordentlich aufführen müßten.“<sup>14</sup>

So versuchte Friedrich der Große zwar, einen Riegel vorzuschieben und die Einwanderung von untauglichen, faulen Personen zu verhindern, aber es kam ihm ja hauptsächlich auf die Menschen an, von denen er annahm, daß sie sich sicher im Laufe der Zeit an die preußische Ordnung gewöhnen würden. Abenteurer fanden sich meist in den schon vorher besitzlosen Schichten, die leichten Fußes und auch leichten Herzens ihre Heimat verlassen konnten. Diese trügen und liederlichen Elemente schädigten dann das Ansehen der übrigen Siedler. Dennoch stand der König meist auf seiten der Kolonisten und suchte die Schuld eher bei seinen Beamten, weil sie sich nicht genug um sie gekümmert hätten. Die Auslese unter den Siedlern, die der König direkt nicht durchführen konnte, wurde von den Verhältnissen getroffen. Gotthardt Arndt nennt es die „Bewegung zum tüchtigen Wirt hin“<sup>15</sup>. Ihr fielen eben die Siedler zum Opfer, welche den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen waren. Doch das waren im allgemeinen nur Ausnahmen. Der König hatte seinen neuen Einwohnern bei ihrem Start zwar weitgehendes Entgegenkommen gezeigt, aber dann galt es, durch unausgesetzten Fleiß die einmal gewonnene günstige Ausgangsposition zu behaupten, weiter auszubauen und sich für die vom preußischen Staat gebotene Chance als Könnner zu zeigen, was von der Mehrheit der Kolonisten durchaus zu sagen ist.

Dank der einheitlichen Leitung wie auch der Nachsicht und manchmal der Strenge des Königs ist es gelungen, mit der bunt zusammengesetzten Masse der Kolonisten das Siedlungsprogramm erfolgreich durchzuführen und die Menschen fruchtbringend dem preußischen Staate einzugliedern.

## Die Landgewinnung

### 1. Kultiviertes Land

Es ist bereits festgestellt worden, daß es vor allem in der Mark Brandenburg sehr viel mehr Land als Bewohner dazu gab, und der Boden dementsprechend kaum genutzt werden konnte. Dieses Land sollte nun durch



die Ansiedler einer intensiven Bearbeitung unterworfen werden, so daß der Landbeschaffung keine räumlichen Schwierigkeiten im Wege standen. Dabei haben wir zwischen kultiviertem und unkultiviertem Boden zu unterscheiden.

Bei dem kultivierten Boden handelte es sich allerdings nicht um zur Aussaat bereites Ackerland, sondern nur um bisher extensiv genutzte Flächen, die jedoch früher schon einmal unter dem Pflug gewesen waren, sogenanntes mehrjähriges Land, das nun abgebaut werden sollte. Gerade bei großen Betrieben gab es eine Menge mehrjährigen Landes, das unter Umständen nur alle zwölf Jahre bebaut wurde. Soweit sich dieses Land in Privatbesitz befand, ermunterte der König die Besitzer durch Prämien oder Titelverleihung zur Ansetzung von Siedlern. Der König ließ sich vorher stets genaue Anschläge unterbreiten, die er auch selbst zu prüfen verstand, weil er nicht abbaute und aufteilte nur um des Abbaues willen, sondern sehr darauf bedacht war, daß die Siedler auch ihr Auskommen fanden. Auf den Domänen, d. h. dem staatseigenen Boden mußten die bemittelten Domänenpächter, um in den Genuß günstiger Pachtkontrakte zu gelangen, ebenfalls Siedler ansetzen, um wirkliche Ausnutzung des Bodens zu garantieren. Eine Zwischenform von staatlicher und privater Siedlungstätigkeit war das „Entreprisesystem“, zu dem man griff, als der Siedlerstrom schwächer wurde, und der Staat die Initiative zur Kolonistenbeschaffung mehr in private Hände legen wollte. Hierbei überließ die Domänenkammer einem Unternehmer, d. h. „Entrepreneur“ als Anreiz ein beträchtliches Stück Land erb- und eigentümlich (z. T. bis 1500 Morgen) mit der Auflage, dort auf eigene Kosten Siedler anzusetzen. Leider stand aber meistens bei den Unternehmern die Spekulationslust höher als der Plan des Königs, indem sie das Gut entweder wieder teurer verkauften oder nur Tagelöhner ansetzten, die für sie arbeiten mußten, so daß diese Form der Bodenbeschaffung als fehlgeschlagen zu betrachten ist.

## 2. *Unkultiviertes Land*

In der Mark Brandenburg nahm jedoch den weitaus größten Teil der Landbeschaffung die Melioration unkultivierten Bodens ein. Hier wurden tausende von Morgen im wahrsten Sinne des Wortes „gewonnen“, indem man weite Flächen des Bruch- und Sumpfgeländes urbar machte, und dieses völlige Neuland, das ein wirkliches Plus in der Landbeschaffung darstellte, unter den Pflug brachte. Unsere Mark war besonders reich an derartigen Brüchen und Lüchen, so daß Friedrich der Große während seiner ganzen Regierungszeit Projekte über deren Urbarmachung zum Zwecke späterer Besiedlung laufen hatte. Vier Gebiete nehmen einen bedeutenden Rang hinsichtlich der Melioration ein: das Oderbruch, das Netzebruch, das Warthebruch und das Rhin- und Dosseluch, daneben noch kleinere Meliorationsgebiete an der Notte, Nuthe, Nieplitz und Jägelitz.

Die Melioration des *O d e r b r u c h s* stand zeitlich und bedeutungsmäßig an erster Stelle. Es handelte sich um eine Fläche von ca. 675 qkm<sup>16</sup>, die

ständigen Überschwemmungen ausgesetzt und vollkommen versumpft war, so daß die wenigen Bewohner meistens nur von der Fischerei lebten. Daher begannen 1747 auf königlichen Befehl die Arbeiten zur Flußregulierung und Trockenlegung des Landes durch ein Kanal- und Grabensystem, die im großen 1753 beendet waren. Danach kam die Kleinarbeit der weiteren Dammbefestigung und -erhöhung sowie anderer Deicharbeiten. Um die einheitliche und schnelle Durchführung des so lohnenden Bodengewinnungsprojektes zu garantieren, hatte der König ungeachtet der Besitzfrage über das ganze Gebiet verfügt. Die Kosten übernahm letztlich sämtlich die königliche Kasse. Der Beitrag der übrigen Nutznießer bestand in Landabtretungen und einer anteilmäßigen Beteiligung an der Wallunterhaltung. Das eingedeichte Land betrug im gesamten Oderbruch ca. 225 000 Morgen<sup>17</sup>, und der wesentliche Teil der Besiedlung vollzog sich in den Jahren 1753 bis 1763. Gottfried Wentz weist insgesamt einen Zuwachs von 1252 Familien<sup>18</sup> nach, wobei die Familie allgemein mit fünf Personen angenommen wurde. Hier ein Beispiel der Landverteilung in Alt-Medewitz 1754: Die Alteingesessenen erhielten je 64 Morgen Land hinzu, außerdem wurde noch folgende Morgenzahl für gemeinschaftliche Dorfbedürfnisse ausgegeben, die etwa auch für die übrigen Dörfer galt:

Kirche	8 Morgen
Schulze als zinsfreie Dienstwiese	10 Morgen
Schulmeister	7 Morgen
Hirte	7 Morgen
Nachtwächter	7 Morgen
Gemeindebulle	11 Morgen <sup>19</sup>

Die neuen Familien erhielten je 90 Morgen Land. Nach anfänglichen Rückschlägen durch Überflutungen entwickelte sich das Oderbruch zu einem besonders guten Gerstenacker, so daß der König anlässlich einer Besichtigung mit Recht ausrufen konnte: „Hier hab' ich mir im Frieden eine Provinz erobert!“<sup>20</sup>

Der zweite größere Meliorationsplan des Königs sah die Landgewinnung im N e t z e b r u c h vor. Bautechnisch glichen die Arbeiten denen im Oderbruch. Sie vollzogen sich in den Jahren 1763-69, und gleichzeitig lief auch die Besiedlung. Preuß gibt für das Netzegebiet die Ansetzung von 911 Familien an<sup>21</sup>.

Bisher hatte man sich dort ebenfalls nur von Fischerei und Bienenzucht ernährt und nur einige schlechte Äcker bestellt. Nach der Trockenlegung verfügten die Bauern über je 94 Morgen Acker, 30 Morgen Wiese und 24 Morgen Hütung; die Kossäten über 47 Morgen Acker, 15 Morgen Wiese und 16 Morgen Hütung, während die Häusler gar keinen Acker erhielten, da sie bei den größeren Bauern im Tagelohn arbeiteten; jedoch bekamen sie auch 10 Morgen Wiese und 12 Morgen Hütung.

Es war also auch im Netzebruch ein beträchtlicher Gewinn an Kulturboden zu verzeichnen.

Schwieriger gestaltete sich die Melioration des dritten großen Bruchgebietes in der Mark Brandenburg, des *W a r t h e b r u c h s*. Die Arbeiten zogen sich von 1767 bis 1782 hin, da die ungesunden Wasserarbeiten durch epidemische Krankheiten viele Opfer unter den Arbeitern forderten. Zudem war der Erdboden derartig locker, daß die Deiche fortwährend wieder versanken und einer ständigen Nachschüttung bedurften. Die Gräben der Binnenentwässerung nahmen allein eine Länge von 300 km ein. Doch zum Schluß wurden von den 500 qkm des Bruches rund 450 qkm<sup>23</sup> eingedeicht und als Neuland gewonnen.

Von 95 000 Morgen urbaren Ackerlandes wurden ca. 69 000 an Kolonisten ausgegeben, die es für den Anbau von Gerste, Hafer, Kartoffeln und Ölfrüchten benutzten. Der zeitgenössische Statistiker Stubenrauch gibt die Anlage von 94 neuen Dörfern mit 1 755 Familien gegenüber 51 alten Dörfern mit 1 088 Familien an<sup>24</sup>.

Als letztes größeres Meliorationsgebiet in der Mark Brandenburg sei noch die Grafschaft Ruppin genannt. Außer kleineren Verbesserungen am Rhin, der Dosse, Jägelitz und Silge ab 1747 wurde ein zusammenhängender Trockenlegungsplan in den Jahren 1772-1775 im *R h i n - u n d D o s s e - l u c h* durchgeführt. Stadelmann gibt die Zahl der trockengelegten Morgen mit 73 958 an<sup>25</sup>. Die Zahl der neuangelegten Orte während der Regierung Friedrichs des Großen betrug nach Bratring: 29 Dörfer, 13 Vorwerke, 4 Meiereien, 5 kleine Einliegeretablissemments und 3 Glashütten. Er rechnet einen Zuwachs von ca. 3 500 Personen<sup>26</sup>.

Diesen außerordentlichen Landgewinnen in allen Teilen der Mark Brandenburg standen manchmal noch technische Mängel entgegen, so daß einige Abstriche gemacht werden mußten, die jedoch im Laufe der Zeit behoben wurden.

Es ist gezeigt worden, daß mit dem Land die Grundbesitzer — falls es nötig war — entschädigt wurden und damit auch einen wesentlichen Teil zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität beitragen konnten, wenn sie den Boden intensiv bearbeiteten. Den Hauptanteil des Zuwachses machte man jedoch dem Siedlungswerk zugänglich, so daß Friedrich der Große neugewonnenen Menschen neugewonnenen Boden zuwies.

**Vergünstigungen, Rechte und Pflichten der Siedler**  
Außer den erwähnten ideellen Freiheiten bot Preußen seinen neuen Einwohnern sehr handfeste materielle *V e r g ü n s t i g u n g e n*, die für alle Zuzügler aus nichtpreußischen Gebieten galten und ihnen durch Edikte und Patente garantiert wurden. Diese Edikte zeigten wirkliches Entgegenkommen, denn die sogenannten „Wohltaten“ setzten teilweise sogar vor Eintreten in Preußen ein. Um die Zuwanderer aus Polen vor Überfällen und Behinderungen zu schützen, sicherten preußische Kavallerieregimenter etappenweise bis nach Posen den Weg der Kolonistenzüge. Man gebrauchte dabei z. B. die listige Ausrede, es handle sich um die „Empfangnahme und Bedeckung von Remontetransporten!“<sup>26</sup>

Weiterhin schuf man den Kolonisten für die Anreise zwei Erleichterungen: man stellte ihnen Reisepässe und gedruckte Vorspannscheine für ein oder zwei Pferde von einem Relais aus. Mit dem Betreten preußischen Bodens wurde ihnen kostenloser Transport ihrer Person und ihrer Habe bis zum Bestimmungsort zugesichert. Als weitere Beihilfe erhielten sie ein sogenanntes Meilengeld, das als Zuschuß zu den Reisespesen gedacht war. Es richtete sich nach der Personenzahl der Familie und dem zurückgelegten Weg. Die Kolonisten aus dem Rheinland waren ca. vier Wochen unterwegs. Die mitgebrachten Güter durften zollfrei eingeführt werden, und falls die neuen Heimstätten noch nicht bezugsfähig waren, wurden die Siedler in Berlin untergebracht und erhielten ebenfalls ein Aufenthaltsgeld.

Die Kolonisten mußten oft ihr Haus selber bauen, allerdings mit kostenlosem Holz aus den königlichen Forsten, für welches sie nur den geringen Holzfällerlohn zu zahlen hatten. Der Hausbau mußte dann unter Kontrolle des Amtsbaumeisters durchgeführt werden. In den königlichen Dörfern waren jedoch aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der Vorsorge die Häuser bereits gebaut. Spätere Hausreparaturen wurden zu halben Kosten oder mit kostenlosem Bauholz durchgeführt. Um die Schulbildung zu heben, wurden für Schulbauten ebenfalls Baumaterialien zur Verfügung gestellt. So wies 1769 das Netzebruch 12 Kolonistenschulen auf<sup>27</sup>, eine deshalb erwähnenswerte Zahl, weil besondere Schulgebäude in den alten Dörfern durchaus keine Selbstverständlichkeit waren. Außerdem hatte man im Netzebruch in Grenznähe auch protestantische Kirchen auf Staatskosten bauen lassen, um die preußische Toleranz zu dokumentieren.

Man war darauf bedacht, die Siedler Schritt für Schritt zu unterstützen, bis sie selbst Fuß gefaßt hatten. Vorerst galt es, die Zwischenzeit bis zur ersten Ernte zu überbrücken, was durch Geld oder Kornverteilung geschah. Außerdem wurde freies Saatkorn geliefert. Einer der wichtigsten Punkte bei den Vergünstigungen war die Landverteilung. Je nach den mutmaßlichen Qualitäten der Siedler und nach dem Gesamtplan des Königs für die jeweilige Kolonie wurden die Ländereien ausgemessen. Nur als Beispiel einige Proportionstypen: Im Wartheland kamen pro Familie zur Verteilung 30 Morgen Acker, 12 Morgen Wiese, 1 Morgen Garten, aber auch Stellen mit 60, 90 und mehr Morgen<sup>28</sup>. Im Rhin- und Dossegebiet: Milch- und Viehwirtschaften („Holländereien“) mit 50 Morgen, Hopfengärtner mit 14 Morgen und Büdner mit 4–5 Morgen<sup>29</sup>. Im Oderbruch vermaß man auf königlichem Boden in Neu-Lietzegörücke Stellen mit je 90, 60 und 45 Morgen. Dazu gehörte jeweils eine Viehausstattung von 6–12 Kühen und 3–6 Ochsen, die von der königlichen Verwaltung gestellt wurden<sup>30</sup>. Manchmal ging man sogar persönlicher vor, indem man dem Kolonisten 10–30 Taler „Kuhgeld“ zur Verfügung stellte und ihn das Vieh selbst aus einer großen Herde aussuchen ließ<sup>31</sup>.

Die Siedler auf adligem Boden fuhren hinsichtlich der Landverteilung meist nicht so gut, da die adligen Grundbesitzer lieber kleine Büdnerstellen ver-

gaben, die ihnen Land ersparten, aber gleichzeitig Landarbeiter sicherten, da diese kleinen Stellen ihre Besitzer ja nicht ernähren konnten. Die Felder selbst wurden in gerodetem Zustand übergeben, falls es sich um vorher bewachsenes Land gehandelt hatte, jedoch mit Stubben durchsetzt, denn irgendwann mußte der Zeitpunkt einsetzen, an dem die Siedler selbst zu packen mußten und sich an ihr Land gerade durch die darauf verwandte Arbeit binden sollten. Je nach der Güte des Landes wurden den Siedlern dann 1, 2, 3, 4 oder auch 6 Freijahre gewährt, d. h. sie hatten keine Abgaben zu zahlen.

Weiterhin entband man die Kolonisten für 15 Jahre vom Vorspann, Wolfsjagen, Wachen, Grabenräumung und von den Nachbarlasten auf drei Jahre.

Analog zu den Unterstützungen für die bauerliche Bevölkerung galten entsprechende Erleichterungen für die Handwerker in den Städten oder auf dem Lande: Ebenfalls Bauzuschüsse, Wollzuschüsse für Gewerbetreibende der Tuchmacherzunft oder sogar Werkausstattungen. Während der Freijahre wurde von den Kolonisten in der Stadt keine Stempelgebühren und Gerichtssporteln erhoben.

Diese recht umfangreiche Reihe von Vorteilen, die man den Kolonisten bot, stellte nicht nur ein schmackhaftes Lockmittel dar, sondern der König ließ auf ihre Einhaltung streng achten und half bei Bittschriften auch noch in Sonderfällen aus. Die sinnvollen Hilfsmaßnahmen für das tägliche Leben waren gut durchdacht und dienten wirkungsvoll dazu, den Neuanfang und das Einleben zu erleichtern. Das Entgegenkommen des Königs in materieller und ideeller Hinsicht sollte die Siedler praktisch und psychologisch unterstützen und ihnen Preußen wirklich zur neuen Heimat machen.

Bisher war von den vorübergehenden Vergünstigungen die Rede, doch mit diesen materiellen Beihilfen hatten sich die königlichen Edikte noch nicht erschöpft, sondern sie versprachen und hielten noch weit mehr Zugeständnisse, die sich nicht in Geldwert ausdrücken ließen. Religiöse Toleranz für jegliches Bekenntnis war selbstverständlich. Doch besonders zeichnete sich die besitz- und sozialrechtliche Stellung aus, die man den Siedlern zuwies, da sie im krassen Gegensatz zu der der alteingesessenen Bevölkerung stand.

Dazu ganz kurz ein Exkurs über die rechtlichen Verhältnisse des übrigen Bauernstandes. Die Bauern waren schollengebundene Untertanen ihrer Gutsherrschaft in verschiedenen Abhängigkeitsstufen. Das häufigste Besitzverhältnis im 18. Jahrhundert war unerblich-lassitischer Art: der Gutsherr hatte dem allmählich unter dem Druck der Abgaben, Kriege und Lasten verarmten und herabgedrückten Bauern dann Hof und Hofwehr über-„lassen“ und sich dadurch die Möglichkeit vorbehalten, den Bauern jederzeit abzusetzen. Ebenso waren die untertänigen Bauern zur Annahme eines solchen Laßhofes gezwungen. Diese Handhabung ging natürlich — abgesehen von den sozialen Mißständen — auf Kosten der Be-



wirtschaftung, da den Bauern jegliches Interesse und die Verbundenheit mit ihrem Besitz fehlte. Friedrich der Große konnte es sich nicht leisten, auf einmal eine vollkommene Änderung der gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse durchzuführen, obgleich er diese Unfreiheiten mißbilligte. Einmal wäre durch eine rigorose Reform der Adelsstand wirklich geschwächt worden, und zum anderen hätte sich der Bauernstand bei einer gänzlichen Loslösung vom Gutsherrn wegen seiner schlechten wirtschaftlichen Lage in Hilflosigkeit befunden. So bewirkte die Bauernschutzgesetzgebung des Königs zwar keine tiefen Eingriffe in die bestehende Struktur, doch sie hatte im wesentlichen zwei positive Auswirkungen in besitz- und sozialrechtlicher Hinsicht: Begrenzung und Erhaltung des Bauernlandes und Milde rung der bäuerlichen Frondienste.

Wenn es dem König also mit Rücksicht auf die ständestaatliche Ordnung nicht möglich war, durchgreifende Neuerungen mit einem Schlage zu schaffen, so hatte er doch bei der Bestimmung der rechtlichen Stellung der Siedler freie Hand. Die besitz- und erbrechtlichen Bestimmungen für die Kolonisten waren folgende: Die Stellen wies man ihnen erb- und eigentümlich zu, allerdings unter der Voraussetzung ordentlicher Wirtschaftsführung. Sie konnten auf die erbberechtigten Nachkommen übergehen. Nur bei Verpfändungen mußte eine Genehmigung eingeholt werden. Um dem Siedlungswerk in der gewünschten Form Bestand zu verleihen und es vor etwaigen Spekulationsgelüsten der Siedler zu schützen, war eine Veräußerung erst nach der dritten Generation möglich. Man mag in dieser Bestimmung doch eine Beschneidung der Verfügungsgewalt des Kolonisten über sein Gut sehen, die aber ihre Berechtigung hatte. Sie sollte den Siedler vor unbedachten Schritten schützen und an seinen Hof binden, falls er bei anfänglichen Schwierigkeiten von neuem von der Veränderungslust gepackt werden sollte.

So hatten die Kolonisten gegenüber den märkischen Laßbauern trotz dieser gewissen Einschränkungen eine weitaus überlegenere besitzrechtliche Stellung. Sozialrechtlich konnte der König die Siedler ebenfalls höher einstufen. Zwangsgesinde dienst gab es für sie nicht. Außerdem waren sie selbstverständlich heiratsfrei. Zudem hatte man noch eine weitere Last von ihnen genommen. Es hieß: „Die Fremden sind mit den ihrigen vom Enrôlement und der gewaltsamen Werbung frey“<sup>32</sup>, d. h. den Kolonisten wurde damit zugesichert, bis in die dritte Generation vom Militärdienst befreit zu sein, was bei der unerbittlichen Strenge, mit der die Aushebungen sonst erfolgten, — denn gerade der Bauernstand stellte hauptsächlich die Soldaten — einerseits keine Kleinigkeit bedeutete, andererseits psychologisch sehr geschickt war. Weiterhin bestand für die Siedler das Recht der Einquartierungsfreiheit und sie hatten nicht den „Servizzutrag“, d. h. das übliche Reitergeld zu zahlen.

Friedrich der Große hatte neben den kurzfristigen Erleichterungen diese Rechte über fast ein Jahrhundert verbrieft. Von den dann lebenden Nach-

kommen der Siedler durfte man annehmen, daß sie soweit mit Preußen und seinen Bewohnern verwachsen wären, daß sie gleichmäßig mit der übrigen Bevölkerung alle landesüblichen Pflichten übernehmen könnten.

Den beträchtlichen Erleichterungen der Siedler standen natürlich P f l i c h t e n gegenüber. Selbstverständlich verlangte man eine ordentliche Wirtschaftsführung. Nach Ablauf der Freijahre hatten die Kolonisten für ihr Land Erbzins zu zahlen, der sich nach der Bodengüte richtete. Für das Oderbruch betrug der Zins z. B. 16 Groschen jährlich pro Morgen, für sehr guten Boden 18 Groschen<sup>33</sup>. Im Warthebruch schwankte die Zinshöhe zwischen 8—12 Groschen<sup>34</sup> und sah Ermäßigungen bis zu 4 Groschen bei den der häufigen Überschwemmung ausgesetzten Gebieten vor. Die Zinshöhe erwies sich meist als angemessen. Gottfried Wentz bringt die Bilanz einer 90-Morgen-Stelle im Oderbruch, die einen Überschuß aus Getreide- und Viehverkauf von 210 Talern abwarf. Nach Abzug der 60 Taler Erbzins verblieben noch 150 Taler Reingewinn<sup>35</sup>. Da die Kolonisten sich als besondere Schützlinge des Königs fühlten, versuchten sie, diese Position noch weiter auszubauen und kamen in vielen Bittschriften um Herabsetzung des Zinses ein. Die adligen Grundbesitzer hatten sich von vornherein gegen Ermäßigungen bei schlechten Ernten verwahrt, aber der König gewährte z. T. Ersatz bei Viehsterben oder half mit Saatvorschüssen und Brotkorn aus. Im allgemeinen versuchte man jedoch, den Anträgen auf Zinsnachlaß im Interesse der Einkünfte, und um die Siedler zu fleißiger und ausdauernder Arbeit anzuhalten, nicht zu oft stattzugeben.

Zu den Pflichten der auf ehemaligem Bruchland angesetzten Kolonisten gehörte es, ihrerseits dazu beizutragen, daß die Wälle verbessert und ihre Ländereien dadurch zu ihrem Wohle vor Überschwemmungen geschützt wurden. Sie hatten Deich- und Wallgelder zu zahlen, die im Oderbruch je Dammrute ca. 3 Groschen und pro Pferd oder Rind noch 1 Groschen betrugen<sup>36</sup>. Das stellte nur einen Zuschuß für die laufenden Reparaturen und Erhöhungen der Wälle dar, denn die Wallkosten beliefen sich teilweise auf 3—4 Taler pro Rute<sup>37</sup>. Weiterhin mußten die Siedler Weiden und Strauchwerk zur Befestigung der Dämme anpflanzen, sie hatten für Wallräumung zu sorgen und bei Gefahr Wallwache zu halten. Viehtreiben auf den Wällen war bei „Karrenstrafe“ verboten. Außerdem hatten die Kolonisten für Leistungen aufzukommen, die im allgemeinen Interesse der Dorfgemeinschaft lagen, z. B. Zahlung des Pfarrers, Küsters, Lehrers, Hirten und Nachtwächters.

Die auf adligem Grundbesitz Angesiedelten fuhren in der Bemessung ihrer Pflichten wiederum schlechter, als diejenigen, deren Grundherr der König war. Diese Kontrakte sahen z. T. doch Dienstage oder Abgaben vor. Friedrich der Große erfuhr von diesen Eigenmächtigkeiten erst auf dem Wege der Bittschriften und Klagen, da diese Verträge nicht von seinen Beamten aufgesetzt waren.

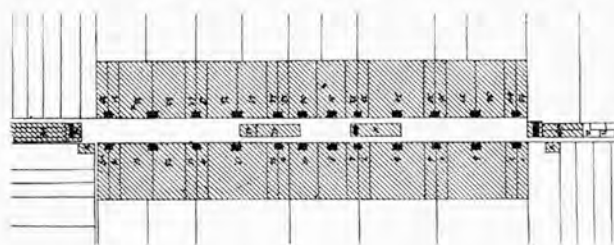
Trotz dieser nicht im Sinne des Königs liegenden Zuwiderhandlungen, die im Rahmen des gesamten Siedlungswerkes in der Mark Brandenburg aber keinen bedeutenden Umfang einnahmen, muß festgehalten werden, daß die Pflichten der Siedler angemessen bestimmt wurden, zumal man ihnen eine besonders begünstigte und in der damaligen Zeit fortschrittliche Stellung innerhalb ihres Standes eingeräumt hatte.

## Siedlungen landwirtschaftlicher und gewerblicher Art

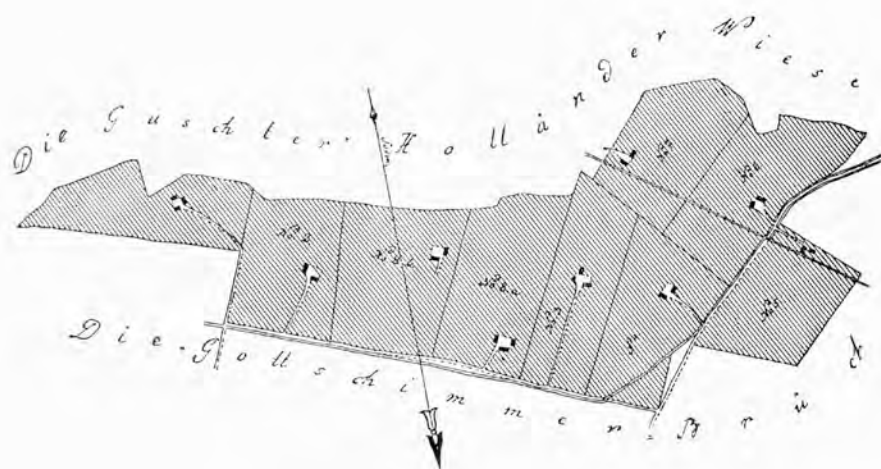
### *Dorf- und Hausanlage*

Da die systematische Siedlungspolitik Friedrichs des Großen eine Neuerung in der inneren Kolonisation darstellte, konnte sich der König auf diesem Gebiet nicht auf ausgebaute Erfahrungen stützen, aber dadurch wurde ihm die Möglichkeit gegeben, das Neue und Methodische auf alle Bereiche des Siedlungswerkes auszudehnen.

Wir haben gesehen, daß die Ansiedlung der Kolonisten in der Mark Brandenburg in den überwiegenden Fällen auf ganz neugewonnenem Land erfolgte. Deshalb wuchs ein derartiges Dorf nicht organisch durch allmähliche Bevölkerungsvermehrung, sondern es entstand auf einmal für eine bestimmte Anzahl von Familien. Es gab zwei Hauptsiedlungstypen, die manchmal ineinander übergingen: das geschlossene Dorf, welches sich um einen Anger gruppierte oder das reine Straßendorf mit einer oder zwei Häuserzeilen. Diese Art überwog im Rhin- und Dosseluch. Im Oderbruch schuf man geschlossene Dörfer, wobei der ehemalige Bruchcharakter des Bodens die Anlage bestimmte. Die Dörfer stiegen terrassenförmig an, da man in der Mitte des Dorfangers einen sogen. Schachtgraben aushob, der gleichzeitig noch zur Entwässerung diente. Als typisches Oderbruchdorf kann das 1753 angelegte Neu-Lietzegöricke gelten. Bauern- und Büdnerstellen wechseln miteinander ab, und jeder Besitzer hatte sein Land gleich hinter seinem Hof. Da das Warthe- und Netzebruch später als das Oderbruch besiedelt wurde, war man inzwischen zu einer anderen Form der Ackerverteilung übergegangen. Der Kolonist bekam sein Land nicht mehr als verschiedene breite Streifen hinter seinem Haus, sondern sein Gehöft lag inmitten seines Landes und er war dadurch von den Fesseln des Flurzwanges befreit. Diese Form der Landvermessung wird deutlich an dem abgebildeten Beispiel aus Neu-Schöningsbrück.

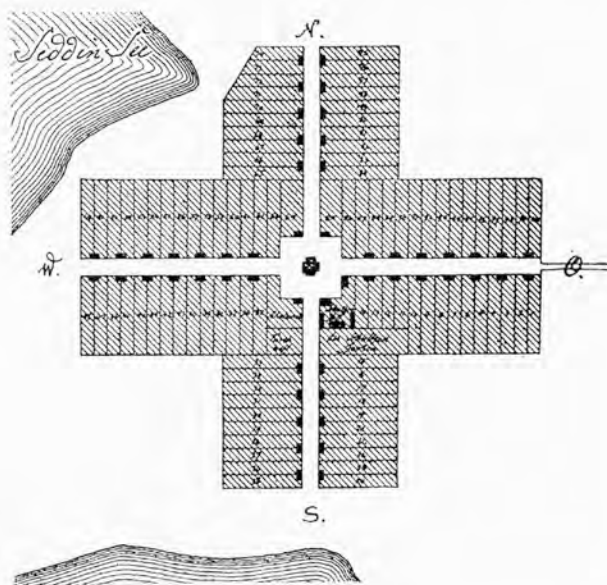


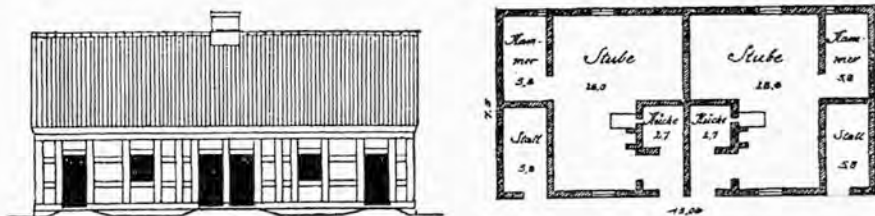
*Neu-Lietzegöricke  
im Oderbruch*



Neu-Schöningsbrück im Netzebruch

Bei den Arbeiterkolonien gab die Beschäftigung der Bewohner der Anlage das Gepräge. Sie entstanden zweizeilig, jede Zeile mit 25 bis 50 Doppelhäusern bebaut. Auf dem Dorfplatz, den man als Viereck, Rondell, Oktagon oder Kreuz gestaltete, standen die Gemeinschaftsgebäude, wie wir es im Spinnerdorf Gosen sehen.





*Spinnerhaus für zwei Familien in Schönwalde bei Mühlenbeck nach einer Zeichnung von 1754*

Weil nach dem Siedlungsplan Friedrichs des Großen die wirtschaftliche Bestimmung jeder Kolonie meist vorher insgesamt festgelegt wurde, konnte man beim Entwurf und Bau diesen Charakter sogleich berücksichtigen, die jeweilige Bauart der Häuser danach bestimmen und sie alle gleichzeitig bauen. Durch diese Serienproduktion wurden auch die Baukosten erheblich gesenkt. Die oben erwähnten Arbeitersiedlungen wiesen meist Doppelhäuser auf, die sich billiger herstellen ließen und sich in der Gesamtheit stattlicher als Einfamilienhäuser ausnahmen, wie wir es auf dem Bild aus Schönwalde sehen.

Bei der Aufteilung des Grundrisses stand der Beruf der künftigen Bewohner ebenfalls im Vordergrund. Falls die Häuser von Heimarbeitern bezogen wurden, erhielten sie einen größeren Raum von ca. 20 bis 25 qm<sup>38</sup> zur Aufstellung ihrer Geräte, z. B. des Webstuhles. Daneben gab es dann noch eine kleine Kammer, auch einen Stall, und auf dem Boden ließen sich ebenfalls noch Kammern abschlagen. In den Siedlungen der Landarbeiter veranschlagte man in Einschätzung ihrer Lebensgewohnheiten lieber eine große Wohnküche und Schlafkammern. Die Größe der Bauernhäuser bestimmte sich nach der Morgenzahl ihrer Besitzer.

So kümmerte sich der König genau um sein Siedlungswerk und verfügte detaillierte Angaben und Bestimmungen vom Entwurf eines gesamten Dorfplanes über den Hausbau bis zur Baustoffverwendung, und die Heimstätten, die man den Siedlern überwies, paßten sich ihrer künftigen Tätigkeit sowie den geographischen Gegebenheiten sinngemäß an.

### *Landwirtschaftliche Siedlungen*

Der Ratschlag des Merkantilisten Justi, daß man jährlich einen Getreideüberschuß anbauen müsse,<sup>39</sup> spiegelte genau des Königs Ansichten wider. Wie bereits ausgeführt, legte Friedrich der Große in seinem wirtschaftspolitischen System einen Schwerpunkt auf die Agrarpolitik. Es kam ihm darauf an, im merkantilistischen Sinne zu versuchen, Preußen weitgehend von der Einfuhr ausländischer Getreideprodukte unabhängig zu machen. Die preußische Landwirtschaft sollte in allen Zweigen gefördert und produktiver gestaltet werden. Der König hegte eine Vorliebe für mittlere Betriebe,



die einmal seinen populationistischen Tendenzen entgegenkamen, und die ihm zum anderen eine intensive Bearbeitung des Bodens zu garantieren versprochen. In der Kurmark betrug der Anteil der Bauernkolonien 22 % gegenüber 78 % Kleinsiedlungen, während sich in der Neumark, die Bauern- und Kleinsiedlungen mit je 50 % die Waage hielten.<sup>40</sup> In den einzelnen Gebieten lag das Verhältnis etwas anders. Die kleinen Siedlerstellen waren bewußt in das Siedlungswerk mit einbezogen. Ihren Inhabern fiel die Funktion zu, den Landarbeitermangel zu beheben, indem sie neben der Bebauung ihrer Stelle noch auf Tagelohn gingen. Das stellte ebenfalls eine Verbesserung der Landbearbeitung dar, denn die Tagelöhner arbeiteten intensiver und besser als die dazu gezwungenen Fronbauern. Diese Büdnerkolonien hatte man meist in der Nähe eines Vorwerkes angelegt, bei dem sie gebraucht wurden. Auch bei diesen Kleinstellen rechnet Erich Neuhaus bei 11 Morgen Land der dritten Bodenklasse noch einen Reingewinn von 66 Talern nach einer Zinszahlungsperiode aus.<sup>41</sup>

Aber nicht nur eine angemessene Größenordnung, sondern auch die Anbaumethode spielte eine Rolle für die Intensivierung der Landwirtschaft. Der König kümmerte sich ebenfalls um die ländliche Produktionsweise. So wollte er den Flurzwang abgeschafft wissen und die Separation durchführen. Außerdem lag ihm daran, die englische oder holländische Futterwirtschaft einzuführen, und er legte daher im Rhin- und Dosseluch die „Holländereien“ an, die sich hauptsächlich mit Viehzucht und Milchwirtschaft beschäftigten. Ebenfalls im Rhingebiet förderte er den Hopfenanbau, auch die Seidenproduktion wurde versucht — aber mit nicht allzu großem Erfolg — um möglichst viele Rohstoffe im eigenen Land zu produzieren und dadurch den Geldabfluß ins Ausland zu verhindern. Es gab kein Gebiet in der Landwirtschaft, das der König nicht zu fördern versuchte: den Flachs-, Tabak-, Farbstoffanbau, die Bienen-, Fisch- und Geflügelzucht, die besonders im Oderbruch bei den „poulaillers“ zu Hause war.

Gerade die im Zuge der Siedlungspolitik gegründeten Dörfer unterstützten die königlichen Maßnahmen dabei, die sich hier einheitlich durchführen ließen. Die in den landwirtschaftlichen Kolonien angewandten Methoden konnten sich auch vorteilhaft auf die anderen Dörfer auswirken. Dabei setzte der König immer unermüdliche Tüchtigkeit voraus, er sagte: „... aber mich dünkt, durch vielen Fleiß und viele Arbeit bringt man es doch dazu, daß ein dürrer Boden besser und wenigstens mittelmäßig werde.“<sup>42</sup>

### *Gewerbliche Siedlungen*

Neben diesen landwirtschaftlichen Siedlungen standen solche, die rein gewerblichen Charakter trugen. Der König maß auch der Hebung der gewerblichen Produktion große Bedeutung bei und sah sie ebenfalls unter merkantilistischen Gesichtspunkten. Der an sich arme preußische Staat wollte sein Geld nicht ins Ausland fließen sehen und belegte fremde und namentlich Luxusgüter mit hohem Zoll. Hansjörg Tröger nennt gerade die

Förderung des Textilgewerbes einen Kernpunkt des königlichen Wirtschaftsprogramms.<sup>43</sup> Der Staat selbst mit seinem stehenden Heer hatte einen umfangreichen Bedarf. So stand unter den Berufsgruppen die Textilbranche an erster Stelle. Sie wies in den Jahren von 1750 bis 1800 ein Wachstum von 120 % auf.<sup>44</sup> Die Wollproduktion lag in der Kurmark meist in den größeren Städten; der Rohstoff Wolle war wegen ausreichender Schafzucht genügend vorhanden. Die Seidenstühle wurden im gleichen Zeitabschnitt von ca. 1800 auf fast 3000 vermehrt.<sup>45</sup> Doch gerade für die Vorbereitungsarbeiten waren im Textilgewerbe besonders viele Personen nötig, so mußten für einen Webstuhl 7–10 Berufsspinner arbeiten. Der Ausbau dieser Berufsgruppe setzte etwa 1750 ein, da der König einen Bedarf von ca. 60 000 Spinnern veranschlagte.<sup>46</sup> Allein die Berliner Unternehmer verlangten 600 Spinner, und so verfolgte der König den Plan, die Spinner in Heimarbeiterkolonien in der Nähe von Berlin anzusetzen. Dafür kamen in Frage das Oderbruch, die Cottbusser Gegend, die Kreise Niederbarnim, Storkow, Teltow und Zauche. Es entstanden die sogen. „kurmärkischen Spinneretablissemments“, deren Dörfer mit Doppelhäusern gebaut wurden, wie wir sie schon kennen.

Es hatte seinen guten Grund, die Spinner in Kolonien zusammenzufassen, denn sie hätten bei zerstreuter Ansetzung keinen Verleger gefunden, und ihr Spinnprodukt war in der von ihnen hergestellten Form nicht marktfähig. Es bestand für sie kein Zunftzwang, da man sie nicht zu den Handwerkern zählte, sondern als spezialisierte Tagelöhner betrachtete. Ein Fabrikant in der Stadt übernahm eine bestimmte Anzahl von Spinnerfamilien, so daß die Spinner mit regelmäßiger Wollzuteilung rechnen konnten. Pro Pfund versponnenes Garn wurde ein Lohn von 14 Groschen gezahlt, wovon 6 Pfennige an die Gemeinde abgeführt werden mußten.<sup>47</sup>

Sonst wurden den Spinnern alle übrigen Vergünstigungen zuteil, und man setzte sie ebenfalls als Erbzinsleute an. Etwa ein Morgen Gartenland, ein Morgen Wiesenland sowie Weidefreiheit für eine Kuh sollten mit zum Lebensunterhalt beitragen, um ein „Absinken ins Proletariat zu verhindern“.<sup>48</sup> Ihr Erbzins bestand in vier Talern jährlich, außerdem hatten sie die Auflage, pro Familie jährlich 24 Pfund Garn zu verspinnen. Die Fabrikanten urteilten übereinstimmend, daß fleißige Familien mindestens 3 Pfund monatlich verspinnen könnten, da es manche sogar auf 4 bis 6 Pfund brächten. Überhaupt klagten die Fabrikanten oft über die Faulheit der Spinner, und auch sonst erfreuten sich gerade die Spinnerkolonien keines guten Rufes. Das Spinnen war im 18. Jahrhundert noch eine Tätigkeit, die sowohl Männer wie Frauen gewisser Schichten beherrschten, so daß die Spinner als ungelernte Arbeiter zu bezeichnen waren, die z. T. nicht einmal feine Garne spinnen konnten. Falls die Männer doch Berufe erlernt hatten, gingen sie diesen nach und überließen das Spinnen den Frauen und Kindern, das dann entsprechend geringere Erträge einbrachte. Der Schulze hatte zwar für ordentliches Spinnen zu sorgen, aber die Arbeits-

moral der Spinner war dennoch sehr niedrig. Es erwies sich sogar als angebracht, für die Spinnerdörfer seitens der Kammer eine besondere Dorfdienstordnung zu erlassen. Falls sich der Schulze sehr unbändigen Elementen gegenüber nicht durchsetzen konnte, halfen ihm militärische Kommandos.

Im Verlaufe der „Spinneraktion“ wurden in der Kurmark ca. 4000 Spinner in 16 Dörfern angesetzt, im Gesamten stieg die Zahl der Spinner von rd. 2000 im Jahre 1750 auf rd. 7000 im Jahre 1801.<sup>49</sup>

Im Anschluß an die Spinnerdörfer entstanden zum Ausbau der nächsten Produktionsstufe auch Weberdörfer. Dazu gehörte Rixdorf mit seinen böhmischen Webern, die sich ihre Spinner gleich mitbrachten, Nowawes und die 1750 in Neu-Schöneberg entstandenen 20 Doppelhäuser für böhmische Weber.<sup>50</sup> 1764 wurde die Weberstadt Zinna gegründet, auch in Luckenwalde siedelte man Weber an. Dabei bemühte man sich, auch Spezialarbeiter, wie Woll-, Leinen- und Damastweber heranzuziehen, sowie Schleiermacher, Strumpfwirker und Knüppler aus dem Erzgebirge. In Brandenburg entstand eine Barchentfabrik, Samtfabriken in Berlin und Potsdam. Auch in der Neumark wurde die Einwanderung von Tuchmachern besonders begünstigt und in mancher Büdnerkolonie die Siedler ebenfalls zum Spinnen angehalten. Das Textilgewerbe hatte also einen großen Aufschwung genommen, und die Spinner- und Weberkolonien lösten die ihnen zugefallenen Aufgaben.

Auch für andere gewerbliche Sparten wurden derartige Arbeiterkolonien angelegt. So entstanden sie im Anschluß an Glashütten und Eisenhämmer, wie z. B. beim Eisenhammer in Eberswalde, wo Ruhlaer Messerschmiede untergebracht wurden. 1766 baute man Doppelhäuser in Nowawes für die in Potsdam beschäftigten Bauarbeiter.<sup>51</sup>

Die gewerblichen Siedlungen in der Mark Brandenburg erfüllten also gleichfalls ihren Zweck, indem sie — unter Betonung der Textilbranche — dazu beitrugen, das preußische Manufakturwesen zu stärken und von Einfuhren unabhängiger zu machen.

Kurz seien noch die nicht in Siedlungen zusammengefaßten sogen. „Professionisten“ erwähnt, die sich als Handwerker in den Städten niederließen. Sie mußten sich der zuständigen Zunft anschließen, und dem König war es erwünscht, wenn er durch sie neue Gewerbearten einführen konnte. So gründeten z. B. die in Moabit angesetzten Westfalen eine Pumpnickelbäckerei<sup>52</sup>, die Schweizer Einwanderer aus Genf und Neuchâtel förderten und bereicherten die Uhrenbranche, in Cottbus wurden besonders die Lederfabriken erweitert, so daß auch die Einwanderung der Handwerker ein Erfolg war.

*Umfang und Erfolge der Siedlungspolitik  
Friedrichs des Großen in der Mark Brandenburg.*  
Bei Betrachtung der unter geschickter Publizierung und ebenso guten praktischen Vergünstigungen durchgeführten Siedlungspolitik taucht die Frage

auf, in welchem Umfange Einwanderer in die Mark gezogen sind. Dabei müssen natürlich die Mängel und Unvollkommenheiten der Statistik des 18. Jahrhunderts berücksichtigt werden, so daß sich Fehlerquellen und Ungenauigkeiten ergeben.

Die Bevölkerungsdichte war in der Kurmark in den Jahren 1740—1786 von 1100 auf fast 1600 Personen pro Quadratmeile und in der Neumark von rd. 1000 auf fast 1300 gestiegen.<sup>52</sup> Die Bevölkerungspolitik hatte also ihre Früchte getragen.

Der Anteil, der davon auf die Einwanderer fiel, wird von Beheim-Schwarzbach, der in seinen Berechnungen ungefähr die Mitte hält, auf 124 000 Personen geschätzt, wovon 50 000 auf die Städte entfielen. Er nimmt eine Neuanlage von 412 Dörfern an, die jedoch noch zu niedrig gegriffen zu sein scheint.<sup>54</sup> Berthold Schulze errechnet im Zusammenhang mit der Brandenburgischen Siedlungskarte allein in der Kurmark 350 neu angelegte Kolonien und Etablissements (Orte mit über 20 Einwohnern) für die Zeit von 1740 bis 1800.<sup>55</sup> Die Mark Brandenburg stand mit ihrem Bevölkerungszuwachs vor allen anderen preußischen Provinzen mit 41,3 % an der Spitze bei einer Gesamteinwanderung nach Preußen, die zwischen 200 000 bis 400 000 Einwanderern geschätzt wird. Beheim-Schwarzbach berechnete außerdem, daß die in die Mark Brandenburg Eingewanderten mindestens rd. 900 000 Taler mit sich führten, dazu noch über 20 000 Stück Vieh.<sup>56</sup>

Demgegenüber standen die Kosten, die dem preußischen Staat erwuchsen. So kostete die Placierung einer ländlichen Familie incl. Reisekosten, Hausbau, Hofwehr und Saatgetreide 300—400 Taler.<sup>57</sup> Die Urbarmachung des Oderbruchs hatte allein rund 600 000 Taler Kosten verursacht, denen jedoch jährliche Einkünfte von etwa 17 000 Talern gegenüberstanden.<sup>58</sup> Der zeitgenössische Berichterstatter Stubenrauch lobte in diesem Zusammenhang das weitsichtige Denken des königlichen Landesherrn, das den allgemeinen volkswirtschaftlichen Nutzen über das Risiko der hineingesteckten Gelder stellte und sagt: „Denn wenn auch demselben das ausgegebene Geld nicht unmittelbar zurückkehret, und Nutzen gewähret, so wuchert es doch in der Zirkulation ... so schnell und stark ..., daß der Bürger und durch ihn auch der Staat reicher wird.“<sup>59</sup> Der Staatsminister Hertzberg gab eine Zusammenstellung über die Ausgaben der Kurmark und Neumark heraus, die sich auf 2 bis 3 Millionen Taler beliefen.<sup>60</sup>

Doch diese Ausgaben stellten langfristige Anlagen dar, deren Ertragsgarantie im Gelingen des Siedlungswerkes verankert war. Für die Mark Brandenburg kann von einem großen überwiegenden Erfolg gesprochen werden — abgesehen von relativ unbedeutenden Rückschlägen. Dieser Erfolg war in der Hauptsache Friedrich dem Großen persönlich zu verdanken, da er von seinem Regierungsantritt bis wenige Tage vor seinem Tode — also 46 Jahre lang — die Siedlungspolitik selbst fest in den Hän-

den hielt. Gerade weil sich Friedrich der Große in unermüdlicher und sachkundiger Arbeit auch um Kleinigkeiten kümmerte, so daß keine schädliche Starrheit von der Methodik her erfolgte, entbehrte das Werk auch nicht der nötigen Aufsicht. Er hatte Selbstsucht und Unverständnis des Adels, Desinteresse und Mißstimmung der Beamtenschaft sowie Neid der übrigen Bevölkerungskreise zu überwinden, doch unbeirrt hielt er an seiner Siedlungspolitik fest. Sie lag eingebettet im merkantilistischen Wirtschaftsdenken seiner Zeit. Ihre Zwecke waren in der Mark Brandenburg Vermehrung der Bevölkerung, Kultivierung des bisher unbebauten Landes, Förderung des Bauernstandes und Gewerbefleißes und damit Hebung der wirtschaftlichen Produktivität im Interesse des gesamten preußischen Staates. Diese Ziele wurden erreicht, und ebenso liefen noch manche anderen positiven Wirkungen parallel. So wurden die landwirtschaftlichen Produktionsweisen erheblich verbessert, die fortschrittliche rechtliche Stellung der ländlichen Siedler übte wohltuende Einflüsse auf die Lage der übrigen Landbevölkerung aus. Von Seiten der Siedler gesehen war vielen Tausenden von Menschen eine neue Heimat in Freiheit gegeben worden. Daneben hatte sich der König nach seinen eigenen Worten über die Siedlungspolitik mit ihr noch eine tiefere Aufgabe zur allgemeinen Stärkung und Kultivierung des Landes im weitesten Sinne gestellt — und sie gelöst: „Das Vornehmste ist, daß solchergestalt das Land in seinem inneren Werte ansehnlich verbessert wird.“<sup>61</sup>

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> A. H. Borgstedt, Statistisch-topographische Beschreibung der Kurmark Brandenburg, 1. Th., Berlin 1788, S. 297.
- <sup>2</sup> F. W. A. Bratring, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd. I, Berlin 1804, S. 7.
- <sup>3</sup> Ders., Bd. III, S. 6.
- <sup>4</sup> Borgstedt, S. 391.
- <sup>5</sup> Bratring, Bd. III, S. 37.
- <sup>6</sup> v. Hertzberg, Huit Dissertations, Berlin 1787, S. 208.
- <sup>7</sup> J. Schultze, Die Prignitz, Köln 1956, S. 129.
- <sup>8</sup> W. Abel, Die Wüstungen des ausgehenden Mittelalters, 2. Aufl., Stuttgart 1955, S. 73.
- <sup>9</sup> G. v. Schmoller, Die preußische Einwanderung und ländliche Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, 24. Bd., 1. Hälfte, Leipzig 1911, S. 567.
- <sup>10</sup> M. Beheim-Schwarzbach, Hohenzollernsche Colonisationen, Leipzig 1874, S. 633.
- <sup>11</sup> E. Neuhaus, Die Fridericianische Kolonisation im Warthe- und Netzebruch, Landsberg/W. 1906, S. 78.
- <sup>12</sup> O. Kaplick, Das Warthebruch, Würzburg 1955, S. 16.
- <sup>13</sup> Beheim-Schwarzbach, S. 380.
- <sup>14</sup> H. J. Tröger, Die kurmärkischen Spinnerdörfer, Diss. Leipzig 1936, S. 29.
- <sup>15</sup> G. Arndt, Grundsätze der Siedlungspolitik und Siedlungsmethode Friedrichs des Großen, Breslau 1934, S. 70.
- <sup>16</sup> R. Stadelmann, Friedrich der Große in seiner Thätigkeit für den Landbau Preußens, Berlin 1876, S. 20.
- <sup>17</sup> Ders., S. 24.



- 18 G. Wentz, Geschichte des Oderbruchs, in: Das Oderbruch, 1. Bd. Eberswalde 1930, S. 173 ff.
- 19 R. Schmidt, Oderbruchsiedlungen im Kreise Oberbarnim, in: Oberbarnimer Heimatbücher, 10. Bd., Freienwalde 1930, S. 30.
- 20 Th. Fontane, Oderland — Wanderungen durch die Mark Brandenburg, 3. Aufl., Berlin 1892, S. 27.
- 21 J. D. E. Preuß, Friedrich der Große, Berlin 1833, S. 442.
- 22 Kaplick, S. 15.
- 23 F. H. Stubenrauch, Nachricht von der Verwaltung und Urbarmachung der Warthebrücher, Berlin 1787, statist. Anhang.
- 24 Stadelmann, S. 38.
- 25 Bratring, Die Grafschaft Ruppin in statistischer, historischer und geographischer Hinsicht, Berlin 1799, S. 58.
- 26 Neuhaus, S. 83.
- 27 Ders., S. 111.
- 28 Kaplick, S. 6.
- 29 W. Kuhn, Kleinsiedlungen aus Friderizianischer Zeit, Berlin 1915, S. 13.
- 30 A. Detto, Die Besiedlung des Oderbruchs durch Friedrich den Großen, in: Forschungen z. Brandenburgischen u. Preußischen Geschichte, 16. Bd., 1. Hälfte, Leipzig 1903, S. 176.
- 31 Neuhaus, S. 112.
- 32 Borgstede, S. 301.
- 33 Schmoller, S. 620.
- 34 Stubenrauch, S. 13 sowie Neuhaus, S. 97.
- 35 Wentz, S. 206.
- 36 Ders., S. 306.
- 37 Neuhaus, S. 189.
- 38 Kuhn, S. 51.
- 39 J. H. G. v. Justi, Grundsätze der Polizey-Wissenschaft, 2. Aufl., Göttingen 1759, S. 92.
- 40 Tröger, S. 69.
- 41 Neuhaus, S. 168.
- 42 Zitiert bei Stadelmann, S. 47.
- 43 Tröger, S. 5.
- 44 Ders., S. 8 ff.
- 45 G. v. Schmoller, Die preußische Seidenindustrie im 18. Jahrhundert und ihre Begründung durch Friedrich den Großen (Allgemeine Zeitung, München, Nr. 117 und 120, vom 19. u. 23. Mai 1892).
- 46 Tröger, S. 8 ff.
- 47 Ders., S. 63.
- 48 Ders., S. 20.
- 49 Ders., S. 35.
- 50 Kuhn, S. 10.
- 51 Ders., S. 51.
- 52 W. Oehlert, Moabiter Chronik, Berlin 1910, S. 35.
- 53 Errechnet nach Borgstede u. Bratring, jeweils S. 393 u. 37.
- 54 Beheim-Schwarzbach, S. 624.
- 55 B. Schulze, Neue Siedlungen in Brandenburg 1500-1800, Beiband zur Brandenburgischen Siedlungskarte 1500-1800, Berlin 1939, S. 30.
- 56 Beheim-Schwarzbach, S. 625.
- 57 H. Bergér, Friedrich der Große als Kolonisator (Heft 8 der Gießener Studien auf dem Gebiet der Geschichte), Gießen 1897, S. 16 ff.
- 58 Detto, S. 170 u. 190.
- 59 Stubenrauch, S. 27.
- 60 Hertzberg, p. 134/172/175/216/264.
- 61 Zitiert bei Bergér, S. 76.

Die Abbildungen entstammen dem Buche unseres Mitglieds Waldemar Kuhn: Kleinsiedlungen aus Friderizianischer Zeit, Berlin 1915, das 1918 durch Callwey in München eine Neuauflage erfuhr.

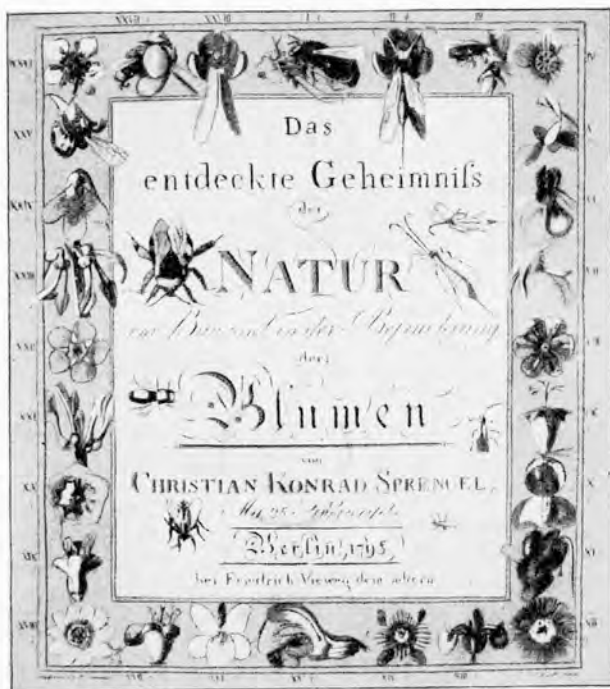
Werner Bastine:

**Christian Konrad Sprengel,  
ein vergessener märkischer Botaniker**

*Solange ich botanisiere,  
bin ich nicht unglücklich.*

*Jean Jacques Rousseau*

Während im Jahre 1793 alle Welt voller Spannung nach Frankreich blickt, wo sich im Verlaufe der großen französischen Revolution eine neue gesellschaftliche Ordnung anbahnt, während die sich bedroht fühlenden absolutistischen Staaten Europas ihre Feldzüge gegen die junge Republik unternehmen, erscheint in Berlin bei Friedrich Vieweg dem Älteren ein kleines mit 25 Kupfertafeln ausgestattetes botanisches Werk mit dem vielversprechenden Titel „Das entdeckte Geheimniß der Natur im Bau und in der Befruchtung der Blumen“. Der Verfasser dieses Buches ist der dreiundvierzigjährige Rektor der Großen Schule in Spandau, Christian Konrad Sprengel, ein bis dato unter den gelehrten Botanikern unbekannter Mann, dem es übrigens auch im Verlauf seines weiteren Erdenwandels nicht gelingen sollte, sich in der wissenschaftlichen Welt einen Namen zu machen, obwohl



*Titelblatt  
der Erstaussgabe 1793*

mit dem Erscheinen seines Buches grundlegende und durch eigene Forschungen gewonnene Erkenntnisse auf dem Gebiet der Blütenökologie, die damit als spezielles Forschungsgebiet der Botanik erst wirklich ins Leben gerufen wurde, der wissenschaftlich interessierten Öffentlichkeit zugänglich werden. Dieses so bedeutsame kleine Werk war keinesfalls der Grundstein für weitere erfolgreiche Forscherarbeit, wie man hätte vermuten sollen, sondern Schlußstrich unter einen Lebensabschnitt, den sein Verfasser in Spandau verbracht hatte, denn 1794 — ein Jahr nach dem Erscheinen seines Buches — scheidet der Rektor Christian Konrad Sprengel von Spandau nach Berlin über. Er hat, obwohl erst 44 Jahre alt, seine Pensionierung erhalten und läßt sich in einer Wohnung am Schinkenplatz, dem späteren Hausvogteiplatz, nieder und verbringt hier die restlichen 22 Jahre seines Lebens, verbittert über manche Unbill, die er in Spandau erleiden mußte, und voller Enttäuschung darüber, daß die Ergebnisse seiner Forschungen von den Gelehrten seiner Zeit nicht beachtet werden.

Wie kam es zu dieser teilweise erzwungenen und teilweise freiwilligen Flucht aus der Öffentlichkeit der pädagogischen Tätigkeit in die kleinbürgerliche Zurückgezogenheit und Beschränkung und zu dieser hypochondrischen Abkehr von der Welt?

Vor 19 Jahren hat hier in Berlin, wo er jetzt eine Zuflucht sucht, die pädagogische Laufbahn des damals Fünfundzwanzigjährigen begonnen. Auf Wunsch seines Vaters, eines protestantischen Pfarrers in Brandenburg an der Havel, hat der junge Sprengel in Halle Theologie und Philologie studiert, ohne besondere Neigung gerade zur Theologie zu besitzen. Nach beendetem Studium ist er als Lehrer an der Schule des Großen Friedrichs-Hospitals tätig und erteilt nebenbei noch Unterricht an der Königlichen Militärschule. Fünf Jahre lang — von 1775 bis 1780 — übt er seine pädagogische Tätigkeit in Berlin aus. Er muß während dieser Zeit auch ein vorbildlicher und erfolgreicher Lehrer gewesen sein, denn 1780 empfiehlt ihn der Professor Zierlein vom Werderschen Gymnasium als Bewerber um das Rektorat der Großen Schule in Spandau. Sprengel erhält die Stelle, obwohl er einen sehr bedeutenden Mitbewerber hat: Karl Philipp Moritz, den späteren Freund Goethes und Verfasser des heute noch lesenswerten biographischen Romans „Anton Reiser“, der zur Zeit Konrektor am Grauen Kloster ist, hauptsächlich aber seinem Schriftsteller- und Dichterberuf lebt.<sup>1</sup> Der dreizehn Jahre währende Aufenthalt in Spandau ist, was das pädagogische Wirken des Rektors Sprengel angeht, kein glückliches Kapitel in dessen Leben. Die falsche Erziehung im Elternhaus, die der Neigung des Jungen zur Naturbeobachtung keine Beachtung schenkte, und der aufgezwungene Studienweg haben Sprengel frühzeitig zum Sonderling werden lassen. Obendrein ist seine Gesundheit nicht gerade in der besten Verfassung, und so stellen sich allerlei körperliche Beschwerden ein. Diese Tatsache veranlaßt ihn, den damals in Spandau praktizierenden berühmten Arzt Ernst Ludwig Heim zu konsultieren. Der Kreisphysikus Heim,

selber ein leidenschaftlicher Botaniker, rät dem zur Hypochondrie neigenden Rektor zu ausgedehnten Spaziergängen und zu botanischen Studien, ohne allerdings zu ahnen, daß er ihn dadurch in einen hartnäckig und scharf beobachtenden Forscher auf dem Gebiet der Blütenökologie verwandelt, und ohne voraussehen zu können, daß sich in dem Manne, dem er helfen will, nun ein ständiger Kampf zwischen Pflicht und Neigung abspielt. Sprengel soll die völlig verwahrloste Schule in Spandau wieder zu Ansehen und Geltung bringen, aber trotz seiner anerkannten pädagogischen Tüchtigkeit gelingt ihm das nicht, denn jetzt hat er seine wahre Lebensaufgabe entdeckt: die botanische Forschung. Sein Ruf als Pädagoge gerät ins Wanken, und als einen ungeduldligen, heftigen und jähzornigen Mann schildert ihn sein Vorgesetzter in Spandau, der Oberpfarrer an St. Nicolai und gleichzeitige Schulinspektor (Superintendent) Daniel Friedrich Schulze. In der Schulzeschen Kirchenchronik von Spandau sind alle Vergehen, deren der Rektor der Großen Schule sich schuldig gemacht haben soll, sorgfältig und unter Nichtbeachtung aller Grundsätze der christlichen Nächstenliebe fein säuberlich aufgezeichnet. Der schlimmste Vorwurf, den der geistliche Schulinspektor dem botanisierenden Rektor gemacht hat, ist der der Irreligiosität, den Sprengel aber nur insofern verdient, als er in seiner Schule die tägliche morgendliche Andacht abgeschafft<sup>2</sup> und über seinen botanischen Studien draußen in der freien Natur so manche Predigt versäumt hat, was ihn aber, wie er selbst bekennt, „nicht gereut“ hat. Voll guten Willens ist Sprengel nach Spandau gekommen, voller Eifer ist er bestrebt, an der ihm anvertrauten Schule bessere Verhältnisse zu schaffen. Er kümmert sich um die sorgfältige Gestaltung des Stundenplans<sup>3</sup>, und ihm liegt auch am Herzen, das äußere, wenig erfreuliche Bild der Schule zu verändern<sup>4</sup>; aber mit all seinen Neuerungen und Forderungen wird er dem Magistrat und der geistlichen Schulaufsicht nur unbequem. Einen Rektor mit neuen Plänen und Ideen kann man in Spandau nicht brauchen. So beginnt das Kessel-treiben gegen ihn und führt schließlich dazu, daß der Polizeibürgermeister Hertig 1791 eine Beschwerde an das Oberschulkollegium richtet, in der Sprengel als für sein Amt untragbar hingestellt wird, nicht zuletzt, weil er „gegen alles, was Theologie heisst, bey dem Unterricht sich unwillig zeige“<sup>5</sup>. Unterstützt wird diese Beschwerde durch einen Bericht des Schulinspektors Schulze, der bezeugt, daß Sprengel besonders durch seinen „Mangel an Religion und Menschenliebe“<sup>6</sup> auffalle. 1793 bewirkt der geistliche Schulinspektor die Pensionierung Sprengels, und dieser tritt nun vom Schauplatz der Pädagogik ab und verzichtet endgültig darauf, in ihre Geschichte einzugehen.

Hat er schon hier keine Anerkennung gefunden, so macht auch — wie schon angedeutet — sein eben erschienenenes Werk auf seine gelehrten Zeitgenossen keinen Eindruck. Die hatten andere Sorgen. Nicht, daß sie unter dem Eindruck der aus Frankreich kommenden hochpolitischen Nachrichten, die alle Gemüter in Spannung hielten und in Aufregung versetzten, jegliches

wissenschaftliche Interesse verloren hätten. Das war durchaus nicht der Fall. Aber sie brachten dem neuen Bestreben, biologische Zusammenhänge zu sehen und zu entdecken, wenig Verständnis entgegen. Es war die Zeit des Systematisierens und der Systembildungen. Man wollte Ordnung in die Vielfalt der bekannten und neuentdeckten Naturkörper — und damit auch der Pflanzen — bringen. Schon 1735 hatte Linné sein Sexualesystem aufgestellt und 1738 den Versuch unternommen, ein natürliches Pflanzensystem zu schaffen. Ihm folgen darin de Jussieu (1789) und de Candolle (1819). Obendrein ist mancher der gelehrten Botaniker des ausgehenden achtzehnten und beginnenden neunzehnten Jahrhunderts nur von dem Ehrgeiz besessen, das Pflanzensystem um einige neuentdeckte Arten zu bereichern, und mancher sah das Ziel seiner Jagd auf neue Pflanzen nur darin, hinter die Gattungs- und Artbezeichnung den eigenen Namen setzen zu können, den er damit unsterblich gemacht zu haben glaubte.

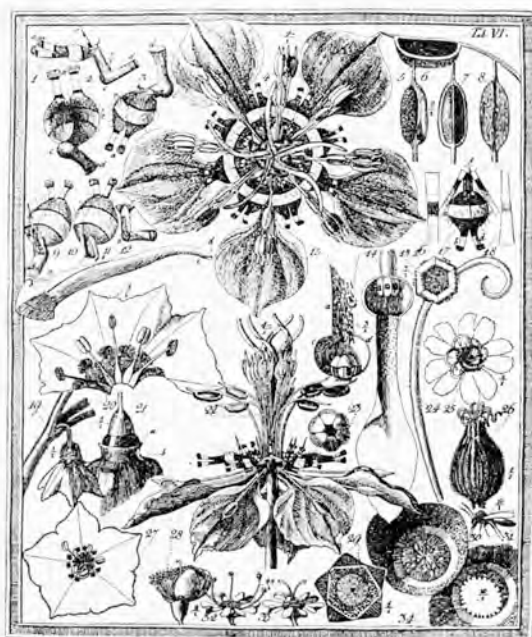
Von dieser Art Ehrgeiz ist der Spandauer Rektor frei. Er ist mit jener Schärfe der Beobachtung begabt, die es vermag, die Wunder der Natur auch am Wegesrand und im Alltäglichen zu sehen. Ihn interessieren gerade die Pflanzen, die von den ehrgeizigen Gelehrten, als nicht zu den Novitäten gehörend, mit Geringschätzung betrachtet werden. Tag für Tag können wir den Rektor Sprengel beobachten, wie er durch die Umgebung Spandaus streift und stundenlang vor blühendem Kraut und Unkraut verweilt.

Mit ganz konkreten Fragestellungen, wie sie dem rechten Wissenschaftler eigentümlich sind, geht Sprengel an seine Studien heran, die ihm nach Absicht des Arztes nur Ablenkung und Vergnügen bringen sollen. Er macht es sich zur Aufgabe, dem Problem der Beziehungen zwischen Blüten und Insekten endgültig auf den Grund zu gehen. Daß sich die Pflanzen bei der Befruchtung ihrer Blüten in den meisten Fällen auf „Hilfskräfte“ verlassen, weiß er längst, und daß Insekten einen maßgeblichen Anteil an dem Bestäubungsgeschäft haben, hat vor ihm schon der Professor der Naturgeschichte Josef Gottlieb K o e l r e u t e r in Karlsruhe entdeckt, und sein am Philantropin in Schnepfenthal amtierender pädagogischer Kollege S a l z m a n n, der wie er kein zünftiger Botaniker ist, dem aber die Vermittlung richtiger naturwissenschaftlicher Erkenntnisse am Herzen liegt, hat schon 1784 in seiner Schrift „Noch etwas über die Erziehung“ geschrieben: „Eine Menge von Insekten halte ich für unnütz, sie sind mir eine unverständliche Stelle in Gottes Buche, solange ich sie außer dem Zusammenhange betrachte. Betrachte ich sie aber im Zusammenhange mit Melonen und Gurken, sehe ich, wie sie im Staube der männlichen Blumen sich pudern, von diesen auf die weiblichen überfliegen und sie auf diese Art befruchten, so kann ich nicht anders, als mit dankbarer Empfindung zu dem Allweisen emporschen, die dunkle Stelle wird mir deutlich.“<sup>7</sup>

Die Feststellung der bloßen Tatsache der gegenseitigen Beziehungen von Blüten und Insekten zum Zwecke der Bestäubung genügt Sprengel nicht.



*Tafel VI aus dem „Sprengel“,  
wie alle mit großer Sorgfalt  
und möglichster Raum-  
ausnutzung gezeichnet*



Ihn zieht vor allem der Bau der Blüten an. Sonderbare Formen entdeckt er, seltsame Einrichtungen im Innern der Blüten zwingen ihn zur Beobachtung, und immer wieder legt er sich die Fragen vor: Wie sind die Blüten in ihrem Bau auf den Insektenbesuch eingerichtet? Werden die Insekten auf irgendeine Art gezwungen, die Bestäubung vorzunehmen? Erhalten die Insekten eine Gegenleistung für das Geschäft der Bestäubung? In dieser Fragestellung, die darauf ausgeht, Zusammenhänge zu klären, liegt das Neue seiner Forscherarbeit. Er nimmt damit eine Erkenntnis Alexander von Humboldts voraus, die dieser einige Jahrzehnte nach Erscheinen des Sprengelschen Werkes in seinem „Kosmos“ formuliert: „Der Reichtum der Naturwissenschaften besteht nicht mehr in der Fülle der Tatsachen, sondern in der Verkettung derselben.“

In dem Streben, diese Erkenntnis zur Grundlage seiner Forschungsarbeit zu machen, geht Sprengel über die Absichten seiner botanischen Fachkollegen hinaus, und als er schließlich in seinem „entdeckten Geheimnis“ das Fazit seiner Arbeit zieht, da kann er voller Stolz — nach unserer heutigen Erkenntnis allerdings über das Ziel hinausschießend — feststellen: „Daß die Insekten zur Befruchtung der Blumen das ihrige beitragen, ist schon von anderen bemerkt worden. Es hat aber noch niemand gezeigt, daß der ganze Bau der Saftblumen (d.h. der Blumen, die mit Nektarien ausgerüstet sind und Nektar absondern) auf diesen Endzweck abzielt und sich aus ihm vollständig erklären läßt.“ Und weiter: „Weil die Befruchtung

des Fruchtknotens durch Insekten der Endzweck ist, auf welchen sich der ganze Bau der meisten, ja vermutlich aller eigentlichen und mit einer Krone versehenen Saftblumen bezieht, so ist dieser Bau alsdann vollständig erklärt, wenn man gezeigt hat, daß und wie alle Teile der Saftblumen zur Erreichung dieses Endzweckes das ihrige beitragen.“

In dem Bestreben, überall in der Natur Absicht und Zweckmäßigkeit zu entdecken, tritt uns Sprengel ganz als Vertreter der Aufklärung entgegen. Von einem rührend naiven Glauben an die weise Absicht der Natur, alle ihre Geschöpfe zweckmäßig auszustatten, zeugt der folgende Satz, in dem er von den Hummeln spricht: „Damit sie die Blumen befruchten können, ist ihr Körper überall behaart, weil sie den Staub der Beutel abwischen und ihn auf die Narbe bringen sollen.“ Sprengel entdeckt, daß bei manchen Blüten nur eine ganz bestimmte Art von Insekten das Geschäft der Bestäubung verrichtet, und in seiner teleologisch-anthropomorphistischen Auffassung folgert er, daß dies nur geschehen könne, „weil die übrigen entweder zu dumm sind, um zu wissen, wie und wo der Saft versteckt ist, und wie sie zu demselben gelangen können, oder, wenn sie es wissen, entweder zu groß sind, um in die Blumen hineinkriechen zu können, oder zu klein, als daß sie beim Hineinkriechen die Antheren oder das Stigma berühren sollen.“

Wir lehnen die Auffassung Sprengels ab, die kein Geschöpf — d.h. hier kein Insekt — ohne Auftrag und Lebensaufgabe sehen will, wir wissen es aber zu schätzen, daß der Spandauer Rektor, indem er seinen Gedankengängen nachsann und Beweise für seine Behauptungen suchte, jene wunderbaren Einrichtungen entdeckte, die auch uns sachlich eingestellte Menschen heute noch in Erstaunen zu setzen vermögen und die dazu angetan sind, den Liebhaber der Blütenpflanzen zu weiteren Forschungen auf dem Gebiet der Blütenökologie anzuregen. Er kann hier noch manches Neue entdecken. Es gilt dabei nur, dem für die Forschungsmethode so wichtigen Satz zu folgen, den Sprengel als Richtlinie für seine Arbeit aufstellte: „Man muß die Natur auf der Tat zu ertappen suchen“, d. h. man muß das kribbelnde und krabbelnde Leben der Insekten in den Blüten und den Vorgang der Bestäubung als Folge der Beziehungen zwischen Blüten und Insekten an den natürlichen Standorten der Pflanzen beobachten.

Welche Wunder offenbaren sich nun dem botanisierenden Rektor auf seinen Streifzügen durch die Felder und Fluren der Umgebung von Spandau? Im Sommer 1787 erhält er den Anstoß für seine aufschlußreichen Entdeckungen. In den Blüten des Waldstorchschnabels (*Geranium silvaticum*) fallen ihm die zarten Haare auf, die sich auf der Innenseite und am Rande der Kronenblätter befinden. Seine Beobachtungen ergeben, daß diese Härchen den Regen von den Nektartropfen abhalten, die am Grunde der Blüten ausgeschieden werden. Also — so folgert Sprengel — wird „im Pflanzenreich kein einziges Härchen ohne weise Absicht hervorgebracht“, denn der Nektar ist als „Lockmittel“ für die Insekten ein sehr wertvolles Produkt, das eines Schutzes gegen die Unbill der Witterung bedarf, soll

es seiner eigentlichen Bestimmung erhalten bleiben. Heute wissen wir, daß diese zuckrigen Säfte bei schätzungsweise über 80 % aller von Insekten besuchten Pflanzen vorhanden sind.

Bei der Betrachtung der Blüten des Sumpf-Vergißmeinnichts (*Myosotis palustris*) drängt sich ihm die Frage auf, wozu wohl der gelbe Ring dienen könne, der die blauen Blüten schmückt, und indem er nach gleichen Erscheinungen in den Blüten anderer Pflanzen sucht und sie auch findet, stellt er fest, daß es sich um ein Saftmal handelt, d.h. um eine „Verzierung“, die den Insekten den Weg zum Nektar weist. Interessante Beobachtungsergebnisse werden festgelegt: Blüten mit mehreren Nektarien besitzen auch mehrere Saftmale, deren Anzahl derjenigen der Nektarien entspricht. Ein ringförmiges Saftmal deutet darauf hin, daß auch der Nektar an einer ringförmigen Stelle ausgeschieden wird. So geht es auch hier wieder um die Aufhellung eines Zusammenhanges. Deutlich erkennbare Saftmale finden sich — um nur einige Beispiele zu nennen — u.a. beim Türkenbund (*Lilium martagon*), beim Fingerhut (*Digitalis purpurea*), bei der Kronwicke (*Coronilla emerus*) und bei der Waldmalve (*Malva silvestris*). Sie sind meist nur bei den am Tage blühenden Blumen zu finden und heben sich in ihrer Färbung deutlich von den Blütenblättern ab. Der Nektar selbst war schon Koelreuter als „Lockmittel“ für die Insekten bekannt, aber erst Sprengel entdeckt den „Wegweiser“, der dem Insekt die Richtung des Weges zu der meist verborgen liegenden Nektarquelle angibt.

Dem Auge des leidenschaftlichen Forschers enthüllt sich weiter das „Geheimnis“ der Salbeiblüte (*Salvia pratensis*), in der die Staubgefäße einen komplizierten und „sinnreichen“ Hebelmechanismus bilden, der in den Dienst der Bestäubung gestellt wird und durch dessen Betätigung jede die Blüte besuchende Hummel gründlich mit Pollen eingepudert wird. Im Laufe seiner eindringlichen Beobachtungen entdeckt Sprengel, daß der Bau der Blüten in Beziehung zum Bestäubungsvorgang steht; „und somit hat er auch“, so urteilt Eduard Strasburger, „die Grundlage zu einem kausalen Verständnis des Blütenbaues gelegt.“<sup>8</sup> Sprengel macht auf die Kesselfalle der Osterluzeiblüte (*Aristolochia clematitis*) aufmerksam und auf die seltsamen Blüteneinrichtungen der Knabenkräuter (*Orchis*), deren Staubgefäße sich an den Kopf der die Blüte besuchenden Hummel oder Biene heften und auf diese Weise an die Narbenfläche einer zweiten Blüte gebracht werden, eine Erscheinung, die dazu führte, daß man eine Zeitlang von einer „Hörnerkrankheit“ der Bienen sprach. Beobachtungen am Weidenröschen (*Epilobium angustifolium*) beweisen unserem Forscher, daß die einzelnen Blüten nicht durch den eigenen Pollen, sondern durch den anderer Blüten bestäubt werden; und als er die vielen Pflanzen, die getrennten Geschlechts sind, untersucht und bei den anderen, die in ihren Blüten Staubblätter und Fruchtknoten enthalten, feststellt, daß Pollen und Narben nicht gleichzeitig reifen, da folgert er, daß es die Natur nicht haben wolle, „daß irgend eine Blume durch ihren eigenen Staub befruchtet

werde.“ Wunder um Wunder enthüllt sich seinen staunenden Blicken, eifrig sammelt er Notizen und mit liebevoller Sorgfalt fertigt er Zeichnungen an, die, in Kupfer gestochen, auf 25 Tafeln mit 1117 Figuren sein Werk zieren und seine Beobachtungen erläutern. Als er die Vorarbeiten für seine Veröffentlichung abgeschlossen hat, kann er über fast 500 verschiedene der Bestäubung und Befruchtung dienende Einrichtungen berichten. Sein Werk ist uns trotz mancher Irrtümer, die darin enthalten sind und die durch die fortschreitende Forschung korrigiert werden mußten, auch heute noch ein Beispiel für eingehende Beobachtung und sorgfältige Darstellung, für Forscherfleiß und Ausdauer. Und noch heute lohnt es sich, das kleine Büchlein vorzunehmen und an Hand der Beobachtungsnotizen und zeichnerischen Darstellungen von neuem jene Beobachtungen anzustellen, die dem Spandauer Rektor einen so tiefen Einblick in die Blütengeheimnisse vermittelten. Der eifrige Forscher wird dabei manches zu korrigieren haben und wird noch viel Neues entdecken können.

Als das Werk 1793 unter dem eisigen Schweigen der Fachgelehrten erscheint, ist auch Sprengels pädagogische Laufbahn in Spandau abgeschlossen. Mit 150 Talern Ruhegehalt fristet er in der kommenden Zeit sein Dasein recht und schlecht in Berlin, von 1809 ab unter dem Dach eines Hintergebäudes am Hausvogteiplatz. Berlin hat er wahrscheinlich zum Aufenthaltsort gewählt, weil ihm dort „literarische Hilfsmittel, sowie Belehrung durch persönlichen Verkehr“ geboten werden konnten. Botanische und philologische Arbeiten beschäftigen ihn; er erteilt, um seine Einnahmen zu verbessern, Unterricht in Sprachen und in der Botanik und veranstaltet an Sonntagvormittagen botanische Exkursionen, an denen jeder Interessierte gegen Zahlung von 2 bis 3 Groschen pro Stunde teilnehmen kann. Eine Schilderung Sprengels aus dieser Zeit hat einer seiner Schüler entworfen. Es ist die einzige bekannte Charakteristik, die wir von Sprengel besitzen; sie ist schon deshalb, weil wir kein Porträt von ihm kennen, hier teilweise wiedergegeben: „Ich fand ihn jedesmal in einem alten Schlafrocke mit einer Nachtmütze und einer langen Pfeife, die Stube wie eine Rauchkammer mit Tabakswolken angefüllt. Er saß gewöhnlich am Fenster, bei einem Buche, oder bei seinem ausgelegten Herbario. Ein Repossitorium mit Büchern, seine Pflanzensammlung und einiges alte Hausgeräte machten den Inhalt seines Zimmers aus.“ ... „Von Gestalt war Sprengel wohlgebildet, mehr groß als klein, hager und stark von Knochenbau. Sein Gesicht war ausdrucksvoll, die Farbe frisch, das Auge lebhaft. Das vor Alter ins Graue gehende Haar trug er unbeschnitten, frei um die Schultern hängend. Sein Gang war aufrecht und fest, er ging ziemlich schnell und, trotz seinem Alter, ohne auszuruhen halbe Tage lang. Er war mäßig und einfach in seiner Kost, mehr aus Sorge für seine Gesundheit, als aus wirklichem Mangel, der ihn, wie sich nach seinem Tode gezeigt hat, mehr in seiner Bedenklichkeit wegen der Zukunft, als in der Gegenwart gedrückt haben mag. Er trank damals nichts als Wasser. Einfach, wie in der Lebens-

weise, war er auch im gesellschaftlichen Betragen. Er wußte nichts von Schmeicheleien und war selbst mit den gewöhnlichen Höflichkeitsausdrücken nicht freigebig. Er sprach, was er dachte, schnell und offen heraus, und da sein Geist leicht in jedes Wesen eindrang, Wahrheit aber ihm über alles ging, so mußte das, was er sprach, oft hart an die durch Täuschungen verwöhnte Welt anstoßen. Er nahm keine Meinung unbedingt, und nichts auf bloßen Glauben an, auf seine eigenen Ansichten verließ er sich mehr, als auf jede fremde, sie mochte sein, von wem sie wollte; was ihm einmal recht schien, behauptete er hartnäckig und bis zur Leidenschaft. So geschah es, daß er den Vorwurf der Grobheit und Halsstarrigkeit auf sich lud, und nach und nach von allen gelehrten Freunden verlassen wurde. Im Überdruß der Streitigkeiten und vielleicht auch aus verstecktem Stolz vermied er nun selbst allen Umgang mit der gelehrten Welt, und zog sich in sein finsternes Zimmer zu philosophischer Ruhe zurück. Von der Zeit an lebte er unbemerkt und ungenannt, nur von wenigen gesehen und von wenig Schülern benutzt. Diese wenigen erinnern sich seiner aber mit Liebe; denn sie verdanken ihm viel.<sup>10</sup>

1811 veröffentlicht Sprengel noch ein kleines Bändchen mit dem Titel „Die Nützlichkeit der Bienen und die Notwendigkeit der Bienenzucht“. Die Bienenzucht soll nach seiner Meinung nicht nur wegen der Honig- und Wachsgewinnung weit intensiver betrieben werden, sondern auch um die Befruchtung der Kulturgewächse und der Futterkräuter auf den Viehweiden zu sichern. Man sieht, auch hier sucht er wieder wichtige Zusammenhänge aufzudecken und bekanntzumachen. Schließlich versucht er noch einmal, allerdings ohne Erfolg, Lorbeeren auf dem Gebiete der Philologie zu ernten, indem er eine „Neue Kritik der klassischen römischen Dichter“ schreibt. Ein Jahr nach Erscheinen dieses Buches, am 7. April 1816 stirbt er im Alter von 66 Jahren. Sein Grab auf dem Dorotheenstädtischen Kirchhof in der Chausseestraße ist nicht mehr erhalten<sup>11</sup>.

Was ist nun, zusammenfassend gesagt, das Verdienst des Spandauer Rektors auf dem Gebiet der Botanik?

Er führte durch seine Anwendung des „Warum und Weil“ eine neue Betrachtungsweise in die Biologie ein. Er hat erkannt, daß der mannigfaltige Bau der Blüten und daß die Vielfalt ihrer Einrichtungen zum Vorgang der Bestäubung und Befruchtung in enger Beziehung stehen. Er hat das Gebiet der Wechselbeziehungen zwischen Blüten und Insekten erschlossen und ist damit zum eigentlichen Begründer der Blütenökologie geworden. Daß vieles, was er im teleologischen Sinn gedeutet hat und vom anthropozentrischen Standpunkt aus betrachtet hat, heute längst durch die Verfahren der experimentellen Blütenökologie korrigiert bzw. anders gedeutet worden ist, schmälert seinen Ruhm nicht.

1848, in jenem denkwürdigen Jahr der deutschen Revolution, veröffentlicht Gustav Theodor F e c h n e r, Professor der Physik in Leipzig, sein spekulationsreiches Buch „Über das Seelenleben der Pflanzen“ und benutzt



Sprengels Forschungsergebnisse, um seine Theorie von der Beseelung der Pflanzen zu begründen; aber erst etwa siebzig Jahre nach Erscheinen des Sprengelschen Buches wird die Welt auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Spandauer Rektors aufmerksam. Das geschah, weil ein Größerer als Sprengel, weil Charles D a r w i n, dessen Werke jetzt die geistige Welt zu erschüttern beginnen, seine Bücher „Über die Entstehung der Arten“ (1859) und „Über die Einrichtungen zur Befruchtung britischer und ausländischer Orchideen durch Insekten“ (1862) veröffentlicht, in denen er den Grund legt für die folgerichtige Verwertung der Sprengelschen Erkenntnisse innerhalb der Problematik der Evolutionstheorie und der Lehre von der natürlichen Zuchtwahl.

Glänzendere Namen haben den Ruhm Christian Konrad Sprengels verdunkelt, und deshalb gelten diese erinnernden Zeilen nicht nur dem märkischen Naturforscher, sondern auch dem Gedächtnis eines zu Unrecht Vergessenen, der es verdient, in der Geschichte der Botanik einen bevorzugten Platz einzunehmen, weil es ihm gelang, die Natur als ein organisches Ganzes zu sehen und zu verstehen und den Kausalzusammenhang von Bau und Leben zu entdecken.

#### Anmerkungen:

- <sup>1</sup> In der von dem Superintendenten und Prediger an St. Nicolai, Daniel Friedrich Schulze, verfaßten und unter dem Titel „Zur Beschreibung und Geschichte der Stadt Spandau gesammelte Materialien“ herausgegebenen sogenannten Spandauer Kirchenchronik findet sich darüber folgende Notiz: „Der conrector der Schule zu Berlin (nachmals professor), Herr Moriz, meldete sich auch bey mir persönlich um die Stelle, welcher aber ohne Probelection beruffen seyn wollte, welches doch, da Herr Sprengel schon zu einer dergleichen eingeladen war, nicht geschehen konnte: so konnte daraus nichts werden. Herr Sprengel wurde dem Oberconsistorio zum tentamen praesentirt und von solchem approbirt (zur Prüfung vorgestellt und von solchem — d. h. vom Oberconsistorium — anerkannt); hierauf hier den 25. April 1780 vocirt und von mir introducirt (berufen und von mir eingeführt.) und hielt er seine Antrittsrede von dem Nutzen der griechischen und lateinischen Sprache gründlich und mit Beyfall.“ (Chronik, S. 406).
- <sup>2</sup> In der Kirchenchronik heißt es dazu (S. 406): „Im Ausgange 1781 schlug er schriftlich die Abschaffung der Morgen Praeces (Täglich abgehaltene gemeinsame Morgenandacht.) vor, an deren Stelle jeder Schulcollege wöchentlich eine Stunde mehr informiren und die... zu sehr combinirten Classen mehr auseinander gesetzt und sorgfältiger bearbeitet werden sollten. Wir ließen uns Beydes gefallen.“ Diese Stelle beweist, daß Sprengel pädagogische Reformideen verwirklichen wollte. Die für die tägliche Andacht aufgewendete Zeit sollte zur Vermittlung des Lehrstoffes benutzt werden. Bei der Auflösung der kombinierten Klassen aber hat er als Ziel die Verbesserung der unterrichtlichen Arbeit und die Steigerung der Schülerleistungen im Auge.
- <sup>3</sup> Schulze teilt dazu mit: „Allein so geschickt dieser Mann wirklich war; so unruhig und eigensinnig war er. Gleich im May 1780 reichte er mir und dem Magistrat einen unvorgreiflichen Versuch eines abgeänderten lectionsplanes für hiesige große Schule ein.“ (Chronik, S. 406).

\* Wie der Schulinspektor Schulze mitteilt, hat sich Sprengel 1782 beim Oberkonsistorium über seine Vorgesetzten beschwert und auf die Unlust des Magistrats verwiesen, die baufällige Schule instand setzen zu lassen. Das Oberkonsistorium fordert darauf Schulze und den Magistrat zur Stellungnahme auf, was beiden Teilen sehr unangenehm gewesen ist und bei ihnen gleich zu Beginn der Amtszeit Sprengels den Wunsch wachwerden läßt, sich des unbequemen Rektors zu entledigen. Sprengel hat nach den Aufzeichnungen Schulzes an das Oberkonsistorium berichtet: „Das Schulgebäude sey lange nicht reparirt, das Dach schadhafft, das Gebäude stockicht, und schon einmahl, während des docirens ein Stück herausgefallen. Im Winter habe man wegen der schlechten Oefen, die der Töpfer nicht mehr ausbessern wollen, vor Rauch und Staub zuweilen nicht bleiben können und die lectionen aussetzen müssen. Seit dem Julio werde der Unterricht in der geographie dadurch gehindert, daß die Landcharten, für welche man Leisten zum Aufhängen anschlagen wollen, weil man nicht Wort gehalten, nicht aufgehangen werden konnten. Seit zwey Jahren habe er bey dem Magistrat auf reparatur des Schulgebäudes angehalten; man habe es immer versprochen und wieder vergessen ...“ (Chronik, S. 241).

<sup>5</sup> Chronik, S. 305.

<sup>6</sup> Chronik, S. 305.

<sup>7</sup> Ch. G. Salzmann: Ausgewählte Schriften, 2. Band, Langensalza 1901, S. 14.

<sup>8</sup> Eduard Strasburger: Zum hundertjährigen Gedächtnis an „das entdeckte Geheimniß der Natur“ (Deutsche Rundschau, 1893, S. 145).

<sup>9</sup> O. Kirchner: Konrad Sprengel, der Begründer der modernen Blumentheorie. (Naturwissenschaftliche Wochenschrift, VIII., Heft 12, 1893).

<sup>10</sup> H. B.: Erinnerung an Christian Konrad Sprengel nebst einigen Bemerkungen aus seinem Leben. (Flora, Band 2, 1819) — Zitiert nach O. Kirchner, Christian Konrad Sprengel, der Begründer der modernen Blumentheorie (Naturwissenschaftliche Wochenschrift, VIII., Heft 12, 1893).

<sup>11</sup> A. Krause, Christian Konrad Sprengel (Mitt. d. V. f. d. Gesch. Berlins, 36., 1919, S. 32) — P. Hoffmann, Einiges über Christian Konrad Sprengel (Ebenda, S. 37-39).

Nicht näher bezeichnete Zitate entstammen dem Werk Sprengels „Das entdeckte Geheimniß der Natur im Bau und in der Befruchtung der Blumen“.

#### Schrifttum:

P. Ascherson, Christian Konrad Sprengel als Florist und als Frucht-Biologe (Naturwissenschaftliche Wochenschrift, VIII., Heft 14, 1893).

G. T. Fechner, Nanna oder Über das Seelenleben der Pflanzen, 3. Aufl., Hamburg und Leipzig 1903.

O. Kirchner, Christian Konrad Sprengel, der Begründer der modernen Blumentheorie (Naturwissenschaftliche Wochenschrift, VIII., Heft 11/12, 1893).

H. Kugler, Einführung in die Blütenökologie, Jena 1955.

R. Mittmann, Material zu einer Biographie Christian Konrad Sprengels (Naturwissenschaftliche Wochenschrift, VIII., Heft 13-15, 1893).

Ch. G. Salzmann, Noch etwas über die Erziehung. In: Ausgewählte Schriften, 2. Bd., 2. Aufl., Langensalza 1901.

C. K. Sprengel, Das entdeckte Geheimniß der Natur im Bau und in der Befruchtung der Blumen. Herausgegeben von Paul Knuth, Leipzig 1894.

E. Strasburger, Zum hundertjährigen Gedächtnis an „das entdeckte Geheimniß der Natur“ (Deutsche Rundschau, 1893, S. 139 ff.).

Verhandlungen d. Botan. Vereins Provinz Brandenburg, XXXV., S. VIII ff., 1893 (Ausführungen P. Aschersons über Sprengel).

M. Wieser, Konrad Sprengel, der märkische Darwin (Brandenburgisches Jahrbuch, 3. Bd., Berlin 1928).

## Ernst v. Stubenrauch

*Ein preußischer Landrat aus der Zeit Wilhelms II.*

Jeder etwas ältere Stadtplan von Berlin weist eine ganze Anzahl von Stubenrauch-Straßen, -Brücken und -Plätzen auf. Einige von ihnen hat eine spätere Zeit umbenannt. Sie verteilten sich ursprünglich über den ganzen Süden und begegneten uns obendrein in der östlichen und westlichen Nachbarschaft in den Ortschaften Eichwalde und Potsdam-Babelsberg. Es ist durchweg alter Teltowboden. Aber wollte man heute fragen: „Wer war denn Stubenrauch?“, so würde wahrscheinlich sehr häufig Schweigen die Antwort sein. Nicht nur dem Mimen flieht die Nachwelt keine Kränze. Auch die Männer des öffentlichen Lebens — wie schnell sind sie vergessen. Aber unsere Gemeinschaft, die in der Idee der Heimat wurzelt, wäre nicht in rechtem Sinne der Heimat zugewandt, wollte sie nicht dankbares Gedenken einem Mann zollen, dessen Gestalt noch heute über die Fluren und durch die Städte des ehemaligen und des heutigen Teltows wandelt. Die Welt nahm bis auf geringe Ausnahmen (heimatfreundliche Kreise in Neukölln und Tempelhof, dazu ein Artikel in der Berliner Morgenpost) keinen Anlaß, am 4. September 1959 daran zu erinnern, daß 50 Jahre seit dem Tode von Ernst Stubenrauch verflossen waren. Er ist der Landrat des Kreises Teltow gewesen.

Weshalb man ihn unbedenklich so nennen kann, will ich versuchen, kurz aufzuzeigen. Es wird, fürchte ich, mehr oder weniger Stückwerk bleiben. Die Katastrophe von 1945 hat uns das weitschichtige Quellenmaterial genommen, mit dem eine vollgültige Zeichnung von Stubenrauchs Bild möglich wäre, so wie wir sie wünschen: die menschliche und politische Persönlichkeit des Mannes mit allen ihren Einzelzügen, gesehen auf dem Hintergrunde des endenden wilhelminischen Zeitalters und hineingestellt in den Verteidigungskampf des Kreises um seinen Norden. Ich werde nur Bruchstücke bieten können, denn es fehlen die Akten des Preußischen Ministeriums des Innern, es fehlen die reichen Aktenbestände des Landratsamtes. Was sich im jetzigen Hauptarchiv in Dahlem (dem alten Preuß. Geh. Staatsarchiv) findet, ist dürftig genug. Mag sein, daß einiges verlagerte Aktengut noch einmal heimkehrt in die heimatlichen Archive. Aber wann wird das sein? Schmerzlich ist auch, daß die engeren Mitarbeiter Stubenrauchs nicht mehr leben, die ihn aus nächster Nähe kannten, vor allem der Nestor aller Kreisbeamten, der langjährige Kämmerer Adolf Hannemann. Doch wenigstens aus zweiter Hand war dies und das über Stubenrauch zu schöpfen.

Wess Nam' und Art war er nun? Wo kam er her? Geboren war Ernst Leberecht Hugo Georg Stubenrauch am 19. Juli 1853 in Sagan als Sohn des dortigen Kreisrichters (heute Amtsrichter) Hugo Stubenrauch. Die



*Ernst v. Stubenrauch.  
Nach einer Aufnahme  
von Nicola Perscheid um 1905*

Mutter war eine Oberförsterstochter aus den weiten Waldungen im Krossenschen. Der Name hat in seinem zweiten Bestandteil nichts mit dem zu tun, was wir unter „Rauch“ verstehen. Er taucht in der Form „Stubenraucher“ oder „Stobenracher“ als Berufsbezeichnung im Mittelalter auf. Sein Träger sorgte für die Ordnung und Sauberkeit eines Hauses oder Schlosses, ist also eine Art Kastellan. Die Stubenrauchs sind nach dem Norden über Mitteldeutschland aus dem hinteren Unterfranken gekommen. In Münnernstadt unweit Kissingen tauchen sie 1479 auf, bekleiden zahlreiche städtische Ämter. Auch der Ahnherr Johann Stubenrauch, der um 1575 aus der Welt schied, waltete dort als Bürgermeister seines Amtes. Sohn und Enkel Johanns wurden Pfarrer in der Nähe von Münnernstadt. Der Letztere verließ die fränkische Heimat und starb als der geistliche Hirte des Fleckens Lindau bei Zerbst. Hier, im Anhaltischen, wurzelte die Familie nun durch fast zwei Jahrhunderte und bildete mehrere Äste und Zweige. Einige von ihnen wurden auch in anderen Landschaften heimisch. Ein Zweig verpflanzte sich in die Mark. Ihm, der 1894 in männlicher Linie erlosch, gehörte die Mutter Schleiermachers an. Mit einem Dessauer Zweige, dessen Stammvater Johann Kaspar (1671—1717) Rektor in Dessau war, gingen die Ahnen unseres Stubenrauch in die fortan ständig eingeschlagene Laufbahn des Richters und des Verwaltungsbeamten über, und zwar lenkt Johann Kaspars Enkel Friedrich seine Schritte nach Berlin.

Eine eigenartige Gestalt, die vielleicht Fontanes Interesse gefunden hätte. Friedrich Stubenrauch stand in Diensten des Prinzen August Ferdinand, des jüngsten Bruders Friedrichs des Großen, des Herrenmeisters des Johanniterordens. Als Hof- und Ordensrat der Johanniter-Regierung begann Stubenrauch und stieg 1795 zum Regierungsdirektor der gesamten Ordensverwaltung auf. Er hat ein sehr nobles, aber von Luxus freies Leben geführt. Ein Freund gediegener Geselligkeit, aller Kopfhängerei, namentlich bei Jugendlichen abhold, den Genüssen des Lebens zugeneigt (auch unser Stubenrauch weist solche Züge auf), pflegte er jeden Mittwoch eine sich aber nur bis in die späten Abendstunden hinziehende Herrengesellschaft zu geben. Es war die Zeit der beginnenden Berliner Salons, und man mag sich die aus hohen Beamten und Offizieren, weniger aus Gelehrten, gemengte Tafelrunde bei erlesenem Mahl und bei Kerzenschein in dem ihm gehörigen Haus Markgrafenstraße 66 Ecke Kochstraße vorstellen. Unter den Gästen wird in den letzten beiden Jahrzehnten Stubenrauchs oft der Arzt des Königl. Hauses Ernst Ludwig Heim gewesen sein, dem Gastgeber schon von der Universität her verbunden und seit 1783 in Berlin. Es ist der spätere „alte Heim“, eine der populärsten Personen des damaligen Berlins. Der von echtem Familiensinn beseelte Stubenrauch starb kurz vor der Schlacht von Jena, 63jährig. Er soll den Untergang des alten Preußen mit seinem Scharfsinn vorausgesehen haben. Er wäre nicht der Einzige in der Hauptstadt gewesen, der das drohende Wetter heraufziehen sah. Aber wie hätte dem epikureischen Sohn der Aufklärung nicht bis zuletzt der edle Genuß einen wesentlichen Teil seines Lebens bedeuten sollen? Er ist der Repräsentant weiter Berliner Gesellschaftskreise jener Zeit. Als eigenen Reiz mag man es empfinden, daß der Herr Kammerdirektor als Vertreter minderjähriger Adliger (v. d. Gröben) 1790 an einer teltowischen Kreisversammlung teilnahm.

Sein Urenkel war der Mann, mit dem wir uns heute beschäftigen. Die Stadt des Urgroßvaters wurde 1860 seine neue Heimat: Damals schied der Vater aus dem Justizdienst und eröffnete in Berlin eine Praxis als Rechtsanwalt. Er ist als Geh. Justizrat 1900 dort gestorben und hat den Sohn noch aufsteigen sehen, ebenso wie die Mutter, die ihren Sohn um sechs Jahre überlebte. Die Schulzeit verlebte Stubenrauch auf dem Friedrichs-Werderschen Gymnasium. Von dort zog er im Frühjahr 1870 zur Universität Heidelberg, um gleich so manchem der Vorfahren die Rechte zu studieren. Der 19. Juli sah ihn bereits als Kriegsfreiwilligen im Garde-Füsilier-Regiment (den sogenannten Maikäfern). Das Haupterlebnis scheint die Belagerung von Paris gewesen zu sein. Nach dem Feldzuge setzte er die Studien in Gießen und Berlin fort und bestand am 19. März 1875 das Referendar-examen. Der Beschäftigung an den Amtsgerichten in Alt-Landsberg, Angermünde und beim Kammergericht in Berlin folgte die große juristische Staatsprüfung im November 1879 und die Tätigkeit als Gerichtsassessor und Hilfsrichter beim Amtsgericht I in Berlin. Von hier trat Stubenrauch im



August 1880 als Regierungsassessor in Potsdam zur allgemeinen Verwaltung über. Das erste Ziel war erreicht. Der junge Assessor war gewiß aus einer sogenannten guten Familie, aber hier in Potsdam wuchs er nun in die obersten sozialen Schichten des damaligen Preußen hinein. Die Regierungskreise (an deren Spitze in der Havelstadt damals der Reg.-Präsident von Neefe seines Amtes waltete) standen Stubenrauch offen. In die Potsdamer Gesellschaft nicht minder beherrschenden Kreise des adligen Offizierkorps eröffnete ihm sein militärischer Rang den Zutritt: der bürgerliche Assessor war nach den üblichen Übungen zum Leutnant der Res. befördert und dem 1. Garde-Regiment zu Fuß zugeteilt worden. Hier wird er zum ersten Male dem jungen Prinzen Wilhelm näher getreten sein, dessen kaiserliche Gnade ihm später so manchesmal zuteil wurde. Stubenrauchs Tüchtigkeit wurde früh erkannt. Er wurde bereits während des zweiten Halbjahres 1883 mit der Verwaltung der Polizeidirektion Potsdam betraut. Zwei Jahre später zog er als Landrat in den Kreis Teltow ein, der 32jährige Bürgerliche in einen Kreis, an dessen Spitze stets Adlige, zumeist dort begütert wie die Willmersdorf, Hake, Knesebeck, gestanden hatten. Nach Albrecht, der 1822 Landrat wurde, war Stubenrauch der zweite bürgerliche. Er war nach dem Zeugnis seines Reg.-Präsidenten „ein wohl befähigter, umsichtiger und pflichteifriger Beamter, politisch durchaus zuverlässig und für die Stellung als Landrat in jeder Richtung geeignet.“

Im Kreise sah man der zunächst kommissarischen Betrauung des jungen Assessors widerwillig entgegen. Die Regierung machte wohl kein Hehl daraus, daß sie an eine endgültige Ernennung dachte. Die Teltower hatten aber selbst einen Kandidaten, den Amtsvorsteher v. O p p e n in Adlershof. Der Minister des Innern — es war Robert v. Puttkamer (der den preußischen Beamtenapparat in hochkonservativem Sinne zu formen bestrebt war), ließ, von der Opposition angegangen, Stubenrauch zu sich kommen. Ob er trotz der Widerstände sich getraue, den Posten zu übernehmen? Die Antwort lautete: „Wenn Eure Exzellenz den Mut haben, mich hinzuschicken, i c h habe den Mut, hinzugehen, und ich glaube auch, daß die Herren mit mir ganz gut auskommen werden.“ Der niemals Ängstliche hat recht behalten, denn bereits am 1. Juli beschloß der zum Vorschlag für die endgültige Besetzung aufgeforderte Kreistag (von 41 Mitgliedern waren 36 erschienen) auf Antrag des langjährigen Kreissyndikus' Justizrat Dr. Lazarus aus Charlottenburg einstimmig, seine Vorschlagsbefugnis nicht auszuüben. Er bat den Reg.-Präsidenten die Bitte bei Sr. Majestät zu befürworten, Stubenrauch zum Landrat zu ernennen. Wir dürfen den ziemlich schnell durchlaufenen weiteren Instanzenweg unbeachtet lassen. Jedenfalls stand Stubenrauch bald (am 18. August) vor dem alten Kaiser im Schloß Babelsberg und empfing aus seinen Händen die Bestallung. Nur etwas über sechs Jahre vergingen, da wurde das vielen noch bekannte prächtige geräumige Landratsamt, das Kreishaus, in der Viktoriastraße eingeweiht. Ein Zeichen, wie tatkräftig der neue Landrat seine Aufgabe anpackte. Der Kreis, einst im Nor-

den bis zur Spree reichend, grenzte damals im NW immer noch an den untersten Lauf des Flusses und weiter östlich an die Gebiete der Städte Charlottenburg und Berlin, in letzter Beziehung also bis an den Kreuzberg. Zum landrätlichen Bereich Stubenrauchs gehörten noch der ganze Grunewald, Wilmersdorf, Schöneberg, Tempelhof, Rixdorf (Neukölln), Köpenick und südlich davon alle jene Orte, die 1920 Berlin eingemeindet wurden. Seit 1870 hatte Prinz Handjery als Landrat gewirkt, eine völlig anders geartete Persönlichkeit als die seines Nachfolgers, aber beliebt im Kreise und nicht ohne Verdienste. Unter ihm war, unmittelbar nach seinem Dienstantritt, das Landratsamt von Teltow nach Berlin verlegt worden. Wichtiger aber war, daß mit der Kreisordnung von 1872 das alte ständische Gefüge der Verwaltung einer modernen Ordnung gewichen war. In ihr hatte die Vorherrschaft der Rittergutsbesitzer keinen Platz mehr wie sie u. a. in deren patrimonialen Polizeiverwaltung, auch ihrem Recht, die Schulzen zu ernennen, zum Ausdruck kam. Die Erweiterung und Verstärkung der Selbstverwaltung des Kreises gab dem Landrat die Möglichkeit, in ein engeres Verhältnis zu allen Kreisen der Bevölkerung zu treten. Was konnte ein Landrat bedeuten, der diese zu nutzen verstand. So angesehen Prinz Handjery gewesen war, er blieb etwas verhalten. Doch das war Stubenrauch nicht. Er grenzte sich nicht ab und wußte seinen Herzschlag auch andere fühlen zu lassen. Kein Wunder, daß ihm bald volles Vertrauen entgegen schlug. Er hat es 23 Jahre lang, bis zu seinem Ausscheiden im Jahre 1908, genießen dürfen.

Auf welchem Boden ist dieses Vertrauen nun gewachsen? Wie steht es um die Leistungen, die uns in Stubenrauch den Landrat des Kreises sehen lassen? Man spricht in erster Linie gerne vom Ausbau des Straßennetzes. Ihm hat er in der Tat seine ersten acht Amtsjahre vornehmlich gewidmet. Prinz Handjery war ihm da vorausgegangen und hatte, wie erklärlich, vor allem die von Süden nach Norden durch den Kreis auf Berlin hinführenden Hauptstraßen in guten Zustand gebracht. Aber mit den Seitenstraßen und sonstigen kleineren Verkehrswegen lag es vielfach im Argen, und hier setzte Stubenrauch an. Wenn wir im ganzen Teltow später berühmt gute Chaussees hatten, so gehen die meisten auf ihn zurück. Von vornherein war ihm klar, welche Bedeutung gute Wege für den wirtschaftlichen Aufschwung des Kreises haben mußten z. B. durch bequemen Transport landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum Hauptverbraucher und guten Zahler Berlin. Stubenrauch ging nach einem sehr genau bedachten Plan vor, der die Gesamtheit aller Straßenmöglichkeiten und Notwendigkeiten umfaßte. Hatte er sich dann für dieses oder jenes Straßenstück entschieden, so gab es keinen Aufschub mehr, nachdem das für den Ausbau notwendige Gelände erworben war. Sofort wurde der Bau begonnen. Die erforderlichen Umschreibungen im Grundbuch und Kataster mochten später bewirkt werden. Sie sind, wie mir einer seiner damaligen Mitarbeiter versicherte, oft erst lange Jahre nach

dem Chausseebau vollzogen worden. Unter dem Vorgänger war die Kilometerzahl der Teltower Kreisstraßen erheblich gewachsen, um 228 km. Stubenrauch vermehrte sie um weitere 284 km, so daß am Ende seiner Amtszeit der Ausbau als nahezu abgeschlossen gelten konnte. Nur knapp 100 km sind später noch gebaut worden. Die Chausseen sind immer eine Art Steckenpferd Stubenrauchs geblieben. Auf vielfachen Dienstfahrten in dem von zwei Braunen gezogenen Kutschwagen, später im Auto, benutzte er sie immer wieder. Eigentümlich war sein Verhältnis zu den zahlreichen, auf ihnen beschäftigten Wärtern und Aufsehern. Er kannte sie alle und pflegte, traf er sie, gerne anzuhalten und nach Arbeit und Ergehen zu fragen. Dabei duzte er sie und nannte sie beim Vornamen. Mancher wirtschaftlichen Sorge wurde bei solcher Gelegenheit ein Ende bereitet.

Sämtliche großen Eisenbahnlinien fand Stubenrauch bereits vor. Doch gehen auf seine Zeit wenigstens zwei Kleinbahnen zurück. Der Kreis baute sie freilich nicht selbst, aber beteiligte sich daran durch Kauf von Aktien. Es waren die Strecke von Königs Wusterhausen über Mittenwalde—Motzen nach Töpchin und die von Rixdorf (Neukölln) nach Mittenwalde. Viel nachdrücklicher spannte der Landrat seinen Kreis beim Bau von Straßenbahnen ein. Dabei ist zu beachten, daß ja der ganze Norden mit einem dichten Netz von Berliner Vorortgemeinden überzogen war, die damals noch zum Kreise gehörten. Gewissermaßen die Urzelle des Schienenetzes aller Teltower Straßenbahnen war der Schienenstrang, den Carstenn, der Begründer des Villenortes Lichterfelde 1872 anlegte, um Material für den Bau der Kadettenanstalt zu transportieren. Die Linie führte vom Bahnhof Lichterfelde-Ost in einem in Richtung auf die Giesensdorfer Straße führenden Bogen (daher der Name Bogenstraße) bis zum Gelände der Anstalt. Diesen Strang benutzte seit 1879 Werner Siemens. Er wollte die von seiner Firma Siemens u. Halske erfundene elektrisch betriebene schmalspurige Bahn erproben. 1881 wurde diese erste elektrische Bahn der ganzen Welt als ein Unternehmen der genannten Firma für das Publikum in Betrieb genommen (doch mit etwas anderer Linienführung) und 1890 bis zum Bahnhof Lichterfelde-West verlängert. Wenige Jahre darauf waren auch Steglitz, Lankwitz und Mariendorf durch Siemens u. Halske in das Netz einbezogen.

Es ist das Verdienst Stubenrauchs, erkannt zu haben, welchen Wert dieses Bahnnetz in den Händen des Kreises haben mußte. Von vornherein war er gewillt, es auszubauen und neue Linien zu schaffen. Der Erwerb gelang 1906 um den Kaufpreis von nahezu 1½ Mill. Mark. Damit schlug der Kreis Teltow im Interesse einer gesunden, von geschäftstüchtigen Privatunternehmern unabhängigen Verkehrspolitik eine Richtung ein, die für eine Kommunalverwaltung damals eigentlich unerhört war: nämlich auf ein Erwerbsunternehmen hin. Ausdrücklich aber wollte sich Stubenrauch im weiteren auf den Erwerb und Eigenbau solcher Bahnen beschränken, die nicht nach Berlin selbst hineinliefen, also nicht mit dem großen System der einzelnen Berliner Straßenbahngesellschaften in Verbindung standen. Die

weitere Entwicklung auf diesem Gebiet hat Stubenrauch, abgesehen von der Anlage einer kleinen Bahnlinie zwischen Alt-Glienicke und Bahnhof Adlershof, nicht mehr erlebt. Gleichzeitig mit jenem großen Erwerb von 1906 wurde eine uns heute geradezu vorsintflutlich erscheinende Bahnlinie Kreiseigentum: die „lahme Ente“ genannte im Besitz der Firma Bachstein befindliche „Dampfstraßenbahn“ vom Bahnhof Lichterfelde-Ost über Seehof-Teltow nach Stahnsdorf. Sie wurde sofort in eine elektrische Bahn umgewandelt, Erwerb und Umbau erforderten nahezu 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Mill. Mark.

Stubenrauch war ein im besten Sinne sozialer Mensch. Er fand in der Fürsorge für die erkrankten Kreisbewohner ein zweites bedeutendes Betätigungsfeld. Durch einen äußeren Umstand wurde er geradezu darauf hingewiesen: die für ganz Deutschland durch Gesetz von 1883 zum ersten Male geregelte soziale Krankenversicherung machte für den Kreis die Schaffung von Krankenhäusern umso notwendiger, als er — bis auf einige Ausnahmen (z. B. das Oberlin-Krankenhaus in Nowawes) auf Berlin angewiesen war. Dessen Anstalten waren aber häufig überfüllt. Unmittelbar nach Stubenrauchs Dienstantritt erging aus der Reihe der Kreistagsabgeordneten die entsprechende Anregung. Sie aufzugreifen, schien dem jungen Landrat selbstverständlich. Doch es dauerte verhältnismäßig lange, bis das erste Vorhaben in Gang gebracht und schließlich beendet werden konnte: übergeordnete Amtsstellen hielten den Kreis nicht für leistungsfähig genug. Der Landrat hätte nicht Stubenrauch heißen müssen, wenn er nicht mit der ihm eigenen Zähigkeit sich nun erst recht ins Zeug legte. 1896 wurde das erste Krankenhaus des Kreises in B r i t z , freilich nur mit 50 Betten, eröffnet. Der Baurat Schmieden hatte die Pläne entworfen. Damit war die Bahn frei, und nun folgte innerhalb weniger Jahre ein Krankenhaus nach dem anderen. Neben der Übernahme des städt. Krankenhauses in Trebbin betrieb Stubenrauch die Neubauten in Zossen und Königs Wusterhausen. Auch sie verdankten ihr äußeres Gewand der kundigen Hand Schmiedens. Noch entbehrte aber der Nordwesten des Kreises der entsprechenden Betreuung. Mit der 1900 eröffneten, auf das modernste und zweckmäßigste im sogenannten Pavillonsystem errichteten Anstalt in Lichterfelde, Unter den Eichen (sie sollte später Stubenrauchs Namen tragen) krönte er dieses Wirken. Auch jetzt hatte ihm Schmieden zur Seite gestanden. Mit Ernst S c h w e n i n g e r , dem langjährigen Leibarzt Bismarcks, war eine leitende Kraft gewonnen worden (die wenigstens bis 1906 dem Krankenhaus erhalten blieb). Die Übernahme des Oberlinhauses und seinen Ausbau, ebenso die Schaffung des Paul-Gerhardt-Krankenhauses in Mittenwalde konnte Stubenrauch wenigstens noch einleiten.

Welcher Segen mit alledem über den ganzen Kreis ausgebreitet wurde, könnte nur unvollkommen geschildert werden. Wievieler Kräfte bedurfte es, um die Anstalten arbeitsfähig zu erhalten. Hier sei wenigstens eines gedacht: Die Krankenpflege hatten zunächst Johanniterschwestern und Dia-

konissen ausgeübt. In dem 1904 eröffneten Schwesternmutterhause auf dem Gelände des Lichterfelder Krankenhauses bildete der Kreis fortan eine eigene Schwesternschaft aus. Man suchte sie möglichst aus Angehörigen des Kreises zu gewinnen.

Stubenrauch konnte mit alledem die Gesundheitsförderung nicht abgeschlossen sehen. Ergänzend waren Arbeiten auf dem Gebiet der Hygiene zu leisten. Auch sie beanspruchten ihn vom Dienstantritt an. Es war nur ein Auftakt, als er sich für die Beseitigung des *Schwarzen Grabens* einsetzte. Aus dem Wilmersdorfer See kommend schlichen seine trüben Wasser mit zeitweilig geradezu pestilenzialischem Gestank durch die Feldmarken von Wilmersdorf und Schöneberg, überquerten in nordwestlicher Richtung den Kurfürstendamm und zogen etwa im Zuge der Kaiser-Friedrich-Straße und Lohmeyerstraße zur Spree oberhalb der Schloßbrücke. 1886 wurde mit der Regulierung begonnen. Stubenrauch fand dabei die Unterstützung Bismarcks, der sich von dem unhaltbaren Zustand auf einem Spaziergang durch „eigenen Nasenschein“ überzeugte. Um 1891 war der Graben kanalisiert und verschwunden. In größerem Maße nahm Stubenrauch die Frage in Anspruch, wie bei der starken baulichen Entwicklung der nördlichen, an Berlin angrenzenden Gemeinden alle Abwässer einwandfrei beseitigt würden. Es gelang seiner Tatkraft nach und nach für alle in betracht kommenden Gemeinden das Werk in der jeweils entsprechenden Form zu Ende zu führen, zuerst 1893 für Rixdorf, das heutige Neukölln. Es ist kaum zuviel gesagt, daß der weitere Anstieg jener Vororte als Wohngemeinden, aber auch als Fabrikstätten (man denke an die vielen Fabriken an der Oberspree) ohne diese wesentlich von Stubenrauch vorangetriebene Arbeit unmöglich gewesen wäre. Zum Teil in das Gebiet der Hygiene begab sich Stubenrauch, als er etwa Mitte der 90er Jahre dem ein Ende machte, daß ein Teil des Berliner Mülls auf dem Boden des Kreises abgelagert wurde. Er wollte zugleich fürsorglich das Landschaftsbild schützen. In einem so eifrigen Jäger und Freund des Waldes mußte ja solcher Gedanke lebendig sein. Die Landschaft des Teltows: So schön seinen Süden und Südosten große und kleine Seen kleiden, so innig das breite stille Tal der Nuthe zu dem Wanderer spricht, so hell die weiten Flächen der Dahme im Sonnenlicht aufzublitzen vermögen, nicht der Wasserreichtum macht die landschaftlichen Reize des Kreises aus. Vor allem der eigentliche Teltow, der Norden, entbehrt (abgesehen von seiner NW-Ecke) der Seen und Flüsse. Und doch machten Flüßchen und Bäche dem Menschen einst genug zu schaffen, die Nuthe und Notte, am meisten die Bäke und nicht zu vergessen zahlreiche Wassergräben. Auch hier handelte es sich um Entwässerung, aber nicht um Beseitigung von Abwässern. Nicht so sehr hygienische als wirtschaftliche Gründe legten es dem Menschen nahe, für den ungehinderten Abfluß der regelmäßig zufließenden Wasser nach dem natürlichen Gefälle zu sorgen, also für das, was in technischem Sinne als „Vorflut“ bezeichnet wird. Um diese Vorflut aber stand es schlecht. Floß das Wasser nicht ab (besonders im



Frühjahr nach der Schneeschmelze), so staute es sich und überschwemmte die anliegenden Wiesen und Felder und minderte deren landwirtschaftlichen Wert. Mit einer Abhilfe verband sich also ein gutes Stück Melioration. Solcher Absicht verdankte schon der auf eine Verfügung Friedrichs des Großen zurückgehende Königsgraben im Jahre 1777 seine Entstehung. Er ist an ganz wenigen Stellen noch heute im Straßengefüge zwischen Mariendorf und dem Teltowkanal zu erkennen, in den er südlich der heutigen Wiesenbaude in Lichterfelde einmündete. Weitreichender war die kanalartige Regulierung der Notte Mitte des 19. Jahrhunderts, denn hier wurde zugleich ein Schiffsweg von der Dahme her bis zum Mellensee geschaffen, also bis in die Nähe der Sperenberger Gipsbrüche. Was der Notte recht war, mußte der Nuthe billig sein (wenn sie's freilich auch nicht zur Schiffsfahrtsstraße gebracht hat), und hier begegnen wir nun wieder den Spuren Stubenrauchs. In den ersten Jahren seiner landrätlichen Tätigkeit wurden die umfangreichen Meliorationsarbeiten an der Nuthe abgeschlossen.

Alles Bisherige trat nun zurück vor der einen großen Regelung im Bäkegebiet. Hier taucht die Gestalt Stubenrauchs in das vollste Licht der Geschichte. Eine ursprünglich breite zum Teil seenartige Rinne war im Laufe der Jahrhunderte durch Torf- und Kalkschlammbildungen weithin verlandet und im Zusammenhang damit hatte eine reiche Vegetation eingesetzt. Ein immer mehr eingegengter Wasserlauf bahnte sich mühsam seinen Weg: die Bäke. Bescheiden wie der Name, der ja nichts anderes als die niederdeutsche Form für Bach ist, verfolgte dieses Fließ seine Bahn. Am SO-Hang des Steglitzer Fichtenberges hatte es seinen hauptsächlichen Ursprung in einem Teich neben dem sogenannten Wrangelschloßchen, bog bald nach SW ab, zog zwischen den alten Bauerndörfern Lichterfelde und Giesensdorf entlang, dann durch den Teltower See vorbei am Städtchen Teltow und floß, nachdem es sich zwischen Klein-Machnow und Stahnsdorf hindurchgezwanzt hatte, nördlich von Kohlhasenbrück in den Griebnitzsee. Hinter ihm mündete der Bach nach einer Gesamtstrecke von fast 23 km mittels eines kurzen Ablaufs bei Klein-Glienicke in die Havel.

So wenig Aufhebens die Bäke in dem stillen Tal von sich machte, sie war immerhin — wenigstens nach der Ansicht ihrer ursprünglichen, d. h. niederdeutschen Anwohner — eine Frau, und wann hätten wir bei einer solchen nicht beobachtet, daß sie den oder jenen Schmuck für ihren Körper liebte. Auch der Bäke blieb er hier und da nicht versagt, vor allem in ihrem Oberlauf durch die Lichterfelder Gemarkung. Hier schmückte sie auf beiden Ufern ein prachtvoller dichter Auenwald. Von ihm hat sich bis in unsere Tage der unter Naturschutz stehende Park hinter dem Lichterfelder Schloßchen am Hindenburgdamm erhalten. Aber im Grunde war die Bäke doch lebensuntüchtig. Ihre natürliche Aufgabe war die Entwässerung der Landschaft. Sie erfüllte sie nicht, ja sie konnte sie umso weniger erfüllen, als es ihr einige Trabanten noch erschwerten, Grabenzuflüsse wie z. B. der sich von Lankwitz ihr nähernde sogenannte Hauptgraben. Wie hätte die kleine

Bäke, die mit ungenügendem Gefälle durch Schlamm und Torf eingengt war, auch noch all die Wassermengen der angeschlossenen Feldmarken in ausreichendem Maße fortschaffen können. Die steigende Versumpfung mehrte die Mißstände von Jahr zu Jahr. So war niemand (abgesehen von Pflanzen-, Vogel- und überhaupt Naturfreunden) recht mit der Bäke zufrieden. Man traute ihr noch weniger zu für den Fall, daß die südwestlichen Berliner Vororte ihre bauliche Entwicklung wie zu erwarten in dem gleich schnellen Tempo wie bisher fortsetzten.

Pläne zur Besserung waren längst entworfen worden, auch Prinz Handjery hatte sich mit ihnen beschäftigt, aber es bedurfte doch einer so energiegeladenen und zugleich diplomatischen Persönlichkeit wie Stubenrauch, um zum Ende zu kommen. Dieses Ende war aber mehr als die bei Nuthe und Notte angewandte Regulierung. Schon zu der Zeit, als man im Kreise noch an eine solche Lösung dachte und Stubenrauch selbst sie betrieb — übrigens in großzügiger Form, wobei die politischen Gemeinden die Pflichten der vielen einzelnen kleinen grundbesitzenden Anlieger übernehmen sollten —, schon damals dachte der Landrat weiter. Einer seiner Mitarbeiter erzählt, Stubenrauch, habe 1893, als er mit ihm einmal von Tempelhof nach Britz fuhr, auf eine nach Westen ziehende Bodensenkung mit den Worten hingewiesen: „Hier wird einst der Kanal durchkommen.“ Ein künstlicher Wasserweg von der oberen Spree zur Havel war schon 1874 vorgeschlagen. Stubenrauch hat höchst verdienstlich diesen Gedanken aufgegriffen, mit dem als Kanalisierung gedachten Bäkevorhaben verknüpft und in der Ausführung zu einer allorts Aufsehen erregenden Größe entwickelt. Er vollbrachte es trotz aller Widerstände, unter denen der Einspruch des dicken „Pod“, des Landwirtschaftsministers *Podbielski* im Zusammenhang mit einer großen preußischen Kanalvorlage besonders schwer wog. Der *Kreis*, nicht Anlieger und Gemeinden, nicht der preußische Staat, baute in den Jahren 1900 bis 1906 den Kanal mit eigenen Mitteln. Es wurde eine Wasserstraße, die hinter den bedeutendsten Werken altpreussischer Wasserbaupolitik an Bedeutung nicht zurückstand, vom Technischen ganz zu schweigen. Bezeichnend ist, daß der Erbauer des Panamakanals, der schwedische Ing. Goethals, sich persönlich an Ort und Stelle über das Bauvorhaben unterrichtete. Der Kanal verband den Teltow mit den großen Schiffsstraßen im Osten und Westen der Monarchie, mit Oder und Elbe. Er entlastete die viel zu enge und überbeanspruchte Durchfahrt durch Berlin. Er ließ an seinen Ufern brauchbares Industriegelände erstehen, das sich bald mit Fabriken und Werken füllte. Ihn belebte eine kreiseigene Schifffahrt mit zahlreichen, dem Ausflugsverkehr dienenden Motorbooten. Das große Kulturwerk, als das sein Schöpfer selbst den Kanalbau bezeichnet hat, ist nach den Worten des Teltow-Geschichtsschreibers *Willy Spatz* das „Hauptwerk der Ära Stubenrauch“. Er hat in seiner wirtschaftlichen Entwicklung den Optimismus unseres Landrats voll bestätigt.

In dem Glückwunschtelegramm des damaligen Reichskanzlers (es war Bülow) anlässlich der Einweihung am Pfingstsonnabend 1906 meinte er, es habe sich wohl noch niemals bisher ein preußischer Kreis eine so große Aufgabe gestellt. Stubenrauch durfte sich an sie wagen, weil er der Mann dazu war. Bei der Eröffnung der Kanalarbeiten hatte er seinen Spatenstich mit dem Spruch eingeleitet: „Erst wägen, dann wagen.“ Aber so genau er vorher gewogen und erwogen hatte, der Kanal hatte anstatt der veranschlagten rd. 25 Mill. Mark das Doppelte erfordert; daß die landrätliche Politik bei dieser Gelegenheit nicht Schiffbruch erlitt, dankte sie den glänzenden Finanzen des Kreises.

Die Bevölkerung des Teltow stieg während der Amtszeit Stubenrauchs von 163 107 Seelen im Jahre 1885 auf gut 300 000, natürlich nicht so sehr durch Anwachsen auf dem platten Lande, umso mehr aber in den nördlichen Bezirken wie z. B. Steglitz, Tempelhof, Britz. Damit stieg aber auch das Aufkommen der dem Kreise zufließenden Steuern. Sie kletterten von 180 479 Mark im Jahre 1885/86 auf 3 700 146 Mark im Jahre 1908/09, d. h. etwa auf das 20fache. Für die steigende Finanzkraft mögen auch die Einlagen bei der Kreissparkasse Zeugnisse ablegen: Ende 1885 4 697 586 Mark; Ende 1907 76 262 885 Mark. Reiche Mittel standen obendrein zur Verfügung, wenigstens bis zum Anfang des Jahrhunderts, durch Anteil an den Schutzzöllen des Reiches. Diese fielen nämlich nicht an das Reich, sondern wurden an die Einzelstaaten verteilt und mußten von diesen an die Kreise abgegeben werden (lex Huene). Der Kreis Teltow schwamm also gewissermaßen im Gelde. Nur unter solchen Umständen konnte es sich Stubenrauch leisten, gelegentlich auch wohl einen durch neue Vorhaben überaus stark belasteten Etat aufzustellen, der einfach durch einen Titel „Vorauszuschende Einnahmen“ ausbalanciert wurde. Sie gingen stets rechtzeitig und ausreichend ein. Defizits kannte die Stubenrauchsche Finanzpolitik nicht.

Immerhin konnten sich Schwierigkeiten ergeben, wenn gerade die finanzkräftigsten Gemeinden sich verselbständigten und damit aus dem Kreise ausschieden. Diese Gefahr ist eingetreten. Selbst ein Stubenrauch konnte sie trotz weitgehender Verbindungen und Beziehungen nicht abwenden. Charlottenburg, der Tiergarten, Teile von Schöneberg und Tempelhof waren bereits vor Stubenrauch dem Kreise verloren gegangen. Erst etwa sieben Jahre vor seinem Amtsantritt hatte ein weiterer Verlust gedroht durch die Bildung einer Provinz Berlin. Sie sollte nach dem Vorschlag des Berliner Oberbürgermeisters Hobrecht bestehen aus den Stadtkreisen Berlin und Charlottenburg, dazu einem Landkreis Berlin. Dieser hätte wie den Niederbarnim, so auch den Teltow weite Gebiete (bis Köpenick und Lichterfelde) gekostet. Die gesetzgebenden Körperschaften hatten einen entsprechenden Entwurf aber abgelehnt. Der damalige Teltower Kreistag schloß mit einem Festmahl, zu dem Prinz Handjery ein Festlied beige-steuert hatte:

„Wer reitet so spät durch Nacht und Wind?  
Es ist Herr Hobrecht mit seinem Kind.“

Es endete mit den Worten:

„Die Provinz Berlin war mausetot.“

Aber so sehr man hier im Augenblick triumphierte, Stubenrauch war klug genug, die Mißstände nicht zu verkennen. Sie ergaben sich aus dem Ineinanderwachsen der stark bebauten Ortsteile von Berlin und einzelner im Aufblühen begriffener Vororte. Es war schon etwas Wahres daran, wenn der Schöneberger Schöffe und Teltower Kreistagsabgeordnete, der Kaufmann Gustav Müller (er ist später der erste Stadtverordnetenvorsteher Schönebergs geworden) 1891 einmal erklärte, für den Anschluß der Vororte an Berlin spräche u. a., daß der Kreis hohe Steuern aus ihnen zöge, damit aber nicht in ihrem Gebiet Straßen, sondern weit draußen Chausseen baue. Andererseits erschienen die Vororte dem Landrat ungeachtet ihrer Steuerkraft auch wohl als wenig brauchbare Teile des Kreises. 1893 bezeichnete er es als einen Übelstand, daß die reichen Hauseigentümer der Vororte die Großgrundbesitzer aus dem Kreistage verdrängten. Nach Stubenrauchs Vorschlag, den der Oberpräsident von Achenbach (übrigens der Vater von Stubenrauchs späterem Nachfolger) und auch der Berliner Magistrat teilten, sollte die Ringbahn die neue Grenze des Kreises gegen Berlin werden. Das war nicht sehr glücklich und fand lebhaften Widerspruch bei den betroffenen Vororten; denn deren Körper wären natürlich höchst unnatürlich zerrissen worden. Es war dann nicht Stubenrauchs Verdienst, daß der von der Regierung damals vorgeschlagene großzügige Plan einer Vergrößerung Berlins auf Kosten des Kreises Teltow (und auch Niederbarnims) ad acta gelegt wurde. Magistrat und Stadtverordnete von Berlin hatten die Dinge sehr verschleppt, waren aus ihren Bedenken nicht herausgekommen. Die Regierung wandte sich zuletzt ärgerlich ab.

Schließlich hatte sie neue Wege eingeschlagen in Richtung auf Bildung selbständiger Städte um Berlin. Dem vermochte Stubenrauch nicht zu widerstreben. Er sah völlig ein, daß manche Orte in Wahrheit aus dem Kreise herausgewachsen waren. So schieden denn im Jahr 1899 das schon vorher (1898) zur Stadt erhobene Schöneberg und das nunmehr mit Stadtrechten begabte Rixdorf aus dem alten Verband aus. Aber weiteren Wünschen stemmte sich der Landrat mit aller Macht entgegen. Dabei fand er die Unterstützung der Regierung. Der Innenminister hatte im Februar 1900 im Abgeordneten-Hause ausdrücklich erklärt, der Kreis Teltow solle zunächst nicht weiter geschwächt werden, sondern eine gewisse Schonzeit erhalten. Stubenrauch war willens, was an ihm läge, keine weitere Einbuße zuzulassen. So untersagte er 1900 z. B. der Gemeinde Treptow geradezu, Eingemeindungsverhandlungen mit Berlin zu führen. Als der Oberbürgermeister Kirschner dies als ungesetzlich verboten wissen wollte, zeigte sich die Regierung durchaus ablehnend. Andererseits war Stubenrauch die Umgemeindung des Tempelhofer Feldes nach Berlin erwünscht, ebenso die der Hasenheide. Alles in allem erscheint er aber auf diesem Gebiet viel gehemmt als anderwärts. Er konnte die Entwicklung hier und da wohl bremsen

und verlangsamen, aber er hat seinem Kreis ein weiteres Opfer schließlich doch nicht ersparen können. Wenige Zeit bevor er selbst ihn verließ, mußte er das kurz zuvor zur Stadt erhobene Wilmersdorf aus ihm entlassen (1907).

Es ließe sich noch manches über die Leistungen Stubenrauchs im Kreise und für den Kreis sagen. Kurz hingewiesen sei wenigstens auf seine Baupolizeiverordnung von 1891. Sie lenkte die bauliche Entwicklung der Vororte in gesunde Bahnen. Große Mietskasernen hatten sie zu überschwemmen begonnen. Jetzt machten die engen und dumpfen Höfe Gärten Platz. Natürlich fand Stubenrauchs Bestreben hitzige Widersacher. Wenn seine Bauordnung auch bald aufgehoben wurde, die neuen vom Regierungspräsidenten in Potsdam erlassenen Bestimmungen nahmen das Beste der Stubenrauchschen Verordnung „im Sinne der dort vorgesehenen Baubeschränkung und Einrichtung von Landhausvierteln“ auf.

Doch genug davon. „In seinen Taten malt sich der Mensch“ lautet ein Wort Schillers. Kein Zweifel, daß wir eine bedeutende, schöpferische Persönlichkeit erkennen konnten. Es drängt uns, ihr Wesen zu enträtseln, soweit es noch möglich ist. Dazu gehört auch das Äußere, die Gestalt, in der sich dieser Geist barg. Büsten von Ludwig M a n z e l (ehedem im Kreishaushaus) und von Ferdinand L e p c k e für einen Brunnen in Teltow, dazu mannigfache Photos zeigen einen ungewöhnlich kräftig gebauten Mann. Stubenrauch wirkte mit seiner Größe von 1,83 und entsprechender Breite geradezu hünenhaft. Der mit ziemlich klobiger Nase ausgestattete dicke Kopf auf kurzem Halse mochte zunächst ungeschlachtet erscheinen, doch milderten dies die eindrucksvoll geformte Stirn, auch wohl der gepflegte, das Kinn bedeckende kurze Bart und der nach der Mode der Zeit, doch mäßig, aufgewirbelte Schnurrbart, vor allem aber die, wie es heißt, „tiefen Augen von einem eigentümlich stählernem Blau“. Unter dichten Augenbrauen auf wulstigen Augenknochen wußten sie das Gegenüber durchdringend anzusehen, voll Güte, aber auch „mit tiefem Ernst und unerbittlicher Strenge“. Der kräftige Händedruck verriet Wärme und zugleich die Ehrlichkeit des Willens. Soviel Stubenrauch von seinen Mitarbeitern forderte, er wußte stets zu belohnen — mit Wort und vor allem Tat. Eine auf das härteste angespannte Energie wurde nie zur Rücksichtslosigkeit. Er war ein Meister in der Behandlung von Menschen. Er wußte sie fast alle seinen dem Kreise vorteilhaften Plänen dienstbar zu machen. Ein gutes Namen- und Mienengedächtnis waren wesentliche Helfer. Für sich selbst kannte er keine Schonung. Wenn es ihm gelang, eine ungewöhnliche Arbeitslast auf sich zu nehmen, so wurde sie ihm dadurch leichter, daß er den Körper durch Jagd und Reiten spannkraftig hielt. So war ihm z. B. alljährlich die herbstliche Hühnerjagd in der Gemarkung von Buckow oder die auf Rotwild in Blankenfelde und Genshagen selbstverständlich. Auch den militärischen Übungen unterzog er sich gern. Dabei rückte er allmählich bis zum Major d. R. in



seinem geliebten Potsdamer Garde-Regiment auf. Mehr als einen Mitarbeiter hat er aus dessen ausgedienten Mannschaften gewonnen. Nach getaner Arbeit zu feiern war ihm ein Bedürfnis. Er liebte es, sich durch die Musik Beethovens zu entspannen, und die großen Symphoniekonzerte Berlins besuchte er regelmäßig. Bei besonderen feierlichen Gelegenheiten übersteigerte er wohl auch die übliche Aufwandsmöglichkeit seines landrätlichen Amtes. Daß er gern mit seinen Mitarbeitern nach getanem Werk ausruhte, entsprach seinem durchaus auf den Nächsten eingestellten Wesen. „Leben und leben lassen“ galt auch hier. Müssen wir erwähnen, daß er Freund eines guten Tropfens, besonders des Moselweins war? Nicht zufällig geht der Weinkeller des Kreises auf ihn zurück, der s. Zt. einen guten Namen hatte. Zu gewisser Zeit nahm er regelmäßig an einem Stammtisch im „Weihenstephan“ teil, einem um die Jahrhundertwende vielbesuchten Bierhause am Schöneberger Ufer nahe der Potsdamer Brücke. Dieser „Ministertisch“ mochte ihm gelegentlich auch dazu dienen, Dinge schneller in Fluß zu bringen, als es die „Hydra der Instanzen“, wie er es einmal genannt hat, zuließ. Auch seine guten Beziehungen zum Kaiser, die anscheinend im 1. Garde-Regiment angeknüpft waren, verschmähte er keineswegs, wenn es hieß, Widerstände zu brechen. Sie sind ihm vor allem beim Kanalbau zugute gekommen. Das soll aber nicht heißen, daß er auf Hinterwegen zum Ziel zu kommen suchte.

Es fehlte ihm nämlich nicht an Mut und Zähigkeit beim Verkehr mit übergeordneten Behörden und anderen amtlichen Stellen oder sonst im Leben. Als junger Kriegsfreiwilliger ist er vor dem Regiment belobigt worden. Die Lebensrettungsmedaille, die er am Bande trug, zeigte, daß er selbst das eigene Dasein aufs Spiel zu setzen nicht gescheut hatte. War im Kreistag eine Vorlage einmal abgelehnt worden, so wußte jeder Beteiligte, sie würde bei besserer Gelegenheit wieder auftauchen und dann durchgebracht werden. Stubenrauch machte gelegentlich mit seinem Urteil auch nicht vor behördlichen Anordnungen Halt. So gab er z. B. in den ersten Jahren einmal im Teltower Kreisblatt eine persönliche Erklärung ab. Sie richtete sich gegen die von der Potsdamer Regierung bereits angeordnete Ernennung von besonderen Kommissaren an der Spitze der Steuerveranlagungskommission in den Kreisen Teltow und Niederbarnim. Bis dahin hatte eo ipso der Landrat den Kommissionen vorgestanden. Bereits nach vier Tagen hatte er einen schriftlichen Verweis wegen „unberufener Kritik des Verhaltens Ihrer vorgesetzten Behörde“. Recht draufgängerisch scheint er sich einmal gegen den Superintendenten in Königs Wusterhausen betätigt zu haben, mit dem schon vorher gewisse Spannungen bestanden. Dortige kirchliche Baulasten wollte er von der politischen Gemeinde auf die kirchliche abgewälzt wissen. Der Kultusminister warf ihm vor, er habe dem geistlichen Herrn, der sich weigerte, einen entsprechenden Beschluß herbeizuführen, widerrechtlich eine Ordnungsstrafe angedroht. Als der Superintendent darauf die Sitzung schloß, habe er deren Leitung an sich gerissen. Der Regierungspräsident

nahm Stubenrauch zwar weitgehend in Schutz, mußte aber doch erklären, Stubenrauchs Auftreten sei „nicht ganz zu rechtfertigen“.

Wie hätte ein so zielbewußter Mann nicht hier und da auf Widerstand stoßen sollen? Im Kreise wußte er ihn zu dämpfen. Umso lauter schlug er ihm zuweilen in der Berliner Presse entgegen, z. B. beim Bau des Kreishauses, das zu große Mittel verschlungen hätte. Seit 1873 hatte die landrätliche Verwaltung ihren Platz in engen, z. T. dunklen und winkligen Räumen eines dem Kreise gehörigen Berliner Mietshauses in der Körnerstraße nahe der Lützowstraße gehabt. Herbst 1891 wurde in der Viktoriastraße das überaus stattliche Sandsteingebäude im Stile der italienischen Renaissance errichtet von der Meisterhand Franz Schwechtens, des Erbauers des Anhalter Bahnhofs, der neben dem Kreishaus gelegenen Sparkasse (1906) und des Kaiser-Wilhelm-Turms im Grunewald (1897). Schwechten wurde ein treuer Freund Stubenrauchs. Das Kreishaus kostete, zumal mit der künstlerischen Ausschmückung nicht gespart wurde, immerhin 1½ Millionen Mark, in damaliger Zeit eine riesige Summe. Die Einweihung in Anwesenheit des Kaisers wurde neben der Eröffnung des Teltowkanals der festlichste Akt des Kreises in der Ära Stubenrauch. Die Presse beruhigte sich. Stubenrauch hatte es im Grunde kalt gelassen, denn er besaß, wenn es darauf ankam, auch das, was man ein dickes Fell zu nennen pflegt. Er sagte sich zudem, daß ihm die Entwicklung recht geben würde. Und Großzügigkeit war nun einmal eine seiner Eigenschaften.

Aber war hier noch jenes Altpreußentum in Sparsamkeit und Einfachheit bewahrt worden, zu dem sich Stubenrauch bekannte? Könnte man sich denken, daß der Finowkanal Friedrichs des Großen so festlich eingeweiht worden wäre, wie es beim Teltowkanal geschah? Die Zeiten waren andere geworden, und ganz hat sich auch ein Stubenrauch dem stark auf das Äußere gerichtete Wesen der wilhelminischen Epoche nicht entziehen können. Auch er war ein Kind seiner Zeit, doch er erlag deren Lockungen, namentlich nach der Seite des Höfischen, nicht so, daß er darüber sich selbst untreu geworden wäre: in seinem Innersten waltete der Gedanke des treu zu leistenden Dienstes an Staat und Mitmenschen. Nie hätte er besser sein soziales Wollen bezeugen können, als er das Kreishaus bei seiner Eröffnung weihte „als ein Haus der Nächstenliebe. Dem Vornehmen und dem Geringen, dem Reichen wie dem Armen, einem jeden soll gleichmäßig dieses Haus eine Stätte der Hilfe und des Rates sein“. Das war gewiß Altpreußentum, und es waren keine leeren Worte. Preußisch war auch Stubenrauchs Auffassung von der Selbstverwaltung. Man bestritt dem Kreise die Berechtigung zum Kanalbau. Das sei Sache des Staates. Stubenrauch wollte nichts von einem Gegensatz von Staat und Selbstverwaltung wissen. „Es ist Aufgabe der Selbstverwaltung, Arbeit des Staates zu tun; die Aufgabe des Staates ist es, die Arbeit der Selbstverwaltung zu schützen.“ Seinen Staat sah Stubenrauch einzig und allein im Zusammenhang mit dem Königtum der Hohenzollern. Er konnte nur Monarchist sein, und die Monarchie hat es

ihm in ihrer Weise gedankt, als sie ihm beim Eintritt in das neue Jahrhundert den erblichen Adel verlieh. In königstreuen Bahnen wünschte der Landrat seinen Kreis sich entwickeln zu sehen. „Wir wollen fleißige Mitarbeiter sein unseres Königs im Kampfe gegen die Geister des Unglaubens, des Ungehorsams, der Unzucht, kurz gegen alle bösen Geister, die an dem gesunden Körper unseres Volkes nagen“, bekannte er bei der Einweihung des Kreishauses im Jahre 1891. Das war z. T. deutlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Kurz vorher war ja das Sozialistengesetz erloschen.

So war Stubenrauch also ein Konservativer? Ja und nein, wobei alles Parteipolitische beiseite bleiben mag. Wenn man in der konservativen Idee die Besinnung auf Werte wie Religion, Recht, nationale Treue, Autorität, Zucht des Leibes und der Seele sieht, war er es. Er war es nicht im Sinne des Reaktionärs. Er ist neuerdings sogar als „der fortschrittlichste Landrat“ bezeichnet worden, und das war er in mancher Beziehung auch. Hätte er sonst (als erster, wenn auch nach erheblichem Widerstreben) dem Familienfreibad Raum gegeben, indem er die Gendarmen anwies, es am Wannsee (da, wo wir heute die schöne große Anlage haben) zu dulden, im übrigen aber dabei nach dem Rechten zu sehen? Und läßt es etwa einen Zopfträger erkennen, wenn Stubenrauch 1907 die überaus veraltete Chausseegelderhebung im Kreise aufhob? Gegen den Reaktionär spricht sein ganzes soziales Verhalten und sein vielfach mit überholten Anschauungen und Einrichtungen auf-räumendes, auf das Gegenwärtige gerichtetes Wirken. Es wurde freilich in manchem gespeist durch den lebendigen Gehalt der Vergangenheit. Auf jeden Fall war Stubenrauch Aristokrat, so wenig er mit seiner ungeschlachten und plumpen Figur als solcher erschien. Ihn adelte sein Gebaren gegen-

*Das 1939 abgerissene  
Teltower Kreishaus,  
Viktoriastraße 18,  
nach einer Zeichnung  
von G. Theuerkauf 1892*



über dem Mitmenschen. Sein Herz machte ihn zum Aristokraten, zu einem Menschen der Auslese.

Die Verbindung mit seinen Mitarbeitern war eng. Auch das war ein Stück seiner Großzügigkeit, sie ihre Wege auf eigene Faust zurücklegen zu lassen, nachdem er einmal das Ziel gewiesen hatte. Er besaß keine Aktenseele und keinen Zuständigkeitsdünkel. Wenigstens einiger Männer sei gedacht: des langjährigen Kreiskämmerers H a n n e m a n n. Er hatte schon Prinz Handjery zur Seite gestanden und diente dem Kreise fast 60 Jahre. Ebenfalls eine bedeutende Persönlichkeit war der mehrjährige Mitarbeiter, der Reg.-Assessor Dr. S t e i n i g e r, der spätere Kämmerer von Berlin und Direktor des Zweckverbandes von Groß-Berlin, bedeutend, aber nicht zu voller Auswirkung gelangt. Auch Adolfs von A c h e n b a c h ist zu gedenken, der jung (mit Jahren) zum Kreise gekommen war. Er ist Stubenrauchs Nachfolger geworden. Neben manchem Bürobeamten mußte auch einigen Kreisdeputierten und Kreisausschußmitgliedern ein Wort gewidmet werden, ohne die die Tätigkeit unseres Landrats nicht zu denken ist: unter ihnen dem noch in Stubenrauchs Zeit hineinragenden alten Landesökonomierat K i e p e r t - M a r i e n f e l d e, übrigens einem Bruder des berühmten Geographen, oder dem Herrn von B a d e w i t z auf Siethen, und Männern an der Spitze der aufblühenden Vorortgemeinden wie F e u r i g - S c h ö n e b e r g, B o d d i n - R i x d o r f, Z i m m e r m a n n - S t e g l i t z, diese nicht immer mit Stubenrauch eins, aber doch treue Helfer am Werk.

Das Bild Stubenrauch entbehrte eines nicht unwichtigen Zuges, gedächten wir nicht einer Person, die täglich um ihn gewesen ist, des „Kreisboten“; denn so wurde der Mann im landrätlichen Vorzimmer nach Urväterbrauch noch immer genannt. Das war R i e p e k o h l, ehemals Feldwebel in einem der Garderegimenter. Stubenrauchs Verhältnis zu ihm war ein durchaus patriarchalisches. Riepekohl (ein Name für Fontane) ließ von seiner eigenen Bedeutung keinen Zoll abdingen. Er konnte ein unerbittlicher Zerberus sein, ungnädig wie solche Vorzimmerwesen (manchmal auch weibliche) zu sein vermögen. „Ich und der Herr Landrat, eener von uns muß imma hier sin“, wurde ein geflügeltes Wort. Unwahrscheinlich ist auch nicht das kräftigere: „Wenn wir nich da wären (wobei er großzügig den Landrat einbegriff), jinge der janze Kreis in Sch . . . . unter.“

An seinem Teltow hing Stubenrauch mit innigster Liebe. In allen Ecken und Winkeln war er ihm vertraut und mit vielen seiner Insassen, nicht nur mit den Großgrundbesitzern, verknüpften ihn freundschaftliche Beziehungen. Mit den Bauern des Teltows wußte er einen oft humorvollen Verkehrston anzuschlagen, der nicht trennte, sondern verband.

Dem Kreise gehörte seit Mitte des 19. Jahrhunderts das Geschlecht an, aus dem sich der 38jährige die um 14 Jahre jüngere Gattin holte, eine Freiin von Eberstein aus dem Hause Genshagen. Den Kreis zu verlassen, hat er nie gehofft oder gewünscht trotz der lange keineswegs glänzenden Besoldung. Er erhielt bei seinem Amtsantritt ein maßvoll steigendes Gehalt von

3600 Mark nebst dem gesetzlichen Wohnungsgeld. Erst nach neun Jahren bezog er ein Nebengehalt von 1200 Mark als Direktor der Kreisfeuersozietät. Nach weiteren zehn Jahren erwuchs ihm dann freilich eine jährliche Vergütung von 5000 Mark aus der Verwaltung einer Stiftung. Aber nicht diese nun recht guten Einnahmen hielten ihn fest. Es war die ihm in besonderem Maße innewohnende Treue. Er sprach es bei seinem 20jährigen Jubiläum aus, wie er zu seinem Berufe stand: „Ich habe es stets als die größte Bevorzugung in meinem Leben angesehen und habe es als die höchste Ehre und das größte Glück meines Lebens gepriesen, daß ich auf die Stelle gestellt worden bin, auf der ich heute stehe. Mit dem letzten Atemzuge, den ich tue, werde ich meinem Könige danken, daß er mich auf diesen Platz gestellt hat. Dieser Dank, wenn er überhaupt noch einer Steigerung fähig ist, wird sich steigern mit jedem Jahr, welches mich mein König noch länger hier läßt.“ Eben dieses Königs Wille berief Stubenrauch nach 23 Jahren landrätlicher Arbeit zum Januar 1908 auf den Posten des Berliner Polizeipräsidenten — damit stieg er hoch, sehr hoch in Preußens Beamtenschaft. Er erhielt den Charakter eines Wirkl. Geh. Oberregierungsrates und den Rang der Räte erster Klasse. Es wäre für einen so befähigten Beamten der öffentlichen Verwaltung wahrscheinlich nicht das letzte Amt gewesen. Nicht unmöglich, daß die höchste Stelle darin nur einen Durchgangsposten zum Minister des Innern sah. Aber wie auch immer, vor dem Leiter der hauptstädtischen Polizei lagen große neue Aufgaben. So sprach die Berliner Presse von dem „Spreepräfekten“ der berufen sei, die Großberliner Frage zu lösen. Stubenrauch wäre nach Ansicht damaliger Berliner Parlamentarier, und zwar nicht konservativer, nicht der schlechteste gewesen, die Dinge weiter zu treiben. Jedenfalls verstand er es zunächst, den Verkehr mit den städtischen Behörden in friedliche Bahnen zu lenken. Zuvor hieß es, Abschiednehmen von dem „geliebten Kreise“, wie er sagte. „Euch macht ihrs leicht, mir macht ihrs schwer“ hätte er auf dem Fest sagen können, das ihn mit den Kreisbeamten und Mitgliedern des Kreistages Anfang Januar vereinte. Es lag doch viel Entsagung in seinen damaligen Worten: „So Schönes, wie mir genommen ist, kann mir niemals wieder gegeben werden und unter allen Titeln, allen Ehren meines Lebens wird immer der köstliche Ruhm der bleiben, daß ich von mir sagen, rufen und rühmen darf: ‚Ich war Landrat des Kreises Teltow‘.“

Soviel er konnte, verabschiedete er sich in den ersten Wochen nach Übernahme des neuen Amtes persönlich von den Kreisbewohnern, z. T. auf Abschiedskommersen in einzelnen Städten, wohin dann auch die Dörfler aus der Nähe kamen. Auch hier nutzte er die schöne Gabe, trotz angestrengter Arbeit immer Zeit für andere zu haben. So kam ihm für einen in Mittenwalde, wo er Ehrenbürger war, um 8 Uhr abends angesetzten Kommers eine Einladung zur Hoftafel dazwischen. Er benachrichtigte den Bürgermeister telegraphisch und gegen 12 Uhr nachts trat die hochragende Gestalt Stubenrauchs unter die jubelnden 200 Menschen, die solange auf ihn ge-



wartet hatten. Er hatte nie eigene Schonung gekannt, hatte auch nie, abgesehen von einer schweren Erkrankung Ende 1895, über seine Gesundheit zu klagen gehabt. Jetzt aber zeigten sich, wenige Monate, nachdem er Polizeipräsident geworden war, die ersten Anzeichen eines schweren Leidens. Operation, Kuraufenthalt in Kissingen, Oberhof, Schierke hielten das Übel nicht auf. Der Kranke war sich des Ernstes der Lage wohl bewußt, versuchte aber bis in die letzten Tage hinein, Amtliches zu erledigen. Am 4. September 1909 hauchte Ernst von Stubenrauch sein Leben in dem stillen Harzort aus.

In der alten Berliner Garnisonkirche, eben aus dem Schutt des Brandes vom Januar 1908 auferstanden, rüstete man ihm die Totenfeier. Der Kreis Teltow hatte den Raum reich mit Pflanzen und Blattgewächsen ausgeschmückt. Der Militäroberpfarrer G o e n s — er hatte Stubenrauch nahegestanden und war damals unter den Geistlichen Berlins eine der bekanntesten Gestalten — fand das rechte Bibelwort, an das er anknüpfte: „Ein guter Mensch bringt Gutes hervor aus seinem guten Schatz des Herzens.“ Von der Garnisonkirche strebte ein stattlicher Zug zu dem damals noch bestehenden Steuerhäuschen am Anfang des Tempelhofer Feldes. Hier, an der Kreisgrenze, erwartete eine Abteilung berittener Gendarmen den alten Landrat. Dann nahm ihn die heimische Landschaft in ihre mütterlichen Arme. Über Tempelhof, Mariendorf, zwischen beiden den Teltowkanal grüßend, über Marienfelde, Großbeeren erreichte das Geleit Genshagen, überall unter Glockengeläut von den Gemeinden in würdiger Weise begrüßt. Nicht in einer dumpfen Familiengruft wurde Ernst von Stubenrauch die letzte Stätte bereitet: auf dem Kirchhof gegenüber dem Gutshause, in dem die Ahnen seiner Gattin gewirkt hatten, betteten ihn treue Hände und schichteten ihm den nur wenig erhöhten Hügel. Hinter ihm erhebt sich (bis heute erhalten) etwa 3 m hoch eine durch das Kreuz gekrönte Rückwand, von der im Halbrund, dann spitz, ein einfaches schmiedeeisernes Gitterwerk auf den Besucher zuläuft. Das Mal schmücken das Bibelwort der Totenfeier und Goethes unsterbliche Worte: „Große Gedanken und ein reines Herz, das ist es, was wir uns von Gott erbitten sollen.“ Neben Stubenrauch ruht sein einziger Sohn Hugo. Er fiel, fast 22 Jahre alt, als Fahnenjunker in des Vaters Regiment am 3. Oktober 1914 in der Nähe von Arras. Der Adelszweig der Stubenrauchs ist früh verwelkt.

Fortleben wird in der Geschichte des Teltows, Brandenburgs, Preußens trotz der heutigen scheinbaren Vergessenheit Ernst von Stubenrauch, nicht als Polizeipräsident, aber als der Landrat eines der größten und bedeutendsten Kreise der alten preussischen Monarchie. Er hat ihn vorbildlich und tatkräftig im Geiste der Einmütigkeit geleitet. Der Teltow war durch ihn ein Musterkreis Preußens geworden. Das Geheimnis von Stubenrauchs Erfolgen lag einzig und allein in seiner Persönlichkeit. Der spätere Landesdirektor der Provinz Brandenburg Joachim von W i n t e r f e l d t zeichnete Stubenrauch durchaus richtig, wenn er sagte: „In dem Namen Stubenrauch ver-

körpert sich für uns das Bild einer selten begnadeten Vollnatur, bei der sich unbeugsamer Wille und klarer Verstand mit unermüdlicher Schaffenslust und ungewöhnlicher Herzensgüte zu kraftvoller Eigenart vereinigten.“ Stubenrauch hätte sich gewiß bezeichnet als einen „treuen Diener seines Herrn“, d. h. seines Königs Wilhelm II. oder, wie er in ihm sonst fremder romantischer Anwandlung bei festlicher Gelegenheit einmal sagte, „meines Markgrafen von Brandenburg“. Ihn in der Weimarer Republik wirkend zu denken, ist unmöglich. Er gehört ganz in die wilhelminische Epoche hinein. Er ist einer ihrer Vertreter gewesen, die uns mit manchem aussöhnen können, was jene Zeit an byzantinistischen, unsozialen, schädlichen Halb- und Viertelnaturen hervorgebracht hat. Als „königlich preußischer Beamter aus der Schule Friedrich Wilhelms I.“ ist Stubenrauch einmal gekennzeichnet worden, nur hatte ihn das Schicksal gottlob in ein Jahrhundert hineingestellt, in dem er mit einer unter jenem König unmöglichen Selbständigkeit sein Amt versehen durfte. Bei einer solchen, in bestem Sinne (nicht im parteipolitischen) konservativen Persönlichkeit werden wir unter den Wurzeln ihrer Sittlichkeit eine nicht vermissen: Religiosität. Kein ständiger Kirchengänger, aber aus innerstem Antrieb ein regelmäßiger Teilnehmer am Abendmahl des Gründonnerstags in der Garnisonkirche, hat Stubenrauch von seinem christlichen Glauben einmal öffentlich in schönster Weise Zeugnis abgelegt. Bei der Einweihung des Kreishauses sagte er: „Wir wollen den lebendigen Gott in diesem Hause glaubens- und mutvoll bekennen.“ Das hat er getan. Sein Wirken war, gespeist auch durch seine Religiosität, in allem ein sich selbst verschwendender Dienst am Nächsten. Ein Segen lag über seinem Tun, und ich bin gewiß, daß auch für Ernst von Stubenrauch das Schriftwort gilt: „Und ihre Werke folgen ihnen nach.“



## Bücherschau

### Berlin. Neun Kapitel seiner Geschichte

(Herausgeber: Richard Dietrich) Berlin 1960, Walter de Gruyter & Co., XII, 297 Seiten. 20 Tafeln, 15 Abb. im Text. DM 14,00

Die Aufsätze dieses schmucken Buches, dessen Leineneinband ein mehrfarbiger Ausschnitt des bekannten Perspektivplans von Bernhard Schultz aus dem Jahre 1688 ziert, sind aus einer von der Historischen Gesellschaft zu Berlin 1959/60 veranstalteten Vortragsreihe hervorgegangen. Merkwürdigerweise fehlt der von unserem 2. Vorsitzenden, Dr. Eberhard Faden, gehaltene Vortrag über „Berlin und die Hohenzollern“ und ist durch einen Beitrag des Herausgebers ersetzt. Dieser spricht in seinem Vorwort seinen besonderen Dank an unseren unvergesslichen Willy Hoppe aus, den er als „feinsinnigen Gelehrten und vornehmen Menschen“, als „hervorragenden Kenner der Geschichte Berlins und der Mark Brandenburg“ rühmt.

Das erste Kapitel, „Vor- und Frühgeschichte des Berliner Bodens“, ist von Otto Friedrich Gander t. Über die „Entstehung der Mark Brandenburg und ihrer Städte“ handelt Johannes Schultze, während Berthold Schulze „Berlins Gründung und erster Aufstieg. Sein Kampf mit der Territorialgewalt“ darstellt. Diesen folgen Willy Hoppe mit „Reformation und Renaissance in Berlin“ und Richard Dietrich mit „Berlin und die Hohenzollern“. Nicht abgezählte hundert Jahre, sondern eine Epoche schildert Alfred Zastrau „Im Jahrhundert Goethes“. Der Herausgeber zeigt „Berlins Weg zur Industrie- und Handelsstadt“. Mit besonderer Wärme, aber auch mit anerkennenswertem Mut in den Äußerungen zu dem Baugeschehen von heute, ist das Kapitel „Die städtebauliche Entwicklung Berlins seit dem Ende des 18. Jahrhunderts“ geschrieben, das den Baugeschichtler der Technischen Universität Ernst Heinrich zum Verfasser hat. Auch ich gäbe viel darum, könnte ich noch einmal, wie es Heinrich sich wünscht, bei Abendlicht durch die Leipziger Straße, die Friedrichstraße und die Linden gehen, und den echt weltstädtischen Zauber genießen, der einst unsere Stadt erfüllte.

Das abschließende Kapitel „Berlin auf dem Wege zur Weltstadt“ schrieb Hans Herzfeld, Vorsitzender der Berliner Historischen Kommission.

In unseren Tagen, da Geschichte kaum noch von Historikern, sondern zumeist von Journalisten geschrieben wird, kann man sich nur über das von Experten ihres Faches gestaltete Buch freuen, das in knappen, aber erschöpfenden Kapiteln die auf den letzten Forschungsstand gebrachten Hauptmomente der Geschichte Berlins bietet. Bedauerlich bleibt nur, daß die Sorgfalt, mit der man das Buch äußerlich herrichtete, im Lektorat nicht gewahrt wurde. Wie konnte es sonst möglich sein, daß von mancher falschen Bildunterschrift abgesehen, sich für die seit der amtlichen Regelung vom 9. Oktober 1880 nur Köln zu schreibende Stadt an der Spree außer dieser noch die Schreibweisen Cölln, Coeln, Coelln und Köln finden, zuweilen zwei verschiedene auf einer Seite? Auch die Zeittafel im Anhang enttäuscht, weil sie jeden Druckfehler aus dem Text übernimmt und in ihrem Lapidarstil besonders auffällig werden läßt.

### Hans-Peter Schmidt: Chronik des Bezirks Tiergarten von Berlin.

Vom kurfürstlichen Jagdrevier zum Weltstadtbereich. Herausgegeben vom Bezirksamt Tiergarten von Berlin aus Anlaß des 100. Jahrestages der Eingemeindung. Berlin 1961, Haupt & Puttkamer o.H.G., 146 Seiten, 14 Tafeln mit 65 Abb., DM 9,80.

Das Buch bringt in neun Kapiteln einen Überblick über die Geschichte des Bezirks — nicht chronikalisch, wie Oehlerts „Moabiter Chronik“, auf die der Verfasser als eine seiner Quellen dankbar hinweist — sondern nach Sachgebieten aufgegliedert.

Das erste Kapitel behandelt den Ursprung des Namens „Moabit“, wobei sich der Verfasser für die wohl richtige Version des biblischen „Terre de Moab“ der französischen Ansiedler entscheidet. Allerdings wird hier wieder, wie bei „Oehlert“ vor fünfzig Jahren, der Historiker Max Beheim-Schwarzbach als „Schwarz-Beheimb“ zitiert. Die flächenmäßige Entwicklung des Gebietes vom Urtromtal zum Stadtbereich behandelt das zweite Kapitel, hierbei wäre S. 16, oben zu berichtigen, daß das Gesetz über die Bildung der Stadtgemeinde Berlin am 27. April 1920 vom preußischen Landtag beschlossen wurde und am 1. Oktober 1920 in Kraft trat.

Wie anfällig unsere Heimatgeschichte für Legenden ist, zeigt auf S. 19 das Wiederauftauchen der von Ernst Fidicin eingeführten alten Mär vom Klausner, der dem Lausefenn (Klausfenn) seinen Namen gegeben haben soll. Das umfangreiche Thema der baulichen Entwicklung der Ortsteile Moabit und Tiergarten-Süd (Platz der Republik, Geheimratsviertel, Diplomatenviertel, Lützowplatz) kann, der Anlage der Chronik gemäß, nur auf acht Seiten behandelt werden. Hier fehlt z. B. ein Hinweis auf die Bedeutung des Diplomatenviertels. 1937 hatten von den beim Deutschen Reiche akkreditierten 14 Botschaften und 38 Gesandtschaften insgesamt 34 ihren Sitz im Tiergartenviertel. Sie gaben dem Stadtteil sein einmaliges Gepräge, welches erst durch den Bombenkrieg ausgelöscht wurde, hoffentlich aber wiedererstehen wird.

Recht ausführlich ist, dem Zuge der Zeit folgend, Wirtschaft und Industrie des Bezirks geschildert. Die Geschichte der wesentlichsten und bekanntesten Firmen wird kurz und prägnant behandelt. Der Leser sieht hier, welchen wesentlichen Anteil Moabit an der Westberliner Industrie hat.

Den Hauptteil des Buches nimmt das Kapitel „Das öffentliche Leben“ ein. Politik, Kirche, Schul- und Bildungswesen, Gesundheit, Polizei, Feuerwehr, Post und Militär und zuletzt der Verkehr auf Straße, Schiene und Wasser sind beschrieben. Hierzu noch einige Bemerkungen: Auf S. 48 wird Johann Ernst Gorzkowsky ein Freund und Vertrauter Friedrichs des Großen genannt, das war er nun doch nicht. Die auf S. 65 behandelte St. Ludgerus-Kirche (bis 1928 St. Matthias-Kapelle) erhielt ihren neuen Namen nicht wegen des Baues der St. Matthias-Kirche — diese entstand schon 1895 — sondern anlässlich der Konsekration am 30. September 1928. Im sehr ausführlichen Abschnitt über das Schulwesen ist auf S. 70 das ehem. König-Wilhelm-Gymnasium in der Bellevuestraße erwähnt. Der 1920 gegründete Reichswirtschaftsrat hatte schon 1927 darin seinen Sitz. Einen etwas zweifelhaften Ruf hat Moabit durch das Kriminalgericht bekommen. Seltsam nimmt sich hiergegen die auf S. 83/84 gebrachte Chronik der zwischen 1837 und 1910 in Moabit geschehenen Verbrechen aus. Sie allein ist bestimmt nicht geeignet, wie der Verfasser meint, die Behauptung von der „guten, alten Zeit“ in Zweifel zu stellen.

Die im Abschnitt Verkehrswesen erwähnte Inbetriebnahme des Spandauer Schiffschiffkanals geschah nicht 1855, sondern 1859. Etwas zu hoch gegriffen ist die auf S. 95 genannte Zahl von 150 Straßenbahnlinien, welche 1915 die Straßen des Bezirks berührt haben sollen. Es waren nur 62. Weitere Kapitel der Chronik sind dem Kulturgehen und den Grünflächen und Denkmälern gewidmet. Zum Kapitel Sport mag noch bemerkt sein, daß die erste Berliner Radrennbahn 1881 in der Brückenallee angelegt wurde.

Neun Seiten sind dem Tiergarten und dem Zoologischen Garten gewidmet. Der Tiergarten wird zwar im 16. Jhd. schon erwähnt, die Angabe auf S. 109 aber, er sei im Jahre 1527 durch den Kurprinzen Joachim von den Bürgern Cöllns erworben worden, ist bereits durch Clauswitz in den Mitt. d. Vereins f. d. Gesch. Berlins, 38. Jhg., 1921, S. 9 ff., als Irrtum richtiggestellt.

Was sonst noch im Bezirk geschah, nennt sich das vorletzte Kapitel der Chronik. Es bringt allerlei Begebenheiten, die sich vornehmlich auf dem Platz der Republik abspielten. Den einst hier befindlichen Zirkus hatte der Zimmermeister G. F. Richter erbaut; nach der Fertigstellung des Raczynski'schen Palais 1846 wurde er geschlossen und brannte während der Revolutionskämpfe am 18. März 1848 ab. Beinahe wäre er schon ein Opfer der auf S. 124 geschilderten Feuerwerksrevolution vom 3.-5. August 1835 geworden.

Den Abschluß der Chronik bildet eine Erläuterung derjenigen Straßennamen des Bezirks, die sich nicht selbst erklären oder von historischem Interesse sind. Von den über 200 Namen sind hier 99 erläutert. Die Feldzeugmeisterstraße heißt nun nicht nach dem Chef der Artilleriekaserne, denn diesen Dienstrang gab es nicht; der Name ist lediglich eine historische Erinnerung. Der Gerickestieg ist nicht 1918, sondern 1915 dem Verkehr übergeben worden. Überhaupt hätten von den 25 Brücken im Bezirk (ohne die 16 Tiergartenbrücken) einige mehr genannt werden können. Eine der ältesten im Bezirk ist die Straße „Am Karlsbad“, die jedoch nicht nach dem Prinzen Karl, sondern nach dem Heimatort des ersten Anliegers dieser Straße, dem Böhmen Chmelik, der hier ein Kurbad eingerichtet hatte, ursprünglich „Auf dem Karlsbade“ hieß.

Die einzelnen Kapitel werden durch Abbildungen wirksam illustriert. Unbeschadet der vorstehenden Anmerkungen, bei dem Umfang des vom Verfasser bearbeiteten Stoffes unvermeidlich, ist mit dieser auch in der Aufmachung gelungenen Chronik ein Werk entstanden, das jedem Freund der Heimatgeschichte als eine willkommene Ergänzung zum Band Tiergarten der „Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin“ empfohlen werden kann.

Klünner.



**John Mander: Berlin, the eagle and the bear.**

London 1959, Barrie and Rockliff, VIII, 193 Seiten. DM 11,80

Eine kurze Geschichte von Berlin, die man nicht ohne Emotion lesen kann. Eine Stadt, die als Ganzes betrachtet gewiß nicht schön war, die aber doch weit mehr als hundert schöne Barockbauten und moderne Gebäude enthielt, eine Stadt, die in der Geschichte der deutschen Literatur bedeutend, die auf den Gebieten der Wissenschaft und des Theaters führend in ganz Europa war, und nun eine Stadt in Trümmern, eine Stadt, um deren Schicksal man seit langen Jahren Tag und Nacht zittert ... Der Verfasser ist für einen Ausländer recht gut unterrichtet, wenn auch seine Kenntnisse manchmal Lücken zeigen; so kennt er von Schlüters Bauten nur das Zeughaus, so weiß er nichts von Messel; auch mißverstehen manche. So gelingt ihm einige ganz amüsante Fehlerchen, die man jedoch einem Ausländer, der sich Mühe gibt Berlin zu verstehen, nicht zu sehr verargen sollte — begehen deutsche Historiker nicht auch Fehler, und sogar viel ernstere?

Die These des Verfassers ist: er beobachtet zwei Tendenzen in der Geschichte Berlins, die der Hohenzollern (den Adler) und Hitlers, und die der Stadt (des Bären). Diese beiden Tendenzen bekämpfen sich, und bald erringt die eine, bald die andere den Vorrang. Diese These scheint mir verfehlt. Mindestens bis 1914 war sich kein Mensch in Berlin einer Divergenz der Hohenzollerntendenz und der Berliner Tendenz bewußt — wenn auch ein paar leichte Kabbeleien vorkamen, wie in jeder guten Ehe, so z. B. 1848 und 1860-1866. Das Grundelement der Berliner Geschichte ist viel einfacher, so einfach, daß der Verfasser es übersieht. Es ist Treue, und zwar Treue von unten und Treue von oben, Treue der Berliner gegenüber den Hohenzollern und Treue der Hohenzollern gegenüber den Berlinern; beide zusammen erst bilden das Lebelement der Geschichte Berlins. Es ist ja wahr, daß die Treue von unten stets als selbstverständlich vorausgesetzt wurde; aber ohne die Treue von oben ist sie nicht vollendet, und das ist es leider, was einige Hohenzollern zu vergessen geneigt waren.

Der Verfasser legt mit Recht den Akzent auf die Geistesgeschichte Berlins, besonders von etwa 1790 ab; recht eingehend beschreibt er die Blüte des geistigen Lebens in Berlin von etwa 1910 bis 1932.

Aber des Verfassers Französisch! Claire Waldoff hat gesungen: „Nur wegen Dir ha'ck  
Französch gelernt ...“ Es war auch danach. Reinhold Regensburger (Cambridge)

**Adolf Schmoll gen. Eisenwerth: Das Kloster Chorin und die askanische Architektur von 1260 bis 1320.**

Berlin 1961, Walter de Gruyter & Co., VII, 254 Seiten, 48 Abb. DM 28,00

Als zweiter Band der Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission erschien diese Studie, wie der Verfasser seine hiermit buchmäßig veröffentlichte Doktorarbeit aus dem Jahre 1939 nennt; sie wurzelt in der unvergeßlichen fruchtbaren geistigen Gemeinschaft des Pinder-Seminars der Berliner Universität.

Seinerzeit bereits angeregt durch Grabungen in den Klostersruinen Boitzenburg und Gramzow hat Schmoll den großen Etappen der brandenburgischen kirchlichen Backsteinarchitektur nachgeforscht, wobei die Ergebnisse der älteren z.T. unzulänglichen und mühselig zu erfassenden wissenschaftlichen Literatur kritisch überprüft und aufgrund eigener Beobachtungen und Erkenntnisse in überzeugendem ursächlichem Zusammenhang gebracht wurden. In sehr anschaulicher Darstellung werden die kirchenbaugeschichtlichen Entwicklungslinien, die von Magdeburg und dem obersächsischen Raum über Brandenburg in das askanische Herrschaftsgebiet des 13. Jahrhunderts reichen, deutlich und verständlich gemacht. Sehr überzeugend wird die Berliner Franziskanerkirche als stilistischer Wegbereiter für die großartige Zisterzienser-Klosterkirche Chorin erkannt, deren formale Abhängigkeit andererseits von der wenig früheren Klosterkirche Schulpforta schwerlich bestritten werden kann. In Fortsetzung des alten Datierungsstreites entscheidet sich der Autor mit gutem Grund und nicht zuletzt angesichts der Ornamententwicklung im letzten Drittel des 13. Jahrhunderts sowie konstruktiver Detailbeobachtungen für eine von Ost nach West verlaufene Erbauung der Choriner Klosterkirche.

Das baugeschichtliche Dunkel um die Klosterbaukunst der Prämonstratenser im 12. Jahrhundert, die mit dem verschwundenen, fast legendären Zentralbau auf dem Harlunger Berg

bei Brandenburg ihren Höhepunkt fand, vermag jedoch auch Schmoll nicht durch neue Mutmaßungen zu erhellen. Die sorgfältig auf den Text abgestimmte Illustrierung steigert die Freude an der Lektüre des präzise definierenden Textes, der auch dem interessierten Laien einen Weg zu den Zeugnissen unserer heimatlichen Baugeschichte ebenso sachlich wie angenehm ebnet. Seeleke

### **Friedrich Mielke: Das holländische Viertel in Potsdam.**

Berlin 1960, Verlag Gebr. Mann, 139 Seiten mit 66 Abbildungen im Text und auf Tafeln. DM 30,00

Der Potsdamer Stadthistoriograph, Prof. Dr. Hans Kania, ist der erste gewesen, der sich vor einem Vierteljahrhundert in einem längeren Aufsatz der Potsdamer Tageszeitung vom 11./12. April 1936 mit der „Legende und Wirklichkeit des holländischen Viertels“ auseinandergesetzt hat. Vom Verfasser des vorliegenden Buches wird hierüber leider im Vorwort nichts ausgesagt, auch wenn dieser bei den Abschnitten, die nicht bautechnischen Einzelheiten gewidmet sind, im Grunde auf Kania fußt. Es handelt sich dabei um die Kapitel: „Der holländische Einfluß auf die Entwicklung Potsdams“, „Das holländische Viertel, Anlage und Zustand“ und „Die Erstabwohner des holländischen Viertels“. Die Arbeit gründet sich nach Mielkes eigenen Angaben auf Studien und Bauaufnahmen, die er in den Jahren 1952-55 als Forschungsauftrag des Ostberliner Instituts für Denkmalpflege durchführte. Die Beschreibungen der architektonischen Einzelformen machen denn auch den Hauptteil des Buches aus. Um die Zusammenhänge zwischen Holland und dem holländischen Viertel zu klären, ist Mielke in den Niederlanden gewesen und hat dort auch Interesse und Unterstützung für seine Arbeit gefunden.

Den Abschluß bildet eine Bestandsaufnahme des heutigen Gebäudeszustandes im holländischen Viertel, die — und das muß nachdrücklich betont werden — in Ermangelung eines Potsdamer Kunstdenkmälerbandes von größtem Wert ist. Wie überhaupt die Mielkesche Untersuchung unter dem Gesichtspunkt des Denkmalflegers mehr Gewicht bekommt als unter kunstgeschichtlichen Aspekten. Daß „ein reines Wohnviertel mit Zweckgebäuden ohne eigentlich künstlerischen Anspruch einer stilkritischen Analyse Schwierigkeiten bereitet“, hat der Verfasser selbst empfunden und im Vorwort betont. Dennoch bleibt die Frage offen, ob nicht in diesem Zusammenhang die Möglichkeit gegeben war, den Einfluß der holländischen bürgerlichen Baukunst des 17. und 18. Jahrhunderts auf die deutsche Barockarchitektur einmal zu untersuchen und damit den etwas schmalen Grat zu verbreitern, auf dem sich — kunstgeschichtlich gesehen — das Buch bewegt.

Daß der Verfasser bei der Niederschrift seines Manuskriptes gewisse Zugeständnisse an das gewünschte Geschichtsbild seiner Behörde machen mußte, wird ihm gewiß niemand verübeln. Doch stimmen Sätze des ausgedruckten Werkes wie „Der Kolonisationsprozeß war abgeschlossen. Die Produktivität der Länder erhöhte sich nunmehr durch die zunehmende intensivierten maschinellen Fertigungsweisen“ (S. 16) etwas nachdenklich. Es ist auch für den unvoreingenommenen Leser eine Zumutung, wenn er sich ständig mit den völlig „sinnlosen“ Straßennamen herumplagen muß, mit denen fortschrittliche Potsdamer Stadtväter die historischen Bezeichnungen ersetzt haben (z. B. Straße der Jugend). Eine Ergänzung in Klammern wäre nützlich gewesen, wenn man gewisse stereotype Wiederholungen wie „heutige“ und „ehemalige“ vermeiden wollte. Die vom Verfasser gelegentlich gebrachten Hinweise reichen jedenfalls nicht aus.

Sachlich sei folgendes angemerkt: Obwohl Kania in seinem oben genannten Aufsatz urkundlich nachgewiesen hat, daß die ersten Baublocks die südlich der Mittelstraße waren, unternimmt der Verfasser den wenig glücklichen Versuch, mit Hilfe einer in der Staatsbibliothek befindlichen, undatierten Karte, die Reihenfolge der Entstehung anders festzulegen. Nach Mielke sind erst die westlichen und dann die beiden östlichen carrés entstanden (S. 18). Allerdings muß er selbst zugeben „Wie weit die Karte auf fertige Bauten Bezug nimmt . . . ist natürlich nicht zu entscheiden“.

Vom Haus Nauener Straße 22 (heute Friedrich-Ebert-Straße) bildet der Verfasser einen kunstvollen Geländeanfänger (Abb. 56) ab, der keinesfalls original ist, sondern aus einem anderen reichen Potsdamer Bürgerhaus stammen dürfte.

Das von Mielke aufgeführte Schrifttum (S. 96) umfaßt sechs Werke. Da die Seite 100 vacat ist, kann Platzmangel nicht der Grund gewesen sein, warum hier nicht wenigstens die wichtigste der in den Anmerkungen genannten Literatur noch einmal zusammen-

gestellt wird. Von Friedrich Nicolais „Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam“ werden nur die Ausgaben von 1769 und 1779 genannt; die wichtigste, die auf drei Bände erweiterte Ausgabe von 1786, war dem Verfasser unbekannt. Einen Hinweis auf den Band Teltow des brandenburgischen Kunstdenkmälerinventars, in dem ausführlich mit sämtlichen Schriftumsangaben das Jagdschloß Stern behandelt worden ist, hätte man sich ebenfalls gewünscht.

Im Tafelteil herrschen die architektonischen Einzelformen vor, Ansichten von Straßenzügen fehlen fast völlig. Lediglich die Mittelstraße wird zweimal gewürdigt, während die Straßenfronten zum Bassin-Platz (Zielke, Potsdam, Abb. 56, 57) unberücksichtigt bleiben. Die den Abschluß bildenden holländischen Vergleichsbeispiele scheinen recht gewollt oder zufällig. Jedenfalls stehen sie in keiner Beziehung zum Text. Ansichten wie die vom Amsterdamer Singel lassen sich durch x-beliebige andere ersetzen.

Trotz der aufgezeigten Mängel stellt Mielkes Buch doch eine wichtige Ergänzung des Schrifttums über Potsdam dar, und es ist dankbar zu begrüßen, daß sich ein westberliner Verlag für ein so eng begrenztes Thema gefunden und ihm darüber hinaus ein so nobles Gewand gegeben hat.

Hans-Herbert Möller

### **Hans Kania und Hans-Herbert Möller: Mark Brandenburg**

Karl Friedrich Schinkel — Lebenswerk, herausgegeben von Paul Ortwin Rave  
Berlin 1960, Deutscher Kunstverlag, DM 59,00

Der Titel des großformatigen, 307 Seiten zählenden, mit zahlreichen Abbildungen ausgestatteten Bandes ist umfassender als dessen Inhalt. Das Vorwort des Herausgebers P. O. Rave erst zieht die Grenzen enger: das Buch erfaßt nur einen Teil der Bauten Schinkels in der Mark. Nicht enthalten, sondern einem Sonderband vorbestimmt sind die Bauten für den preußischen Hof, einem weiteren Band Schinkels Staats- und Bürgerbauten in Potsdam, der, gleichfalls von Kania bearbeitet, 1939 als erster der nach den preußischen Provinzen (einschließlich Berlin) aufgegliederten Schinkel-Edition erschienen ist. Manch bedeutsamen Schinkelbau, wie Charlottenhof, die Römischen Bäder, Schloß und Kasino Glienicke wird man also vergeblich in dem hier besprochenen, von Kania 1943 bis zum Fahnenausdruck fertiggestellten Band erwarten, der nach Kania's Tod von Möller sehr verdienstvoll unter Beschaffung der im Kriege vernichteten Bildunterlagen erneut zur Druckreife gebracht worden ist. Dagegen sind Orte, die man im Bannkreis Berlins zu suchen geneigt wäre (wohl mit Rücksicht auf die Verwaltungsverhältnisse zur Zeit Schinkels), im vorliegenden Band — abgesehen von den Bauten des Hofes — berücksichtigt, wie Charlottenburg, Spandau, Tegel. Diese Stoffaufteilung auf mehrere Bände ist notwendig gewesen, da einerseits der Umfang des Schinkelschen Bauschaffens, andererseits die Gewissenhaftigkeit und Gründlichkeit, mit der auf jeden schriftlichen und zeichnerischen Hinweis auf Schinkels Autorschaft, seine leitende oder nur überwachende Mitarbeit bei den einzelnen Bauwerken eingegangen ist, den Rahmen eines Bandes sprengen würde. Mit großer Sorgfalt sind auch die Nachweise über Akten und Schrifttum, dazu die zeichnerischen Unterlagen zusammengetragen.

Bei der straffen regionalen Umgrenzung des Stoffes empfiehlt es sich, zuvor das vom Herausgeber P. O. Rave verfaßte, im Deutschen Kunstverlag erschienene Buch „Karl Friedrich Schinkel“ zu studieren, in dem das Gesamtwerk Schinkels behandelt ist. In diesem Zusammenhang begreift man erst ganz, welche Bedeutung das Werk Schinkels für die Mark Brandenburg hat und wie berechtigt die Bezeichnung „Baumeister der Mark“ ist. Zugleich weht aus Zucht und Anmut der Sprache des Verfassers Rave dem Leser etwas von dem Hauche entgegen, der das ganze Werk Schinkels kennzeichnet.

Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß auch Hans-Herbert Möller in dem hier besprochenen Werk sich der sprachlichen Verpflichtung gegenüber dem Werk Schinkels bewußt gewesen ist. Seine Einleitung gibt einen umsichtigen, nichts Wesentlichen über den Baumeister und sein Werk außeracht lassenden Überblick. In Einzeltexten werden die Bauwerke gesondert behandelt, ihr Werden in Planung und Ausführung dokumentarisch belegt, schließlich auch das weitere, nach dem letzten Krieg nicht selten in schwere Beschädigung oder gar völlige Vernichtung endende Schicksal behandelt (zerstört: Kirchen in Sophienthal, Zachow, Gleissen, Zechin; Schlösser in Buckow und Friedersdorf; Gutshäuser Herzhorn und Haselberg, ferner Stadttheater Frankfurt/O.).

Der Stoff ist nach Schlössern und Landhäusern, Denkmälern und öffentlichen Bauten, sowie dem umfänglichen Kirchenbau aufgegliedert. Dem schriftlichen, für die Gründlichkeit Schinkels höchst aufschlußreichen Meinungsaustausch mit Bauherren und manch schwierigen, örtlichen Baubehörden (bezeichnenderweise gerade bei Instandsetzung von Baudenkmälern, z. B. Dom in Brandenburg, Marienkirche in Frankfurt/O.) wird im Text viel Raum gegeben und die Darstellung dadurch lebendig, für den Denkmalpfleger besonders interessant.

Es kann hier weder die namentliche Erwähnung jedes behandelten Bauwerkes, noch ein näheres Eingehen auch nur auf die wichtigsten Bauwerke versucht werden; doch sollen letztere, ihrer Bedeutung wegen, wenigstens genannt sein: die im klassischen Stil geschaffenen Schlösser Neuhausen und Tegel (über letzteres eine umfassende, im Anhang wiedergegebene Folge von Briefen Schinkels an Wilhelm von Humboldt) und die im mittelalterlichen Charakter gehaltenen Schlösser Friedersdorf und Perzow. Einige Wirtschaftsgebäude, wie Haselberg und Bärwinkel, verraten noch unverkennbar Schule und Einfluß David Gillys. — Unter den vielen von Schinkel entworfenen Grabdenkmälern sei als bedeutendstes das im Eisenguß hergestellte, gotisierende Luisendenkmal in Gransee, unter den öffentlichen Bauten das in seiner monumentalen Schlichtheit ebenso dorisch wie modern anmutende Portal zum Redentunnel in Rüdersdorf genannt. — Zahlreich sind die von Schinkel teils entworfenen, teils überarbeiteten Dorfkirchen in der Mark, bei denen sich infolge der dienstlichen Einflußnahme Schinkels auf fast jeden Neubau die Gefahr eines (im Falle der Kirche in Flatow entworfenen) Normalschemas erhob, die schließlich nur durch die reiche Formenphantasie des Baumeisters einigermaßen gebannt werden konnte. Nichtsdestoweniger: Manchen Bauten merkt man ein stereotypes, auf das Generalmuster zurückgehendes Gepräge an, selbst da, wo Schinkel, in Anlehnung an altchristliche Vorbilder, den Kirchturm vom Schiff nach Art eines Campanile trennte (Liebenwalde, Perzow). Die in monumentalen Ausmaßen geschaffene Kirche in Straupitz würde jeder Mittelstadt zur höchsten Zierde gereichen, nicht aber einer dörflichen Siedlung, in der sie maßstäblich die Einheit des Ortsbildes stört. Trotz der hier erwähnten Mängel am Außenbau, auf die das im Urteil sehr zurückhaltende Buch nicht eingeht, ist oft die Schönheit der von festlich-klassischer Klarheit (Seelow, Gleissen, Straupitz, Luisenkirche Charlottenburg), bisweilen auch vom verhaltenen Pathos klassischer Prägung erfüllten Innenräume dieser Kirchen überraschend.

Selbst den mit dem Baudenkmalbestand der Mark Brandenburg vertraut gewesenen Rezensenten erstaunt die große Zahl der unter Schinkels denkmalpflegerischer Mitwirkung restaurierten oder auch umgestalteten kirchlichen Baudenkmäler. Insgesamt 17 Kirchen werden genannt, u. a. Klosterkirche Chorin, Ordenskirche Sonnenburg, Dom in Havelberg und Brandenburg, schließlich die große Nikolaikirche in Spandau und die weiträumige, das Stadtbild beherrschende Marienkirche Frankfurt/O., auf deren innenräumliche Instandsetzung Schinkel wesentlich, nach heutigen Maßstäben der Denkmalpflege nicht immer glücklichen, insgesamt aber überaus verdienstlichen Einfluß nahm.

Die von Schinkel geforderte Einführung des kleinformatigen Backsteines als Verblender, seine ablehnende Einstellung zum Barock und manches andere mögen dem geschärften Bewußtsein der heutigen Denkmalpflegergeneration nicht standhalten; dennoch, es darf nicht nur in der Mark und in Preußen, sondern mittelbar auch in anderen Ländern Deutschlands. So ist es ein besonderes Verdienst dieses Schinkelbandes, des mehreren, besonders im Sonderkapitel „Denkmalpflege“, auf diese Seite des Schinkel'schen Wirkens nachdrücklich und durch wortgetreue Wiedergabe seiner umfänglichen Gutachten und Denkschriften zu diesem Thema hingewiesen zu haben. „Die klaren und sachgemäßen Urteile Schinkels“, so kommentiert der Verfasser des Bandes, „können als Richtlinien für alle Denkmalpflege angesehen werden.“ In seinem Gutachten vom 17. August 1815 findet Schinkel Worte, deren denkmalpflegerisches Gewicht, deren Weitblick erst heute, im Zeichen des Verkehrs und der Technik, voll ermessen werden können. Er fordert die zuständigen Behörden auf, die Verteidigung der Baudenkmäler „gegen die Stürmenden zu übernehmen, welche mehrenteils nur durch eingebildeten augenblicklichen Vorteil auf den Untergang manches hervorragenden Werks hinarbeiteten, so geschah es, daß unser Vaterland von seinem schönsten Schmuck so unendlich viel verlor ... so werden wir in kurzer Zeit unheimlich nackt und kahl, wie eine neue Kolonie in einem früher nicht bewohnten Lande dastehen.“

O. Karpa

**Briefwechsel zwischen Johann Abraham Peter Schulz und Johann Heinrich Voss.**  
Herausgegeben von Heinz Gottwaldt und Gerhard Hahne (Schritten des Landesinstituts für Musikforschung Kiel, Bd. 9), Kassel und Basel 1960, Bärenreiter-Verlag.

In lebendiger Weise spiegelt dieser Schriftwechsel aus den Jahren 1780 bis 1800 die geistigen Auseinandersetzungen dieser Zeit wider. Er endet mit dem Tod von Schulz am 18. Juni 1800 in Schwedt/Oder. Ist schon der Gegensatz zwischen Voss, dem demokratisch gesinnten Gegner des Absolutismus, dem unversöhnlichen Bekämpfer der Romantik und Schulz, dem schlichten, innigen, mit ausgeprägt romantischem Naturgefühl beseelten Komponisten, interessant, wieviel mehr ihre Auseinandersetzungen mit einer Fülle bekannter Zeitgenossen. Schulz, Begründer der sogenannten zweiten Berliner Liederschule, ist in Berlin u. a. befreundet mit Reichardt, Zelter, Sulzer und Fasch. Über die Meinungen seiner Freunde, über das eigene musikalische Schaffen, äußert er sich immer wieder, wie über den Alltag und die Geschehnisse des Lebens. So, wenn er über Zelter an Voss schreibt: „... Wenn es dir möglich ist, lieber Voss, schenk ihm einmal eine Stunde unter vier Augen! Er ist es werth, der biedre Maurer. Glaube mir, in seinem massiven Körper wohnt eine zarte, feine empfindende Seele ...“

Uns Märker interessieren in diesem Schriftwechsel insbesondere die damaligen Einzelheiten aus Rheinsberg, Schwedt, Berlin und anderen brandenburgischen Stätten. Etwa, wenn Schulz, Hofkomponist des Prinzen Heinrich von Preußen in Rheinsberg, schreibt: „... Wenn ich hier unter Linden und Erlen den See entlang gehe, dann auf der Anhöhe das Tannenwäldchen durchgehe, und zwischen den jungen Birken mich bis zum Freundschaftstempel durchwinde, und von da die Aussicht über das Gärtchen, den See, die Wiesen und den herrlichen Buchenwald genieße, dann vergesse ich gern die Stadt und alle ihre Konzerte ...“ Oder beim Tode Friedrichs des Großen: „... er war wirklich ein guter und arbeitsamer Mann, und ist nun in Ruhe ... Der neue König hat seine Regierung damit angefangen, daß er die Zahlenlotterie abgeschafft hat ...“ Reizvoll, wenn Ernestine Voss 1797 in einem Brief an Schulz aufseufzt: „... Berlin ist zu groß, und wir werden von allen Seiten mit Einladungen bestürmt ...“

Die Arbeit, von den Verfassern mit sehr viel Fleiß zusammengetragen, ist ortsgeschichtlich wie kulturgeschichtlich und genealogisch von gleicher Bedeutung. Biographische Hinweise, Brief-, Personen- und Ortsverzeichnisse erleichtern ebenso wie die guten Literaturangaben ein rasches Auffinden der Einzelheiten, mindern jedoch die Geschlossenheit des Gesamteindrucks. Es verbleibt dennoch die Erkenntnis des innigen Freundschaftsverhältnisses beider Briefschreiber: Voss, dessen Homer-Übertragung zum geistigen Eigentum der Deutschen wurde, — Schulz, dessen Volkslieder, wie etwa „Der Mond ist aufgegangen“, wir noch heute singen.

Gerhard Küdler

### **Walter Elliger: 150 Jahre theologische Fakultät Berlin.**

Berlin 1960, Walter de Gruyter & Co., VII, 154 Seiten, 1 Tafel. DM 22,00

Der Kirchenhistoriker der Humboldt-Universität hat uns mit dieser Arbeit eine Festgabe zum 150jährigen Jubiläum seiner Universität überreicht. Die Landesuniversität der Mark, die Viadrina, war flussaufwärts von Frankfurt nach Breslau verlegt worden. In diese Lücke ist im Jahre 1810 die Neugründung der Universität in Berlin getreten.

Eine Universität ist in erster Linie „universitas literarum“, umfassend und allgemein. Aber die Universitäten sind wenigstens in Deutschland zugleich Mittelpunkte einer Landschaft, und ihre Einwirkungen gehen nicht nur in das allgemeine, in die Weite, sondern ebenso sehr in die Höhe und das umgebende Land. Universitas literarum ist in erster Linie und grundsätzlich zunächst die philosophische Fakultät. Aber die universitas würde nicht nur unvollständig sein, sondern in gewisser Weise auch ihres Tiefpunktes entbehren, wenn die theologische Arbeit ihr nicht eingegliedert wäre. So ist auch die Berliner theologische Fakultät beides zugleich, eine Universität und ein charaktervoller Teil des märkischen Landes und seiner Geschichte. Alle theologische Arbeit wandelt auf einem schmalen Grat. Sie hat sich zu bewähren vor der Wissenschaft und zugleich zu bewahren die Substanz, der ihr Nachdenken und Forschen gilt. Diese Aufgabe hat die Fakultät im Lauf ihrer Geschichte zu erfüllen gesucht. Eine Fülle von Persönlichkeiten läßt Elliger vor unserm Blick erstehen. Am Anfang steht ein leuchtendes Dreigestirn, Schleiermacher, mitbeteiligt an der Gründung der Universität, Marheineke und de Wette, der freilich sehr bald seinen Lehrstuhl aus



politischen Gründen verlor, weil er der Mutter des Kotzebue-Mörders Sand einen Trostbrief geschrieben hatte. Die Fakultät strahlte auf ihrem Gebiet den Glanz des Idealismus wieder. Dem Anfang der Berliner theologischen Arbeit folgten Jahrzehnte des Wirkens im Kleinen. Die Zeit des neuerwachten Glaubenslebens in Berlin wirkt sich aus. Die Fakultät empfängt von hier aus Anregungen und Männer. Der Kirchenhistoriker Neander, Twenten und Carl Immanuel Nitzsch besteigen den Lehrstuhl. Eine neue Note kommt mit dem 1826 berufenen Ernst Wilhelm Hengstenberg in die Arbeit. Aus reformierten Kreisen stammend, lenkt er zurück in eine lutherische Orthodoxie, die im Bund von Thron und Altar nicht nur Restauration, sondern auch Reaktion bedeutete. Stieg damit der Einfluß auf die märkische Kirche, so verlor die Theologie doch die Verbindung mit der allgemeinen Bildung. Schleiermachers Sorge, daß der Unglaube mit der Kultur und der Glaube mit der Barbarei gehen würde, erwies sich nicht als begründet. Mit dem Beginn der neuen Ära wird die Stagnation überwunden. Dillmann, Dörner, Kleinert, Bernhard Weiß und der Schwabe Pfeleiderer kommen nach Berlin. Die Kurve steigt. Ein zweiter Glanzpunkt der theologischen Fakultät entwickelt sich, dessen Höhepunkt mit Adolf von Harnacks Berufung erreicht wird, der nicht nur ein glänzender Historiker, sondern ein umfassender Gelehrter ist. Er ist Generaldirektor der Staatsbibliothek und wird Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Die Theologie steht im Bunde mit der Kultur wie einst in Schleiermachers Zeiten. Aber neben ihm steht Karl Holl, der von der innersten Substanz des Luthertums bewegt ein neues Verständnis des Evangeliums und seiner Geschichte aufgezeigt hat, bevor Karl Barth den großen Umbruch in Kirche und Theologie zuwege brachte. Neben diesen Historikern und um sie herum ist ein Kranz ausgezeichneten Fachleute in allen Disziplinen der Fakultät. Die Arbeit der Berliner Fakultät ist bis in den zweiten Weltkrieg auf theologischem Gebiet mit führend. Der Wiederaufbau nach der Katastrophe brachte den Einbruch der dialektischen Theologie, ließ aber zugleich die Verbindung zu Tradition und theologischer Arbeitsgemeinschaft nicht abreißen. Freilich die heimatkirchengeschichtliche Forschung, die vor dem Krieg von Nikolaus Müller und Walter Wendland vertreten war, ist nach dem Krieg noch nicht wieder hergestellt. Die Weite des kirchlichen Lebens und deutschen Landes vom Baltikum bis zum Rhein und vom Norden bis zur Schweiz spiegelt sich im Rahmen der Fakultät wider.

Vielleicht hätte dem Buch eine Einteilung in Kapitel den Vorteil gebracht, daß die geschichtlichen Perioden sich mehr herausheben, und daß charakteristische Kapitelüberschriften die inneren Linien stärker hätten hervortreten lassen. Trotzdem ist das Buch ein interessanter Einblick in ein Stück der inneren Berliner und märkischen Geschichte.

Karl Themel

#### **Otto Büsch: Geschichte der Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche**

(Band 1 der Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin). Berlin 1960, Walter de Gruyter & Co., 230 Seiten. DM 24,00

Ein wesentlicher Beitrag zu der noch ungeschriebenen Wirtschaftsgeschichte Berlins im 19./20. Jahrhundert, der Nationalökonomien wie Historiker gleichermaßen angeht — und in der Auseinandersetzung von Kommunal- und Privatwirtschaft die Großstädte allgemein betrifft. Es handelt sich um den Ausbau der modernen Stadt „vom Verwaltungskörper zum Wirtschaftskörper“, in der deutschen Hauptstadt, die 1924 die Viermillionengrenze überschritt, von besonderem Ausmaß. Trafen doch hier diese neuen Aufgaben der Selbstverwaltung „im Übergang zur modernen Demokratie“ zusammen mit der Schaffung des größeren Berlins 1920, der Eingliederung zahlreicher Vororte die vielfach noch eigene Wirtschaft trieben. (Einleitung und 1. Kapitel.) Den älteren Berliner erinnert das Buch an Selbsterlebtes, das vor dem Geschehen seit 1945 fast vergessen scheint: die Anfänge „bis zum Ausgang der Inflationszeit“, der „Wirtschaftsaufschwung“ 1924—1929 und die „Krisennotjahre“ (2. bis 4. Kapitel, S. 54—202). Den Schluß bildet ein kurzer Ausblick auf die Zeit des „nationalsozialistischen Regimes“ und die abermals neuen Aufgaben in der Viersektorenstadt. Wie stark die lebendig geschriebene Darstellung jeden Berliner im eigenen Haushalt wie in der Werkstatt und in Fabriken anspricht, als Benutzer und Verbraucher, als Tarifpartner, läßt die Liste der städtischen Einrichtungen unschwer erkennen: Verkehrswesen — Wasser, Gas und Strom — Straßenreinigung und Müllabfuhr — Markthallen und Viehhöfe — Sparkasse und Stadtbank, um nur die wichtigsten zu nennen.

Kennzeichen jener Jahre und ihrer Leistungen: die BVG, die Vereinigung von Straßenbahn- und Omnibuslinien durch Ernst Reuter — das Kraftwerk an der Oberspre, erdacht und entworfen von Georg Klingenberg — Messegelände und Funkturm — Westhafen und Flughafen Tempelhof. Dem Verfasser ist es gelungen, die oft verwickelten wirtschaftlichen, technischen und finanziellen Zusammenhänge allgemein verständlich zu machen, für die im Grunde, auch nach 1933, „von der Sache her bestimmte Überlegungen immer wichtiger waren als politisch-ideologische Gesichtspunkte“. Wo Politik und persönliches Versagen diesen unpolitischen Bereich störte und das Ansehen der Hauptstadt schädigte, hält sich der Verfasser an den Standpunkt des Magistrats.

Es fällt auf, daß Inhaltsverzeichnis und Text wiederholt vom „neugeschaffenen Groß-Berlin“ sprechen. So hieß nur der Zweckverband von 1911. Die neue Stadtgemeinde von 1920 erhielt auf Wunsch von Magistrat und Stadtverordneten der „alten“ Stadt „den schlichten Namen Berlin statt des künstlichen Großberlin“, wie der Stadtarchivar Ernst Kaeber im Bericht über „Berlin im Weltkrieg“ 1921 betont. Es bleibt noch festzustellen, warum 1945 als amtliche Bezeichnung „Groß-Berlin“ erschien, im Ostsektor heute noch geführt. Westberlin nahm in der „Verfassung von Berlin“ vom 1. 9. 1950 den 25 Jahre geltenden Namen wieder auf. Faden

### Herbert Spruth: Die Hausmarke.

Wesen und Bibliographie (Aktuelle Themen zur Genealogie, Heft 4/5). Neustadt a. d. Aisch 1960, Verlag Degener & Co., 96 Seiten mit Abb., kart DM 6,60.

Der Verfasser legt einen für den Druck erweiterten Vortrag über die Hausmarkenforschung vor, den er 1957 vor der Deutschen Arbeitsgemeinschaft genealogischer Verbände in Koblenz gehalten hat. Seit den ältesten Zeiten sind Zeichen und Marken zur Bezeichnung einer Person bekannt, die man zur Kennzeichnung des Eigentümers an Holz, Arbeitsgerät oder Vieh mit Axt, Meißel oder Messer einkerbte. Über das Wesen dieser Markenzeichen, die zweifellos mit den germanischen Runen in Zusammenhang stehen, gibt Spruth eine klare Übersicht und zeigt ihre Beziehungen zu den verschiedensten Wissenschaften auf.

Bis in unsere Zeit waren Hausmarken auf den „Kabeln“ in Gebrauch, mit denen Bauern bei gemeinsamer Wald- oder Wiesenutzung ihre Anteile „verlosten“; Lademann verzeichnet im Teltower Wörterbuch utkoabeln „Pfähle zur Umfangsbestimmung einer Kabel einschlagen“, und aus der Uckermark belegt E. Taege: de grote Wisch hebm se sich in-kagelt, ... in Parzellen eingeteilt; als Kinderspiel mit Kugeln hat sich „Kabeln“ in Merz bei Beeskow erhalten. Die für Pommern angegebene übertragene Bedeutung der Kabeln als „Ackerlos“ bzw. „Ackerstück“ gilt auch für Brandenburg (Koabl im Teltow, Kappel in der Niederlausitz), wo sich das Wort ferner in Flurnamen wie Bürger-, Büdner-, Erb-, Holz-, Moos-, Trift-, Tagelöhnerkabel und ähnlichen Zusammensetzungen und selbst noch in Berlin in dem Wittenauer Straßennamen „In den Kaveln“ und dem Britzer „Kabelpfuhweg“ findet.

Bei seiner guten Kenntnis der umfangreichen und sehr verstreuten Literatur kann Spruth auch auf die vielen ungeklärten Fragen und Probleme hinweisen, die noch eingehender Forschung bedürfen. Ob die Forschung wirklich neben der Erfassung der in Gebrauch befindlichen sowie der früheren Hausmarken auch die Hausmarkenführung wieder beleben kann, wie es der Verfasser vorschlägt, muß allerdings abgewartet werden. Auf jeden Fall sind seine Hinweise für die Forscher, vor allem für die vielen Laienforscher, eine gute Anleitung.

Der Hauptwert des Bändchens liegt zweifellos in der Bibliographie, in der Spruth versucht, die grundsätzlichen und allgemeinen Arbeiten zu erfassen und in einem besonderen Teil die Literatur für alle Gebiete, selbst für Amerika, zusammenzustellen. Diese mit wertenden und kritischen Bemerkungen versehene Übersicht verzeichnet auch recht entlegene Zeitschriften-, ja sogar Zeitungsaufsätze, so daß Fachleute und Laien immer wieder gern zu diesem wertvollen Nachschlagewerk greifen werden, wenn sie sich mit den Fragen der Hausmarkenforschung beschäftigen wollen. Nicht unerwähnt sei schließlich, daß der Verfasser auch verschiedenen Mitgliedern unserer Vereinigung wertvolle Hinweise dankt.

Dr. Gebhardt

### Historischer Atlas von Mecklenburg. Herausgegeben von Franz Engel

Karte 1: Grundkarte des 18. Jahrhunderts. Auf Grund der Wiebekingschen Karte bearbeitet von Franz Engel. Köln-Graz 1960, Böhlau-Verlag.

Für den Historiker, der sich mit mittelalterlicher Geschichte befaßt, wäre naturgemäß eine Karte mit den Grenzen der Gemarkungen am Ende des Mittelalters erwünscht. Dieser Wunsch ist aber selten erfüllbar, da nur in Ausnahmefällen Akten- und Kartenmaterial vorhanden sind, die die Erarbeitung einer derartigen Grundkarte ermöglichen. Als Arbeitskarte werden daher überwiegend die Thudichumschen Grundkarten benutzt, die auf den Meßtischblättern des 19. Jahrhunderts beruhen, freilich auch die zahlreichen Veränderungen der Neuzeit enthalten. Dieser Nachteil wird in Kauf genommen, da meistens nichts anderes zu beschaffen ist.

Karl Friedrich Wiebekings handschriftliche Karte von 1786 entstand unter Benutzung der um 1780 für ganz Mecklenburg vorliegenden, inzwischen zum großen Teil verlorenen Flurkarten, deren Maßstab auf 1:24000 verkleinert wurde. Sie überliefert also die genauen Gemarkungsgrenzen des 18. Jahrhunderts. Mecklenburg ist somit in der recht glücklichen Lage, mit dieser vor den Grenzveränderungen des 19. Jahrhunderts entstandenen Karte über eine einzigartige Quelle zur Herstellung einer historischen Grundkarte zu verfügen. Sie ist der Thudichumschen Karte zweifellos überlegen.

Brandenburg hat mit Mecklenburg eine lange, in merkwürdiger Verzahnung ineinander greifende Grenze. Für die Grundkarte wurde der Maßstab 1:350 000 gewählt. Den gleichen Maßstab weisen die Blätter im Historischen Atlas der Provinz Brandenburg auf, so daß damit der sehr erwünschte Anschluß an diese gegeben wird. Dasselbe gilt für den Historischen Atlas von Pommern.

Harry Methling

## Aus dem Leben der Vereinigung

Bei der Herausgabe dieses Jahrbuches Band 12 liegt der Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. August 1961 vor. Gerade diese Monate brachten wiederum Ausweitung und Vertiefung unserer Arbeit in der brandenburgisch-berlinischen Landesgeschichte. Der Besuch unserer Vorträge und Veranstaltungen steigerte sich.

### Vortragsfolge

1961

6. 1. Gerhard Kühler: Märkische Fahrten 1960.
13. 1. Dr. Max Bathe: Die märkische Flurnamenlandschaft.
3. 2. Dr. Hermann Fricke: Die geistesgeschichtliche Bedeutung des Edikts von Potsdam 1685.
17. 2. Reinhard Besserer: Der landschaftliche Gartenstil in der Mark Brandenburg und sein Einfluß auf die Gegenwart.
17. 3. Dr. Curt Meyer: 150 Jahre Studentum an der Berliner Universität.
29. 3. Carl Löffler / Gerhard Kühler: Fontane-Abend.
7. 4. Dr. Kurt Seelecke: Großstadt und Denkmalpflege.
21. 4. Dr. Otto Reichl: 250 Jahre Einwanderung in die Mark Brandenburg aus den Ländern der böhmischen Krone.
5. 5. Dr. Hans Saring: Graf Neithardt von Gneisenau 1760/1831.

Vor den Vorträgen und an weiteren 29 Nachmittagen kamen wir in unserer Bücherei zu Bibliotheksstunden und fachinteressierter Aussprache zusammen. Unsere Bibliothek — mittlerweile auf rd. 6 200 Schriften angewachsen — erfreut sich steigenden Besuches von Mitgliedern und Besuchern der heimatkundlichen Abteilung der Gedenkbibliothek.

Am Himmelfahrtstag konnten rd. 50 Mitglieder auf Einladung der Natur- und Heimatfreunde Potsdam an einer Bus-Studienfahrt in die Westprignitz teilnehmen.

In Berlin veranstalteten wir 6 Besichtigungen und Führungen, darunter gartengeschichtliche Führungen durch den Tiergarten (Vortrag Willi Alverdes) und durch den Schloßpark Charlottenburg (Vortrag Joachim Kaiser) sowie einen Besuch der Schöneberger Heimatschau „Es war in Schöneberg“ (Vortrag Kurt Pomplun).

In der Unterstützung von Berliner Heimatvereinen, Bezirksarchiven und Heimatschauen setzten sich laufend Mitglieder unserer Vereinigung ein. Zwecks Förderung der landschaftskundlichen sowie geschichtsgebundenen Kenntnisse der verschiedensten Stätten in Ost- und Westberlin steigerten wir im Berichtszeitraum die Zahl unserer Wanderungen und Spaziergänge auf 17, darunter 1 Winternachtwanderung.

Der Brandenburgische Kommerz XI vereinigte die Herren Mitglieder am 10. März im Auerbach-Keller am Halleschen Tor.

An Veröffentlichungen brachten wir außer diesem Jahrbuch im Berichtszeitraum heraus die Mitteilungsblätter 36 und 37.

Von Januar bis August 1961 haben wir den Tod nachstehender Mitglieder zu beklagen: Johannes Lindthorst, Dr. Ernst Kaeber, Max Lehmann. Ihr Wirken in unserer Vereinigung ist in den Nachrufen der Mitteilungsblätter gewürdigt.

Für die Förderung unserer Bestrebungen und die tätige Mitarbeit in unserem Vereinsleben, für die Herausgabe des Jahrbuchs, für die Vorträge und anderen Veranstaltungen sprechen wir unseren Mitgliedern und Freunden den herzlichen Dank aus.

Die politischen Ereignisse seit dem 13. August 1961 haben auch uns von unseren Mitgliedern und Freunden in Ostberlin und der Mark Brandenburg getrennt. Wir hoffen trotzdem, daß es eines Tages wieder möglich sei, die alten Verbindungen wieder aufleben zu lassen.

Gerhard Küchler

## JAHRBUCH FÜR BRANDENBURGISCHE LANDESGESCHICHTE

1950 begründet von  
MARTIN HENNING † und DR. HEINZ GEBHARDT

Seit 1960 herausgegeben von  
KURT POMPLUN

---

Jahrgang 1959 ist vergriffen, alle anderen sind noch lieferbar (Jahrgang 1950—1958 je DM 4,50, ab Jahrgang 1960 je DM 5,50) durch die

**FONTANE-BUCHHANDLUNG Dora Pohlmann**  
Berlin-Neukölln, Hermannstraße 54, Ruf: 62 63 00









[www.books2ebooks.eu](http://www.books2ebooks.eu)